Donnerstag, 19. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 115 - 20. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

21. Mai Sacharow-Tag in den USA

rtr/dpa, **Washington/Straßburg**
Der 21. Mai soll in den USA als „Sacharow-Tag" begangen werden. Eine entsprechende Resolution ist jetzt vom amerikanischen Kongreß verabschiedet worden. Die bereits im April vom Senat gebilligte Entschließung wurde vom Repräsentantenhaus einstimmig angenommen. *Anlaß dieser* Ehrung ist der 62. Geburtstag des Regimekritikers und Friedensnobelpreisträgers, der seit mehreren Jahren nach Gorki verbannt ist. In der vergangenen Woche hatten die sowjetischen Behörden mitgeteilt, Sacharow werde das Land niemals verlassen dürfen. In einem von 200 schwedischen Parlamentariern unterzeichneten Schreiben an die sowjetischen Behörden wurde die Freilassung Sacharows gefordert. Er wurde zusammen mit seiner Frau nach Schweden eingeladen. Sacharow hat nach Mitteilung aus Oslo eine Einladung der norwegischen Regierung, sich in Norwegen niederzulassen, angenommen. Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit zwei Resolutionen verabschiedet, in denen die Verletzung von Menschenrechten in aller Welt und insbesondere in der Sowjetunion verurteilt wird.
Seite 6

ZITAT DES TAGES



„Ich rechne schon in diesem Jahr mit einem realen Wirtschaftswachstum von einem halben bis einem Prozent. Das bringt mehr Steuern, und wir brauchen nicht wieder einen Nachtragshaushalt mit Krediten zu finanzieren. 1984 erwarte ich sogar ein Wirtschaftswachstum von drei bis 3,5 Prozent."

Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes, in der „Bild"-Zeitung.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Alfred Nau gestorben

dpa, **Bonn**
Der frühere SPD-Schatzmeister Alfred Nau ist gestern im Alter von 76 Jahren nach schwerer Krankheit in Bonn gestorben. Der Parteivorsitzende Willy Brandt erklärte, Nau habe der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiterbewegung und insbesondere den Gewerkschaften mit Liebe und Leidenschaft gedient.

Noch eine Fälschung?

DW. **Bonn**
„Die Gespräche mit Hitler", von Hermann Rauschning 1939/40 in Frankreich veröffentlicht, kommen nach Ansicht des Schweizer Historikers Wolfgang Hänel einer „raffinierten Geschichtsfälschung" gleich. Wie Hänel jetzt auf der Frühjahrs-Tagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) sagte, habe der ehemalige NS-Senatspräsident von Danzig höchstens vier oder fünf Begegnungen mit Hitler gehabt. Sein als „zeithistorisches Kronzeugnis" für die angeblichen Langzeitplanungen Hitlers bewertetes Werk sei eine Auftragsarbeit für französische Journalisten und amerikanische Verleger gewesen. Es besitze auch keine verläßliche Zeugniskraft.
Seite 21

„Konjunktur-Belebung kein Strohfeuer"

AP, **Berlin**
Optimistisch über die weitere wirtschaftliche Entwicklung hat sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin geäußert. In einem gestern veröffentlichten Bericht hieß es, die Auftragseingänge bei der Industrie gäben Anlaß zu Hoffnungen, daß es sich bei der „leichten konjunkturellen Belebung nicht um ein Strohfeuer" handele. So sei der Rückgang des Sozialprodukts Ende 1982 zum Stillstand gekommen. Ferner sei eine positive Tendenzwende in der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu Beginn 1983 zu registrieren. Dieser Trend sei allein auf den Anstieg der realen Inlandsnachfrage zurückzuführen. Unerwartet hoch seien die Anregungen durch den privaten Verbrauch. In den ersten drei Monaten sei es hier zu einer „kräftigen Expansion" gekommen, die nicht mit der Einkommensentwicklung erklärt werden könne. Vielmehr sei der Preisauftrieb gebremst worden. Dennoch wird die weitere Entwicklung beim privaten Verbrauch negativ beurteilt. „Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und nur geringer Tariflohnanhebungen wäre Stagnation hier schon ein Erfolg".
Seite 11

Strafantrag

AP, **Bonn**
Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) wird Strafantrag gegen jene Ruhestörer stellen, die gestern im Bundestag Farbeier auf den Bundesadler im Parlament warfen und Saaldiener angriffen. Wie die Polizei in Bonn mitteilte, wurden im Zusammenhang mit den Tumulten und Störaktionen der von den Grünen eingeladenen *Jugendlichen die* Personalien von 24 Personen festgestellt.

Flüchtlinge aus Polen

AP, **Bonn**
7128 Flüchtlinge aus Polen haben seit Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl beantragt. Dies teilte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Horst Waffenschmidt, gestern mit. Von *der Gesamtzahl der Asylanträge* seien bisher 171 als Asylberechtigte anerkannt worden. 1804 Anträge hätten sich erledigt, weil sie abgelehnt oder zurückgenommen oder weil die Verfahren eingestellt worden seien. Insgesamt hätten sich seit Verhängung des Kriegsrechts *88 442* polnische Staatsbürger in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten. Dem Innenministerium ist nicht bekannt, wieviel von ihnen im Land geblieben sind.

WIRTSCHAFT

BP und Aral teurer

AP, **Hamburg**
Nach den jüngsten Benzinpreiserhöhungen bei Esso und Texaco haben gestern die Mineralölgesellschaften BP und Aral nachgezogen. Auch bei ihnen verteuerte sich Normal- und Superbenzin um je zwei Pfennig pro Liter und Diesel um einen Pfennig.

Aktien weiter aufwärts

DW. **Frankfurt**
Die Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt hat sich weiter verstärkt. Am Rentenmarkt hat sich die Lage beruhigt. WELT-Aktienindex 137,9 (136,5). Dollar-Mittelkurs 2,4595 (2,4675) Mark. Goldpreis je Feinunze *442,75 (440,75)* Dollar.

WETTER

Frische Meeresluft

DW. **Essen**
*Durch die Zufuhr frischer Mee*resluft mit eingelagerten Schauerstaffeln bleibt das Wetter in Deutschland wechselhaft. Tagestemperaturen zwischen 16 und 19 Grad. In der Nacht bei 8 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest.

Heute in der WELT

Meinungen: Krasse Cresson – Von Hans-Jürgen Mahnke S. 2	Sport: Die Träume der jungen Fußball-Profis S. 7
Freundschaft gilt in Togo auch ohne Bonner Scheckbuch S. 3	Rumänische Attacke gegen die Sowjets S. 10
Lehrstellen: Ministerin Wilms will die Wirtschaft mobilisieren S. 4	Fernsehen: Deutscher Medienexport in die Dritte Welt S. 10
Letzte Pokerrunde in Madrid: Für die KSZE läuft die Frist ab S. 5	Wirtschaft: Jede zweite Mark fließt durch öffentliche Kassen S. 11
Straßburg: EG soll mehr für die Menschenrechte tun S. 6	Kultur: Die Marburger Feiern der Heiligen Elisabeth S. 21
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 6	Aus aller Welt: Der Plan der Bahn geriet aufs Abstellgleis S. 22

Etat: Details sind veränderbar, das Sparvolumen jedoch nicht

Kabinett beschließt die Eckwerte / Stoltenberg hat Verständnis für Blüm

HEINZ HECK, **Bonn**
Die Bundesregierung hat gestern die Eckwerte für den Bundeshaushalt 1984 festgelegt und zugleich einen Grundsatzbeschluß über die *Haushaltsbegleitgesetze* gefaßt. Die Ausgaben des Bundes sollen im kommenden Jahr gegenüber 1983 nur um 1,7 Prozent auf rund 257,5 Milliarden Mark steigen. Erstmals seit Jahren soll der aufsteigende Trend bei der Verschuldung des Bundes gebrochen werden: Die Nettokreditaufnahme soll gegenüber 1983 von rund 41 auf 39 Milliarden zurückgehen.

In der Sitzung der Unionsfraktion, die den gestrigen Kabinettsberatungen voranging und am Abend fortgesetzt wurde, war erkennbar, daß die Regierungsbeschlüsse in dem sich nach der Sommerpause anschließenden Verfahren Änderungen unterworfen werden. Finanzminister Gerhard Stoltenberg zeigte sich für alle Änderungsvorschläge aufgeschlossen, sofern das gleiche Sparvolumen erbracht werde. So ist beispielsweise zu erwarten, daß der Regierungsvorschlag zu Kürzungen beim Mutterschaftsurlaub geändert wird: Wie gestern berichtet, will die Regierung diese bisher auf Arbeitnehmerinnen beschränkte Sozialleistung von vier auf drei Monate und den Monatsbetrag von 750 auf 600 Mark kürzen. In der Fraktionssitzung wurde die Absicht deutlich, bei vier Monaten zu bleiben und statt dessen den Monatsbetrag auf 450 Mark zu senken, so daß im Endergebnis die Leistung mit 1800 Mark gleich *bleibt. Außerdem hat Stoltenberg* die Grundsatzzusage zur Erweiterung des Mutterschaftsurlaubs auf Hausfrauen und Selbständige nunmehr mit einem Termin versehen: Vom 1. Januar 1987 an sollen alle Mütter in den Genuß dieses bezahlten Urlaubs kommen. Dem Vernehmen nach hatten vor allem die Minister Heiner Geißler und Norbert Blüm ihre Zustimmung zur Kürzung an eine Terminfestlegung geknüpft.

Die Arbeitnehmergruppe der Fraktion hatte sich nicht nur für diese Koppelung stark *gemacht.* Wichtiger aus ihrer Sicht ist die Ablehnung der Verschiebung der nächsten Rentenerhöhung vom 1. Juli 1984 auf den 1. Januar 1985. Sogar mit dem Risiko wechselnder parlamentarischer Mehrheiten will sich dieser Flügel gegen einen sol*chen neuerlichen Einschnitt aus* ganz prinzipiellen Erwägungen wenden. Er sieht nicht nur die Glaubwürdigkeit der Unionsparteien gefährdet, da die Verschiebung vor dem 6. März nicht erwogen worden sei. Zum anderen würde der Grundsatz eines gleichmä*ßigen Anstiegs der Einkommen* von Aktiven und Rentnern eklatant verletzt.

Allerdings hat es in dieser Frage gestern zwischen Blüm und Stoltenberg keine Auseinandersetzung gegeben, da die Entscheidung hierüber, wie berichtet, auf die Kabinettssitzung vom 1. Juni (voraussichtlich) verschoben wurde. Stoltenberg zeigte großes Verständnis für Blüms Schwierigkeiten und akzeptiert auch andere Regelungen, die zu der beabsichtigten Einsparung von 1,2 Milliarden Mark führen werden. Angesichts des sich bereits jetzt abzeichnenden fraktionsinternen Widerstands gilt damit aber praktisch jetzt schon als sicher, daß es nicht zu einer neuerlichen Verschiebung kommen wird.

Manfred Carstens (Emstek), haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, erklärte gestern, die Fraktion „wird die haushaltspolitische Linie der Bundesregierung in den kommenden parlamentarischen Beratungen voll unterstützen und durch eigene Initiativen bemüht sein, das Konsolidierungsergebnis noch weiter zu verbessern". Wie Stoltenberg meinte auch Carstens an die Adresse der Kritiker immer und außerhalb der Fraktion: „Wer eine der vorgeschlagenen Maßnahmen ablehnt, ist aufgefordert, eine Alternative anzubieten."

Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre, in denen die Arbeitslosigkeit immer höher ausfiel als im Haushaltsentwurf prognostiziert und damit zu höheren Staatsausgaben führte, hat die Bundesregierung ihre Prognose vorsorglich von 2,35 auf 2,5 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 1984 korrigiert und hierfür gleichsam als „Reserve" Mehrausgaben von etwa 1,5 Milliarden Mark in den Etat eingestellt (die bei günstigerer Arbeitsmarktentwicklung und Nichtinanspruchnahme unter sonst gleichen Bedingungen zur Verminderung der Nettokreditaufnahme verwandt werden sollen). Ungeachtet dieser Erhöhung hat Stoltenberg sein selbst gesetztes Sparziel von 6,5 Milliarden Mark erreicht. Für die hierzu erforderlichen Kürzungen in den Einzeletats stehen die Verhandlungen allerdings, wie berichtet, noch aus.

DER KOMMENTAR

Zerreißfest

HERBERT KREMP

In der Beziehung frei miteinander verbündeter Staaten machen wir eine erstaunliche und gleichzeitig beruhigende Feststellung. Trotz der hohen und dringlichen Priorität, die Wirtschaftsinteressen heute in jedem Lande genießen, greifen selbst schwere Differenzen ökonomischer Art nicht auf die Bündnis-Substanz über. Es kommt nicht zur Total-Infektion. Das gilt für das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa, das gilt für die Verbindung USA-Japan, und das gilt, wie es sich gerade wieder erweist, für die Beziehung zwischen Frank*reich und der Bundesrepu*blik.

Erstaunlich ist das deswegen, weil die natürliche Egozentrik des wirtschaftlichen Denkens es der französischen Politik nahelegen *könnte,* die *festgestellte* Harmonie auf den Gebieten der gemeinsamen europäischen Sicherheit in ein Druckmittel zu verwandeln, mit dem sich immer weitergehende deutsche Konzessionen, *wenn nicht sogar ein* Wohlverhalten in wirtschaftlichen Belangen erzielen ließe. Sicher gibt es in Frankreich solche Stimmen und Kräfte. Sie sind dort angesiedelt, wo man die hohen Handelsdefizite mit der Bundesrepublik als „unerträglich" empfindet, und natürlich auch dort, wo man die sozialistische Ordnungsidee zum höchsten Gut einer neuen, epochal gedachten Staatsraison erhoben hat. Aus diesen Tönen wird jedoch keine Marseillaise.

Im Gegenteil: Präsident Mitterrand, sein Außenminister und sein Verteidigungsminister setzten bei allen Terminen der deutsch-französischen Konsultationen in Paris die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die Spitze der Wertrangordnung. Sie bilden das erste Interesse in der Beziehung zu Deutschland, sie sind sozusagen der „erste unbewegte Beweger". Der Präsident hob in seiner Zusammenfassung vor der Konsultationsrunde hervor, daß diese Harmonie nicht bedroht werden dürfe aus Bereichen, wo es „immer wieder einmal" Schwierigkeiten gebe.

Die gemeinsame Sicherung Westeuropas ist also der Kern der politischen Raison, in die sich die französische *Unterstützung* für die Nachrüstung, sollte diese notwendig werden, logisch einfügt. Die Konsultation von Paris hat die amerikanische Verhandlungs-Position in Genf zum richtigen Zeitpunkt gestärkt.

Reagan: Zeichen für starkes Amerika

„Überparteiliche Übereinstimmung" zur Rüstungskontrolle / Weitere MX-Zustimmung

TH. KIELINGER/SAD. **Washington**
Zum dritten Mal hat jetzt ein Haushaltsausschuß im Kongreß – diesmal der des Repräsentantenhauses – mehrheitlich die Freigabe der gesperrten Gelder für die neue *Interkontinental-Rakete MX* beschlossen. Obwohl erst die Abstimmungen im Plenum des Senats und in der Abgeordnetenkammer in der kommenden Woche endgültig über das Programm von US-Präsident Ronald Reagan entscheiden werden, scheint damit der Kompromiß, den das Weiße Haus mit dem Kongreß über die strategische Planung ausgehandelt hat, zu halten.

Für Präsident Reagan sind die Ausschuß-Abstimmungen auch ein Zeichen dafür, daß in den USA eine „überparteiliche Übereinstimmung" in Rüstungskontrollfragen heranwächst. In seiner Pressekonferenz am Dienstagabend äußerte er sich sichtlich befriedigt über die Stabilität des Konsenses mit dem Kongreß und bestätigte seinen Willen, auch weiterhin in Fragen der „Modernisierung, Abschreckung und Abrüstung" eng mit der Legislative zusammenzuarbeiten. Diese Kooperation werde „den Sowjets zeigen, daß die Amerikaner zusammenstehen können, daß wir Amerika stark erhalten und gleichzeitig *Waffenreduktion erreichen* können".

Als oberste Ziele seiner Abrüstungspolitik nannte Reagan die Modernisierung der amerikanischen Streitkräfte, die Fähigkeit zur Abschreckung und den Abbau der Atomwaffen. Er erklärte sich bereit, jene Ideen in die Genfer Verhandlungen über Interkontinental-Raketen (START-Gespräche) einzubauen, an denen vielen Kongreß-Mitgliedern besonders gelegen ist: Die MX-Raketen sollen, nachdem sie endgültig bewillig worden sind, in den Abrüstungsprozeß eingebettet werden; mit den Sowjets soll über eine Umstellung des landgestützten Arsenals auf Raketen mit einem Sprengkopf sowie über einen neuen Abrüstungsmodus, den „Build-Down" gesprochen werden. Dieser würde bedeuten, daß beide Seiten für jeden neuen Sprengkopf zwei andere aus dem vorhandenen Arsenal stillegen.

Wichtiger Schrittmacher des Kompromisses zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß war *die überparteiliche Scowcroft*-Kommission, die Anfang April ihren Untersuchungsbericht über die strategische Nuklearplanung der USA vorgelegt hatte. Auf ihren Empfehlungen basieren jetzt Reagans Pläne.

Auf der Pressekonferenz, wurde der Präsident auch nach den vermuteten Verstößen der Sowjets gegen bestehende Rüstungskontrollvereinbarungen gefragt. Nach Reagans Worten haben die USA zwar den Verdacht, aber keine klaren Beweise für eine sowjetische Verletzung des abgeschlossenen – aber nie in Kraft getretenen – SALT-2-Vertrages: „Die Informationen, die uns vorliegen, geben uns Grund zu der Annahme, daß sie sehr wahrscheinlich gegen die SALT-Vereinbarung verstoßen haben . . ."

Seite 2: Reagan im Konsensus

Reagan hält Osthandel für keinen Streitpunkt mehr

Angebot an Moskau verteidigt / Getreide ist keine Waffe

H.-A. SIEBERT, **Washington**
Die Auseinandersetzungen mit den Verbündeten über den Osthandel sind für US-Präsident Ronald Reagan weitgehend beigelegt, wie er auf seiner 17. Pressekonferenz in Washington vor Journalisten sagte. Reagan ließ deutlich werden, daß er dazu auf dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg keine neuen Forderungen stellen wird.

Bei dem Streit mit den Alliierten, der sich am Bau der sibirischen Erdöl-Pipeline entzündete, sei es lediglich um die Frage subventionierter Kreditgeschäfte gegangen. Außerdem habe ihm die wachsende Abhängigkeit Westeuropas von sowjetischen Energiequellen und die Versorgung Moskaus mit Devisen Sorgen bereitet, meinte der amerikanische Präsident.

„Beim Thema Osthandel herrscht zwischen uns und den Verbündeten Frieden", beantwortete Reagan Fragen, warum Amerika die Russen mit Getreide beliefere und gleichzeitig versuche, die Exporte Westeuropas und Japans in die Sowjetunion mit Restriktionen zu belegen. Nur wenige Stunden vorher hatte Moskaus Botschafter in Washington, Anatolij Dobrynin, US-Außenminister George Shultz telefonisch unterrichtet, daß der Kreml das amerikanische Angebot, wieder langfristige Getreide-Abnahmeverträge zu schließen, annehmen werde.

Die USA wollten die Getreideexporte niemals als Waffe benutzen, begründete Reagan seine Offerte vom 22. April. Nachdem die sowjetische Führung die Bedeutung des von Präsident Carter im Januar 1981 nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan verhängten Teilembargos verstanden habe, gehe es jetzt darum, die Verläßlichkeit der Vereinigten Staaten als Lieferant wiederherzustellen. „Wir geben ihnen keine Kredite, sie müssen bar bezahlen", sagte der Präsident.

Ein Termin für die amerikanischen Getreideverhandlungen mit der UdSSR ist noch nicht festgelegt. Vermutlich werden die sowjetischen Kaufwünsche aber auf der Tagesordnung der Routinekonsultationen stehen, die für Juni in London geplant sind. Offen bleibt dabei, wieviel Getreide die Sowjetunion in den USA bestellen wird. Das Getreidegeschäft zwischen beiden Ländern wird derzeit auf der Grundlage eines fünfjährigen Abkommens abgewickelt, das am 30. September 1981 abgelaufen ist. Seitdem wurde es zweimal um ein Jahr verlängert.

Nach diesem Vertrag ist die Sowjetunion verpflichtet, jährlich sechs bis acht Millionen Tonnen Getreide – in der Hauptsache Weizen, Mais und Sojabohnen – abzunehmen. Bereits 1982 hatte Präsident Reagan Moskau insgesamt 23 Millionen Tonnen angeboten. Die UdSSR erwarb jedoch nur die vertraglich festgelegte Pflichtmenge. Kritiker der „Getreide-Politik" Reagans gegenüber Moskau befürchten, daß der Kreml den Spieß umdreht, indem er nun im amerikanischen Getreide-Geschäft hohe Exporterwartungen weckt, die sich dann nur durch politische Zugeständnisse realisieren lassen. Früher deckten die USA 70 Prozent des russischen Import-Bedarfs, 1982 waren es nur noch 20 Prozent.

Zweifellos hat sich Reagan dem Druck amerikanischer Farmer gebeugt, denen es derzeit wirtschaftlich schlechtgeht.

Israel erwägt auch Teilabzug

rtr, **Tel Aviv**
Bei fortgesetzter Weigerung Syriens zum Abzug seiner Truppen aus Libanon erwägt Israel nach Angaben seines Verteidigungsministers Moshe Arens einen Teilrückzug. Ein solcher Schritt müsse jedoch mit den Regierungen in Beirut und Washington abgestimmt werden, um die Übernahme verlassener israelischer Stellungen durch Syrer und Palästinenser zu verhindern, sagte Arens in einem Interview des israelischen Armee-Senders. Zugleich warnte er Syrien vor kriegerischen Handlungen mit dem Ziel, das libanesisch-israelische Truppenabzugsabkommen zu torpedieren.

Die israelische Regierung steht unter innenpolitischem Druck, ihre Truppen auch einseitig bis zum Fluß Awali in Süd-Libanon zurückzuziehen.

SPD-Forderung für Williamsburg

gba, **Bonn**
Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einem Entschließungsantrag die Bundesregierung aufgefordert, sich beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg für eine „expansive-re, international koordinierte Politik zum Abbau der weltweiten Beschäftigungskrise und Wachstumsschwäche" *einzusetzen.* Dazu müssen durch den „Abbau der strukturellen Haushaltsdefizite die Voraussetzungen für eine spürbare Zinssenkung" geschaffen werden, heißt es in dem Antrag, der nach dem SPD-Willen in dieser Woche beraten werden soll.

Mit Blick auf den Europa-Gipfel in Stuttgart werden ebenfalls gesamteuropäische Verabredungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangt. Außerdem wird die Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG gefordert.

Kompromiß beim „Stern" möglich?

AP, **Hamburg**
In der Auseinandersetzung beim „Stern" deutete sich eine Kompromißmöglichkeit zwischen Verlag und Redaktion an. Der Sprecher des Verlags Gruner+Jahr, Bernd Schiphorst, erklärte, er halte eine Einigung für „denkbar". Von anderer Seite war in Hamburg zu erfahren, daß eine der beiden Seiten ihre bisherige Haltung verändert habe. „Nicht kommentieren" wollte der Verlagssprecher einen Bericht des „Hamburger Abendblatts", daß der Journalist und „Capital"-Herausgeber Johannes Gross nicht mehr Chefredakteur des „Stern", sondern nur Mitglied des Verlagsvorstands, der Journalist Peter Scholl-Latour hingegen zwar neuer Chefredakteur, nicht aber Mitglied des Verlagsvorstands werden solle.

Seite 10: „Wir sind auf der Fahrt in den Abgrund", rief der Verlagschef

Amerikanisches Angebot an Syrien

Aber Damaskus will Botschafter Habib nicht empfangen / Drohungen gegen Libanon

TH. KIELINGER/DW. **Washington**
Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat sich entschieden gegen eine Beteiligung der Sowjetunion an den Nahost-Verhandlungen ausgesprochen. Zugleich wird in Washington jetzt deutlich, daß sich die US-Regierung nach der Unterzeichnung des israelisch-libanesischen *Abkommens* in ihren diplomatischen Bemühungen verstärkt auf Syrien konzentrieren wird.

Reagan und sein Außenminister Shultz haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß Damaskus seine derzeit ablehnende Haltung *zu dem Abkommen noch aufgeben* könnte, auch wenn die syrische Regierung sich gestern geweigert hat, den amerikanischen Unterhändler Philip Habib während seiner neuen Nahost-Reise zu empfangen. In einer von der amtlichen syrischen Nachrichtenagentur SANA verbreiteten Erklärung hieß es, daß die Syrer mit Habib „nichts zu *besprechen haben, vor allem,* weil er einer der amerikanischen Beamten ist, die der arabischen Sache und den Arabern am feindlichsten gesinnt sind".

Die syrische Regierungszeitung „Techrin" drohte außerdem, Damaskus werde „alles Notwendige" tun, um die *Verwirklichung* der israelisch-libanesischen Abmachung zu verhindern. Die Regierung in Beirut *habe mit dieser* „Kapitulation vor den zionistischen Bajonetten ihr Volk verraten". Syrien werde den Libanesen bei ihrem „Widerstand" helfen. Libanon werde jetzt „keinen Augenblick mehr Stabilität kennen".

SEITE 10:
Beirut bereitet sich auf Konflikt mit Syrien vor

Die harte Haltung Syriens wird weiterhin nur von Libyen und der PLO offen unterstützt. Aus Protest *gegen das Abkommen hat Libyen* seinen Botschafter aus Beirut abberufen. PLO-Chef Arafat rief in Damaskus den Militärrat seiner Organisation zusammen, um „den Kampf vorzubereiten und sich auf alle Eventualitäten gefaßt zu machen".

Der *amerikanische Präsident* Reagan hat auf seiner Pressekonferenz gegenüber Damaskus jedoch deutlich zu machen versucht, daß es für Syrien gute Gründe gebe, seine Kampfverbände aus Libanon abzuziehen: „Eine Anzahl arabischer Bruderländer drängt die Syrer, zu ihrem früheren Wort zu stehen (daß sie aus Libanon abziehen wollten). Ich kann mir nicht denken, daß Syrien allein dastehen will, getrennt von seinen arabischen Verbündeten."

Reagan ließ außerdem auch ein deutliches Angebot an Damaskus
● *Fortsetzung Seite 10*

Warschau spricht Walesa die politische Rolle ab

ZK-Sitzung soll jetzt am 31. Mai beginnen

JGG./AP/rtr, **Warschau**
Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) ist für den 31. Mai zu einer Plenarsitzung einberufen worden, wie gestern aus Warschau gemeldet wurde. Auf der Tagesordnung der seit langem erwarteten Sitzung *sollen personalpolitische und ideo*logische Fragen stehen. Eine ganze Reihe größerer politischer Entscheidungen sei jedoch wegen der Uneinigkeit innerhalb der Partei gestrichen worden, wie aus Parteikreisen bekannt wird.

Aus Warschau wird berichtet, *daß,* während die Partei nach außen hin Einigkeit demonstriere, der Erste Parteisekretär General Wojziech Jaruzelski bei seinen Versuchen zu einer gemäßigten Reform der politischen und wirtschaftlichen Strukturen Polens auf Widerstand stoße.

Kategorisch hat die polnische Regierung gestern jeden Dialog mit Lech Walesa und seinen Weggenossen abgelehnt. In einem Grundsatzartikel der Regierungszeitung „Rzeczpospolita" verurteilt diese einen Appell an das Parlament zur Wiedereinführung des gewerkschaftlichen Pluralismus in Polen, *der von* Walesa und anderen Gewerkschaftsführern unterzeichnet worden war. In dem Artikel heißt es, man könne in keinem Fall Walesa trauen.

Das provisorische Koordinationskomitee der Untergrund-„Solidarität" und das polnische *Helsinki-Komitee* haben einen „Index" mit den Namen von 32 Polen herausgegeben, die seit Ausrufung des Kriegszustandes bei Zusammenstößen, Demonstrationen oder Verhören getötet wurden.

Die Todesopfer kommen aus allen Bevölkerungsschichten. Besonders hoch ist dabei der Blutzoll junger Polen, der fast zwei Drittel aller Opfer ausmacht. Es handelt sich dabei um junge Arbeiter, Schüler, Studenten, einen Rekruten und ein 19jähriges Mädchen. Die 19jährige sei von den Sondereinheiten der polnischen Miliz, der ZOMO, auf offener Straße zu Tode geprügelt worden. Die Veröffentlichung weist darauf hin, daß die Zahl derer, die in den Gefängnissen, auf Straßen, in Polizeistationen und in den Internierungslagern angeschossen und zusammengeschlagen wurden, „einige Hunderte" beträgt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grüne Lümmel

Von Georg Schröder

Gewiß: Davon geht die Bundesrepublik nicht unter, daß Anhänger der Grünen im Bundestag sich als Flegel benehmen. Aber diese Provokateure dürfen uns nicht ungestraft auf der Nase herumtanzen. Dies sind keine Politiker, dies sind schlichtweg Lümmel, und als solche müssen sie behandelt werden.

Der Bundestag ist kein Heiligtum, aber er ist der Ort des Gesetzgebers, der Vertretung unseres Volkes. Wer sich dort wie ein Wilder aufführt, will provozieren und das Parlament verächtlich machen. Auch der Bundesadler ist kein Heiligtum, aber er steht für die Bundesrepublik Deutschland, für uns. Wer ihn mit Farbbeuteln beschmutzt, will uns beschmutzen.

Das will bedacht sein, und deshalb ist es gut, daß Bundestagspräsident Rainer Barzel ohne Zögern und Zagen sofort Strafantrag wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung gegen 24 festgenommene Provokateure gestellt hat.

Dies ist nicht mehr das Jahr 1968, wo uns ein Bundesjustizminister Heinemann angesichts der mit Molotowcocktails in Berlin agierenden Wilden auffordern konnte, in uns zu gehen und das Gespräch mit der Jugend zu suchen.

Gesprochen mit denen, die überhaupt hören wollen, wird heute wie gestern, allerorten. Barzel hat recht, wenn er sagte, diese Störer seien weder typisch noch repräsentativ für die deutsche Jugend. Aber repräsentativ sind sie offenbar für jene, die den Kampf auf die Straße tragen wollen und die die repräsentative Demokratie nicht nur im Grunde ihres Herzens, sondern immer lauter auch öffentlich verwerfen.

Wie man die Grünen im Bundestag einzuschätzen hat, weiß man nun sehr genau. Oder weiß es die SPD etwa nicht so genau? Worauf zielen denn Sozialdemokraten wie Lafontaine oder der Bremer Senator Scherf ab? Auch sie wollen den Kampf auf die Straße verlegen. Klare Aussagen von Hans-Jochen Vogel sind notwendig.

Krasse Cresson

Von Hans-Jürgen Mahnke

Die schrillen Töne, die jetzt wieder von der französischen Regierung angeschlagen werden, müssen schrecken. Sollte all das, was da in Paris propagiert wird, in die Tat umgesetzt werden – man müßte die Hoffnungen auf eine weltwirtschaftliche Erholung rasch wieder begraben. Unverhohlen wird die Peitsche des Protektionismus geschwungen, eine Drohgebärde, die müde Gäule aber nicht auf Trab bringt, im Gegenteil.

Ins Visier genommen hat die französische Regierung das hohe Defizit im Handel mit der Bundesrepublik. Edith Cresson, die neue Außenhandelsministerin, bezeichnet den Fehlbetrag schlicht als „unerträglich". Das ist ihr gutes Recht. Mit der Forderung jedoch, daß die Deutschen mehr in Frankreich kaufen sollten – was sich per Dekret nun einmal nicht durchdrücken läßt –, sind die Ursachen des Ungleichgewichts noch nicht beseitigt. Die aber lassen sich immer noch am besten mit der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit der beiden Volkswirtschaften erklären. Diesseits des Rheins etwa sind die Inflationsraten erheblich niedriger als auf der anderen Seite, und das kommt nicht von ungefähr.

Paris räumt der Preisstabilität jetzt zwar eine höhere Priorität ein. Aber die Erfolgsaussichten werden dort wohl selber nicht hoch veranschlagt. Denn sonst wäre das handelspolitische Drängen kaum verständlich, vor allem nicht der Hinweis darauf, daß man auch die Grenzen schließen könnte.

Fatalerweise warten manch andere Länder nur auf solche Schritte, um sich selber auf diesen Weg zu begeben, der bestimmt nicht zu Aufschwung und niedrigerer Arbeitslosigkeit führt. Der Welthandel wird damit noch mehr stranguliert – gewiß keine Ermunterung für Investoren. Denn die Handelshemmnisse sind schon jetzt eine der stärksten Investitionsbremsen. Was aus Paris herübertönt, deutet nun leider nicht auf eine Lockerung hin.

Mehr Sicherheit

Von Rüdiger Moniac

Ein anderer Weg als der, den die „Europäische Sicherheitsstudie" (ESECS) zur Stärkung der Verteidigungskraft der NATO auf unserem Kontinent vorschlägt, läßt sich schwerlich denken. Sie zielt darauf ab, das Bündnis weniger abhängig davon zu machen, daß zur Verhinderung eines zu schnellen Zusammenbrechens der militärischen Vorneverteidigung Atomwaffen eingesetzt werden müssen.

Folgt die NATO dem vorgezeichneten Weg, werden die nuklearen Systeme im Spektrum der atlantischen Strategie letztlich wieder das, was sie ursprünglich in der Theorie immer sein sollten: ein letztes Mittel des Westens, das der Sowjetunion den unerbittlichen Willen zum Widerstand verdeutlichen soll und damit den Abbruch des von ihr begonnenen Krieges bewirkt.

Die Sicherheitsstudie (siehe WELT vom 17. Mai), an der die fähigsten Militärs und zivilen Fachleute diesseits und jenseits des Atlantiks mitgearbeitet haben, will die neuen Möglichkeiten der elektronischen Zielerfassung und Waffensteuerung verbinden mit den heute verfügbaren technischen Möglichkeiten ballistischer Raketen, die mit konventioneller, aber sehr genau treffender Einzel- oder Mehrfachmunition geladen sind.

Die dafür aufzustellenden Verbände sprengen nicht die Dimensionen. Mit ihnen kann die NATO niemand niederringen, sie kann dem Gegner aber seine klar erkennbaren Angriffsplanungen in gezieltem Waffeneinsatz durchkreuzen. Das Bündnis muß die Kraft aufbringen, das Geld für die Umrüstung aufzubringen. Es ist vergleichsweise wenig zu dem, was die Sowjetunion ihrer Bevölkerung an Konsumverzicht aufzwingt, zugunsten einer gewaltigen Streitmacht, die auf Ausfall und erobernde „Verteidigung" angelegt ist.

General Rogers verlangt in seiner Werbesprache 40 Mark mehr jährlich „von Baby, Mann oder Frau". Ist das zuviel dafür, daß jedermann sicher sein kann, des Abends friedlich einzuschlafen und des Morgens friedlich wieder aufzuwachen?

„Vorwärts, Kameraden, wir müssen zurück!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Reagan im Konsensus

Von Thomas Kielinger

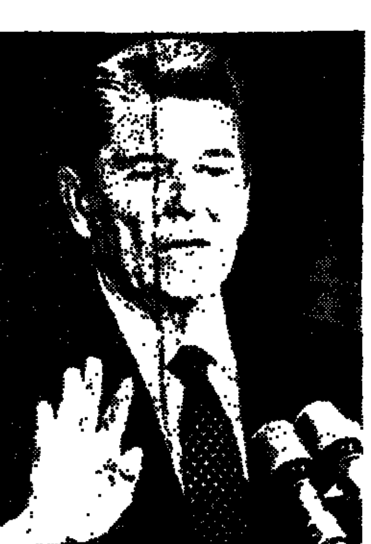
Im dritten Jahr seiner Amtszeit faltet Präsident Reagan seine Politik gegenüber dem Kongreß facettenreich auf. In Fragen des Haushalts, vor allem was Steuer- und Verteidigungsfragen angeht, glaubt er alle Kompromisse gemacht zu haben. Jetzt gräbt er sich ein, hinter einem Wall von „Bis hierher und nicht weiter". „Jetzt muß ich eine Grenze ziehen und an die Belange des amerikanischen Volkes denken", war sein Kampfaufruf an den Kongreß am Dienstagabend. Eine gewaltige Haushaltsschlacht zieht herauf.

Gerade umgekehrt aber verfährt der Präsident in der ebenfalls zentralen Frage der Abrüstung und der Zukunft der strategischen Nuklearplanung, vor allem der MX-Rakete. Hier ist Ronald Reagan auf der ganzen Linie dem Kongreß entgegengekommen. Damit hat er rechtzeitig eine für das Wahljahr 1984 möglicherweise gefährliche Debatte abgebogen. Nach der Einigung mit den Legislatoren ist sein Interesse an der Abrüstung glaubwürdig geworden. Das nimmt der Opposition, die gerne das Thema „Frieden" für sich gepachtet hätte, viel Pulver weg.

Die Einigung über die MX und der neue Abrüstungskonsens bilden geradezu ein Paradebeispiel dafür, daß die beiden häufig verfeindeten Gewalten Washingtons, die Exekutive und die Legislative, durchaus konsensfähig sind, wenn das innenpolitische Interesse und die strategische Konkurrenz mit Moskau dies erzwingen. Dieser Konsens wird schon bald auf die START-Verhandlungen in Genf wichtige Impulse ausüben.

Noch Ende letzten Jahres mußte man das MX-Raketenprogramm verlorengeben. Es schien unmöglich, für die schwere Interkontinentalrakete mit ihren zehn Sprengköpfen eine allseits akzeptable Stationierungsform zu finden und – im Hinblick auf die amerikanische Friedensbewegung – nicht zuletzt auch einen Stationierungsort. Für Beobachter hatte dieser nicht enden wollende Streit um ein Schlüsselelement der strategischen Planung etwas Bedrückendes. Der Fall beleuchtete scharf die Mängel des amerikanischen politischen Systems dieser eingebauten Feindseligkeit zwischen den Gewalten. Das Weiße Haus verrenkte sich, von Administration zu Administration, in immer unglaubwürdigere MX-Vorschläge, der Kongreß andererseits schöpfte sein Budgetrecht bis zum Äußersten – das heißt: zur Dauerblockade – aus. Die Gelder für die Weiterentwicklung der MX wurden einfach gesperrt.

In seiner Not griff Präsident Reagan Ende vorigen Jahres zu einem Ausweg, wie ihn wiederum so deutlich nur das amerikanische System bereithält. Er berief ein überparteiliches Gremium – die Scowcroft-Kommission –, mit dem Auftrag, den Dauerclinch zwischen Exekutive und Legislative zu beenden. Die Lösung war jedoch schon vor der Einberufung der Kommission gewiesen worden. Ein junger Abgeordneter aus Tennessee, der Demokrat Albert Gore (34), sowie ein früherer Mitarbeiter in Henry Kissingers Nationalem Sicherheitsrat, Jan M. Lodal, entwickelten im vorigen Jahr unabhängig voneinander die Idee, daß die MX mit ihren zehn Mehrfachsprengköpfen nur ein vorübergehendes Objekt der strategischen Planung sein könne: Die Zukunft eines stabilen Gleichgewichts liege vielmehr in der Rückkehr zur Rakete mit nur einem Sprengkopf. Nur sie könne praktisch auf Dauer die Frage der Verwundbarkeit des landgestützten Arsenals befriedigend lösen. Gore wie auch Lodal banden so die MX-Debatte eng in den Abrüstungskontext ein. Damit war *ein neuer „Doppelbeschluß"* geboren, den der Präsident Reagan in der letzten Woche ausdrücklich anerkannt hat: Der Bedarf an MX-Nachrüstung müsse im Lichte des Verhandlungsfortschritts mit den Sowjets geprüft werden. Verhandlungsgrundlage könne im übrigen



Neue Plattform für Genf: US-Präsident Ronald Reagan FOTO: UPI

nicht mehr die Zahl der Atomwaffenträger (launchers), sondern nur noch der atomaren Sprengköpfe (warheads) sein.

Diesen drei Grundideen: der neuen START-Zählart nach Sprengköpfen, der Einbindung der MX in den Abrüstungsprozeß und dem künftigen Übergang auf Einsprengkopf-Raketen verlieh schließlich die Scowcroft-Kommission das ganze Gewicht ihrer Autorität. Reagan tat das einzig Vernünftige: Er nahm den Bericht als Ganzes an, nicht nur in einzelnen Teilen, die ihm vielleicht mehr gelegen hätten. Er fing auch einen zweiten Ball auf, den ihm der Kongreß (genauer gesagt: die Senatoren Cohen und Nunn) zugespielt hatten: Die Idee eines „build-down", wonach beide Großmächte für jeden neu einzuführenden Sprengkopf *zwei alte abzubauen* hätten.

Die MX, lange Zeit ausschließlich als ein (noch dazu verwundbares) Element der strategischen Aufrüstung behandelt, hatte endlich ihren vertretbaren Rahmen bekommen. Kein Wunder, daß Reagan, beflügelt von der Aussicht, das umstrittene System endlich gebilligt zu sehen, sich in zwei getrennten Schreiben an den Kongreß in der vorigen Woche zu diesem *überparteilichen Kompromiß* bekannte. Und auch der Kongreß gab, in drei wichtigen Abstimmungen in Haushaltsausschüssen, endlich grünes Licht für die MX – er hatte nunmehr das Weiße Haus in vertrauensbildende neue Abrüstungsverpflichtungen und strategische Zukunftsperspektiven eingebunden.

Erst jetzt stehen die Sowjets einem ernst zu nehmenden amerikanischen strategischen Konsens gegenüber, wie es ihn seit der Unterzeichnung von SALT II, seit 1972, nicht mehr gegeben hat. Erst jetzt steigen damit die Aussichten auf spätere Durchbrüche bei den Verhandlungen. Reagan hat mit seinem klugen Dialog mit Kräften und Mächten jenseits des Weißen Hauses mehr getan, als nur das Ansehen seiner Administration zu heben und das strategische Programm vor dem Scheitern zu retten. Er hat der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik den Weg in die Überparteilichkeit gewiesen, aus der neue Stärkung und neue Stabilität für die US-Diplomatie insgesamt erwachsen könnten. Vielleicht gelingt ihm, nach der Lösung der strategischen Fragen, ähnliches mit dem Thema Zentralamerika.

IM GESPRÄCH Werner Remmers

Keine Angst vor Gegenwind

Von Peter Philipps

Die Beoabachter der bildungspolitischen Szene vermissen ihn noch immer. Denn seit Werner Remmers vor einem Jahr nach dem Wahlsieg der CDU in Niedersachsen, den Sessel des Kultusministers mit dem des Fraktionsvorsitzenden vertauscht hat, ist die Bühne der Kultusminister um eine herausragende, weil auch originelle Gestalt ärmer geworden. Doch die Fraktion weiß offensichtlich auch, was sie an ihm hat: Mit großer Mehrheit und ohne Gegenkandidat ist Remmers gerade für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Er war nie ein zweifelnder Hamlet, aber auch nie jemand, der noch einen Partner brauchte; nein, Werner Remmers, 53, vier Kinder, ist eher ein Othello, ein Tatmensch, der auf sich selbst und seine Kraft vertraut. Schon als Kultusminister stach er heraus: Von seinem südlichen Pendant Hans Maier, der Härte hinter schöngeistigen Wendungen verbergen kann, unterschied ihn beispielsweise schon immer die direktere Wortwahl: „Ich denk' nun mal platt", sagte der Malerssohn aus dem Emsland einmal, also deftig, direkt. Was er will, sagt er geradeheraus und steuert es genauso gradlinig an. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung *und Forschungsförderung, der mit* Hilfe des Fraktionsvorsitzenden Remmers jetzt gerade wieder der Garaus gemacht werden soll, hat ihn so noch in bester Erinnerung: Vor knapp zwei Jahren legte er demonstrativ sein Amt als stellvertretender Vorsitzender nieder, weil er weder den Konfliktkurs der „Kameraden aus dem Süden" in der Bildungspolitik weiter mitmachen noch einer ineffektiv gewordenen Einrichtung länger als Galionsfigur dienen wollte.

CDU wie CSU hatten immer ihre liebe Mühe mit dem Mann, dessen gedrungene Gestalt und stoppeliges Haupthaar schon signalisieren, daß er nicht stromlinienförmig in fertige Konzepte einzupassen ist. Doch jedesmal, zum Beispiel in der



„Ick denk' nun mal platt": Werner Remmers FOTO: JUPP DARCHINGER

Frage der Gesamtschulen, wenn die SPD dann meinte, ihn nun als Kronzeugen gegen die Union verwerten zu können, mußte sie feststellen, daß er dafür schon gar nicht zu verwenden war. „Bildungspolitik ist wie Pinkeln gegen den Wind", ist einer der typischen Remmers-Sprüche: „Man macht sich nur die eigene Hose naß."

Da die leeren öffentlichen Kassen für zusätzlichen Gegenwind sorgten und Remmers kaum noch *politischen Gestaltungsraum sah,* wechselte er 1982 an die Spitze der Fraktion. Ministerpräsident Ernst Albrecht mußte das Heranwachsen des starken Gegenpols ertragen, denn Remmers, fest verwurzelt in der katholischen Soziallehre und den katholischen Westen des Landes mit 70-Prozent-Stimmergebnissen als Hausmacht fest im Rükken, ist ein zu kantiger Klotz.

Die Spatzen auf dem Leineschloß in Hannover pfeifen es schon vom Dach, daß auf das Kraftpaket in drei Jahren neue Aufgaben warten: Wenn die Legislaturperiode in Niedersachsen abläuft, wird der Intendantensessel des NDR in Hamburg frei. Wenn Remmers kommt, werden sich dort viele warm anziehen müssen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Das Pariser Blatt merkt zum deutsch-französischen Gipfel an:

Die deutsch-französischen Gespräche, die in Paris geführt wurden, haben ungeachtet der Höflichkeitsfloskeln und eines zweifellos vorhandenen guten Willens einen totalen Gegensatz zwischen den beiden Ländern bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Europa und der Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels von Williamsburg aufgezeigt... Das ist der wunde Punkt von Herrn Mitterrand: Strenges Festhalten an der eigenen Position genügt nicht. Erforderlich sind eine völlige Umkehr der Politik und das Bemühen um neue Glaubwürdigkeit. Im Moment ist man jedoch noch eher bei der Suche nach Sündenböcken.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung schreibt über Kohls Besuch an der Seine:

Nachdem man zuerst die „Arroganz" der Deutschen (Delors), das „Europa der Rechten" (Mauroy) und das „unerträgliche" Verhalten der deutschen Industriellen (Cresson) kritisiert hat, verlangt man heute Hilfe von ihnen. Das ist die neueste Version der „deutschen Reparationen". Und das Paradox wird vollends barock, wenn Delors von den Deutschen verlangt, heute denselben Fehler wie die Franzosen im Jahr 1981 zu begehen: einen durch Nachfrage gedopten Aufschwung... Die französische Regierung muß sich eines klarmachen: Es wird kein exportiertes oder übertragenes Wachstum geben. Man muß aufhören, vom *Wachstum wie vom Goldenen Zeit*alter zu träumen: Vor uns ist nur Austerität, Austerität, Austerität... Man kann auf niemand anders als sich selbst zählen, um sich aus den Folgen des industriellen Versagens des letzten Jahrzehnts herauszubringen.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung weist auf die Besonderheiten des Brüsseler Agrarpreisbeschlusses hin:

Die Aussicht auf ein Versiegen des Geldstroms konzentriert das Bewußtsein wunderbar, ungefähr wie man es früher zum Hängen sagte, und das ist es, was vermutlich für den einzigartigen Agrarpreisbeschluß verantwortlich war, der gestern früh in Brüssel nach einer Nachtsitzung erreicht wurde. Zum erstenmal, seit wir vor zehn Jahren der Gemeinschaft beitraten, und ziemlich sicher seit dem Beginn der gemeinsamen Agrarpolitik in den 60er Jahren, hat sich die Kommission in Brüssel nicht verpflichtet gefühlt, ihre ursprünglichen Vorschläge für höhere Garantiepreise für die acht Millionen Bauern der Gemeinschaft nachzubessern. Die Extra-Großzügigkeit diente einfach dazu, die Agrarminister zu befähigen, ihre mächtigen, wortstarken und mitunter gewalttätigen ländlichen Wähler zu kaufen.

Basler Zeitung

Zu den Zukunftsperspektiven der grünen Bewegung stellt das Blatt fest:

Die grüne Revolution kommt, wenn sie kommt, auf leisen Sohlen. Das Resultat wird nicht sein, daß alle anderen Parteien weggefegt werden. Wenn es den Grünen gelingt, ihre Anfangsschwierigkeiten zu überwinden und zum Gefäß für das neue Lebensgefühl zu werden, dann werden sie sich, wie alle anderen Strömungen im pluralistischen Westeuropa seit 200 Jahren, auf doppelte Weise ins politische Leben einfügen: Sie werden einen Teilsektor der politischen Macht besetzen, während das allgemein gültige Kerngut ihrer Ideen gleichzeitig in alle anderen Parteien und die gesamte Öffentlichkeit eindringt...

Ankara heute: Mit vielen kleinen Schritten in die Moderne

Westliche Vorbehalte gegen die Regierung der Militärs sind nicht immer frei von Heuchelei / Von Henk Ohnesorge

Zumindest in diesem Punkt sind sich alle Beobachter einig: Die Bedingungen, unter denen – voraussichtlich am 6. November – die 400 Mitglieder des türkischen Parlaments gewählt werden, haben mit Demokratie in westlichem Sinn nur sehr bedingt etwas zu tun.

Zu restriktiv scheinen die Regeln, welche die seit September 1980 herrschende Militärregierung den jüngst wieder zugelassenen politischen Parteien diktiert hat. Die neuen Gruppierungen dürfen keine Nachfolger der 1980 verbotenen Parteien sein und nicht deren Namen führen. Sie dürfen weder kommunistisch noch faschistisch, weder nationalsozialistisch noch islamisch-fundamentalistisch sein und sich auch nicht so bezeichnen. Zahlreiche Politiker aus der Zeit vor dem Militärputsch sind völlig von politischer Betätigung, andere auf Zeit von politischen Führungspositionen ausgeschlossen. Eine

Zehn-Prozent-Sperrklausel

schreckt Splitterparteien ab. Die gravierendste der vielen weiteren Einschränkungen aber ist die: Die noch amtierende Militärregierung legt fest, welche Partei überhaupt den Normen entspricht und genehmigt wird.

Dies alles sind gewiß nicht die Regeln von Westminster. Und laut sind deshalb auch die Stimmen westlicher Kritik, die beispielsweise materielle Hilfen für die Türkei oder die weitere Einbindung in die EG von der Wiedereinführung westlich-demokratischer Regierungsformen abhängig machen wollen.

Dabei vermeiden die Puristen allerdings sorgfältig die Frage, weshalb dies in der Türkei so und nicht anders ist.

„Bei internationalen Konferenzen, die in den siebziger Jahren sich mit der Türkei beschäftigten, wiesen die europäischen Gesprächspartner im allgemeinen darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik und die Instabilität des Landes schuld daran seien, daß Europa sich nicht mit den Problemen der Türkei befasse", sagt Seyfi Tashan, der Leiter des Instituts für Außenpolitik in Ankara. „Im Jahre 1982 beharrten die gleichen Gesprächspartner auf den Menschenrechten, als ob es die in den späten siebziger Jahren gegeben hätte. Unsere Übereinkünfte werden ignoriert, mißachtet und fehlinterpretiert unter dem Vorwand, daß es in der Türkei keine Demokratie gibt."

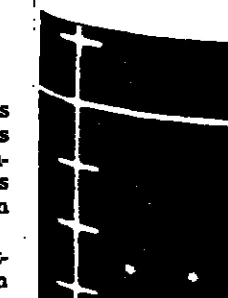
Die Kritiker haben sorgfältig verdrängt, daß das Land bei der Machtübernahme durch das Militär am 12. September 1980 am Vorabend eines Bürgerkriegs stand, daß in den 44 Monaten vor diesem Zeitpunkt 4073 Menschen, darunter *237 Angehörige von Armee und* Polizei, als Opfer politischer Auseinandersetzung starben. Bombenattentate, Raubüberfälle auf Banken, Schüsse in politische Versammlungen, gewalttätige Studentenunruhen, eine politische Polarisierung in links und rechts, die nur die Streitkräfte nicht erfaßte – davon will hier niemand mehr etwas wissen. Man kritisiert lauthals die Verurteilung linker ebenso wie rechter Terroristen durch Militärgerichte, ohne den Anklagepunkten – häufig Mord – allzuviel Beachtung zu schenken.

Schon zweimal vorher, 1960 und 1971, hatten die türkischen Streitkräfte rigoros in das politische Leben eingegriffen. Ihre Rechtfertigung vor der Welt war immer, der Kemalismus, die Grundideen von Kemal Atatürk, des Begründers der modernen Türkei, seien gefährdet gewesen. Kemalismus sind die Vorstellungen, die der „Vater der Türken", nur Peter dem Großen vergleichbar, in die Realität umzusetzen versuchte: Umwandlung der Türkei aus einem mittelalterlichen in einen modernen Staat, strenge Trennung zwischen Staat und Islam, Ablehnung des Kollektivismus kommunistischer Prägung. Knapp fünfzehn Jahre, bis zum Tod der heute fast vergötterten Vaterfigur 1938, waren für diese tiefgreifende Wandlung nicht ausreichend.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als auch Oppositionsparteien zugelassen wurden, hat gezeigt, daß das Land Mühe hatte und hat, der Bevölkerungsmehrheit Demokratie als ein friedliches Wechselspiel *politischer Kräfte* vertraut zu machen. Und so sind es selbst die noch verhältnismäßig wenigen liberalen Intellektuellen westlicher Prägung, die bei der Wahl zwischen einem Bürgerkrieg zwischen reaktionärem Islam und linksextremem Fanatismus und dem, was jetzt nach dem Willen der Militärs vorerst eine „gelenkte Demokratie" werden wird, einer Junta als dem weitaus kleineren Übel den Vorzug geben.

Denn soviel steht fest: Verhältnisse, wie sie etwa heute in Iran herrschen, würden nicht nur Rückschritt auf jedem Gebiet, sondern auch völliges wirtschaftliches Chaos bedeuten – und das in einem Land, das schon heute seinen Bürgern kaum Arbeit geben kann. Einem linksextrem ausgerichteten Staat aber würden sich die Mehrheit der Bevölkerung und die Streitkräfte widersetzen.

Was die Türkei heute unternimmt, sind viele kleine Schritte auf dem Weg in die Moderne, in eine solide fundierte Demokratie eigener Prägung. Noch fehlt vieles, angefangen von einer umfassenden Volksbildung, was für eine Demokratie unumgänglich ist. Daran sollten diejenigen im Westen denken, die ohne Rücksicht auf die jeweiligen Umstände und Verhältnisse überall selbstgerecht ihre Maßstäbe zur einzigen Norm machen.



Argentinien taumelt zwischen Emotion und Fatalismus

Von WERNER THOMAS

Buenos Aires im Mai 1982: Der Falkland-Krieg hat die Bevölkerung in einen Rausch nationaler Begeisterung versetzt. Die Zeitschriften an den Kiosken feiern die todesmutigen Helden der Luftwaffe. Überall verkaufen Straßenhändler patriotische Utensilien in den Landesfarben Blau-Weiß. An den Häuserfassaden kleben Plakate mit den bizarren Umrissen der umkämpften Südatlantik-Inseln und der Parole: „Las Malvinas son argentinas".

Wenn Militärmusik und ein Fakkel- und Schwerter-Symbol die Fernsehprogramme unterbrechen und ein unsichtbarer Sprecher das neuste „comunicado" der Streitkräfte mit den letzten Erfolgen der argentinischen Truppen verliest, applaudieren die Leute. Die Barkeeper füllen gratis die Gläser ihrer Gäste: „Auf unsere Soldaten!" Fährt der Präsident durch die Stadt, jubeln die Passanten „Galtieri, Galtieri". Der weißhaarige General strahlt durch die Fensterscheibe und spreizt zwei Finger zum V für Victoria, Sieg.

Buenos Aires im Mai 1983:

Vor dem rosafarbenen Präsidentenpalast „Casa Rosada" skandieren einige tausend Menschen im Chor: „Asesinos, asesinos" (Mörder, Mörder), „Die Generale an die Wand", „Die Diktatur geht zu Ende". Viele Frauen tragen weiße Kopftücher und halten die Fotos ihrer Söhne und Töchter in der Hand – eine Demonstration für die mehr als 6000 Vermißten des blutigen Krieges gegen den linken Untergrund Ende der siebziger Jahre.

Die „desparecidos", die Verschwundenen, beherrschen die Diskussionen. Die Zeitungen beschäftigen sich jedoch auch mit den geplanten Wahlen am 30. Oktober und zwei mit diesem Ereignis zusammenhängenden Fragen: Haben die Militärs und die orthodoxen Peronisten tatsächlich einen „geheimen Pakt" geschlossen, wie Raul Alfonsin behauptet, der aussichtsreichste Präsidentschafts-Bewerber der radikalen Bürgerunion? Wann kommt die Perón-Witwe Isabel aus dem spanischen Exil zurück, und wie steht es mit ihren politischen Ambitionen? Das Thema desolate Wirtschaft ist ein Dauerbrenner, jetzt wird für dieses Jahr die astronomische Inflationsrate von 400 Prozent vorausgesagt. Am 30. Juni soll der sieche Peso, der sich ebenfalls in astronomischen Gefilden befindet (Schwarzmarktwert des Dollar: 82 000 Pesos), per Junta-Dekret 22 707 vier Nullen verlieren.

Der Malvinas-Krieg liefert nur noch selten Gesprächsstoff. Leopoldo Galtieri, nach der schmachvollen Niederlage in Ungnade gefallen, sitzt seit dem 12. April in einem Militärgefängnis. Er muß 60 Tage für seine Kritik an der Kriegführung anderer Generale und an seiner Entmachtung büßen.

Mai 1982, Mai 1983 – die letzten zwölf Monate wirken auf viele Argentinier wie zehn Jahre. Es passierte so viel, daß oft ihr Erinnerungsvermögen streikt. Der Zeitungskolumnist Jesus Iglesias Rouco fühlt sich an eine „verrückte Achterbahnfahrt" erinnert. Das Ende ist noch lange nicht in Sicht.

Jorge Luis Borges (83), der große alte Mann der lateinamerikanischen Literatur, bekennt: „Ich verstehe mein Land schon lange nicht mehr." Ein Diplomat, der die letzten fünf Jahre Buenos Aires beobachtet hat, reagiert ähnlich ratlos: „Argentinien? Ein Fall für den Psychiater."

Tatsächlich haben sich schon öfters Psychologen und Soziologen mit dem Fall Argentinien beschäftigt. Auch sie sind zu keinen plausiblen Erklärungen gekommen. Die meisten entdeckten „Widersprüche" und erinnerten an die beiden stärksten nationalen Einflüsse, das italienische und das spanische Element. Die Emotionalität habe sich mit dem Fatalismus vermischt.



Aufschrei gegen das Regime: Was habt ihr mit meinem Sohn gemacht? FOTO: AP

Argentinien verwirrt jeden Besucher. Dies ist das europäischste und „zivilisierteste" Land Lateinamerikas. Buenos Aires wird nicht von einem häßlichen Slumgürtel umgeben wie andere Hauptstädte Lateinamerikas. Einige Bezirke *erinnern an Paris, andere an Mailand* und Madrid. Hier trinken Bauarbeiter Rotwein zu ihrer Steak-Stulle.

Nirgendwo sonst in dieser Region gibt es so viele Theater, Kinos und Büchereien und eine ähnliche Vielfalt von Zeitungen und Zeitschriften. Buenos Aires pulsiert 24 Stunden am Tag. Um Mitternacht füllen sich noch einmal die Restaurants entlang der Fußgängerstraße Lavalle, und die letzten Vorstellungen der Lichtspielhäuser beginnen. Die holzgetäfelten Speisepaläste, die steifen Kaffee- und Teestuben und die urigen, verstaubten Bars hinterlassen den Eindruck, als sei die Zeit stehengeblieben – Europa der dreißiger Jahre.

Während Brasilien, der große Nachbar im Norden, in den letzten zwanzig Jahren eine dynamische Entwicklungsphase erlebte, leidet Argentinien noch unter den lähmenden Symptomen des Vorkriegseuropas: Klassenkampf, Demagogie, archaische Wirtschaftsstrukturen, Einmischung der Militärs in die Politik. Der ewige Wechsel zwischen demokratischen Regierungen und Militärdiktaturen, den Borges einen „Teufelskreis" nennt, verhinderte jegliche kontinuierliche Aufwärtsentwicklung.

Nun steht wieder einmal eine demokratische Ära bevor. Und diesmal befinden sich die Militärs in der gleichen Situation wie die Peronisten vor sieben Jahren: Sie haben abgewirtschaftet und sind mit ihrem Latein am Ende. Das Falk*land-Fiasko hat ihre Rückkehr in* die Kasernen beschleunigt. Das Ansehen der Streitkräfte ist so tief gesunken, daß sich viele Offiziere nicht mehr uniformiert in die Öffentlichkeit trauen. So schwach wie General Reynaldo Bignone, der kraft- und farblose Nachfolger Galtieris, ist selten ein argentinischer Präsident gewesen. Die Angst vor der Anarchie grassiert.

Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Generale und Admirale am 31. Januar 1984 den gleichen Leuten die Macht übergeben, die sie am 24. März 1976 entmachtet haben: den Peronisten. Vermutlich wird ein Peronist im Oktober die Wahlen gewinnen, obgleich Raul Alfonsin immer populärer wird. Der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat der Peronisten ist Italo Luder, der frühere Senatspräsident und Souffleur der ehemaligen Präsidentin Isabel Perón.

In Buenos Aires will heute aber *niemand kategorisch die Möglichkeit* ausschließen, daß Isabel Perón (52) nicht doch den Wunsch verspürt, wieder Argentinien zu regieren, trotz des starken Widerstandes in den eigenen Reihen. Auch nicht Raul Alfonsin: „Nichts ist unmöglich bei den Peronisten."

Wer hätte schon gedacht, daß es zu Kontakten kommen würde zwischen so unterschiedlichen Männern wie Armee-Kommandeur Cristino Nicolaides und Lorenzo Miguel, dem mächtigsten peronistischen Gewerkschaftsführer, der nach dem Militärputsch wegen angeblicher Korruptionsdelikte im Gefängnis saß und der Perón-Witwe weiterhin treu zur Seite steht. Die Militärs und Miguel haben zwar energisch die Behauptungen Alfonsins über einen schmutzigen Handel dementiert: Die Peronisten würden die volle Kontrolle über die Gewerkschaften zurückerhalten. Dafür müsse eine künftige peronistische Regierung das Problem der Vermißten unter den Teppich kehren. Die Gerüchte sind trotz des Dementis geblieben.

Auffallenderweise zählte Miguel nicht zu den Kritikern der Streitkräfte, als diese am 28. April die Diskussionen über dieses delikate Thema mit einer Erklärung beenden wollten, die weder ein Wort des Bedauerns, der Reue oder der Versöhnungsbereitschaft enthielt. Die Vermißten seien während der damaligen Kampfhandlungen ums Leben gekommen, hieß es lapidar. Und die Sicherheitskräfte hätten lediglich ihre Pflicht erfüllt.

Als die Militärs gegen die Peronisten putschten, erbten sie auch ein wirtschaftliches Chaos: Die Inflationsrate betrug 500 Prozent. Nun revanchieren sich die Militärs mit 400 Prozent – und weit mehr. „Noch nie in der Geschichte hat eine Regierung ein so armes, verschuldetes und sozial frustriertes Argentinien hinterlassen", urteilte die englischsprachige Zeitung „Buenos Aires Herald".

Jorge Luis Borges bekennt, daß ihn das Nachdenken über seine Nation traurig stimmt. „Ich bin hoffnungslos." (SAD)

Freundschaft gilt in Togo auch ohne Bonner Scheckbuch

Von PETER GILLIES

Ich habe mein Scheckbuch im Hotel vergessen", meinte Jürgen Warnke mit sanft-nachdrücklicher Ironie. Die schwarzen Manager der Kenya Industrial Estate Ltd. in Nairobi verstanden den Hinweis ebenso wie die deutschen Experten: Die Zeit der großen Kredite und der gutgemeinten Überweisungen in die Dritte Welt ist vorbei. Was in den goldenen Siebzigern großzügig geplant war, muß sich heute auf Effizienz und entwicklungspolitische Treffsicherheit zurückrechnen lassen.

Der neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, macht auf seiner ersten Reise nach Schwarzafrika zwei Stationen, die fast ein Programm darstellen. Kenia in Ostafrika und Togo in Westafrika, beides Schwerpunkte deutscher Entwicklungshilfe, erfolgreiche und mangelhafte Projekte eingeschlossen. Um den Eindruck der einwöchigen Blitztour quer durch einen Problemkontinent vorwegzunehmen: Warnke *machte eine gute Figur.* In der Bundesrepublik war der CSU-Politiker als Verteidiger der Zonenrandförderung und Interessenvertreter der keramischen Industrie bisher nur einem begrenzten Publikum bekannt.

Mehr als seine sehr unterschiedlichen Vorgänger bringt er treffliche Voraussetzungen für seinen neuen Job mit. Warnke spricht fließend Englisch und Französisch, er vermag auch in kritischen Situationen zwischen Protokoll und Politik spontan den richtigen Ton zu treffen. Und er kennt sich in der Wirtschafts- und Finanzpolitik aus, weiß um die Effizienz marktwirtschaftlicher Prozesse und die Ineffizienz von Bürokratien – mögen sie schwarz- oder weißhäutig daherkommen.

Die deutschen Experten, die sich oft mit viel Einsatz um Nahrung und Gesundheit, um Bildung und Ausbildung mühen und plagen, waren gespannt auf die neue Bonner Philosophie. Auch die schwarzafrikanischen Politiker warteten auf Interpretation der „Bonner Wende". Warnke gab sie, gelassen und ohne Polterei, deutlich und nüchtern. Die Erleichterung seiner Gesprächspartner war manchmal mit Händen zu greifen.

Zum Beispiel Kenia: Die Service-Werkstatt in Nairobi, die mit deutschen Millionen die einheimische Kleinindustrie fördern soll, macht nicht den zwingenden Eindruck effizienter Entwicklungshilfe. Die große Zahl schwarzer Manager läßt Bürokratie vermuten, die einheimischen Facharbeiter scheinen einer Art Beschäftigungstherapie nachzugehen. Die deutschen Experten widersprechen und bitten Warnke um Verlängerung der Mittelzusagen. Der Minister bleibt – mit dem Hinweis auf das vergessene Scheckbuch – vorsichtig.

Anders das Bild der Kenya Threads Industry Ltd., einer Baumwollspinnerei bei Nairobi. Willi Hittmeyer, Textilingenieur aus Deutschland, ging 1974 mit rund 20 000 Mark nach Kenia, kaufte gebrauchte Maschinen, suchte sich schwarze Partner. 200 Arbeitsplätze entstanden, der Betrieb arbeitet mit Gewinn und setzt monatlich gut zwei Millionen Mark um. Die Pointe dieser gelungenen Entwicklungshilfe liegt darin, daß kein Pfennig deutscher Entwicklungshilfe floß.

Leider ließ es sich der Minister entgehen, dieses Projekt zu besichtigen. Hittmeyer durfte offenbar nicht auf dem Besichtigungsprogramm stehen. Seine Ansichten waren auch zu sperrig: „Die deutsche Entwicklungshilfe wird zum Fenster rausgeworfen", meint Hittmeyer. „Die deutschen Experten der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) führen mit monatlich 10 000 oder 12 000 Mark ein üppiges Leben. Sie haben von allem eine Ahnung, aber von nichts eine wirkliche", sagte der Ingenieur.

Warnke hat die Herausforderung der Entwicklungshilfe nicht verharmlost. Das Prinzip „Freunde als Freunde zu behandeln", bedeutet den Konflikt mit außenpolitischen Interessen, *mit der Entwicklungsbürokratie drinnen und draußen.* Afrika kann sich selbst ernähren, hätte man den ländlichen Raum entwickelt und motiviert, statt mit ehrgeizigen Großprojekten zu brillieren versucht. In Kenia wie in Togo sind die verlustbringenden Kraftwerke, Raffinerien und Großhotels zu besichtigen.

Projektleiterbesprechung in Lome, Togo. Da klagen deutsche Ärzte, die unter unvorstellbaren Bedingungen nicht selten rund um die Uhr operieren, während togoische Ärzte die Rückkehr ins Land scheuen, sondern sich in lukrativen Praxen in Frankreich oder Deutschland niederlassen. Andererseits gibt der mit deutscher Hilfe ausgebaute Tiefwasserhafen von Lome ein treffliches Beispiel. Er macht gute Gewinne, steigert Umschlag und Ausbau, erschließt den westafrikanischen Raum, gibt rund 3200 Menschen Arbeit, ist der größte Arbeitgeber des Landes.

Togo, so groß wie Bayern, eingeklemmt zwischen Ghana im Westen und Benin im Osten, erhält pro Kopf die meiste Entwicklungshilfe aus Deutschland. Wenn sich 1984 der Tag des deutsch-togoischen Schutzvertrages zum hundertsten Male jährt, dürfte ein „Tam-Tam" ungeahnten Ausmaßes getanzt werden.



Alte Freunde: Staatspräsident Eyadema und Ministerpräsident Strauß. FOTOS: BPA/WIENKE

Franz Josef Strauß, mehr oder weniger zufällig mit Warnke in Togo, wurde vom Staatspräsidenten Gnassingbé Eyadema mit einem protokollsprengenden Staatsempfang geehrt. Unbelastet von kolonialistischen Hypotheken genießen die Deutschen einen Ruf, der schlechterdings nicht zu übertreffen ist und sich in einem triumphalen Empfang Bahn brach.

Die Begeisterung – organisiert wie spontan – schlug Kapriolen, die in deutschen Augen manchmal skurrile Züge annahm. „Deutschland und Togo: Gemeinsame Vergangenheit – gemeinsame Zukunft" oder „Freundschaft zwischen CSU und RPT (der togoischen Einheitspartei)" verhießen die Spruchbänder. Überlebensgroße Porträts von Bundespräsident Carstens, an jeder zweiten Palme auf den Hauptstraßen eine deutsche Flagge und immer wieder „Tam-Tam Adjogbo", Chöre, Rhythmik, Zimbeln, Trommeln, Flöten, Kriegertänze.

Selbst ein Tropengewitter, langersehnt nach der Dürre, konnte die Tänzer und Sänger nicht abhalten, stundenlang auf dem Flughafen auf den „Kaiser aus Deutschland" zu warten, als der Strauß in Togo offenbar empfunden wird. Hunderte von Sängern übten stundenlang die Nationalhymne auf deutsch, skandierten „Freundschaft und Zusammenarbeit der Präsidenten Eyadema und Strauß".

Der bayerische Ministerpräsident stahl dem Entwicklungsminister erkennbar die Schau (obgleich auch Warnke zuvor bei einem Besuch der nördlichen Zentralregion Zehntausende jubelnder Togoer auf den Beinen fand. Strauß erhielt aus der Hand des Staatspräsidenten den höchsten togoischen Orden und revanchierte sich mit einem bayerischen Porzellanlöwen aus Nymphenburg – eine Anspielung darauf, daß Togo und Bayern das gleiche Wappentier haben. „Zum hundertsten Jubiläum werden die Togoer Lederhosen anlegen", meinte ein deutscher Diplomat schmunzelnd.



Neuer Gast: Mit viel Tamtam begrüßten die Togoer den neuen Entwicklungsminister aus Bonn, Jürgen Warnke.

Die farbenfrohe Tropic-Folklore verdeckte nicht die Linien von Afrika- und Entwicklungspolitik. Strauß und Warnke machten die Akzente der „konzentrierten Partnerschaft" sehr deutlich, ohne Beschönigung und ohne Verschweigen der finanziellen Möglichkeiten. Sie wurden offenbar verstanden. „Wir haben 127 Länder auf unserer Liste", meinte Warnke, „aber wir können nicht allen helfen." Man müsse Schwerpunkte setzen, das Gutgemeinte durch das Gute ersetzen, sprich die Effektivität, die Eigenvorsorge, die Hilfe zur Selbsthilfe fördern, das private Engagement, aus dessen Gewinn Land *und Infrastruktur zu entwickeln* seien. „Ich sehe nicht ein, daß wir Millionen hergeben und die Empfänger dafür Maschinen aus Korea oder der CSSR kaufen." Die Lieferbindung sei im Interesse der deutschen Arbeitsplätze nötig, werde von den Empfängern meist auch gewünscht, sei aber von den bisherigen Bundesregierungen unehrlich gehandhabt worden.

„Ich habe bisher aus meinem Ministerium viele gutgemeinte, aber schlecht gerechnete Vorlagen bekommen", resümiert der Minister. Er sieht den Konfliktstoff, das Beharrungsvermögen der deutschen Hilfsbürokratie, die Probleme des Entwicklungsdienstes. Bei allen sperrigen Konflikten, die absehbar sind, bleibt der Kabinettsneuling im Ton vorsichtig. Der Afrika-Besuch machte die politische Potenz von Strauß deutlich, was Genscher sicherlich berichtet wurde. Warnke hat wohl auch in Bonn manches Tam-Tam noch vor sich.

Mithören ohne Zustimmung unrechtmäßig

rtr, Kassel

Das Mithören oder Mithörenlassen einer Unterredung im Büro über eine Sprechanlage ohne Zustimmung des Gesprächspartners *verletzt nach Auffassung* des Bundesarbeitsgerichts das „Recht am gesprochenen Wort". Eine „vertrauliche" Unterredung, die im Auftrag des Arbeitgebers mitgehört wurde, darf deshalb vor Gericht nicht verwertet werden, entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) nach einem jetzt veröffentlichten Urteil (AZ: 2 AZR 1257/79). Das BAG bestätigte damit die Entscheidung zweier Vorinstanzen.

Im vorliegenden Fall hatte ein Arbeitgeber eine Mitarbeiterin beauftragt, über eine Bürosprechanlage eine „vertrauliche" Unterredung des Chefs mit einem seiner Beschäftigten ohne dessen Wissen mitzuhören. In einem folgenden Arbeitsgerichtsprozeß wollte der Arbeitgeber diese Mitarbeiterin als Zeugin anhören lassen. Das Bundesarbeitsgericht gab dem aber nicht statt, da dies auch dann unzulässig sei, wenn das Gespräch nicht ausdrücklich als vertraulich bezeichnet wurde.

Neue Leitlinien für Kernkraftwerke

HH. Bonn

Die vom Bundesinnenministerium im Entwurf vorgelegten „Leitlinien zur Auslegung von Kernkraftwerken gegen Störfälle"

sollen voraussichtlich im August verbindlich werden. Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Carl-Dieter Spranger, sieht in den Leitlinien einen „entscheidenden Schritt" zur Straffung und Beschleunigung der atomrechtlichen Genehmigungsverfahren, der sich – ohne jegliche Einbuße an Sicherheit und Rechtsschutz – auf den Bau und Betrieb deutscher Kernkraftwerke auswirken werde.

Die Leitlinien legen erstmals im einzelnen fest, gegen welche Störfälle (es wurden 36 Störfallgruppen zusammengestellt) bei Kernkraftwerken mit Druckwasserreaktoren Vorsorge zu treffen ist, um selbst im Schadensfall eine unzulässige Strahlenbelastung für die Bevölkerung zu verhindern. Am 13. Juni soll hierzu in Bonn noch eine Anhörung der interessierten Gewerkschaften, der Industrie und der Umweltverbände stattfinden. Spranger schließt nicht aus, daß die Wirtschaft zum Beispiel gegen einzelne Regeln, etwa in der Frage der Sicherung gegen Erdbeben, Bedenken anmelden wird.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Bonn will das Problem Zivilschutz angehen

Im Innenministerium laufen Vorarbeiten für neues Gesetz

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung will die langjährige Brache der Zivilverteidigung beackern. Die kürzliche *Ankündigung des Parlamentarischen* Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, nicht nur ein Zivilschutzgesetz zu schaffen, sondern auch sogenannte „Gesamtverteidigungspolitische Richtlinien" zu entwerfen, weist in diese Richtung. Allerdings wissen die Fachleute, daß es zweierlei ist, ein derartiges Vorhaben anzukündigen und es auch zu realisieren.

Die Probleme auf diesem Gebiet sind groß. In weiten Teilen der Bevölkerung ist die Bereitschaft zur Unterstützung der Politiker bei der Enwicklung eines Gesamtkonzepts des Schutzes der nichtmilitärischen Teile von Staat und Gesellschaft in Katastrophen und Krieg unterentwickelt. Darauf wies jüngst erst wieder der Präsident des Bundesamtes für den Zivilschutz, Paul Kolb, hin. Darüber hinaus stehen dem Vorhaben auch finanzielle Hindernisse entgegen. Am meisten erschwerend für ein Konzept „Gesamtverteidigung" wirkt sich auch nach Ansicht Sprangers die Ebbe in der Staatskasse aus.

Dennoch soll das Projekt eines Zivilschutzgesetzes angegangen werden. Die Vorarbeiten sind im Bundesinnenministerium im Gange. Sie sind bereits zu einer Vorlage an den Minister gediehen, die nach einer Bestandsaufnahme über den heutigen Ist-Zustand in der Zivilverteidigung einige entscheidungsträchtige. Fragen enthält, mit denen Friedrich Zimmermann, die Bundesregierung als Ganzes und die christlich-liberale Koalition die Weichen in eine neue Richtung auf diesem Gebiet stellen müssen.

Es geht mit dem Gesetz um weit mehr als nur um eine Zusammenfassung der in mehreren Rechts- und Verwaltungsvorschriften heute zersplitterten Kompetenzen. Es geht um deren Weiterentwicklung und Verstärkung. Die Fragen, die die Regierung und mit ihr die Koalition beantworten müssen, lauten: Soll künftig eine gestaffelte oder totale Pflicht zum Bau von Schutzplätzen in allen neu zu errichtenden Gebäuden privater, gewerblicher oder öffentlicher Art eingeführt werden? Inwieweit ist diese Baupflicht durch finanzielle Mittel der öffentlichen Hand zu unterstützen? Soll darüber hinaus die Wehrpflicht ausgedehnt werden auf eine Dienstpflicht im Zivildienst?

Im Bundesinnenministerium will man nicht den Eindruck erwecken, als könne das Projekt sehr schnell vollendet werden. Da die Kompetenzen in der Zivilverteidigung auch bei den Bundesländern liegen, rechnet man mit langwierigen Abstimmungsgesprächen. Das gilt auch für die Anhörung der im Zivilschutz tätigen Verbände. Ein Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums wird deshalb nicht mehr in diesem Jahr erwartet.

Darüber hinaus geht es darum, zwischen der militärischen und zivilen Verteidigung eine sinnvolle Koordinierung der Vorschriften und der planenden Vorbereitungen, also ihre enge Verzahnung zur Gesamtverteidigung zu betreiben. Diesem Ziel dient die Absicht, gesamtverteidigungspolitische Richtlinien zu formulieren. In dieser Sache sind vor allem die beiden Ministerien für Inneres und Verteidigung gefordert, aber auch das Bundeskanzleramt, in dem letztlich die Koordinierung beider Aufgaben auf der höchsten Ebene der Regierung stattfinden muß.

Der Schutz der Zivilbevölkerung wird von der christlich-liberalen *Koalition nach Sprangers Worten* nicht nur unter humanitären Gesichtspunkten gesehen. Spranger wies gegenüber der WELT ausdrücklich darauf hin, daß Zivilschutz ein Teil der NATO-Strategie der Abschreckung sein müsse. Denn die militärische Verteidigung gewinne erst dann wirkliche Glaubwürdigkeit, wenn ein Mindestmaß an Schutz für die Bevölkerung garantiert sei.

„Lehrstelle für jeden Ausbildungswilligen"

Ministerin Wilms versucht die Wirtschaft zu mobilisieren

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bundesregierung bleibt dabei, daß es gelingen müsse, jedem „Ausbildungswilligen und Ausbildungsfähigen" in diesem Jahr eine Lehrstelle zu verschaffen. In zahlreichen Konferenzen und Gesprächen wird zur Zeit vom Bundesbildungsministerium – dessen Chefin Dorothee Wilms sich momentan als „Reisende in Sachen Lehrstellen" sieht – versucht, die Wirtschaft entsprechend zu mobilisieren und zur Ausbildung auch über den eigenen Bedarf hinaus zu ermuntern.

Darüber hinaus gibt es am Rande der gegenwärtigen Haushaltsverhandlungen im Kabinett Bestrebungen, im Einvernehmen mit Finanzminister Stoltenberg die Haushaltsansätze für die Benachteiligten-Programme aufzustokken, um sie auf strukturschwache Gebiete ausdehnen zu können. Auf diese Weise sollen in Bereichen, in denen die Wirtschaft aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, Ausbildungsplätze anzubieten, mit staatlicher Hilfe Lehrstellen geschaffen werden.

Daneben wird sich das Bildungsministerium, so die politischen Vorgaben, in den kommenden Monaten vor allem mit Lösungsmöglichkeiten für die überlasteten Hochschulen und – damit eng zusammenhängend – mit Alternativen für das Studium befassen.

Dorothee Wilms hat erst am vergangenen Wochenende in der WELT erneut die grundsätzliche Überzeugung der Bundesregierung unterstrichen, die Hochschulen offenzuhalten. Zusätzliche Hochschulbaumittel sollen helfen, die Infrastruktur der Universitäten zu verbessern, um den Studentenberg bis Mitte der neunziger Jahre bewältigen zu können. Bis zu diesem Zeitpunkt des Abschwellens sollen auch Überlegungen aus dem Ministerium vorliegen, wie die Hochschulfinanzierung neu geregelt werden kann. Das Ziel der Ministerin ist ein differenziertes Hochschulsystem, in dem auch die Fachhochschulen einen angemessenen Platz erhalten sollen. Und wenn sie auch derzeit allen Überlegungen zu Studiengebühren eine Absage erteilt, so hält sie es doch für notwendig, im Rahmen des Gesamtpakets auch darüber nachzudenken, *ob und inwieweit* eines Tages die Studenten an den Kosten ihrer Ausbildung beteiligt werden können.

Spätestens mit dem Heranwachsen der geburtenschwächeren Jahrgänge sollen gemeinsam mit der Wirtschaft auch attraktive Alternativen zum Studium entwikkelt worden sein. Dabei ist sich Frau Wilms im klaren, daß ein entscheidender Schritt dafür ist, daß das öffentliche Dienstrecht bis dahin geändert ist. Dies würde bedeuten, daß ein Hochschulabsolvent nicht mehr automatisch mit A 13 eingestellt und ein Nichtakademiker entsprechend niedriger eingestuft wird. In dieses Vorhaben müßten dann auch die Bemühungen eingebettet werden zum Abbau der *Lehrerarbeitslosigkeit*. Denn, so die Ministerin, „die Lehrer können nicht allein auslöffeln, was im öffentlichen Dienst gewachsen ist."

Nur Lohntarif ist „streikfähig"

Schlichter im öffentlichen Dienst müssen erst das Gesamtpaket aufschnüren

GÜNTHER BADING, Bonn

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst beginnt heute die Schlichtung. Zunächst wird sich allerdings die Kommission, der je sechs Vertreter der Arbeitgeber (Bund, Länder und Gemeinden) und der Gewerkschaften angehören, unter dem Vorsitz des ehemaligen baden-württembergischen Innenministers Walter Krause und des früheren Bundesinnenministers Hermann Höcherl konstituieren. Die eigentlichen Verhandlungen sollen erst nach Pfingsten „irgendwo! im Fränkischen" geführt werden. Der Tagungsort wird traditionell geheimgehalten. Den Vorsitz in der Schlichtung, der jährlich wechselt, führt in diesem Jahr Krause.

Die öffentlichen Arbeitgeber hatten in vier Verhandlungsrunden ihr Eingangsangebot zwar in Sondierungsgesprächen angehoben, formell allerdings gilt noch das Einstiegsangebot von zwei Prozent mehr Lohn und Gehalt für die 2,7 Millionen Arbeiter und Angestellten bei vier „Nullmonaten" ohne Erhöhung, geringfügige Verbesserungen beim Jahresurlaub und Einführung einer Begrenzung der „Gesamtversorgung" (aus Rente und Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes) auf 90 Prozent des letzten Netto-Einkommens im aktiven Dienst.

Das Scheitern der Tarifverhandlungen war nicht allein auf das relativ geringe Prozent-Angebot in der Sondierungsrunde von 2,3 Prozent plus Einmalzahlung von 50 Mark für die ersten beiden Monate der einjährigen Tarifvertragslaufzeit zurückzuführen. Der wirkliche Druck der Basis wurde in den Tarifkommissionen – gleichgültig ob bei der ÖTV oder DAG und den übrigen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes – gegen die von Bundesinnenminister Zimmermann geforderte Begrenzung auf 90 Prozent des letzten Nettos gemacht. Die Gegner dieser Neuregelung bemängeln vor allem, daß es hier ja nicht um Entlastung der Sozialversicherung oder Entlastung der öffentlichen Haushalte gehe. Schließlich werde die Zusatzversorgung, ja aus eigenen Versorgungskassen bezahlt.

Für die Schlichter allerdings stellt sich noch ein ganz anderes Problem: Gekündigt – und damit „streikfähig" bei einem Scheitern der Schlichtung – ist nur der Einkommens-Tarifvertrag. Deshalb muß heute entschieden werden, ob das von den Arbeitgebern geschnürte „Paket" aus Lohn- und Gehaltsverhandlungen plus Neuregelung der Zusatzversorgung überhaupt geschlossen behandelt werden kann. Besser wäre es für alle Beteiligten fraglos, da auch die Gewerkschaftsführungen – die grundsätzlich von der Notwendigkeit einer Begrenzung überzeugt sind – es nach freien Verhandlungen über die Zusatzversorgung schwerer haben dürften, ihrer ohnehin unwilligen Basis eine Begrenzungsregelung „zu verkaufen".

Daß die Gewerkschaften überhaupt bereit sind, hier auf „Besitzstände" zu verzichten, mag auch daran liegen, daß die Kommission zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme beim Sozialminister sich auch für eine 90-Prozent-Begrenzung ausgesprochen hat. So etwas könnte Gesetz werden – dann allerdings ohne die relativ großzügige und flexible Übergangsregelung für all jene, die schon jetzt Zusatzversorgung beziehen (und damit insgesamt teilweise mehr als 100 Prozent des letzten Nettos bekommen).

Bleibt das Junktim Gesamtversorgungs-Einkommenstarif erhalten, was im gegenseitigen Einvernehmen möglich ist, dann wird sich die Schlichtung auf eine Verbesserung der Übergangsbestimmungen der Zusatzversorgung (etwa durch eine andere Berechnungsgrundlage des letzten fiktiven Netto-Einkommens) und auf die Anhebung der Lohnzahl einzustellen haben. Hier blockieren derzeit die Bundesländer bei 2,3 Prozent. Für den Innenminister gilt als Kriterium: Die Zahl darf nicht so weit über die Erhöhung bei den Beamten von 2,0 Prozent hinausgehen, daß für diese „Nachbesserung" nötig wird.

Farbbeutel gegen den Bundesadler

Tumulte bei Jugendfragestunde / 24 Festnahmen / Sympathisanten der Grünen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Im Bundestag ist es gestern zu Tumulten und einer Schlägerei *zwischen Jugendlichen und dem* Ordnungsdienst des Parlaments gekommen. 24 junge Leute wurden daraufhin von der Polizei festgenommen. Gegen sie erstattete Bundestagspräsident Rainer Barzel Strafanzeige wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruchs und Körperverletzung.

Wie schon in den vergangenen Jahren hatten Bundespräsident Karl Carstens und die Abgeordneten aller Fraktionen aus Anlaß des Jahrestags des Grundgesetzes am 23. Mai insgesamt 517 Jugendliche aus allen Teilen der Bundesrepublik zu einer Fragestunde ins Parlament und einem Empfang beim Staatsoberhaupt eingeladen. Im Plenarsaal stellten sich 13 Parlamentarier ihren Fragen.

Praktisch unmittelbar nach Eröffnung der „Sitzung", in der Barzel darauf hingewiesen hatte, daß sich am selben Tag die Eröffnung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zum 135. Mal jährte, wurden von einer Gruppe im Saal und auf der Diplomatentribüne Spruchbänder entrollt. Als Ordner sie entfernen wollten, stürmten Jugendliche in blauen Hemden und roten Halstüchern auf sie zu. Gleichzeitig wurden rote Farbbeutel gegen den Bundesadler an der Stirnseite des Plenums geschleudert und Sprechchöre gebrüllt.

Die Randalierenden konnten *dann im Verlauf einer heftigen* Auseinandersetzung aus dem Bundestag gedrängt werden. Dabei wurden drei Parlamentsbedienstete verletzt. Als die 24 von der zu Hilfe gerufenen Polizei zur Vernehmung ins Präsidium gebracht werden sollten, erhielten sie Unterstützung von Abgeordneten der Grünen.

So wollte Gabriele Gottwald bei den Vernehmungen anwesend sein. Sie verließ jedoch nach Angaben eines Polizeisprechers schließlich freiwillig das Präsidium. Allerdings behauptete sie anschließend, ihr sei Hausverbot erteilt worden.

Nach den Feststellungen im Bundestag hatten die Grünen, wie zwischen den Fraktionen vereinbart, die von ihnen Eingeladenen namentlich benannt. Sie hatten aber verschwiegen, daß 20 der als Störer Festgenommenen aus der Berliner Hausbesetzer-Szene stammen. Nach dem Zwischenfall wurde auf Grund ihres brutalen Vorgehens der Eindruck geäußert, daß es sich bei ihnen um professionelle Schläger handele.

Nachdem die Ruhe im Plenum wiederhergestellt war, meinte Barzel, dies sei ein „Anschauungsunterricht" gewesen, wie man es nicht macht. Die überwiegende Mehrheit distanzierte sich daraufhin von den Störern mit minutenlangem stürmischen Applaus. Der Bundestagspräsident betonte anschließend: „Diese Störer waren weder typisch noch repräsentativ für die deutsche Jugend."

In der zweistündigen Fragestunde standen die Themen Wirtschaft, Ausbildung und Rüstung im Mittelpunkt. Sie wurden von den Abgeordneten von der Regierungsbank aus beantwortet. Dabei saß Matthias Wissmann (CDU) auf dem Platz von Bundeskanzler Helmut Kohl, auf dem von Außenminister Hans-Dietrich Genscher saß Alfred Sauter (CSU) und Uwe Ronneburger (FDP) hatte den Stuhl von Innenminister Friedrich Zimmermann eingenommen.

Noch zurückgebliebene Sympathisanten der Grünen jubelten regelmäßig deren Abgeordneten zu oder versuchten die anderen mit Rufen wie „Lüge" und vorgefertigten Zetteln zu unterbrechen. So zum Beispiel als sich Jürgen Linde (SPD) und Wissmann sich klar gegen das Recht zum gewaltfreien Widerstand im Zusammenhang mit der Nachrüstung aussprachen, Hubert Kleinert von den Grünen jedoch ankündigte, seine Partei sei im Fall der Stationierung im Herbst dafür und werde mitmachen.

Seite 2: Grüne Lümmel

Enttarnter Spion wird ausgetauscht

Kein Prozeß gegen Angestellten der sowjetischen Handelsmission, Bataschew

WERNER KAHL, Bonn

Der als Spion enttarnte und seit Februar inhaftierte Angestellte der sowjetischen Handelsmission in Köln, Gennadij Bataschew, wird ohne Prozeß gegen im Ostblock gefangene Bürger der Bundesrepublik ausgetauscht. Das Interesse an einer Strafverfolgung, so informierte Stellen gestern in Bonn, werde aus humanitären und politischen Gründen zurückgestellt. Nach dieser Entscheidung soll die von der Bundesanwaltschaft beim Düsseldorfer Oberlandesgericht erhobene Anklage nicht weiterbetrieben werden.

Der aus Tula stammende 42jährige Russe hatte nach Ermittlungen der Spionageabwehr des Verfas*sungsschutzes versucht, in den Be*sitz von Computeranlagen und Codiergeräten der Sicherheitsbehörden zu gelangen. Die Abwehrstellen gaben nicht zu erkennen, ob zwischen der Enttarnung Bataschews und der am Dienstag bekanntgewordenen neuen Spionageaffäre ein Zusammenhang besteht. Wie berichtet, handelt es sich bei den Verdächtigen um die Diplomaten an der Botschaft der UdSSR in Bonn, Viktor Martschenko und Jewgenij Schmagin, sowie die Angestellten der Kölner Handelsmission, Oleg Schwewtschenko, und Boris Koshenikow. Die Fotos der vier hatte am Dienstag die Illustrierte „Quick" veröffentlicht; die sowjetische Botschaft war anscheinend so überrascht, daß die sowjetische Nachrichtenagentur Tass Auftrag erhielt, über ihr Bonner Büro ein Exemplar der Illustrierten, die zum Zeitpunkt *des Bekanntwerdens der Agenten*story noch nicht auf dem Markt war, zu besorgen. Die Publikation dürfte von Moskau als Wink aufgenommen werden, ihre der Industrie- und Wirtschaftsspionage sowie der versuchten Einflußnahme auf die „Friedensbewegung" verdächtigten Funktionäre aus der Bundesrepublik abzuziehen. Der Austausch des inhaftierten Sowjetbürgers Bataschew dürfte im Rahmen eines Ringtausches zwischen der Bundesrepublik und Ostblockstaaten erfolgen.

Der Ostberliner Geheimdienst hat seinen einstigen Bonner Agentenchef im Bundesverteidigungsministerium, *Lothar* Lutze, als Nr. 1 auf die Tauschliste gesetzt. Lutze verbüßt seit 1976 eine zwölfjährige Freiheitsstrafe. Lutzes mitspionierende Ehefrau war bereits 1981 zusammen mit dem ehemaligen *Kanzleramtsspion* Günter Guillaume ausgetauscht worden. Sicherheitsbehörden betonen, durch den Verrat Lutzes sei irreparabler Schaden verursacht worden.

Esser warnt vor schädlicher Diskussion

dpa, Köln

Arbeitgeber-Präsident Otto Esser ist überzeugt, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen in diesem Jahr „letztlich" der erwarteten Nachfrage von rund 655 000 Jugendlichen entsprechen wird. Zwar zeichneten Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit gegenwärtig noch ein ungünstigeres Bild, aber diese Zahlen „entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen", da sie nur einen Teil des Arbeitsmarktes berücksichtigten, sagte Esser bei der „Arbeitsmarkt-Konferenz '83" der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln. Dagegen meinte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, der Ausbildungsmarkt gebe nach wie vor „Anlaß zur Besorgnis". Die „bei den Arbeitsämtern erfaßten Daten markieren einen merklich verschlechterten Ausbildungsmarkt". Esser forderte die Bundesanstalt auf, bei ihren Publikationen vor „falschen und irritierenden Rückschlüssen" über eine negative Entwicklung im Ausbildungssektor zu warnen. Eine „aufgeregte Diskussion" zum jetzigen Zeitpunkt könne mehr schaden als nützen. Entscheidend sei, wie die Bilanz im Herbst aussehe.

„Folter kein Grund für Asylgewährung"

F. D. Berlin

Drohende Folter stellt nicht in jedem Fall einen Grund zur Asylgewährung dar. Dieses Urteil fällte jetzt das Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Es hob gleichzeitig zwei Entscheidungen der Verwaltungsgerichtshöfe von Baden-Württemberg und Hessen auf und wies die Fälle an die Vorinstanzen zur erneuten Verhandlung zurück. Der 9. Senat des Bundesverwaltungsgerichtes stellte in seiner Entscheidung fest, daß die Anwendung des allgemeinen Strafrechts, die einem Antragsteller in seinem Heimatland drohe, nicht schon für sich allein eine politische Verfolgung darstelle. Das gelte auch für politische Straftaten im Sinne des deutschen Staatsschutzstrafrechts. Auch sei nicht entscheidend, mit welchen Mitteln das Heimatland des Antragstellers gegen ihn vorgeht.

Zur asylrechtlichen Bewertung der Folter führten die Bundesrichter aus, daß Folter stets als Menschenrechtsverletzung anzusehen sei. Erlittene oder drohende Folter führe jedoch nur dann zu einem Asylanspruch, „wenn ihr die Motivation der politischen Verfolgung zugrunde liegt". Dabei seien die Umstände des Einzelfalles unter Würdigung der jeweiligen Verhältnisse in den Verfolgerstaaten heranzuziehen.

Die Entscheidung beruht auf der Klage zweier Kurden aus der Türkei, die ihren von den Verwaltungsgerichtshöfen abgewiesenen Asylantrag mit drohender Folter wegen ihres Eintretens für einen unabhängigen kurdischen Staat begründet hatten. Wegen der für diese Fälle erforderlichen Prüfung der „Rechtswirklichkeit im Heimatland" wies das Bundesverwaltungsgericht die Klagen an die Vorinstanzen zurück.

Selbstmord an der Mauer

F.D. Berlin

Ein 34jähriger Berliner ist in der Nacht zu gestern mit hoher Geschwindigkeit in die Mauer am Brandenburger Tor gerast. Der Mann, der nach Auskunft der Polizei „in Selbsttötungsabsicht" handelte, durchbrach ein eisernes Absperrgitter vor dem im Bezirk Tiergarten liegenden sowjetischen Ehrenmal und prallte dann gegen die Sperrmauer. Der Mann verbrannte in dem völlig zerstörten Fahrzeug. Der Wagen, der bei dem Unfall drei Meter auf „DDR"-Gebiet geraten war – ein Streifen vor der Mauer zählt bereits zum „DDR"-Territorium –, wurde von der Berliner Feuerwehr auf westliches Gebiet zurückgezogen. Für den Fahrer kam jedoch jede Hilfe zu spät.

Die Tories geben die Parole Kontinuität aus

Wahlkampfthemen sind Arbeitslosigkeit und Verteidigung

FRITZ WIRTH, London

„Großbritannien ist auf dem richtigen Kurs. Es gibt keinen Weg zurück." Das ist das beherrschende Stichwort und die Kernbotschaft des Wahlprogramms, das Premierministerin Margaret Thatcher gestern vorlegte. Das 47-Seiten-Dokument enthält keine Überraschungen. „Der Kontinuitätsfaktor dieses Programms ist sehr wichtig", erklärte Frau Thatcher und nannte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftspolitik und Verteidigungsfragen als die Hauptthemen ihres Wahlkampfes, der für die Konservativen erst morgen voll beginnen wird, fünf Tage später als bei den anderen Parteien, die bereits seit Montag in vollem Einsatz sind.

Die Tories bekennen sich von allen drei großen Parteien am deutlichsten zum Prinzip der multilateralen nuklearen Abrüstung, beharren auf einem eigenen britischen Nuklearpotential, das die Labour Party innerhalb der nächsten fünf Jahre abschaffen und die sozialliberale Allianz in die Genfer Abrüstungsverhandlungen mit einbringen will; sie sind weiterhin entschlossen, ihre Polarisflotte in den neunziger Jahren durch das Trident-System zu ersetzen.

Innenpolitisch sind die Konservativen noch resoluter als zuvor entschlossen, den politischen Einfluß der Gewerkschaften zu reduzieren und deren Entscheidungsprozesse zu demokratisieren. Sie wollen Gesetze einbringen, die die Gewerkschaften zwingen sollen, ihre Funktionäre künftig in geheimer Abstimmung wählen zu lassen. Außerdem sollen künftig alle Gewerkschaftsmitglieder die Möglichkeit zu einer Urabstimmung vor einem Streikbeschluß haben. Gewerkschaften, die sich diesen Urabstimmungen widersetzen, sollen strafrechtlich verfolgt werden. Die Konservativen hatten bereits im letzten Wahlkampf eine Gewerkschaftsreform angekündigt, hatten dann jedoch nicht den Mut zu derart resoluten Maßnahmen. Inzwischen haben Meinungsumfragen ergeben, daß die Mehrheit der britischen Bevölkerung eine derartige Reform begrüßt.

Aufsehen hat außerdem die Ankündigung erregt, die Strukturen der Gemeindeverwaltungen zu ändern. So haben die Tories wissen lassen, daß sie entschlossen sind, den Londoner Stadtrat und andere großstädtische Verwaltungen aufzulösen. Sie seien unnötig und zu verschwenderisch. Das ist nicht zuletzt die Antwort auf die Arbeit des Londoner marxistischen Stadtratsvorsitzenden Ken Livingstone, der seit zwei Jahren in vielen Bereichen eine direkte Konfrontationspolitik gegen die Regierung Thatcher betreibt.

Die ersten Kampfhandlungen dieser Wahl haben im übrigen gezeigt, daß sich die Konservativen in den kommenden Wochen mehr auf das Wahlprogramm Labours als auf ihr eigenes Wahlmanifest konzentrieren werden. Sie betrachten deren radikales Programm als ihre wirksamste Wahlmunition. So starteten sie am gleichen Tage, an dem sie ihr eigenes Wahlprogramm vorstellten, eine zweiseitige Anzeigenkampagne, in der sie in 15 Punkten die umstrittensten Forderungen des Labour-Programms darstellen und die Leser fragen, ob sie bereit seien, diese Punkte am Wahltag zu unterschreiben. Beispielsweise: „Ich gebe hiermit das Recht auf, zu entscheiden, welche Schule meine Kinder besuchen", oder: „Ich bin völlig mit einem Programm umfassender Verstaatlichung einverstanden, was immer es auch an höheren Steuern für mich kosten mag", und: „Ich habe nichts dagegen, wenn ich gezwungen werde, einer Gewerkschaft beizutreten."

Die Wahlmanager der Konservativen sind im übrigen über den massiven Vorsprung, den ihnen die Meinungsforscher vor der Labour Party bescheinigen, nicht unumschränkt glücklich. Sie wissen, daß Labour aufholen wird, und daß die nächsten Meinungsumfragen für sie einen deutlichen Abwärtstrend zeigen werden. Frau Thatcher hat ihre Parteiarbeiter deshalb gestern zur Wachsamkeit ermahnt. Sie sagte voraus, daß es etwa auf halbem Wege zum Wahltag für die Tories schwierige Zeiten geben werde und ermahnte die eigenen Parteifunktionäre, nicht die Nerven zu verlieren und zusammenzuhalten.

Inzwischen erhielt sie eine leicht angegiftete „Goodwill"-Erklärung ihres Vorgängers Edward Heath, mit dem sie sich in den letzten vier Jahren auseinandergelebt hat. Heath versprach, die Politik Frau Thatchers voll zu unterstützen, da sie sich weitgehend seinem Standpunkt angenähert habe und nicht mehr den resoluten monetaristischer Kurs verfolge. Heath ließ zugleich erkennen, daß er bereit sei, in der kommenden Thatcher-Regierung wieder ein Amt zu übernehmen. Es sei jedoch völlig eine Sache des Premierministers und hänge von den Umständen der Einladung zur Mitarbeit ab. Heath war von Frau Thatcher vor vier Jahren das Amt des Botschafters in Washington angeboten worden, das er jedoch nicht für angemessen hielt.

Wien: Koalition perfekt

dpa, Wien

Überraschend schnell haben sich knapp vier Wochen nach den Parlamentswahlen Österreichs Sozialdemokraten und die nationalliberale Freiheitliche Partei auf ein Kabinett geeinigt. Ein Koalitionsabkommen, wonach die FPÖ drei Minister und einige Staatssekretärsposten erhalten soll, wurde gestern in Wien unterzeichnet.

In der vom bisherigen Vizekanzler Fred Sinowatz (54) geleiteten Regierung wird der 39jährige FPÖ-Vorsitzende Norbert Steger stellvertretender Regierungschef und vermutlich Wirtschaftsminister sein. Die zwei anderen FPÖ-Ministerposten sind das Verteidigungs- und Justizressort.

Sinowatz trat die Nachfolge von Bruno Kreisky an, der vorläufig weiter den Vorsitz der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) behalten soll, diesen aber noch im Herbst an Sinowatz abgeben möchte (WELT v. 18. 5.). Der 72jährige hatte nach dem Verlust der absoluten SPÖ-Mehrheit am 24. April seinen Rücktritt als Regierungschef erklärt.

Heute tritt der neugewählte Nationalrat, das Bundesparlament, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die sozial-liberale Regierungsmannschaft soll am kommenden Dienstag vereidigt werden.

Wie Medien den Krieg beeinflussen

R. SELIGMANN, Jerusalem

„Kriege werden in der Gegenwart nicht nur auf dem Schlachtfeld entschieden, sondern auch auf den Bildschirmen", also sprach Shimon Peres. Der Vorsitzende der israelischen Arbeiterpartei war als erster prominenter Politiker auf der „Internationalen Arbeitskonferenz über Kriege und ihre Folgen", die zu Beginn des Monats von der Universität Jerusalem veranstaltet worden war, aufgetreten und hatte in seiner Rede das brisante Thema vorgegeben: den Einfluß der Massenmedien auf die Kriege der Gegenwart.

Rund zweihundert Wissenschaftler und Journalisten aus über 20 Staaten nahmen an dem Kongreß teil, der die Kriege in Vietnam, Libanon, den Falkland-Inseln und am Persischen Golf unter diesem Gesichtspunkt untersuchen sollte.

Die vier Kriege sind in zwei Kategorien einzuordnen: Das Kampfgeschehen in Vietnam und Libanon konnte von den Fernsehzuschauern „fast live", wie es ein amerikanischer Journalist ironisch zutreffend ausdrückte, täglich beobachtet werden. Die militärischen Auseinandersetzungen auf den Falkland-Inseln und am Persischen Golf dagegen wurden, beziehungsweise werden immer noch, so gut wie unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgetragen.

Voraussetzung für eine prominente Berichterstattung in den Massenmedien ist, wie der Kommunikationswissenschaftler David Sidorski von der Columbia Universität in New York feststellte, zum einen das Interesse des Lesers oder Fernsehzuschauers an einem Konflikt – ebenso wichtig sei aber auch „die Zugänglichkeit" des Kriegsschauplatzes. Dies gelte vor allem für das Fernsehen, das im Gegensatz zur gedruckten Presse eine umfangreiche Infrastruktur benötige. Zudem sei das Wirkungsfeld der TV-Kamera beschränkt, sie fange Bilder, Aktionen ein, könne jedoch unmöglich eine Analyse der Hintergründe vermitteln.

Gewiß wäre in einem begleitenden Kommentar eine Darstellung des Gesamtgeschehens, wenigstens ansatzweise, möglich, dieses Unterfangen bleibt jedoch meist rudimentär. Der Fernsehreporter versuche vielmehr, die Bilder „sprechen zu lassen".

Den simplen Grund dafür nannte der amerikanische TV-Veteran Daniel Schorr: „Fernsehen ist Theater, unser Medium lebt von Emotionen, wir brauchen Helden und Schurken. Grautöne und langatmige, ausgewogene Analysen langweilen den Zuschauer."

David Kimche, stellvertretender israelischer Außenminister, kritisierte vehement die „teilweise bewußt verfälschende Berichterstattung ausländischer und inländischer Medien über den Libanon-Krieg". Wenn willentlich falsch informiert werde, müsse man über „eine Bestrafung" nachdenken, meinte der Diplomat. Diese Bemerkung forderte Widerspruch heraus. Ein deutscher Journalist machte sich zum Sprecher des allgemeinen Unmuts, als er fragte: „Wer bestraft Regierungen, wenn sie bewußt falsch informieren?" Daraufhin stellte Kimche klar, daß er nicht an eine Bestrafung durch eine staatliche Stelle, sondern über Sanktionen von journalistischen Berufsorganisationen laut nachgedacht habe. Hier wurde ein Dilemma klar, vor dem die Israelis im Libanon-Krieg ebenso standen wie zuvor die Amerikaner in Vietnam: Demokratie bedeutet Pressefreiheit, Pressefreiheit aber läßt sich nicht „steuern".

Für die KSZE läuft die Frist ab

Letzte Pokerrunde in Madrid / Sowjets sträuben sich, fürchten aber den Prestigeverlust

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Madrider Folgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geht in ihre letzte Pokerrunde. Wenn die beteiligten 34 Staaten die am 15. November in Stockholm in Aussicht genommene Abrüstungskonferenz für Europa termingerecht beginnen wollen, so müssen sie bis Mitte Juni in Madrid zum Abschluß gekommen sein. Der Stockholmer Countdown der Vorbereitungen läuft bereits. Die Frage lautet jetzt: Wird die sowjetische Delegation in dieser Zeit über die vom Westen vorgetragenen und auch von den Neutralen gebilligten Änderungen und Ergänzungsvorschläge zu dem Schlußdokument mit der Bezeichnung RM 39 verhandeln oder nicht? Die westlichen und neutralen Teilnehmer nehmen beides ernst, den „Schluß" und das „Verhandeln".

Ostblock ist isoliert

Kreml-Chef Jurij Andropow hatte am 6. Mai seine Zustimmung zu dem Dokument gegeben, lange nach dem Plazet der westlichen Staaten. Zu spät aber um die inzwischen vorgelegten Klarstellungen einzelner sehr vage gefaßter Punkte noch verhindern zu können. Längst sind auch die Neutralen von der Notwendigkeit dieser Änderungen überzeugt; der Ostblock steht isoliert da. Ein neuerliches Njet würde der Sowjetunion jetzt einen großen Prestigeverlust bringen.

In den nächsten Wochen müssen über vier Punkte zur KSZE und einen Punkt zur KAE verhandelt werden:

● Jeder einzelne Bürger der Teilnehmerstaaten hat das Recht, die Einhaltung der Beschlüsse von Helsinki bis Madrid einzuklagen.

● Für die Menschenrechtskonferenz, die in Ottawa abgehalten werden soll, muß sichergestellt werden, daß die beteiligten Staaten nicht nur über die Einhaltung – oder Nichteinhaltung – dieser Rechte in ihren eigenen Staaten, sondern auch in denen der Vertragspartner diskutieren können.

● Ein weiteres Expertentreffen soll unabhängig davon über die „menschlichen Kontakte" beraten. Dabei geht es um Familienzusammenführungen und Ausreisegenehmigungen, die im Ostblock immer wieder neu eingeengt werden. Darüber hinaus sollen Sportgruppen, Jugend- und religiöse Treffen gebilligt und gefördert werden.

● Der Zugang zur Information soll sichergestellt werden; womit ein Verbot der Störsender gemeint ist.

Der fünfte Punkt gehört bereits zur Vorbereitung von Stockholm. Für die zur Sicherheit notwendigen vertrauensbildenden Maßnahmen muß der Begriff „an Europa angrenzende See- und Lufträume" klargestellt werden (in diesen Zonen sollen größere Schiffsbewegungen gemeldet werden). Mit dieser Formulierung wollen die Sowjets einen möglichst weiten See- und Luftraum im Atlantik unter Kontrolle bekommen. In einem Gespräch mit der WELT stellt der amerikanische Chefdelegierte Max Kampelman zunächst fest, daß diese Kontrolle ohnehin nur für militärische Bewegungen im Zusammenhang mit Übungen auf dem europäischen Festland gelten. Operationen über dem Atlantik zur Stützung der Golfregion also fallen nicht darunter. Räumlich wird man sich an den seit der letzten Seerechtskonferenz allerdings wieder stark umstrittenen Begriff „Territorialgewässer" orientieren. Kampelman: „Vielleicht werden es drei, vielleicht sieben Meilen werden."

Zu anderen Punkten der RM 39 sagt Kampelman: „Wir würden nie einer Regelung der Gewerkschaftsfreiheit etwa zustimmen, in der nationale Gesetze die internationalen Vereinbarungen wie etwa die der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) beeinträchtigen oder gar aufheben könnten." Der amerikanische Rechtsanwalt gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß schließlich auch die sowjetische Delegation der revidierten Fassung der Schlußdokumente zustimmen wird. „Die Sowjets sagen jahrelang njet – unmöglich. Bis sie eines Tages – wie jetzt am 6. Mai – ja sagen und das Unmögliche als eine Selbstverständlichkeit betrachten."

Moralischer Druck

Allerdings gehen auch die westlichen Delegationen Kompromisse ein. So bestimmt der heiß umstrittene Punkt 13 des revidierten Dokumentes, daß alle Bürger der Teilnehmerstaaten zum erstenmal das Recht der Gewerkschaftsfreiheit „gemäß den Gesetzen des Staates und in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen internationaler Art" haben. Der Fortschritt liegt in der Fixierung der Gewerkschaftsfreiheit, eine moralische Stütze für die „Solidarität" in Polen. Etwas ähnliches gab es im Schlußdokument von Helsinki ebensowenig wie die Garantie der Religionsfreiheit. Die Einlassung liegt in der Anerkennung der einzelnen Staaten, die ihrerseits aber gegenüber „den internationalen Gesetzgebungen verpflichtet sind". In der Praxis kann zum Beispiel Polen dennoch die Gewerkschaft „Solidarität" auch in Zukunft verbieten, und zwar nach der nationalen Gesetzgebung. Aus der eingegangenen Verpflichtung dem internationalen Recht gegenüber aber ergibt sich hier ein moralischer Druck, dem sich der Ostblock gerade im Verhältnis zu dritten Ländern nur schwer widersetzen kann.

Die Frage bleibt: Wird der Sohn des Kreml-Herrn Andropow, der die sowjetische Delegation in Madrid leitet, bei seinem Njet gegenüber den Klarstellungen zu RM 39 bleiben, wie er es in der vergangenen Woche sagte, oder gehört auch dieses Nein nur zur letzten Pokerrunde in Madrid. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß bereits Anfang Juni mit der Redaktion des Schlußdokumentes begonnen wird. (SAD)

„NATO steht vor kritischen Zeiten"

Londoner Institut für Strategische Studien sieht in Genf „Moment der Wahrheit" nahen

GEISSMAR/MONIAC, London

„Der Sowjetunion ist es gelungen, einen großen Keil in das westliche Bündnis zu schlagen." Diese Feststellung enthält der neue „Strategic Survey 1982/83", den das renommierte Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) heute in London veröffentlicht. Die neue Jahresanalyse des Instituts kommt zu kritischen Schlußfolgerungen, die das IISS in seiner erfolgreichen 25jährigen Geschichte noch nie vorher so kritisch formuliert hat. So heißt es in der neuen militärpolitischen Analyse: „Sollte in der europäischen Öffentlichkeit das Bewußtsein von der sowjetischen Bedrohung fallen, die amerikanische Politik kriegerischer klingen und die wirtschaftliche Spannung wachsen, dann stünde die (westliche) Allianz vor einer schweren Krise, in der ein Zusammenbruch nicht ausgeschlossen ist." Die Analytiker des IISS räumen ein, daß sie sich selbst noch nicht vorstellen können, „welche Form ein solcher Zusammenbruch haben würde".

Bei der Forschung nach den Ursachen, die die transatlantischen Spannungen zwischen Washington und den europäischen Verbündeten ausgelöst haben, macht das IISS keine intellektuellen Umwege. Ganz klar wird festgestellt, daß der „sowjetische Imperialismus" den Westen zu politischen Reaktionen zwingt, die ihm schwerfallen. Polen und Afghanistan werden als Beispiele dieser imperialistischen Politik der UdSSR aufgeführt. Das IISS rechnet damit, daß Moskau mit seiner Einmischungs- und Expansionspolitik in diesen beiden Ländern 1983 noch schwer verwickelt bleiben wird und sich daher in diesem Jahr keine anderen politischen Abenteuer gegenüber der NATO leisten kann.

Aber den „Moment der Wahrheit" sehen die unabhängigen Londoner Analytiker bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenraketen kommen. Und bei diesem Abrüstungsthema fürchtet das IISS auch neue Friktionen zwischen Washington und seinen europäischen Verbündeten.

Trotz der Unsicherheiten und Instabilitäten der internationalen Lage rechnet das IISS aber mit langfristig wirksam werdenden Kräften in der Politik, die auf „Mäßigung und Kompromiß" hinarbeiten und so die „Basis abgeben für Hoffnung, so schmal sie auch sein mag". Weder die USA noch die UdSSR seien darauf aus, sich zugunsten eines „kleineren Verbündeten oder befreundeten Staates" der Gefahr der Zerstörung auszusetzen.

Mit Blick auf die militärische Lage in Mitteleuropa erklären die Londoner Experten, die signifikanteste Bedrohung in Gestalt eines begrenzten Überraschungsangriffs gehe von den in der „DDR" stationierten sowjetischen Divisionen aus. Deren Angriffspotential sei durch mehr Beweglichkeit und Feuerkraft inzwischen gesteigert worden. Jenseits dieses Überraschungsmoments sei jedoch der Warschauer Pakt nicht ohne eine „wesentliche Periode der Vorbereitung" zu einem größeren Angriff mit konventionellen Waffen gegen die NATO in Europa in der Lage. Dies werde zudem durch die politische Lage in Polen kompliziert, da ein Großangriff auf Mitteleuropa nicht ohne Verstärkungen aus der Sowjetunion vorgetragen werden könnte. Deshalb, so urteilen die Londoner Fachleute, sei die „Wahrscheinlichkeit eines Krieges gegen Westeuropa so lange gering", solange die östliche Führung weder mit einer „verzweifelten Lage" im eigenen Verantwortungsbereich konfrontiert sei, noch sich ihr eine „einzigartige Gelegenheit durch westliche Schwäche" offeriere.

Seite 2: Mehr Sicherheit

Kardinal König mahnt den Ostblock

KNA, Wien

Die Aufhebung religiöser Diskriminierungen im Gesetz und in den Lebensverhältnissen des Alltags in den sozialistischen Ländern hat gestern der Erzbischof von Wien, Kardinal Franz König, bei der Eröffnung des vom österreichischen Rundfunk und Fernsehen (ORF) veranstalteten Publizisten-Symposions über „Religionsfreiheit in Ost- und Südosteuropa seit Helsinki" verlangt. König forderte die osteuropäischen Staaten dazu auf, die Widersprüche zwischen dem in den Schlußakten der Helsinki-Konferenz und dem internationalen Pakt über die zivilen und politischen Rechte abgelegten Bekenntnisse zur Religionsfreiheit zu beseitigen.

Der in Helsinki „hoffnungsvoll begonnene Dialog" dürfe im Interesse aller Völker nicht abgebrochen werden, andererseits müßten aber die dort niedergelegten Prinzipien der Religionsfreiheit, der friedlichen Nachbarschaft und der Menschenrechte eingehalten werden, erklärte König. Zugleich sprach er sich für einen „breiten internationalen Dialog" aus, um „das gegenseitige Mißtrauen zu überwinden". Der Dialog dürfe aber nicht überdecken, daß es derzeit in den kommunistischen Ländern zu einer Ausbildung einer Art Zweiklassengesellschaft gekommen sei, die vor allen „den gläubigen Menschen zu einem Bürger zweiter Klasse" erniedrige.

ai-Bericht: Häftlinge in Chile gefoltert

AP, Bern

Material über die Folterung von politischen Häftlingen in Chile hat gestern die Schweizer Sektion von Amnesty International in einem Bericht veröffentlicht. Das Dokument umfaßt 19 Fallbeschreibungen von ehemaligen Opfern, die 1982 von ai-Ärzten untersucht worden sind.

In dem Bericht heißt es, die Geheimpolizei CMI habe in einer geheimen Zentrale in Santiago, die früher zur medizinischen Fakultät gehörte, systematisch politische Häftlinge gefoltert. Die Opfer seien dabei jeweils von medizinischem Personal untersucht worden, wobei sich „mindestens ein Arzt aktiv an den Folterungen beteiligt" habe.

Sowjetische Truppen nach Herat verlegt

AP/dpa/rtr, Islamabad/Bonn

Die Sowjetunion hat nach Angaben diplomatischer Kreise in Islamabad möglicherweise 11 000 Soldaten in die an der iranischen Grenze liegende afghanische Stadt Herat geschickt, nachdem dort bei schweren sowjetischen Bombenangriffen bis zu 3000 Zivilisten ums Leben gekommen sind.

Nach jüngsten Informationen aus dem Gebiet sollen bei den Bombardierungen nicht nur das Stadtgebiet, sondern vor allem auch die umliegenden Dörfer betroffen worden sein. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung sollen „außerordentlich hoch" gewesen sein. Die Widerstandsbewegung habe nur leichte Verluste erlitten, hieß es.

Auf die Bombardierungen in den Gebieten Herat und Parwan bezieht sich auch ein gestern in Bonn veröffentlichtes Telegramm des Bundesvorstandes der Grünen, das den sowjetischen Parteichef Jurij Andropow auffordert, in Afghanistan ein „echtes Zeichen wirklichen Friedens" zu setzen und ihn „dringend bittet", dem afghanischen Volk die Selbstbestimmung zu ermöglichen.

EG soll mehr für die Menschenrechte tun

Das Europa-Parlament fordert UN-Konvention gegen die Folter / Mertes spricht von einem „Beitrag zum Frieden"

ULRICH LÜKE, Straßburg

Das Europa-Parlament in Straßburg hat sich für eine intensivere und wirkungsvollere Menschenrechtspolitik der Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen. Es forderte den Ministerrat der Gemeinschaft mit großer Mehrheit auf, bei den Vereinten Nationen als Wortführer der Verteidiger der Menschenrechte aufzutreten. Er solle sich vor allem für die Verabschiedung einer UN-Konvention gegen die Folter sowie für die Benennung eines hohen UN-Kommissars für Menschenrechte einsetzen.

In einer gesonderten Debatte verurteilten die Abgeordneten die Mißachtung der Menschenrechte in der Sowjetunion, die Verletzungen der KSZE-Schlußakte von Helsinki und den Einsatz von Zwangsarbeitern beim Bau der sowjetisch-europäischen Erdgaspipeline.

Die Abgeordneten wurden bei der ersten grundsätzlichen Menschenrechtsdebatte seit der Direktwahl des Parlaments im Jahre 1979, der seitdem allerdings rund 80 Einzelresolutionen zu konkreten Menschenrechtsverletzungen vorausgegangen waren, vom Ministerrat unterstützt. Als dessen amtierender Präsident sprach der *Staatsminister im Auswärtigen* Amt, Alois Mertes, in der Debatte von einem „besonders dankenswerten Beitrag zur Förderung einer wesentlichen Voraussetzung des Friedens". Die Beschlüsse des Parlaments würden „die Präsenz der Gemeinschaft in der internationalen Menschenrechtspolitik verstärken, die weltweite Achtung der Menschenrechte fördern und die *Menschenrechtspolitik der EG intensivieren* und ausbauen".

Besonderen Wert legte Mertes auf die Feststellung, daß die Achtung der Menschenrechte heute keine ausschließliche Angelegenheit nationaler Souveränität mehr sein könne. „Schutz und Förderung der Menschenrechte sind eine völkerrechtliche Verantwortung jedes einzelnen Staates in seinem Bereich. Sie sind aber auch eine legitime Aufgabe der internationalen Gemeinschaft."

Der Bericht des Politischen Ausschusses, der unter der Federführung des französischen Gaullisten Gerard Israel ausgearbeitet worden ist, nennt mehr als 50 Staaten, in denen die Menschenrechte regelmäßig mißachtet werden. Die niederländische Sozialistin Ien van der *Heuvol wies sogar darauf hin,* daß es mehr Staaten gebe, in denen die *Menschenrechte mit* Füßen getreten würden, als solche, in denen man sie achte. Mertes verwies auf UN-Untersuchungen, nach denen in 40 Ländern willkürliche Hinrichtungen und Hinrichtungen im Schnellverfahren an der Tagesordnung seien. Die Zahl der Personen, die wegen ihrer politischen Überzeugung oder aufgrund ihrer Rasse, ihres Glaubens oder ihrer ethnischen Herkunft inhaftiert seien, werde auf eine Million geschätzt.

Meinungsunterschiede über die wirksamste Bekämpfung der Mißachtung der Menschenrechte traten in der Debatte zutage, als die frühere Präsidentin des Europa-Parlaments, die Französin Simone Veil, das Wort ergriff. Sie sah in der Aufzählung der Staaten, die Menschenrechtsverletzungen begingen, die Gefahr der „Pauschalierung und Vereinfachung" und auch Widersprüche zu früheren Entscheidungen des Parlaments. So könne man nicht einerseits Wirtschaftssanktionen als untaugliches Mittel der Politik ablehnen, andererseits aber, wie der Gaullist Israel fordert, Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes (AKP-*Staaten*), die die *Menschenrechte mißachteten*, von den Präferenzregelungen des Lomé-Abkommens ausschließen. Die Mehrheit des Parlaments beließ es bei der Abstimmung denn auch bei einem Appell an die AKP-Staaten.

Für die Christdemokraten lobte der deutsche Abgeordnete Wolfgang Schall insbesondere den Bericht des britischen Konservativen Lord Bethell über die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion, der mit großer Mehrheit – gegen *die* Stimmen der *griechischen* Kommunisten – angenommen wurde. Dieser Bericht, so meinte Schall, wende sich „in voller Kenntnis der politischen Tragweite an die Weltmacht der Sowjetunion".

Das Europäische Parlament wird gewiß nicht, wie Israel meinte, zu einer Art „Super Amnesty International". Es wolle kein „internationales Menschenrechtstribunal" sein und gebe sich auch nicht der Illusion hin, „daß seine Intervention den Gang der Dinge tiefgreifend verändern werde". Aber er ergänzte: „Das Parlament weiß, daß es durch Schweigen letzten Endes zum Mitschuldigen für die Menschenrechtsverletzungen würde, die in allen Teilen der Welt die Menschenwürde in Frage stellen".

Die türkische Linke sucht noch ihren Weg

Die neue konservative Partei kann sich nicht auf Demirel stützen, nimmt aber dessen Wählerstamm in Anspruch

E. ANTÓNAROS, Athen

Kaum wurde in der Türkei das Verbot der Gründung von neuen Parteien aufgehoben, scheinen sich die Flügel der alten, von den Generalen verbotenen Parteien, wieder zu bewegen. Bereits die erste offiziell registrierte Partei, die rechts von der Mitte angesiedelte Nationalistische Demokratische Partei nimmt für sich den Wählerstamm der liberal-konservativen Gerechtigkeitspartei des früheren Ministerpräsidenten Süleyman Demirel in Anspruch. Sogar die ersten Äußerungen der Parteigründer erinnern an die Wahlslogans Demirels.

An der Spitze der 41 Parteigründer steht der pensionierte General und frühere Botschafter in Kanada, Turgut Sunalp. Er bekräftigte die Zugehörigkeit der Türkei „zur westlichen Allianz und zur freien Welt" und legte ein förmliches Bekenntnis zu den Prinzipien des Staatsgründers Kemal Atatürk ab. Sunalps Partei soll einen liberal-konservativen Charakter haben, pro-westlich sein und für bedingte marktwirtschaftliche Grundsätze eintreten.

Sunalp hat die besten Chancen, nach den Parlamentswahlen am 6. November Ministerpräsident zu werden. Er hat das Wohlwollen der herrschenden Generale und – was noch mehr zählt – des Staatspräsidenten General Kenan Evren. Sunalp war die Aufgabe, eine Mitte-Rechts-Partei auf die Beine zu bringen, von oberster Stelle übertragen worden, als Regierungschef Bülend Ulusu vorzeitig auf die Gründung einer politischen Partei verzichtete, weil er nicht die Unterstützung Demirels sicherstellen konnte.

Demirels Unterstützung hat auch Sunalp nicht. Dieser schlaue Fuchs der türkischen Politik, wie der mit einem zehnjährigen Betätigungsverbot belegte Demirel von Freunden und Gegnern zugleich genannt wird, verhält sich abwartend und lauert sehr gezielt auf seine nächste Chance. In die parteipolitische Arena hat er mit seinem früheren Istanbuler Bezirksvorsitzenden Hüsamettin Cindoruk einen Mann geschickt, der sein volles Vertrauen hat. Demirels Hintergedanke läuft darauf hinaus, daß er aus den Kulissen mitregieren könnte, sollte es Cindoruk und seiner noch zu gründenden Partei gelingen, die Zehn-Prozent-Hürde zu nehmen, ins Parlament zu kommen und zu Sunalps Koalitionspartner zu werden.

Aber von solchen Rollen träumt nicht nur Demirel. Im konservativen Lager zeichnet sich auch die Bildung einer Partei durch den früheren Vizepremier und Wirtschaftsexperten Turgut Özal ab. Der fromme Moslem will vermutlich die früheren Anhänger der fundamentalistischen Nationalen Heilspartei umwerben, die im letzten Parlament vor dem Putsch der Generale mit 24 Abgeordneten vertreten war.

Unter den Sozialdemokraten herrscht noch Verwirrung und Uneinigkeit über den künftigen Kurs. Nach der Entscheidung des Physik-Professors Erdal Inönü, der Politik fernzubleiben, fehlt dem linken Lager eine angesehene, dem breiten Publikum bekannte Persönlichkeit.

An die Spitze der sozialdemokratischen Partei, deren Name allerdings noch nicht feststeht, will sich der frühere Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten, Necdet Calp, stellen. Aber Calp beging einen unverzeihlichen Fehler, sich schon vor Beginn des Wahlkampfes mit der Rolle des Verlierers abzufinden: „Wir werden eine konstruktive Opposition leisten", sagte er. Zahlreiche Führungsmitglieder der inzwischen verbotenen Republikanischen Volkspartei wollen ungern unter dem Vorsitz eines Politikers arbeiten, der unter den Generalen gedient hat. Dieser Streit spiegelt die Gegensätze wider, die im Lager links von der Mitte seit jeher existiert und die einstige Partei Atatürks zerrissen haben.

Seite 2: Ankara heute: Mit vielen kleinen Schritten in die Moderne

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Opfer der Meinungsmacher

Bundeskanzler Helmut Kohl hat recht, wenn er mit mahnenden Worten aus Anlaß des 50. Jahrestages der Bücherverbrennung von einer „symbolischen Tötung modernen Denkens" sprach, als damals Werke unbequemer Denker dem Scheiterhaufen übergeben wurden.

Auch gedachte der PEN in seinem Berliner Appell dieses unrühmlichen Datums und warnte vor einer Entwicklung, die abermals in die Barbarei führe, da bei uns „obrigkeitsstaatliches Denken und Handeln wachse". Die Frage stellt sich: Drohen uns Gefahren? Meines Erachtens weniger von obrigkeitsstaatlichem Denken und Handeln, weit mehr drohen der Meinungsvielfalt heute Gefahren aus der Ecke mancher Meinungsmacher, die andere Überzeugungen als die eigene nicht respektieren.

Besonders spürt dies unser freier deutscher Autorenverband, der von manchen Medien bewußt totgeschwiegen wird, wie Prof. Jens bei der Gründung des FDA forderte, weil der FDA ein konservativer Widersacher des in der IG Druck und Papier integrierten VS sei. Nur wenige Zeitungen – ein Lob für Ihre Zeitung sei hier einmal angebracht – berichten über die große Zahl von Veranstaltungen und Seminaren des FDA.

Ins Stammbuch aller Meinungsmacher schreibe ich aus Anlaß des Feuers vor 50 Jahren als *Mahnung* und Widmung zugleich, daß Freiheit des Geistes – und Freiheit bedeutet immer die Freiheit des Andersdenkenden! – Grundvoraussetzung eines erfolgreichen Wirkens des Menschen ist.

Denken wir an einen großen Denker, dessen Werke ebenfalls vor 50 Jahren ein Opfer des Feuers wurden, dessen Worte Leitidee unseres Verbandes wurden, an Thomas Mann. Er schrieb uns allen folgendes Wort: „Ein freier Geist ist ein Pleonasmus, ein unfreier Geist wäre ein Widerspruch im Beiwort."

Klaus Jentzsch,
FDA-Landesvorsitzender
Baden-Württemberg, Tübingen

Polemik im Vorbeigehen?

„Gesamthochschulen – das geplatzte Reformei"; GEISTIGE WELT vom 30. April

Prof. Horst Albert Glaser ficht in der WELT mit schweren Säbel gegen die Gesamthochschulen in NRW, die er ein „geplatztes Reformei" nennt, obwohl in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal *von Semester zu* Semester immer mehr Studenten studieren. Das alles mit ein bißchen Polemik im Vorbeigehen zu behandeln wird dem Ernst des Themas kaum gerecht. Dabei ist Glaser kein Unbekannter in Fragen der Hochschulreform, ist er doch Herausgeber eines 478 Seiten umfassenden Buches über das Thema „Hochschulreform – was nun?".

Etwas Nachhilfe in akademischen Gebräuchen scheint uns trotzdem am Platze zu sein, existiert doch bei uns keine einzige Promotions-Urkunde, in welcher von einem „Doktor-Titel" die Rede ist, immer heißt es Doktor-Grad. Ein verwunderliches Faible für einen habilitierten Kollegen, wenn er vom Doktor-Titel spricht.

Grotesk ist es auch, Wissenschaftsminister Schlier vorzuwerfen, zum zehnjährigen Jubiläum der Gesamthochschulen nun gerade nicht an seiner Gesamthochschule, dort wo Europas höchstes Rathaus ist, erschienen zu sein. Selbst *ein Minister kann nicht zur* gleicher Zeit auf mehreren Hochzeiten tanzen, seine Wahl fiel eben auf eine der anderen Hochschulen im Lande.

Sicher sind die Hochschulen bei uns zu einer Durchlaufstation zur Ausbildung geworden, allen Ambitionen zum Trotz eine Art „Berufseignungsschule" ohne zu großen elitären Anspruch, aber doch wohl nicht allein die Gesamthochschulen. Dominierender Grundzug in Glasers Artikel dürften Partikulärinteressen sein. Er kann sich wohl nicht damit abfinden, daß die alte Universität passé ist wie der traditionelle deutsche Ordinarius.

Prof. Dr. Hans-Henning Zabel,
Universität-Gesamthochschule,
Paderborn

Wahrheit über Äthiopien

Sehr geehrte Damen und Herren,
Ihr am 6.5. veröffentlichter Leserbrief „Mißbrauch der Hilfe?" ist exemplarisch für eine bestimmte Denkweise und sollte deshalb nicht unbeantwortet bleiben.

Es ist die alte und neue Methode: Nicht ins Konzept passende Berichte werden der Lüge verdächtigt, die Verfasser diffamiert und die eigene Position mit dem Hinweis auf die gute Sache der sonst manipulierten Hilfsbereitschaft moralisch gefestigt. Der Zeuge der „Sunday Times" wird zum „dubiosen Informanten, der sich durch eine ungeheuerliche Lüge ein gesichertes Dasein in London zu erschleichen versucht".

Die „ungeheuerliche Lüge" der Umladungen von Hilfslieferungen zu Abdeckung von Waffenkäufen ist bei nüchterner Betrachtung nur folgerichtiger Tatbestand einer konsequenten Politik im Kolonialreich Äthiopien.

Warum sollte eigentlich die Militärregierung Getreidelieferungen nicht kostensparend in Massaua umladen lassen, wenn vorhandene Hilfslieferungen vor Ort an die Hungernden nicht verteilt werden dürfen und gleichzeitig durch eine totale Ausgangssperre (Asessa) jede Nahrungsbeschaffung unterbunden wird? So geschehen in der Provinz Wollega im August 1981.

Warum sollte die Militärregierung die nicht-amharischen Völker mit ihren Sezessions- und Befreiungsbewegungen mit Hilfsmaßnahmen unterstützen, die nicht in die Landschaft von Zwangskollektivierungen, Zwangsarbeit in Arbeits- und Konzentrationslagern, Zwangssiedlungen und Zwangsrekrutierungen passen? Steht doch die Eliminierung ganzer Dorfgemeinschaften und Vernichtung der *Ernte in einem ursächlichen* Zusammenhang mit permanent vorherrschenden Dürrekatastrophen. Die Tatsachen, daß das äthiopische Hochland eines der fruchtbarsten Gebiete der Erde überhaupt ist, kann man wohl vergessen. 1922 sind in der Ukraine, der ehemaligen Kornkammer Europas, 5 Millionen Bauern verhungert, und darüber ist auch nicht viel Aufhebens gemacht worden, und die Erfahrungen *aus der erfolgreichsten* Revolution der Weltgeschichte werden dem Bruderland Äthiopien nicht vorenthalten. Hier helfen keine noch so „richtig" geleisteten Hilfssendungen, hier hilft nur das Offenlegen amharisch-leninistischer Revolutionspraktiken vor der Weltöffentlichkeit.

Warum sollte das wertvolle Getreide auch tatsächlich an das Volk verteilt werden, wird der Militärregierung doch jede Propagandalüge bereitwilligst abgenommen. Und je größer die Not, desto eher sind westliche Regierungen und internationale Hilfsorganisationen bereit zu zahlen. So werden von der UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) erst die als Umsiedlungskampagne propagandierte Vertreibungen finanziert und anschließend die Opfer dieser Vertreibung in den Flüchtlingslagern versorgt. Die Ursachen der größten Flüchtlingsbewegung Afrikas wollen die Verantwortlichen einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

Die „Wahrheit über Äthiopien" ist sicherlich nicht im „Economist" zu finden, sondern in den verschwiegenen Berichten äthiopischer Flüchtlinge, die trotz proklamierter Todesstrafe bei Landesflucht und mit Kopfgeld belohnten Killersquads an der Grenze die Rettung in der Flucht suchten.

Nicht die seit 1981 bekannten „Umladungen" sind von höchster Aktualität, sondern die nicht endenden Zwangsrückführungen äthiopischer Flüchtlinge aus Djibuti, die nach Passieren der Grenze hingerichtet oder in die Gefängnisse von Dire Dawa gebracht werden.

G. Tabbert,
Frankfurt

Mehr als Magazin

„Ob der Knopf aufgeht?"; WELT vom 5. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,
der unter dem Pseudonym Anton Madler schreibende Herausgeber der Zeitschrift Criticon hat sicherlich mit Recht die lästigen Fehler im äußeren Erscheinungsbild kritisiert. Die Lektüre der zweiten Ausgabe des neuen CIVIS Anfang *Juni 1983* dürfte ihm zeigen, daß diese Kritik berücksichtigt wurde.

Offensichtlich mißverstanden hat er allerdings die Konzeption des neuen CIVIS. Wir wollen eine für den interessierten Bürger gut lesbare politische Zeitschrift und nicht nur ein Magazin sein.

Johannes Weberling,
Herausgeber des CIVIS,
Bonn

Taiwan-Protest

„Mertes stellt Bedeutung Chinas heraus"; WELT vom 10. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit Empörung haben wir die Ausführung von Herrn Mertes zur Kenntnis genommen. Wie kann ein Staatsminister im Auswärtigen Amt sich dahingehend äußern, daß die diplomatische Anerkennung der Volksrepublik China auch deren Vertretungsrecht für Taiwan einschließe?

Jeder weltpolitisch denkende Deutsche wird gute außenpolitische Beziehungen zu China begrüßen – *soweit sie unseren Interessen* dienen.

Die Republik China in Taiwan ist nicht nur nach allen Kriterien des Völkerrechts ein souveräner Staat seit 1912, ist nicht nur ein wichtiger und enger Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland, sondern ein Land, das seine Treue zum Westen stets bewiesen hat und zu dessen politischer Moral und Prinzipien sich Millionen Chinesen in aller Welt bekennen. Wir Deutsche könnten davon lernen!

Einreisevisa für Deutsche nach Taiwan werden jedenfalls nicht in Peking oder Kanton ausgestellt.

Ob die Außenpolitiker im State Department der USA über die forsche Äußerung von Herrn Mertes sehr glücklich sind?

Paul Jordan,
Deutsch-Chinesische
Gesellschaft e.V.,
Bonn

Hilfeleistung

- Der „Fall Burkhardt" scheint abgeschlossen. Selbst wenn die Angaben der „DDR"-Behörden der Wahrheit entsprechen, bleibt m. E. eine Frage noch völlig offen: Welche Hilfsmaßnahmen wurden damals veranlaßt, als Herr B. vom Stuhle stürzte?

Ein Herzinfarkt führt in der Regel nur dann zum Tode, wenn es zu Herzrhythmusstörungen kommt. Diese kann man jedoch mit modernen Mitteln behandeln. Selbst bei einem akuten Herzstillstand müßte man Wiederbelebungsversuche anstellen wie Herzmassage und Atemhilfe etc. Was ist in dieser Hinsicht bei Herrn B. veranlaßt worden und geschehen? Wenn nicht, warum nicht?

Es kann doch kaum angenommen werden, daß an den „DDR"-Grenzübergängen keine in der Wiederbelebung geschulte Sanitäter oder sogar Ärzte greifbar sind. Ein gewisser Standard möglicher Hilfeleistungen an den „DDR"-Grenzübergängen mit hohem Durchgangsverkehr sollte von den „DDR"-Behörden gefordert werden können.

Dr. J. Möller,
Kiel

Wort des Tages

„Die Pflicht gegen sich selbst besteht darin, daß der Mensch die Würde der Menschheit in seiner eigenen Person bewahre."

Immanuel Kant, dt. Philosoph (1724–1804)

Personalien

GEBURTSTAG

Am Freitag vollendet **Karl Korn**, früherer Mitherausgeber und langjähriger Feuilletonchef der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), sein 75. Lebensjahr. Nach Promotion in Frankfurt und Lektorentätigkeit an der Universität Toulouse war Korn Redakteur beim „Berliner Tageblatt", der „Neuen Rundschau" *und kurz bei der Zeitschrift „Das* Reich", ehe er Berufsverbot bekam. 1949 wurde er Mitherausgeber der „FAZ", 1973 trat er in den Ruhestand. Korn hat sich als Stilist, aber auch als Schriftsteller und Kenner der französischen Kultur zuletzt mit der Biographie „Zola in seiner Zeit" einen Namen gemacht.

EHRUNGEN

Die Paracelsus-Medaille, die höchste Auszeichnung der deutschen Ärzteschaft, wurde vom Präsidium des Deutschen Ärztetags an Prof. Dr. **Wilhelm Heim**, Prof. Dr. **Hans Kuhlendahl** und Dr. **Erwin Stetter** verliehen.

Der Berliner Heim hat nach dem Krieg entscheidend zu Wiederaufbau und Weiterentwicklung der ärztlichen Versorgung in seiner Heimatstadt beigetragen. Auf den Mitbegründer und späteren Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Bluttransfusion gehen entscheidende Anstöße zurück.

Der emeritierte Professor der Universität Düsseldorf und einstige Direktor der Neurochirurgischen Klinik Düsseldorf, Hans Kuhlendahl, hat sich in Forschung und Lehre verdient gemacht. Fast zwei Jahrzehnte lang leitete er die „Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF).

Der Amberger Praktiker Dr. Erwin Stetter, nach dem Abitur Stipendiat des Münchner Maximilianeums, hat in über einem Vierteljahrhundert trotz einer Behinderung (Oberschenkelamputation im Krieg) sich Tag und Nacht für seine Patienten eingesetzt und sich hohes Ansehen erworben. Im Bundesverband Deutscher Schriftstellerärzte ist er als Sekretär der Landesgruppe Bayern tätig.

Alle drei Ausgezeichneten haben sich zudem durch langjährige Tätigkeit in Organisationen der ärztlichen Selbstverwaltung verdient gemacht.

*

Dipl.-Ing. **Hanns Tils**, Werkleiter und Erster Direktor der Stadtwerke Mönchengladbach, erhielt aus der Hand von Ministerpräsident **Johannes Rau** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

*

Mit der 1974 gestifteten Hermann-Löns-Medaille zeichnet die Illustrierte „Neues Blatt" Sänger aus, die sich um die Pflege des Volkslieds verdient gemacht haben. Die Auszeichnung in Platin erhalten **Anneliese Rothenberger** und **Rudolf Schock**. Die Medaille in Gold geht an Kammersänger **Heinz Hoppe**, **Willy Schneider**, **Karel Gott**, **Tony Marschall**, das Duo **Marianne und Michael** sowie den Jodl-Sänger **Hansel Krönauer**. Für langjährige Verdienste um die Volksmusik wird auch **Heinz Schenk**, Wirt des „Blauen Bocks", mit der Löns-Medaille in Gold geehrt. Die Auszeichnungen werden am 25. Juni in der Münchner Olympia-Halle überreicht.

BAYERN MÜNCHEN

Rummenigge muß bleiben

dpa/sid, München

Jetzt hat sich auch Paul Breitner in die Diskussion um die Nachfolge von Trainer Pal Csernai beim FC Bayern München eingeschaltet. Der frühere Nationalspieler, der am Samstag in der Bundesliga bei Borussia Dortmund neben Interims-Trainer Reinhard Saftig (31) auf der Trainerbank sitzen wird, nannte seine drei Kandidaten: Udo Lattek („Sein Vorteil ist es, daß er frei ist"), Otto Rehhagel und Branko Zebec. In einem Telefon-Interview mit dem Bayerischen Rundfunk sagte gestern Udo Lattek: „Ich bin zu Gesprächen mit dem FC Bayern München bereit."

In der Chefetage des FC Bayern München wurden unterdessen bereits Kontakte mit Lattek geknüpft. „Er ist mein Topfavorit", meinte Schatzmeister Fritz Scherer, „Lattek hat einen Namen, ist frei und, was am wichtigsten ist, er soll erklärt haben, daß es ihm nicht um Geld gehe." Dazu Udo Lattek: „Ich möchte selbstverständlich Geld verdienen, aber an der finanziellen Seite wird es nicht scheitern." In München verdichten sich die Gerüchte, daß Udo Lattek noch vor dem Abschiedsspiel von Paul Breitner am 31. Mai den Vertrag bei den Bayern unterschreiben wird. Ein Treffen mit Manager Uli Hoeneß am Wochenende in Latteks Urlaubsort in der Nähe von Barcelona zeichnet sich immer mehr ab. Auch zum Thema Karl-Heinz Rummenigge nahm der Schatzmeister Fritz Scherer klare Positionen ein. Er sagt: „Da gibt es überhaupt keine Diskussionen. In der jetzigen Situation brauchen wir den Karl-Heinz Rummenigge dringender denn je."

Cesar Luis Menotti, Nachfolger von Udo Lattek beim FC Barcelona, hat sich in Spanien gegen ein Tauschgeschäft Rummenigge–Bernd Schuster ausgesprochen. Menotti: „Ich plane für die nächste Saison mit Schuster. Er ist ein Weltklassemann und harmoniert hervorragend mit Diego Maradona." Auch Maradona hat sich inzwischen für Bernd Schuster ausgesprochen. Udo Lattek wies ebenfalls diese Spekulationen zurück. Lattek: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß der FC Bayern München einen Rummenigge gehen läßt, nachdem Paul Breitner aufgehört hat. Auch der FC Bayern kann den Ausfall von zwei Weltklassespielern in einem Jahr nicht verkraften." Rummenigge sei wie früher Franz Beckenbauer ein Teil des FC Bayern München.

Am Dienstagabend wurde in einer Münchner Anwaltskanzlei in Anwesenheit von Bayern-Präsident Willi O. Hoffmann und Scherer der Auflösungsvertrag mit Pal Csernai aufgesetzt. Scherer: „Über die Modalitäten haben wir Stillschweigen vereinbart." Er dementierte aber die Aussage von einem Mitglied des Wirtschaftsbeirates, der eine Abfindung von 100 000 Mark netto plus zwei Monatsgehältern (je 18 000 Mark) genannt hatte. Scherer: „Ich gehe davon aus, daß Csernai bald einen neuen Job findet, dann wird die Sache für uns billiger."

FUSSBALL / Deutsches Junioren-Team bei der Europameisterschaft ausgeschieden – Hoffen auf Profi-Verträge

Manfred Pomps Träume oder Karriere in dünner Luft

DW. Manchester

Die deutsche Junioren-Nationalmannschaft hat bei der Fußball-Europameisterschaft in England das Viertelfinale nicht erreicht. Sie besiegte im letzten Gruppenspiel zwar Bulgarien mit 3:1 und erreichte wie die CSSR 4:2 Punkte, scheiterte aber an der um einen Treffer schlechteren Tordifferenz (5:4/CSSR 4:2). Mit dem Ausscheiden endet auch die erfolgreiche fünfjährige Arbeit von DFB-Junioren-Trainer Dietrich Weise, der in der nächsten Saison beim 1. FC Kaiserslautern arbeitet.

Die Mannschaft löst sich auf. Zehn der 16 Spieler, die dabei waren, stehen vor dem Abschluß eines Profivertrages. Auch Kapitän Manfred Pomp von Bayer Leverkusen. Seine Geschichte ist Beispiel für die Hoffnungen, die alle Jugend-Nationalspieler hegen.

Von ULRICH SCHMIDLA

Die Omas haben ein paar Teppiche herausgerückt. Und der Vater von Beate hat bei der Einrichtung der Wohnung in der Waldsiedlung, einer der schönsten Wohngegenden von Leverkusen, seinen Rat als Fachmann gegeben, er ist Möbelverkäufer. Vielleicht sieht deshalb alles so fertig aus, wie es selten ist bei 18 Jahre alten Lehrlingen, die nicht mehr bei ihren Eltern und mit der Freundin zusammenwohnen.

Manfred Pomp sitzt vor dem mahagonifarbenen Wohnzimmerschrank, zurückhaltend, fast schüchtern. Er ist „noch lange nicht fertig", das weiß er auch. Die Bücher im Schrank deuten seine Hoffnungen und Sehnsüchte schon an: ein paar Kochbücher (für Beate), dann aber „Der Größte", die Lebensgeschichte von Muhammad Ali, und Fußball, Fußball, Fußball, bis hin zu dem, was unter dem Namen Sepp Maier erschienen ist – „Ich bin doch kein Tor".

Torwart ist Manfred Pomp nicht. Aber Sepp Maier, das ist auch so einer, der wie Pomp angefangen hat und als Weltbester seines Faches verabschiedet wurde. Das ist die Karriere, von der in der Waldsiedlung geträumt wird, auch wenn Pomp sagt: „Das ist viel zu weit weg."

Manfred Pomp gehörte zu den 16 Spielern, die den Deutschen Fußball-Bund bei der Europameisterschaft für Junioren-Teams (U 18) vertraten. Trainer Dietrich Weise hatte ihn sogar zum Kapitän gemacht, „weil sich der Manfred bei den verschiedenen Sichtungslehrgängen empfohlen hat und nun bereits über eine gewisse internationale Erfahrung verfügt". Immerhin, Pomp hat, in den verschiedenen Altersklassen, schon 25mal für Deutschland gespielt.

Ist das schon Karriere? und: Wie kommt ein Junge eigentlich zu so frühen Ehren? Pomp erzählt, zurückhaltend, fast schüchtern, so als wollte er rechtfertigen, was DFB-Trainer Dietrich Weise auch nach dem Ausscheiden in England als sein „Erziehungsziel" bezeichnet. Weise sagte gestern: „Ich lehne die profihafte Vorbereitung der Jugendspieler auf ein derartiges Turnier ab. Schule und Beruf müssen bei allen im Vordergrund stehen."

So redet auch Pomp: „Bei mir ging alles chronologisch, da gab es keine großen Sprünge. In Aachen habe ich schon in der Kreisauswahl der D-Jugend (bis 12 Jahre) und C-Jugend (bis 14 Jahre) gespielt. Dann kamen Berufungen in die Mittelrhein-Auswahl und schließlich der DFB mit einer Einladung zu einem Lehrgang der Schüler-Nationalmannschaft."

Zu diesem Zeitpunkt, im August 1979, war Pomp 14 Jahre alt. Bei Berti Vogts, der damals gerade seine erste Amtshandlung als DFB-Trainer verrichtete, mußte Mittelfeldspieler Pomp („mein Vorbild ist Wolfgang Overath") selbstkritisch eingestehen: „Das waren für mich höhere Welten. Ich war noch nicht soweit."

Ein Knick in der frühen Karriere? Wohl eher das, was viele Jungen zwischen 14 und 16 Jahren durchmachen müssen – eine Zeit der Veränderungen. Pomp mußte sich erst einmal nur für den Fußball entscheiden und mit der Leichtathletik (2:42,2 Minuten über 1000 m, Kreisrekord für Schüler in Aachen) aufhören. Die Doppelbelastung – hier Schule, dort Leistungssport – blieb dennoch. Im Sommer 1980 entschloß er sich, vom Bischöflichen Gymnasium Aachen abzugehen und die neunte Klasse an einer Realschule zu wiederholen. Streit im Verein kam hinzu: „Mir hat's in Aachen nicht mehr gefallen. Einmal wollte ich mitten in der Saison wieder aufhören, weil ich mit anderen Spielern und mit Funktionären Krach bekam." Pomp wechselte nach Leverkusen. Zwei Jahre lang fuhr er, meist mit dem Zug, von Aachen nach Leverkusen, um zu trainieren.

1981 holte Berti Vogts Pomp wieder zurück, mit der Jugendauswahl (U 16) wurde er Zweiter der Europameisterschaft, seitdem strebt er geradlinig dem Ziel entgegen, *Profi zu werden. Im August* letzten Jahres zog er nach Leverkusen – auch um dem Bayer-Werk näher zu sein. Dort hat er eine Lehre als Industrie-Kaufmann begonnen. Mit Vergünstigungen, die ihm bei seinem Sport nutzen. Nur montags und freitags muß er acht Stunden arbeiten, sonst nur nachmittags. So kann er elf Stunden in der Woche trainieren, teilweise mit der A-Jugend, aber auch schon unter Dettmar Cramer mit den Lizenzspielern des Vereins.

Das leichte Leben eines Jungen, der bald sein Hobby zum Beruf machen wird und dann vielleicht immer noch das Nationaltrikot trägt? An seinen Trainings-Vormittagen steht Pomp um 8.30 Uhr auf, fährt mit dem Bus zum Training, ißt im Bayer-Kasino, beginnt um 13.00 Uhr mit der Arbeit (zur Zeit im Vertrieb für Kunststoffe und Lacke), fährt mit dem Werksbus um 17 Uhr nach Hause, geht um 18.00 bereits wieder zum zweiten Training, kommt um 21.00 Uhr zurück. Pomp sagt: „Dann ruhe ich mich aus. Das ist mein Hobby. Ich bin kein Typ, der gerne abends ausgeht." Seine unternehmungslustigere Verlobte Beate mußte sich an diese Ruhe erst einmal gewöhnen.

Und die Eltern von Manfred Pomp? Er sagt: „Sie haben mich nie zu etwas gedrängt, aber immer unterstützt. Fast jedesmal, wenn ich in Leverkusen spiele, sind sie dabei. Das Hobby meines Vaters ist es, mich zu betreuen. Und wenn er im nächsten Jahr pensioniert wird, könnte das sein zweiter Beruf werden."

Das macht stutzig. Bei aller Schüchternheit und Zurückhaltung, das große Geld scheint schon eingeplant zu sein: Der Vater, er ist Polizist, als berufsmäßiger Manager des künftigen Fußballstars Manfred Pomp. So verraten sich Hoffnungen, die in den Worten noch versteckt sind: „Mein erstes Ziel ist es, einen Platz in der Bundesliga-Mannschaft zu bekommen." Oder: „Wenn etwas dazwischenkommt, eine Verletzung oder so, dafür mache ich ja meine Lehre, dann hab' ich ja einen Beruf."

Für Boxen interessiert sich Pomp nicht, aber im Schrank steht Muhammad Alis Lebensgeschichte, „Der Größte". Wegen des Titels, in dem die Hoffnung des Lesers für sich selbst steckt? Dietrich Weise, der seine Arbeit beim DFB immer auch als die eines Lehrers aufgefaßt hat, sagt über Pomp: „Manfred hat ein Problem. Ihm fehlt es an Schnelligkeit. Je weiter es nach oben geht, je dünner die Luft wird – also in der Bundesliga –, da braucht er sie unbedingt."

Manfred Pomp, 18 Jahre alt, Lehrling, aber schon 25 Auswahlspiele im Fußball hinter sich, sagt selbst, er sei noch nicht fertig, plant aber den Vater als Manager gleich mit ein. Karriere in dünner Luft?

TENNIS

Karriere wie im Film

dpa, Berlin

Sie ist zwar erst 15 Jahre alt, doch schon heute braucht sich Carling Bassett nicht den Kopf über finanzielle Probleme zu zerbrechen. Ihr Vater ist Millionär, die Mutter Chefin der kanadischen Carling-Brauerei – deshalb der Vorname. Seit Carling, genannt „Darling", bis auf den 24. Platz der Computer-Weltrangliste im Damen-Tennis geklettert ist, verdient sie selbst auch schon mehr als das nötige Taschengeld. Derzeit ist die zierliche Blondine aus Toronto bei den Internationalen Deutschen Tennis-Meisterschaften der Damen in Berlin zu sehen, gleich ihr erstes Spiel gewann sie gegen die Amerikanerin Lisa Bonder mit 7:5, 7:5.

„Mein Vater hat mich dazu gebracht", sagte die hübsche Kanadierin jetzt in Berlin über ihre Motivation, Tennisspielerin zu werden. Seit fünf Jahren wird sie in Florida von Nick Bollettieri auf Weltklasse getrimmt. Im Vorjahr gewann sie das Turnier des „Orange Bowl", die inoffizielle Junioren-Weltmeisterschaft. In diesem Jahr stellten sich auch schon Erfolge ein: Im Januar verlor sie knapp gegen Sylvia Hanika (München), im März ein Sieg über Hana Mandlikova (CSSR), und im April besiegte sie Deutschlands Nummer eins und Weltranglisten-Sechste Bettina Bunge, die Frankfurterin Eva Pfaff und die Rumänin Virginia Ruzici. Dennoch sagt sie: „Mein größter Erfolg war die Dreisatz-Niederlage gegen Chris Evert-Lloyd vor vier Wochen."

Um die Geschäfte kümmern sich ihre nicht nur auf diesem Gebiet besonders tüchtigen Eltern. Mit dem McCormack-Konkurrenten Donald Dell hat sie seit fünf Jahren einen Werbevertrag, der auch schon einiges abwirft. Wieviel? Dazu sagt „Darling" mit ernster Miene und schon ganz Geschäftsfrau: „Das kann ich nicht so überblicken – verstehen Sie?" Eine Geschichte wie aus Hollywoods Traumfabrik.

NACHRICHTEN

Darmstadt zahlt weniger

Darmstadt (sid) – Der vom Lizenzentzug bedrohte Fußball-Zweitligaklub Darmstadt 98 spart bei den Spielergehältern. Freiwillig verzichtet Torwart Dieter Rudolf ab Juli auf einen Teil seiner monatlichen Bezüge, obwohl sein Vertrag noch bis 1984 gilt. Edwin Westenberger unterschrieb einen neuen Einjahresvertrag zu schlechteren Bedingungen.

Pezzey rettete Remis

Wien (dpa) – Der bei Eintracht Frankfurt unter Vertrag stehende Bruno Pezzey rettete der österreichischen Fußball-Nationalmannschaft in Wien gegen die UdSSR ein Unentschieden. Vor 18 000 Besuchern erzielte Pezzey in der Schlußminute das 2:2.

Vogts-Team siegte 2:0

Bad Soden-Neuenhain (sid) – Die von Berti Vogts betreute Junioren-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) unter 21 Jahren („U21") gewann ein Testspiel gegen eine Amateur-Auswahl des Main/Taunus-Kreises in Bad Soden-Neuenhain mit 2:0.

Stanley-Cup an New York

New York (sid) – Die New York Islanders entschieden mit einem 4:2-Sieg in New York über die Edmonton Oilers die nordamerikanische Profi-Eishockeymeisterschaft für sich und gewannen damit zum vierten Mal hintereinander den Stanley-Cup.

Box-Termin bestätigt

München (sid) – Die italienischen Veranstalter bestätigten Boxprofi René Weller (Pforzheim) und seinem Manager Wilfried Sauerland den 15. Juni als Termin für den Kampf um die Europameisterschaft im Leichtgewicht gegen Titelverteidiger Lucio Cusma (Italien) in Brolo auf Sizilien.

Spengler hört auf

Hüttenberg (sid) – Rekord-Nationalspieler Horst Spengler (147 Länderspiele) vom Handball-Bundesligaklub TV Hüttenberg beendet zum Saisonschluß seine Laufbahn.

Kündigung für Diergardt

Bielefeld (sid) – Torwart Volker Diergardt, dessen Vertrag zum Saisonende ausläuft, bekam vom Fußball-Bundesligaklub Arminia Bielefeld die Kündigung. Mit Isoaho und Wilk stehen noch zwei weitere Torleute bis 1984 unter Vertrag.

Milkovic verläßt Günzburg

Günzburg (sid) – Trainer Josip Milkovic verläßt den Handball-Bundesligaklub VfL Günzburg, den er in die Bundesliga führte, nach fünfjähriger Tätigkeit. Er wird in Italien Nationaltrainer.

ZAHLEN

FUSSBALL

Länderspiel in Wien: Österreich – UdSSR 2:2 *(1:1)*

3. Junioren-Europameisterschaft (unter 18 Jahren) in England, Vorrunde, dritter und letzter Spieltag: Gruppe 1: Deutschland – Bulgarien 3:1, CSSR – Schweden 1:1.

1. CSSR	3	1	2	0	4:2	4:2
2. Deutschland	3	2	0	1	5:4	4:2
3. Bulgarien	3	1	1	1	2:3	3:3
4. Schweden	3	0	1	2	1:3	1:5

Gruppe 2: Türkei – Jugoslawien 1:3, Italien – Rumänien 2:0. – **Gruppe 3:** England – UdSSR 0:2, Schottland – Spanien 1:1. – **Gruppe 4:** Frankreich – Irland 1:1, Finnland – Belgien 4:0. – *Für das Halbfinale sind qualifiziert:* CSSR, Italien, England, Frankreich.

Zweite Bundesliga: Solingen – Fürth 2:1 (0:1). **Freundschaftsspiel:** Stuttgart – Bundeswehrauswahl 7:2 (3:0).

TENNIS

Grand-Prix-Turnier Herren in München, 1. Runde: *Adams (USA)* – Keretic (Deutschland) 6:3, 2:6, 6:2, Westphal – Jelen (beide Deutschland) 4:6, 6:2, 6:2, Smid (CSSR) – Popp (Deutschland) 5:7, 6:4, 6:4, Simonsson (Schweden) – Glickstein (Israel) 3:6, 6:4, 6:3, Nyström (Schweden) – Purcel (USA) 6:3, 7:5.

Internationale Deutsche Damen-Meisterschaften in Berlin, 1. Runde: Madruga-Osses (Argentinien) – Piatek (USA) 6:4, 6:1, Casals (USA) – Jexell (Schweden) 7:5, 7:5, Bassett (Kanada) – Bonder (USA) 7:5, 7:5, Reggi (Italien) – Tomanova-Roth (Deutschland) 6:1, 7:5.

Breitner und das verflixte italienische Pokalfinale

Man muß zu Paul Breitner nicht unbedingt eine Meinung haben. Es reicht schon, sich der zu bedienen, die zu äußern der Betroffene selbst den Staranwalt Bossi nicht gehindert hat. Herr Breitner, sagte der Jurist zur Verteidigung seines Mandanten – er war mit einer Schußwaffe durch den Münchner Flughafen marschiert –, Herr Breitner sei ein naiver, einfältiger Mensch.

Was sagt man nicht alles – und *was läßt man nicht alles über sich* sagen, wenn es gilt, ein Strafmaß

STANDPUNKT

herabzusetzen. Da muß nicht alles der Wahrheit entsprechen. Aber: Tut es das vielleicht doch? Da haben Paul Breitner und sein Freund Uli Hoeneß für den 31. Mai das ganz große Spektakel angekündigt, mit den wohlklingendsten Namen um sich geworfen – und so an die 40 000 Menschen haben gleich ins Portemonnaie gegriffen und sich Eintrittskarten gesichert. Schließlich sollten da Weltmeister haufenweise aufmarschieren, die Rossis, Zoffs, dazu Falcao, Boniek und so weiter. Wollen hätten sie schon mögen, würde Karl Valentin gesagt haben, nur dürfen haben sie nicht gekonnt. Findet doch am 1. Juni, ebenso überraschend wie überflüssig, das italienische Pokalfinale statt. Und davon lassen sich die Italiener partout nicht abbringen, obwohl der Uli und der Paul nach dem Motto „Der Papa wird's schon richten" sogar noch den Deutschen Fußball-Bund (DFB) um Einflußnahme auf den Terminplan der Italiener gebeten haben.

Aber so schlimm ist es dann doch auch wieder nicht. Kommt halt der Zico aus Brasilien, vielleicht, und der Maradona, vielleicht, und ... Auf alle Fälle wird Paul Breitner da sein. Und um den geht es ja letztendlich.

Und sollte wirklich jemand so kleinlich sein und etwas von Etikettenschwindel murmeln: Was ist denn schon passiert, wenn statt eines Italieners ein Brasilianer kommt. Woher soll man denn wissen, daß anderntags in Rom auch gespielt wird. Naiv und einfältig, wer sich wegen so etwas aufregt. Und außerdem ist es doch toll, daß der große Denker uns zu seinem letzten Spiel die Erkenntnis vermittelt, daß auch er Fehler macht. Eine kleine menschliche Schwäche als Abschiedsgeschenk, sozusagen.

EDGAR FUCHS

Batterien

Im Wirken der Natur, in allen menschlichen Lebensbereichen spielen Speicher eine wichtige Rolle. Ganz allgemein gilt: Komfort und Effizienz sind um so höher, je breiter und vielseitiger Batterien eingesetzt werden können. Beim Griff in den heimischen Kühlschrank ist kaum mehr bewußt, wie bedeutend Speicher für eine anspruchsvolle Nahrungsmittelversorgung sind. Schon eher ist dem technisch Interessierten klar, daß die gewaltigen Fortschritte der Informationstechnik erst durch neue Batterie-Technologien möglich wurden.



Soll jetzt in Betrieb gehen: Pilotanlage auf der Insel Pellworm mit 300 kW Leistung.

STARTERBATTERIEN / Für kurze Zeit hohe Leistung bei geringem Spannungsabfall

Anlassen, beleuchten, zünden

An der Hauptaufgabe der Starterbatterie – Anlassen und Zünden beim Otto-Motor, Vorglühen und Anlassen beim Dieselmotor – ist die Konstruktion und Entwicklung dieses Batterietyps weitestgehend ausgerichtet. Die Batterie muß so beschaffen sein, daß sie beim Startvorgang einen hohen Strom bei möglichst geringem Spannungsabfall über eine kurze Zeit geben kann.

Die entscheidende Angabe bei der Starterbatterie ist daher der Kälteprüfstrom, der aus der Aufschrift – zum Beispiel 536 24 12 V 36 Ah 175 A – zu entnehmen ist. Das beduetet, daß eine solche Batterie in vollgeladenem Zustand bei einer Säuretemperatur von minus 18 Grad Celsius einen Strom von 175 Ampere mindestens 150 Sekunden lang ununterbrochen abgeben kann, wobei nach 30 Sekunden noch eine Spannung von neun Volt vorliegen muß.

Damit dieser hohe Spannungswert erreicht wird, muß die Batterie einen möglichst kleinen inneren Widerstand und eine große elektrische Leitfähigkeit zwischen den Zellen besitzen. Diese Eigenschaft wird weitestgehend durch die Konstruktion bestimmt mit folgenden technischen Details: Dicke der Platten 1,4 bis 1,6 Millimeter, Abstand zwischen den Platten und damit Dicke der Scheider 1,2 bis 1,4 Millimeter, kurze Verbindung von Zelle zu Zelle direkt durch die Zellenwand und Gehäuse aus Kunststoff.

Geringeres Volumen und reduziertes Gewicht bei höheren Anforderungen an die Startleistung wird von der Automobilindustrie zunehmend gefordert, denn diese Aufgabe ist in das Gesamtprogramm Energieeinsparung im Kraftfahrzeug zu integrieren.

Durch Herabsetzung von Plattendicke, Plattenabstand und Zufügen eines weiteren Plattenpaares zum sogenannten Kompakteinbau in Verbindung mit einer Reduzierung des Scheiderwiderstandes wurde besonders das Startvermögen bei minus 18 Grad Celsius deutlich verbessert.

Neben den elektrischen Eigenschaften und Funktionen muß die Starterbatterie auch mechanischen und thermischen Beanspruchungen Stand halten, denn Batterien sind in Personenkraftwagen und Nutzkraftwagen verschiedenen starken Anforderungen ausgesetzt. Beim Einsatz in Lastwagen werden die Batterien besonders durch Stöße und Vibrationskräfte beansprucht.

Die Konstruktion der Starterbatterie ist so ausgelegt, daß in der Regel die durch Schwingungen hervorgerufenen Beschleunigungskräfte bei normalem Betrieb keinen Schaden anrichten. Bei extremer Rüttelbeanspruchung können jedoch einzelne Platten oder gar die gesamten Sätze in Schwingung geraten, zumal die Platten an der stromableitenden Satzbrücke und zum Teil die Satzbrücken im Gehäuse einseitig befestigt sind. Als Folge dieser Schwingungen brechen entweder die Platten an den Fahnen ab oder der Rahmen bricht neben der Fahne, oder es brechen die befestigten Brücken durch.

Jetzt auch rüttelfest

Der Akkumulatorenfabrik Wilhelm Hagen ist es jetzt gelungen, bei Batterien deren Einsatz eine hohen Rüttelbeanspruchung erwarten läßt, diese Schwachstellen zu beseitigen. Die Platten und Brücken werden so verankert, daß diese Teile nicht mehr in Schwingung kommen. Dazu werden die Brücken mit einem Kunststoffelement an der Kastenwand angeschweißt und die Platten mit ihrem beweglichen Ende durch Gießharz unter der gegenüberliegenden Brücke verklebt.

Mit dieser Maßnahme ist die Rüttelfestigkeit der Batterie erheblich verbessert worden. In der Praxis herrscht besonders die vertikale Rüttelei vor. Also wurde eine Laborprüfung mit vertikaler, harmonischer, sinusförmiger Schwingung bei einer Frequenz von 20 bis 25 Hz und einer Beschleunigung von 3 g bei Personenwagen und 6 g bei Lastkraftwagen durchgeführt. Ergebnis: Während eine Standardausführung dieser Beanspruchung zwei Stunden widersteht, kann die Hagen-Ausführung 20 Stunden ohne Schädigung gerüttelt werden.

Der Wasserverbrauch einer Batterie zwang bei konventionellen Batterien früherer Jahre zu regelmäßigen Wartungsarbeiten. Wasserverluste entstehen durch drei Faktoren: Verdunstung bei hohen Betriebstemperaturen, Wasserzersetzung durch Selbstentladung und Wasserzersetzung bei der Ladung der Batterie.

Die aktiven Platten eines Bleiakkumulators besitzen ein Trägergerüst (Masseträger) aus einer Bleilegierung, das in der Fachsprache „Gitter" genannt wird. Die für die Gitter verwendeten Bleilegierungen enthalten als Legierungsbestandteil Antimon, das unter anderem zur Festigkeit des Trägergerüsts beiträgt.

Die Wasserzersetzung durch Selbstentladung und die Wasserzersetzung bei der Ladung hängen nun in erster Linie von der Gitterlegierung beziehungsweise von dem in der Legierung vorhandenen Antimongehalt ab. Die traditionellen Legierungen enthalten fünf bis acht Prozent Antimon mit Zusätzen von Arsen, Zinn, Kupfer und geringen Spuren von Wismut und Silber.

Diese Legierungen haben jedoch den Nachteil, daß durch die Oxidation und die damit verbundene Korrosion der positiven Gitter Antimon freigesetzt wird, das in der Säure zur negativen Platte wandert und dort als elementares Antimon niedergeschlagen wird (Antimonvergiftung). Weil die Wasserstoffüberspannung an Antimon geringer ist als an Blei, führt dies zu einer erhöhten Abscheidung von Wasserstoff und damit zu einem erhöhten Wasserverbrauch bei der konstanten Spannungsladung.

Der ungünstige Einfluß des Antimons auf den Wasserverbrauch legt natürlich nahe, Antimon als Legierungsbestandteil entweder ganz auszuschließen oder soweit wie möglich zu senken. Heute ist es möglich, serienmäßig Startergitter mit 2 bis 2,5 Prozent Antimon herzustellen. In den mechanischen und chemischen Eigenschaften stehen sie den üblichen Startergittern mit konventionellen Legierungen nicht nach, sondern übertreffen diese zum Teil noch. Durch Verwendung antimonarmen Legierungen zur Herstellung der Gitter kann der Wasserverbrauch drastisch gesenkt werden.

Im Normalfall wird eine Starterbatterie im Pkw nie vollständig entladen. Die entommenen Strommengen beim Startvorgang sind meist gering. Die ständig wachsende Zahl von Zusatzverbrauchern im Auto und der zunehmende Einsatz der Elektronik im Fahrzeug können jedoch zu einem Stromdefizit für die Batterie führen.

Vor allem bei erschwertem innerstädtischem Verkehr wird häufig der Energiebedarf aus der Batterie gedeckt. Die Batterie unterliegt einer steigenden zyklischen Beanspruchung: Sie wird immer wieder mehr oder weniger tiefentladen, ohne daß eine sofortige Wiederaufladung gewährleistet ist.

In einer neuen DIN-Prüfung (DIN 43539, Teil 2) ist daher ein Haltbarkeitstest enthalten, der sicherstellt, daß nicht geringer Wasserverbrauch und geringe Selbstentladung zu Lasten der Lebensdauer und der zyklischen Belastung gehen.

Die zukünftige Entwicklung wird sich weiter in Richtung einer gewichts- und kaltstartoptimierten Ausführung bewegen, wobei die wartungsfreie und auch zyklisch belastbare Starterbatterie gewünscht wird.

EBERHARD NANN

PHOTOVOLTAIK

Pilotanlagen auf Kreta und Pellworm

Praxiserfahrungen mit stationären Bleibatterien in photovoltaischen Energieversorgungsanlagen liegen nun vor. Von fünfzehn Pilotprojekten der Europäischen Gemeinschaft – hier handelt es sich um Kleinkraftwerke mit Leistungen zwischen 50 und 300 kW – sind neun Anlagen mit Vartabloc-Solarbatterien vorgesehen.

Die Anlagen dienen der Erzeugung von Trinkwasser durch Destillation aus Seewasser, zur Betreibung von *Kühlhäusern*, Schwimmbädern, Ferienzentren oder ganzen Dörfern und werden in Deutschland, Griechenland, Italien, Dänemark, Belgien und Französisch-Guyana errichtet.

Die größte Anlage mit 300-kW-Leistung steht auf der Insel Pellworm und soll im Juni dieses Jahres in Betrieb gehen. Die erste Pilotanlage der EG wurde mit einer Spitzenleistung des Solargenerators von 50 kW in Betrieb genommen und versorgt das Dorf Aghia Rommeli auf der Insel Kreta mit Strom.

Das Gewicht der Batterie beträgt rund 25 Tonnen. Die Speichermenge beträgt 450 kWh. Diese Energie reicht aus, das Dorf vier Tage mit Strom zu versorgen – sollte ausnahmsweise mal die Sonne nicht scheinen.

Doch nicht nur in Europa wurden solche oder ähnliche Anlagen errichtet: Photovoltaische Stromversorgungsanlagen wurden auch nach Ägypten, Indonesien, Libyen, Mexiko, Ruanda, Obervolta, Benin, Singapur, Katar, Argentinien, Kenia und auf die Philippinen geliefert.

Wesentlich für einen fehlerfreien und wirtschaftlichen Betrieb von photovoltaischen Energieversorgungs-Anlagen ist die Anpassung an die besonderen Anforderungen. *Dies gilt besonders für die Bauart* der Batterien und ihre Kapazität und Spannungslage bei der Entladung, ihre Fähigkeit, auch eine jährliche Tiefstentladung zu überstehen und ihre Eignung zur Akzeptanz kleinster Ladeströme.

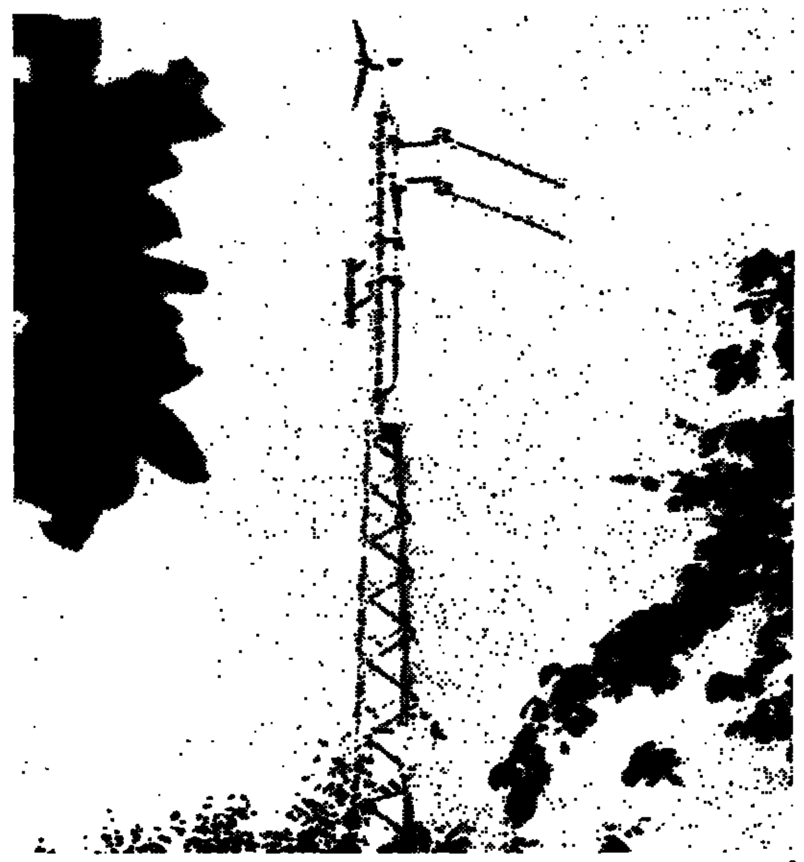
Die Selbstentladung soll denkbar gering sein und der Betrieb muß wartungsfrei laufen. Die Familie der „Vartabloc-Batterien" ist für das neue Anwendungsgebiet mit solarelektrischer Energieversorgung geeignet. Diese Batterietypen sind über viele Jahre wartungsfrei, mit aufgesetzten Spezial-Katalysatoren sogar wartungsfrei für die gesamte Lebensdauer.

Die Batterien können – und das ist eine enorme Leistung – mehr als 1300mal ent- und geladen werden mit einer Entladetiefe von 75 Prozent. Diese Möglichkeit bedeutet Sicherheit für den Anwender, der im Anwendungsfall – ein Solarkraftwerk – täglich höchstens zehn Prozent der Batteriekapazität in Anspruch nimmt.

Tests haben gezeigt, daß 4500 Teilzyklen mit 30 Prozent Entladetiefe möglich sind. In allen Fällen schieden die Batterien erst aus dem Test aus, wenn nur noch 80 Prozent der ursprünglichen Kapazität vorhanden war.

Und ein weiterer Test hat gezeigt, daß die Entladefähigkeit mit sehr kleinen Strömen über einige hundert Stunden und eine anschließende Wiederaufladung mit sehr kleinen Ladeströmen möglich ist. Das ist wichtig, denn nur solche Ladeströme stehen für die Ladung aus dem heute noch relativ teuren photovoltaischen Solarzellen zur Verfügung. Bloc-Batterien liefern mehr als 150 Prozent der Nennkapazität bei solchen Entladungen, und die Wiederaufladung geht schadlos an den Batterien vorüber.

Die Größe des Solar-Generators wird so gewählt, daß er einerseits den Verbraucher versorgen kann und andererseits die Batterie zusätzlich mit Ladestrom versorgt. Bei geringer oder fehlender Sonneneinstrahlung muß die Batterie die Versorgung übernehmen. Wenn die Sonne reichlich scheint, wird die nicht benötigte Energie in die Batterien abgeleitet – sie wird *geladen und speichert.* (H. K.)



Besonders bei entlegenen Standorten bietet sich Strom aus Sonne und Wind an: Hier eine Notrufanlage.

Lithium – ein silbrig-weißes Metall erschließt neue Welten

Seit vielen Jahren sind Lithium-Batterien im Einsatz. Raumfahrt und Militär drängten die Hersteller, eine leichte und leistungsfähige Batterie zu entwickeln. Ihren Einzug bei den Verbrauchern fanden die ersten Lithium-Batterien in *Taschenrechnern,* und heute kommen Armbanduhren, Fotoapparate, Elektronik-Spiele und eine Vielzahl von anderen Geräten hinzu.

Aufgrund der guten Lagerfähigkeit – man rechnet mit höchstens ein Prozent Selbstentladung pro Jahr bei Raumtemperatur – finden Lithium-Batterien auch Anwendung bei der Speicherhaltung in der Halbleiter-Technologie.

Ein gutes Beispiel für die Nutzung der speziellen Vorteile der Lithium-Technologie ist im Hörgerätesektor zu finden: Für die Firma Bosch entwickelte Union Carbide die erste Lithium-Batterie für Hörgeräte. Durch eine hohe Spannungsstabilität über die gesamte Entladung wird eine exzellente Hörqualität erreicht. Neben der hohen Lagerfähigkeit und dem ausgezeichneten Temperaturverhalten fällt für den Hörgeschädigten besonders ins Gewicht, daß die Batterie so leicht ist.

Dank dieser Zelle war es der Firma Bosch möglich, ein überaus leistungsstarkes Hörgerät mit hohem Ausgangsschalldruck und mit einer hochgradigen akustischen Verstärkung zu entwickeln.

Die atomare Nr. 3

Lithium wurde 1817 entdeckt und 1855 erstmals als freies Metall aufbereitet. Die erste Nachfrage nach Lithium-Produkten in Handelsmengen kam im Zweiten Weltkrieg, als die Streitkräfte eine Wasserstoff-Quelle brauchten, um Ballons zu füllen, die Transmitterantennen für Flieger emportragen, die in der See gelandet sind.

Gaszylinder wurden wegen ihres Gewichtes zurückgewiesen und eine Lithium-Verbindung in Betracht gezogen. Ein Pfund dieses Materials in Reaktion mit Meerwasser entwickelt 127 Kubikmeter Wasserstoff. Später im Krieg entdeckte ein Forscher, daß Fette, die eine andere Lithium-Verbindung enthalten, nicht nachteilig durch extreme Temperaturen beeinflußt werden.

Heute enthalten fast alle Fette, die in den USA benutzt werden, eine Lithium-Seife. Zahlreiche Lithium-Verbindungen kommen heute umfassend in der Gummi-, Hütten-, Schmiermittel-, Keramik-, Glas-, pharmazeutischen- und chemischen Industrie zum Einsatz.

Auf der Elementetafel hat Lithium (Li) die atomare Nr. 3 und Atomgewicht 6,94. Es wird als silbrig-weißes Metall beschrieben, etwas härter als Natrium aber weicher als Blei. Es ist der leichteste von allen festen Stoffen und das erste Element in der Alkali-Metall-Gruppe, das Natrium, Kalium, Rubidium und Cesium enthält. Diese Gruppe ist chemisch so aktiv, daß sie niemals in der Natur als Element *vorkommt, sie erscheint* immer in stabilen Verbindungen.

Negative Elektrode

Lithium ist in Spuren in natürlichem Wasser, Boden und Felsen überall in der Welt enthalten. Das lithiumhaltige Mineral, das handelsmäßig abgebaut wird, um verschiedene Lithium-Verbindungen zu extrahieren ist Spodumen.

Beträchtliche Lager dieses Minerals wurden in den USA, Kanada, Argentinien, UdSSR, Spanien und im Kongo gefunden. Lithium wird auch in natürlichen Solen gefunden, wie im Searles-See, Kalifornien, und möglicherweise im Großen Salzsee. Die Lake wird konzentriert durch Sonnenverdampfung und dann als Lithium-Verbindung wiedergewonnen.

Die Verbindung geht durch mehrere Entwicklungsstufen, die weitere Verdampfungen und Trocknen enthalten, bis zur Elektrolyse, durch die klares Lithium-Metall erhalten wird in Stabform, Folie, Draht oder Dispersion.

Thomas Edison gebrauchte im Jahre 1909 Lithium-Verbindungen bei der Entwicklung der Alkali-Akkumulatoren. Das Wort „Lithium-Batterie" wird – ungenau – gebraucht, um Elektrodenpaare zu identifizieren, die eine Spannung von 1 bis 4 Volt haben können.

Während Lithium die negative Elektrode ist, ist die Wahl der Kathode und des Elektrolyten wichtig, um die Spannung und die Charakteristiken des ausgewählten Paares zu bestimmen. Gemeinsam ist dieser Familie, daß sie kein Wasser enthält.

WALTER R. THIELMANN

NICKEL-CADMIUM

FNC-Akkus mit neuer Technologie

Technische Grundlagen für Nikkel-Cadmium-Akkumulatoren wurden bereits um die Jahrhundertwende geschaffen. Damals wie heute werden am häufigsten Taschenplatten in diesen Akkumulatoren eingesetzt. Mit Ausnahme der Einführung der Sintertechnik in den 30er Jahren wurde keine wesentliche technologische Neuerung eingeführt.

Die Vorstellung eines Faserstruktur-Nickel-Cadmium-(FNC-)-Akkumulators auf der Hannover-Messe '83 gilt deshalb in Fachkreisen als bedeutsamste Neuerung auf diesem Gebiet. Diese Akkumulatoren bauen auf eine völlig neuartige Technologie auf.

Entwickelt wurden sie im Forschungslabor der Deutschen Automobilgesellschaft (DAUG), einer gemeinsamen Tochtergesellschaft der Daimler Benz AG und Volkswagenwerk AG. Die Produktion übernimmt eine Gesellschaft der beiden Firmen DAUG und der Batteriehersteller Hoppecke.

Mit den neuen Faserstruktur-Elektroden wurden wissenschaftliche Erkenntnisse über eine ideale Elektrodenstruktur praxisnah verwirklicht. In Form eines Verbundwerkstoffs ist die Aktivmasse in ein feines, stromleitendes Fasergespinst eingebettet. Dies garantiert, daß selbst sehr kleine Aktivmassebezirke von den Fasern aus reinem Nickel erfaßt werden und den Strom verlustarm zu den Polen der Zelle weiterleiten.

Die Folge dieser günstigen Stromleitung sind hohe Belastbarkeit mit guter Spannungslage und Kapazitätshaltung. Daneben wird eine hohe Ausnützung der Massen bei niedrigem Ladefaktor erzielt. In der Praxis bedeutet das geringer Wasserverbrauch und somit Verlängerung der Wartungsintervalle.

Die äußerlich kompakten, aber elastischen Elektroden stellen etwa 90 Prozent ihres Volumens für die Aktivmasse zur Verfügung. Damit erzielen sie eine fast doppelt so hohe Energiedichte wie herkömmliche Taschenplattenelektroden, die lediglich etwa 50 Prozent ihres Volumens mit aktiver Masse füllen können. Die höhere Energiedichte der FNC-Elektroden führt zu kleineren Abmessungen der Zellen und Gewichtseinsparungen gegenüber anderen Nickel-Cadmium-Batterien gleicher Kapazität.

Die Elastizität der Faserstruktur-Elektrode ist für einen Zyklenbetrieb besonders geeignet. So konnten bei über 1200 zyklischen Belastungen, bei denen jeweils 100 Prozent der verfügbaren Energie entnommen wurden, weder Quellungen noch Verformungen an den Elektroden festgestellt werden. Die Zellen verloren dabei weniger als zehn Prozent ihrer ursprünglichen Kapazität, übertreffen also andere Nickel-Cadmium-Systeme.

Ein weiterer Vorteil der Faserstruktur liegt im Einsatz von reinen Aktivmassen, ohne den gefürchteten Zusatz von Graphit, wie er in den Taschenplattenzellen üblich ist. Graphitbeimengungen führen relativ schnell zu Kaliumkarbonatbildung im Elektrolyten, wodurch die Leitfähigkeit herabgesetzt wird und der Elektrolyt alle drei bis fünf Jahre gewechselt werden muß, um allzu starken Leistungsverlust der Batterie zu verhindern.

Das wirkt sich störend auf den Wartungsaufwand aus, und die daraus entstehenden Kosten finden bei der Planung oft zu wenig Berücksichtigung. Sie können 20 bis 30 Prozent des Neupreises der Batterie für einen Elekrolytenwechsel betragen. Bei FNC-Batterien wird aus diesem Grund über eine voraussichtliche Nutzungsdauer von 15 bis 20 Jahren kein Elektrolytwechsel notwendig sein.

Daneben bleiben die Vorteile von Nickel-Cadmium-Batterien bestehen: günstiges Tieftemperaturverhalten, Unempfindlichkeit gegen Tiefentladungen, robuste mechanische Eigenschaften.

F. HASCHKA/D. SCHLIECK

Der Hochenergiespeicher bietet die Chance für neue, energiesparende und umweltschonende Lösungen in der Energietechnik. Seine besonderen Eigenschaften befähigen ihn zum dezentralen, mobilen und wirtschaftlichen Einsatz. Die Verwirklichung aber braucht noch Zeit. Völlig neue Fertigungsverfahren sind zu entwickeln und großtechnisch zu etablieren. Eine gewissenhafte Erprobung der neuen Technik in der Praxis ist die Voraussetzung für eine breite Anwendung. Allein, der große technische Fortschritt rechtfertigt die Anstrengungen, auch im gesamtwirtschaftlichen Interesse.

Hochenergiespeicher in Elektroautos – eine Chance für bessere Energienutzung

Leistungsfähige und dezentral verfügbare Energiespeicher eröffnen der Energietechnik neue Perspektiven, so bei der Erzeugung, Verteilung und Anwendung elektrischer Energie. Sie sind in der Lage, Verbrauchsschwankungen auszugleichen und damit den ungünstigen Teillastbetrieb der Stromerzeuger zu reduzieren. Sie können den aus regenerativen Energiequellen zumeist diskontinuierlich erzeugten elektrischen Strom sammeln, um ihn den Verbrauchern zur rechten Zeit und in der notwendigen Menge zuzuführen. Sie können aber auch neue, netzunabhängige Nutzungsmöglichkeiten erschließen, wie zum Beispiel den elektrischen Straßenverkehr.

Das hohe Anwendungspotential erklärt die weltweiten Anstrengungen in der Forschung und Entwicklung. Allein, die Verwirklichung ausreichend leistungsfähiger Speicher für elektrische Energie ist nicht leicht. Die direkte Speicherung von Ladungsträgern wie Elektronen oder Ionen ist nicht möglich; die Umwandlung der elektrischen Energie in mechanische und deren Speicherung in Pumpspeicherwerken oder Druckluftkavernen ist standortgebunden und damit nur zentral und stationär anwendbar.

Somit richten sich die Hoffnungen auf die elektrochemischen Speicher, die sich auch für dezentrale und mobile Anwendungen eignen. Doch auch bei diesen sind spektakuläre Verbesserungen der Speicherkapazität – wie bei den *Informationsspeichern – nicht zu* erwarten. Die Leistungsfähigkeit der neuen Systeme mißt sich auch heute noch am Blei-Säure-Akkumulator, einem der ältesten Bauelemente der Elektrotechnik.

Sein Entwicklungspotential für neue Speicheranwendungen ist begrenzt. Weiterführende Lösungen für wiederaufladbare, elektrochemische Energiespeicher werden mit Stoffpaaren höherer nutzbarer Energiedichte und neuartigen Elektrolyten gesucht. Es zeichnen sich deutlich verbesserte Eigenschaften ab, jedoch ist die Verwirklichung technischer Batterien schwierig und zeitaufwendig.

Eines der am weitesten vorangetriebenen neuen Speichersysteme ist der später genauer beschriebene Natrium/Schwefel-Hochenergiespeicher. Um seine Vorteile zu erkennen, muß man sich zunächst die wichtigsten anwendungsbezogenen Beurteilungsmaßstäbe vor Augen führen.

Die technische Eignung hängt einerseits von der Energiemenge ab, die ein bestimmtes Speichervolumen oder -gewicht aufnehmen kann; man spricht von der Energiedichte. Andererseits wird sie bestimmt von der Fähigkeit, diese Energie genügend schnell wieder abzugeben; man spricht von der Leistungsdichte. Schließlich ist interessant, wie diese Eigenschaften über den gesamten Entladebereich und bei wechselnder oder extremer Belastung sowie über die nutzbare Lebensdauer erhalten bleiben. Die Energie- und Leistungsdichte sind insbesondere beim mobilen Einsatz von ausschlaggebender Bedeutung.

Die wirtschaftliche Eignung hängt von den Lebensdauerkosten ab. Dieses Wort bezeichnet schon die wesentlichen Einflußgrößen. Die Lebensdauerkosten enthalten alle Kosten, die während der gesamten Nutzungsdauer des Speichers anfallen. In erster Linie sind das der Anschaffungspreis und die Wartungs- und Inspektionskosten, aber auch die Kosten für die während der Nutzungsdauer abgegebene Energie.

Ein drittes Kriterium ist die Sicherheit. Überall dort, wo Energie theoretisch gefährlicher Menge konzentriert wird – man denke nur an den Benzintank im Auto – ist die technische Sicherheit besonders zu beachten. Die zuverlässige Funktion und der Personenschutz muß bei Normalbetrieb, bei internen Störungen und extremen Beanspruchungen von außen gewährleistet sein. Die ökologischen Auswirkungen bei Herstellung, Betrieb und Entsorgung sind eine weitere Facette der Sicherheit. Schließlich sind auch die Risiken zu bedenken, die sich aus der Zugänglichkeit der erforderlichen Ressourcen wirtschaftlich und politisch ergeben können.

Was nun ist ein Hochenergiespeicher? Es ist ein elektrochemischer Energiespeicher, den man sich körperlich folgendermaßen vorzustellen hat: Die zylindrisch ausgebildeten Zellen stellen den aktiven Teil des Speichers dar. Mehrere dieser Zellen sind in einer Matrix zu einem Modul zusammengefaßt. Die in einem Schlitten aneinandergereihten, elektrisch verschalteten Module bilden die Batterie. Für den Antrieb von Elektroautos enthält diese mehrere hundert Zellen.

Und so ist sein Funktionsprinzip: Die aktive Masse, Natrium und Schwefel, enthält die Energie. Diese sogenannten Reaktanden haben das Bestreben, chemisch miteinander zu reagieren, sich zu Natriumpolysulfid zu verbinden. Könnten sie das ungehindert, so käme es zur spontanen Freisetzung der Energie in Form von Wärme. In der Zelle sind sie jedoch durch den Festelektrolyten, *eine spezielle Keramik*, voneinander getrennt.

Eine Batterie „hält" 200000 Kilometer

Diese Keramik ist in der Lage, Natriumionen, und zwar nur diese, zu leiten. Die Natriumionen gelangen so auf die Schwefelseite der Zelle, verbinden sich mit dem Schwefel und nehmen dabei Elektronen auf. Es entsteht im Schwefelraum dadurch ein Elektronenmangel und somit eine Spannung gegenüber der Natriumseite von etwa 2 Volt. Wird die Zelle belastet, so fließen über den Lastwiderstand Elektronen in den Schwefelraum. Die durch Elektronenentzug gebildeten Natriumionen wandern durch den Festelektrolyten und reagieren dort wiederum zu Natriumpolysulfid. Die Zelle wird entladen. Das ist solange möglich, bis der Natriumvorrat im Innern der Zelle verbraucht ist.

Der Vorgang läßt sich umkehren. Schließt man ein Ladegerät derart an, daß ein elektrischer Strom in umgekehrter Richtung fließt, so werden die Natriumpolysulfide wieder zersetzt, Natriumionen wandern durch den Festelektrolyten in den Natriumraum zurück und hinterlassen Schwefel im Schwefelraum.

Wie schnell der Entlade- und Ladevorgang abläuft, hängt einerseits von der Höhe des elektrischen Stroms und damit vom Lastwiderstand und der Ladespannung ab; andererseits wird die Entlade- und Ladegeschwindigkeit durch den Innenwiderstand der Zelle bestimmt und damit durch die temperaturabhängige Ionenleitfähigkeit des Festelektrolyten, die Schwefelelektrode, die Elektronenleitfähigkeit im Schwefelraum, der metallischen Zuleitungen und des Zellenbechers. Wegen der schlechten Leitfähigkeit des Schwefels ist dieser in einen Graphitfilz eingebettet.

Die Reaktanden und ihre Reaktionsprodukte müssen flüssig gehalten werden. Deshalb liegt die Betriebstemperatur der Zellen bei 350 Grad Celsius. Eine hochwertige Wärmedämmung schottet den heißen, in seiner Temperatur einem normalen Backofen vergleichbaren Innenteil gegen die äußere Batteriehülle ab. Wird die Batterie auf Umgebungstemperatur abgekühlt, bleibt der Ladungszustand erhalten. Eine Selbstentladung findet auch bei heißer Batterie nicht statt. Nach Wideraufheizung kann der Betrieb fortgeführt werden.

Der gegenwärtige Stand der Entwicklung des Hochenergiespeichers läßt bereits recht gut abgesicherte Erwartungswerte zu. Sie werden hier am Beispiel des Elektroautos beschrieben.

Die technische Eignung findet im mobilen Einsatz, insbesondere im Elektro-Pkw, die härtesten Maßstäbe. Mit einer Energiedichte von 150 Wh/kg wird der Hochenergiespeicher etwa viermal mehr Energie je Gewichtseinheit aufnehmen können, als die derzeit eingesetzten Blei-Säure-Akkumulatoren. Die Leistungsdichte wird 135 W/kg betragen.

Billigt man dem Energiespeicher eines Elektroautos etwa ein Viertel des gesamten Fahrzeugleergewichtes zu, so ist eine Reichweite von mehr als 200 Kilometer je Ladung und eine Spitzengeschwindigkeit von 130 km/h zu erreichen. Das ist für ein Nahverkehrsfahrzeug völlig ausreichend. Und dieses Leistungsvermögen ist nahezu unbeeinflußt von der Beanspruchung. Die Speicherkapazität ist nämlich *unabhängig von der entnommenen* Leistung.

Die Fertigungsentwicklung des Hochenergiespeichers ist noch in der Vorpilotphase, die Felderprobung *einer größeren Anzahl* von Speichern steht aus. Deshalb sind quantitative Angaben zu den Lebensdauerkosten derzeit nicht verfügbar. Die wirtschaftliche Eignung muß deshalb *anhand qualitativer* Aussagen abgeschätzt werden. Beim Anschaffungspreis zeigen die mit Erfahrungskurven projizierten Werte immerhin signifikante Kostenvorteile. Sie sind sehr mengenabhängig. Das leuchtet ein, denn das eingesetzte Material (ein Drittel Stahl und Aluminium, ein Drittel Natrium und Schwefel, ein Drittel Keramik, Glas, Isolierstoffe) ist vergleichsweise billig.

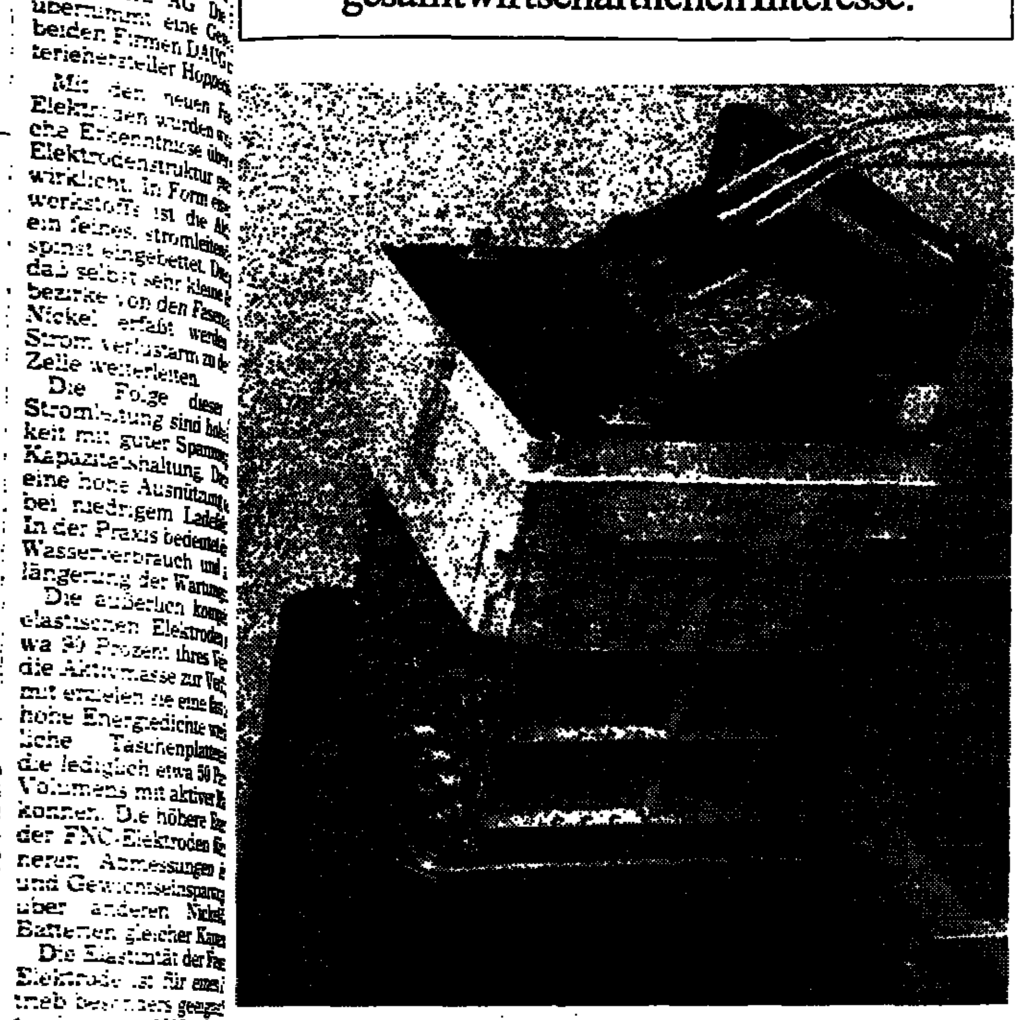
Ein geringer Instandhaltungsaufwand ist ebenfalls abzusehen. Der Speicher ist sehr einfach aufgebaut und besitzt nahezu ausnahmslos statische Bauelemente. Die Zellen sind hermetisch abgeschlossen. Flüssigkeiten oder andere Stoffe sind weder nachzufüllen noch umzuwälzen.

Die entscheidende Größe der Wirtschaftlichkeit ist die Lebensdauer. Mit 1000 Vollzyklen oder mehr als 200 000 Kilometer wird ein Elektroauto nur noch einen Batteriesatz benötigen. Einzelne Zellen haben bereits das Vielfache dieser Lebensdauer erreicht. Das zeigt das Potential. Bei einer Batterie bestimmt aber die Ausfallstatistik einer größeren Anzahl von Zellen im Verbundbetrieb die Lebensdauer. Sie kann nur aufgrund ausgereifter Qualitätsstandards und gleichbleibender Herstellungsbedingungen, beispielsweise in einer Pilotfertigung, gezielt beeinflußt und abgesichert werden. Die Lebensdauerkosten enthalten auch die Kosten für die Energie.

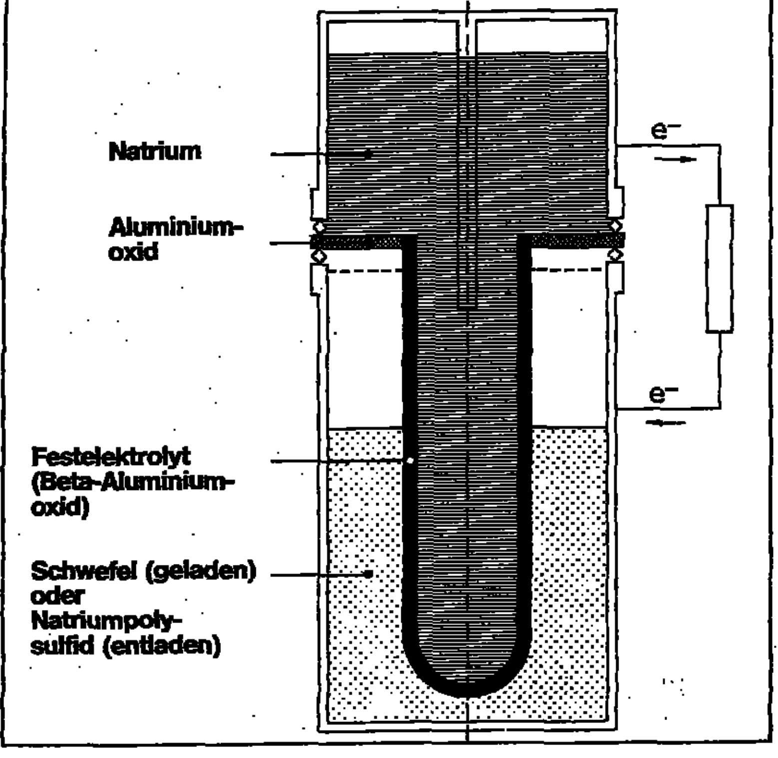
Der kompakte Aufbau der Batterie und der Zellen sowie die von Flüssigkeiten umgebene Keramik ergeben ein mechanisch sehr stabiles System. Ein gestaffeltes Sicherheitssystem sorgt für die Begrenzung innerer Störungen auf den Fehlerort.

Wie sorgfältige Analysen ausweisen, ist aber auch bei starken Beschädigungen des Speichers im extremen Unfallgeschehen nicht mit eskalierenden Auswirkungen zu rechnen. Ökologisch kann dem Speicher Unbedenklichkeit attestiert werden. Weder bei der Fertigung noch bei der Entsorgung entstehen toxische Abfälle oder Emissionen. Die Rohstoffe sind im Inland reichlich vorhanden, so daß keine neuen Abhängigkeiten oder Belastungen der Leistungsbilanz entstehen.

GÖTZ F. SCHROEDER



Labormuster eines Natrium-Schwefel-Speichers mit herausgezogener Batterie. Man erkennt die mit Zellen bestückten Module (Mitte), den mit einer hochwertigen Vakuum-Wärmedämmung versehenen Batteriekasten (links) und im Vergleich dazu den hier noch aus konventionellem Isoliermaterial hergestellten Batterieverschluß. FOTOS: BBC-BILD



Das Funktionsschema einer Natrium-Schwefel-Zelle



Das Herz der Natrium-Schwefel-Zellen ist ein keramischer Festelektrolyt. Ihm verleiht ein Sinterprozeß Festigkeit und die benötigten physikalischen Eigenschaften. Das Bild zeigt die Vorbereitung des Elektrolyten für den Brennvorgang.







Rumänische Attacke gegen Sowjets

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Die tiefgreifenden Konflikte zwischen Moskau und Bukarest werden zur Zeit auch in einer „literarischen Auseinandersetzung" deutlich. Die sowjetische „Literaturnaja Gaseta" hatte den Roman „Die Faust und die Hand" des prominenten rumänischen KP-Funktionärs und Literaten Dumitru Popescu scharf kritisiert, weil er die Sowjetunion im allgemeinen und speziell die Rote Armee verächtlich mache. Die Moskauer Literaturzeitung verglich Popescu, der Mitglied des politischen Exekutivkomitees der rumänischen KP und Direktor der Parteihochschule ist, mit dem NS-Propagandaminister Goebbels. Da Popescu ein enger Freund des rumänischen Parteichefs Ceausescu ist, richtet sich der Angriff vor allem gegen diesen.

Doch in einer Tonlage, wie sie bisher in einem Mitgliedsland des Warschauer Paktes gegenüber zumindest offiziösen sowjetischen Äußerungen kaum denkbar gewesen ist, beschuldigte die Bukarester Wochenzeitung „Romania Literara" jetzt den Kreml, er „desinformiere" das sowjetische Publikum und die sowjetischen Leser. Da Popescus Roman nicht in der UdSSR erschienen sei, hätten die Sowjetbürger keine Möglichkeit, sich selbst ein Urteil zu bilden. Auch wenn dieser sowjetische Stil der Abrechnung „nichts Neues und nichts Unmögliches" sei, so verwahrte sich die rumänische Zeitung doch gegen den Ton, mit dem in Moskau an Popescu, „einem Kommunisten und Schriftsteller aus einem befreundeten sozialistischen Land", Kritik geäußert werde.

Amerikanisches Angebot an Syrien

● Fortsetzung von Seite 1

in seine Rede einfließen, als er sagte: „Syrien sollte eigentlich in der Lage sein, zu erkennen, daß es dieselbe Art von Beziehungen mit uns haben kann, wie andere Staaten im Nahen Osten." Diese versöhnliche Tonart hatte Außenminister Shultz bereits Ende der vergangenen Woche während einer Rede in Hot Springs (Virginia) angeschlagen. „Syrien ist ein stolzes Land, das berechtigte Sicherheitssorgen in Libanon hat", hatte Shultz gesagt. „Sowohl Syrien als auch die USA sehen Erneuerung ihrer Kontakte und Verbesserung ihrer Beziehungen als eine Sache des gegenseitigen Interesses an."

Die neue Habib-Mission, deren erste Station gestern Beirut war, soll nach Washingtons Vorstellungen den diplomatischen Kontakt zu Damaskus wiederherstellen. Das State Department hat offensichtlich aus dem Fehler gelernt, daß man Syrien – so heißt es heute – seit September vergangenen Jahres praktisch ganz den sowjetischen diplomatischen und militärischen Bemühungen überlassen hat.

In der gegenwärtigen Phase der Ungewißheit scheint allerdings ein Faktum sicher: Das amerikanisch-israelische Verhältnis hat sich wesentlich entspannt. Washington und Jerusalem haben nach einem Bericht der „New York Times" auch ein vertrauliches Abkommen unterzeichnet, das Israel das Recht auf „Selbstverteidigung" für den Fall künftiger terroristischer Überfälle von Libanon aus gibt.

Beirut bereitet sich auf Konflikt mit Syrien vor

Truppen in Alarmbereitschaft versetzt

PETER M. RANKE, **Beirut**

Die libanesische Regierung, die das Abzugsabkommen mit Israel trotz scharfer syrischer Drohungen unterzeichnet hat, bereitet sich auf eine schwierige Zeit vor.

Die libanesische Armee hat ihre Kontrollposten um und in Beirut verstärkt, auch die 4200 Mann der internationalen Streitmacht aus Amerikanern, Franzosen, Italienern und Engländern haben Alarmbereitschaft. Vor der italienischen und britischen Botschaft sind dicke Sandsackwälle errichtet worden, denn Bombenanschläge wie auf die US-Botschaft vor vier Wochen werden nicht ausgeschlossen. Straßen- und Telefonverbindungen nach Zahle und Tripolis im syrisch besetzten nordlibanesischen Gebiet waren zeitweise von den Syrern gesperrt, doch die Grenze nach Damaskus ist noch offen. Damaskus hat Blockade-Maßnahmen gegen Libanon gestern dementiert.

Bei einer Demonstration gegen das Abkommen im Beiruter Vorort Schia gab es einen Toten, als libanesische Soldaten in die Menge schossen, nachdem eine Handgranate gegen das Militär geworfen wurde. In Tripolis starben drei Personen bei einem Feuerwechsel von PLO-Guerrillas und anti syrischen Milizen. Die Straßen durch das Gebirge und nach Norden in die syrische Besatzungszone werden von christlichen Milizen, den „Lebanese Forces", scharf kontrolliert.

Als größten innenpolitischen Erfolg des christlichen Präsidenten Amin Gemayel und des islamischen Regierungschefs Wazzan werten politische Beobachter, daß es Damaskus bisher nicht gelungen ist, einen Keil zwischen die christliche und die moslemische Bevölkerung zu treiben. Der frühere Regierungschef Saeb Salam billigte als Vertreter der Beiruter Sunniten ebenso wie der Drusen-Chef Megid Arslan das Abkommen, so daß im Parlament 80 von 91 Abgeordneten für das Abkommen stimmten. Elf Abgeordnete aus den syrisch besetzten Gebieten blieben fern.

Bedeutsam ist, daß sich die Mehrheit der Moslem-Bevölkerung, die Schiiten, bis auf die Khomeini-Anhänger neutral verhalten. So auch die starke Amal-Miliz unter Rechtsanwalt Berri. Die revolutionär-sunnitischen „Murabitun", deren Miliz entwaffnet ist, haben sich gegen das Abkommen ausgesprochen, ebenso wie die vor allem christliche „National-Soziale Partei" (früher PPS) von Mahmud Khaled.

Für den schlimmsten Fall erwartet man in Beirut die Bildung einer prosyrischen Gegenregierung in Tripolis, wo allerdings der Widerstand gegen die syrische Besetzung noch stark ist. Eine solche „Regierung" haben die Syrer schon am Wochenende durch die Schaffung einer „Nationalen Front" vorbereitet.

Die Frage ist, ob die Syrer und die PLO angesichts einer weitgehenden Isolierung in der arabischen Welt so weit gehen werden, die Beiruter Regierung durch Blockade, Terror, Bürgerkriegsdrohung oder eine Gegenregierung unter andauernden Druck zu setzen.

Nicht nur Algerien und Marokko, sondern auch die Golfstaaten und Irak haben die libanesische Unterzeichnung der Abmachungen mit Israel positiv bewertet. Bei Ägypten und Jordanien stand diese Reaktion schon lange fest. Saudi-Arabien dagegen will sich nicht gegen Syrien wenden oder für das Abkommen einsetzen. Riad verlangt jetzt den sofortigen Abzug der Israelis und die Rückkehr der Palästinenser aus Libanon nach Israel. An eine Vermittlung denkt Saudi-Arabien nicht.

Als einziger Staat hat bisher Libyen den libanesischen Botschafter ausgewiesen und verlangt, Libanon müsse dem gleichen Boykott wie Ägypten nach Camp David unterworfen werden. Dank der libanesischen Sonderbotschafter und der Erläuterungen über das Abzugsabkommen mit Israel hat Beirut aber schon heute die libysche Drohung unterlaufen.

Weitere Sparpläne für Nürnberg

Finanzminister will bei Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben um 2,035 Milliarden senken

GISELA REINERS, ***Bonn***

Bei den Überlegungen von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, durch eine „nachhaltige Dämpfung der Ausgabendynamik vor allem im konsumtiven Bereich" die Neuverschuldung im nächsten Jahr unter 40 Milliarden zu drücken, spielt die Bundesanstalt für Arbeit eine zentrale Rolle. In diesem Bereich sollen 2,035 Milliarden gespart werden.

Den größten Effekt – 1,055 Milliarden – soll die Senkung der Leistungen beim Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld von 68 auf 63 Prozent bringen, von der aber nur Arbeitslose ohne Kinder betroffen werden sollen. Bei der Arbeitslosenhilfe soll der Satz für Erwerbslose ohne Kinder von 58 auf 56 Prozent gesenkt werden.

Kritik von seiten der Gewerkschaften

Dieses Vorhaben stößt bei den Gewerkschaften auf harsche Kritik. Die Arbeitsmarktexpertin beim DGB-Bundesvorstand, Ursula Engelen-Kefer, gibt zu bedenken, daß dadurch ein großer Teil der Leistungsempfänger unter das *Sozialhilfeniveau gedrückt* werde, besonders bei den Beziehern von Arbeitslosenhilfe. Man müsse schon einen Stundenlohn von 13 Mark bezogen haben (Monatseinkommen: 2253 Mark), um sich durch die Arbeitslosenhilfe wenigstens das Sozialhilfeniveau zu sichern. Beim Arbeitslosengeld müßte der Bezieher vorher mindestens 10,88 Mark in der Stunde verdient haben oder 1855 Mark im Monat.

Weiter verweist Frau Engelen-Kefer darauf, daß es zwar heiße, der Arbeitslose erhalte 68 Prozent (zur Zeit) seines letzten Nettoentgelts. Doch sei diese Berechnungsgrundlage durch das Arbeitsförderungskonsolidierungs-Gesetz (AFKG) und durch die Sparmaßnahmen des Haushalts 1983 so ausgezehrt, daß tatsächlich nur noch wenig mehr als 60 Prozent gezahlt werden. Denn bei der Festsetzung der Arbeitslosenunterstützung *werden Nacht-, Sonn- und Feier*tagszuschläge sowie einmalige Sonderzahlungen und wiederkehrende Zuwendungen des Arbeitgebers nicht mehr berücksichtigt. Wenn die Prozentsätze nun nochmals beschnitten würden, sinke das Arbeitslosengeld in Richtung auf 55 Prozent und die Arbeitslosenhilfe, die bei Nachweis der Bedürftigkeit im Anschluß an das Arbeitslosengeld (in der Regel nach einem Jahr) gezahlt wird, auf weniger als 50 Prozent.

Unzufrieden ist man beim DGB auch über die Pläne, 1984 durch eine Zwölftelung der Sonderzahlungen, zwar mehr Beiträge von den Erwerbstätigen zu kassieren, ihnen jedoch, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, immer weniger Unterstützung zu zahlen. Abgesehen davon betrachtet man die Entwicklung der Rentenversicherung mit Sorge. Denn nach den Haushaltsbeschlüssen für 1983 zahlt Nürnberg nur noch Beiträge an die Rentenversicherung für Erwerbslose, die sich an der Höhe ihres Lohnersatzes bemessen. Die neuerliche Senkung der Arbeitslosenunterstützung ziehe auch eine Senkung der Rentenversicherungsbeiträge nach sich, 1984 etwa *163 Millionen.* Da auch noch bei anderen Leistungen der Bundesanstalt gekürzt werde, steige dieser Betrag noch an.

Die Sozialhilfe, das letzte Netz der sozialen Sicherung, soll neu geregelt werden, heißt es in der jüngsten Fassung des Haushaltspapiers von Stoltenberg. Die Regelsatzanhebung bei der „Hilfe zum Lebensunterhalt" soll 1984 begrenzt werden. Wie und um welchen Satz ist noch nicht bekannt. In einer früheren Fassung hatte es geheißen, die Anhebung des Regelsatzes (Höhe verschieden je nach Bundesland; liegt zur Zeit bei etwa 330 Mark für den Haushaltsvorstand) wird auf 1,5 Prozent begrenzt. 1983 war die Regelsatzanpassung schon von drei auf zwei Prozent gesenkt und der Zeitpunkt um ein halbes Jahr verschoben worden.

Im nächsten Jahr soll aber nicht *nur das* Arbeitslosengeld, sondern auch das Kurzarbeiter- und das Schlechtwettergeld, allerdings ebenfalls nur für Kinderlose von 68 auf 63 gesenkt werden. Die Kosten des Schlechtwettergeldes für den jeweils ersten Tag in jedem Monat soll der Arbeitgeber künftig tragen. Diese Maßnahmen allein entlastet den Etat um 100 Millionen.

Doch auch bei den Bildungsmaßnahmen wurde gekappt. Nach abgeschlossener Ausbildung werden nur noch 75 Prozent der bisherigen Ausbildungsvergütung gezahlt und nicht mehr 75 Prozent des Lohnes (eines Facharbeiters), der *in dem erlernten Beruf hätte* erzielt werden können. Wer an einer Vollzeit-Bildungsmaßnahme teilnimmt, bekommt statt 75 Prozent seines bisherigen Nettoeinkommens nur noch 68 Prozent (wenn er Familie hat), statt 70 nur noch 63 Prozent, wenn er allein steht. Entlastung: 135 Millionen.

Freisetzungen nicht berücksichtigt

150 Millionen sollen gespart werden durch die *Kürzung* der Leistungen bei der beruflichen *Rehabilitation von Behinderten.* Das Übergangsgeld sinkt für solche mit Familie von 80 auf 70, für Alleinstehende von 75 auf 65 Prozent. Wird der Behinderte im Internat untergebracht, wird noch etwas vom Übergangsgeld abgezogen. Arbeiten Behinderte in Werkstätten, wird die Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge von 90 auf 70 Prozent des Bruttoentgelts gesenkt.

Bei der Aufstiegsfortbildung sollen bisherige Pflichtleistungen in Kannleistungen umgewandelt werden. Das bringt noch einmal 100 Millionen, führt aber bei der Rentenversicherung zu Beitragsausfällen von 12, bei der Krankenversicherung von 20 Millionen. Nicht berücksichtigt sind bei allen Berechnungen die Freisetzungen von Lehrkräften, die nun bei den von Nürnberg finanzierten Bildungsmaßnahmen nicht mehr benötigt werden.

Niedersachsen auf dem Weg zum Privatfunk

DW./dl. **Hannover**

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hat den ersten politischen Schritt zur Zulassung privater Rundfunksender in seinem Bundesland getan: Im Landtag in Hannover brachte er gestern den angekündigten Gesetzentwurf für ein Landesrundfunkgesetz ein. Der Regierungschef verband die Einbringung dieser Vorlage mit scharfer Kritik an der medienpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Nutzung des Breitbandkabels sei bislang „nicht entschlossen angepackt worden", kritisierte der CDU-Politiker. Seit mehr als sieben Jahren werde mit Pilotprojekten experimentiert, ohne daß sich etwas Entscheidendes bewegt habe. „Niedersachsen wird jetzt vorangehen. Das Land ist jedoch jederzeit bereit, die Ergebnisse der Kabelpilotprojekte bei der Durchführung und Weiterentwicklung des Landesrundfunkgesetzes einzuspeisen", bekräftigte Albrecht. Das Sendemonopol des Norddeutschen Rundfunks ist seit Januar dieses Jahres erloschen. Neben den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten können jetzt private Sender zugelassen werden.

Die Einbringung des Kabinetts-Entwurfs für ein Landesrundfunkgesetz gewinnt besondere Bedeutung angesichts der für heute erwarteten Beratungen der Ministerpräsidenten der Länder über einen künftigen medienpolitischen Ordnungsrahmen. Es wird nicht damit gerechnet, daß sich die Regierungschefs doch noch auf eine einheitliche Gestaltung einigen werden. Die SPD-regierten Länder haben bislang unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß für sie nur eine öffentlich-rechtliche Organisationsform des Rundfunks in *Frage kommt.*

Meuterei im Süden Sudans

rtr, **Khartum**

Im Süden Sudans ist nach Angaben des Heeresoberkommandos eine Meuterei in der dort stationierten ersten Division niedergeschlagen worden. Die Meuterei sei am Sonntag in einem Bataillon ausgebrochen, wurde gestern ohne Angaben von Gründen mitgeteilt. Nach Jahren der Ruhe hatte es kürzlich im überwiegend *christlichen* Südsudan wieder Anzeichen von Unruhe gegeben. Der Süden hatte sich vor einem Jahrzehnt in einem Bürgerkrieg gegen die Vorherrschaft des islamischen Nordens aufgelehnt.

„DDR"-Armee soll Kraftstoff sparen

AP, **Berlin**

Zu einem noch sparsameren Umgang mit Kraftstoff und Schmiermitteln ist die „DDR"-Armee aufgefordert worden. Wie das Westberliner Informationsbüro West (IWE) gestern meldete, sagte der Leiter der zuständigen Hauptabteilung im Verteidigungsministerium, Oberst K. Brunner, daß in dieser Frage schon ein Umdenken begonnen habe. Dies habe sich in spürbaren Einsparungen niedergeschlagen. Sechs Prozent der bereitgestellten Treibstoffkontingente seien an die „Volkswirtschaft zurückgegeben" worden, ohne daß es zu einer Beeinträchtigung der Kampfbereitschaft gekommen sei. Dennoch sei „die obere Grenze des Möglichen" bei den Einsparungen noch nicht erreicht.

„Wir sind auf der Fahrt in den Abgrund", rief der Verlagschef

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Die beiden Werfteigner im Hamburger Stadtteil Billwerder, die Gerd Heidemanns schmucke Motoryacht „Carin II" für etliche hunderttausend Mark generalüberholt und umgerüstet haben, blickten auf die unbezahlten Rechnungen, die sie dem „Stern"-Reporter zugeschickt hatten, und schritten zur Tat: Auf ihren Antrag pfändete ein Gerichtsvollzieher die einstige Privatyacht Hermann Görings. Mit dem Flaggschiff des angeschlagenen Verlagskonzerns Gruner + Jahr, der Illustrierten „Stern", möchten die Mitarbeiter dieses derzeit dahinschlingernden Unternehmens am liebsten dasselbe tun; doch die Verhältnisse sind nicht so.

Es bleibt bei der symbolischen Besetzung der Redaktionsräume des Blattes, auch wenn in der achtstündigen Betriebsversammlung vom Dienstag, die heute fortgesetzt werden soll, Zorn und Empörung über den Skandal um die gefälschten Hitler-Tagebücher und die dabei zu Tage getretene Leichtfertigkeit im Umgang mit Verlags-Millionen zu teilweise turbulenten Szenen führten. Einen Streik soll es weiterhin nicht geben, doch das Erscheinen der Illustrierten in der kommenden Woche ist gefährdet – „wegen der vom Vorstand zu verantwortenden erheblichen Störung des Betriebsfriedens", wie Vertreter der Redaktion dazu erklären.

Als der Vorstandsvorsitzende Gerd Schulte-Hillen auf der Betriebsversammlung im Auditorium Maximum der Universität die Belegschaft aufforderte, mit der Verlagsleitung an einem Strang zu ziehen, und das mit der Bemerkung begründete „Wir sind auf der Fahrt in den Abgrund", bekam er von den Mitarbeitern die sarkastische Antwort: „Nein, wir sind schon drin!" Die Forderungen nach seiner Demission wurden nach diesem Auftritt eher noch massiver vorgetragen. Und auch „Sir Henri" Nannen half es wenig, daß er der Versammlung erregt zurief: „Damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben – ich habe diesen ‚Stern' erfunden; und ich habe ihn mit der Redaktion, mit den Mitarbeitern vom Verlag, mit den Mitarbeitern aus der Druckerei zu der Lokomotive gemacht, die nicht nur den Zug, sondern den ganzen Bahnhof zieht!" Die Bediensteten dieses „Bahnhofs", gemeint war das Gesamtunternehmen Gruner + Jahr, quittierten Henri Nannens Ausruf: „Dies ist mein Lebenswerk" mit höflichem Applaus –, um dann die Forderung nach seinem Rücktritt zu wiederholen.

Die Fronten blieben auch in der Nachmittagssitzung der Betriebsversammlung starr; der Vorstand beharrte auf der Berufung der beiden neuen Chefredakteure Johannes Gross und Peter Scholl-Latour und auf dem Verbleiben des Vorstandsvorsitzenden Schulte-Hillen sowie des Vorstandsmitglieds und „Stern"-Herausgebers Henri Nannen in ihren Ämtern: „Stern"-Redaktion und Gruner + Jahr-Gesamtbelegschaft verlangten weiterhin kategorisch beider Rücktritt und den Verzicht auf die beiden neu berufenen Chefredakteure. Schulte-Hillen hatte nach seiner eigenen Darstellung dem Aufsichtsratsvorsitzenden Reinhard Mohn unmittelbar nach Aufdeckung der Fälschung „spontan und vorbehaltlos" den Rücktritt angeboten; Mohn habe ihn jedoch gebeten, „an Bord zu bleiben". Nach den Tumulten und erregten Szenen setzte sich schließlich, auch als Folge allgemeiner Erschöpfung, auf beiden Seiten die Einsicht durch, daß im Interesse des Gesamtunternehmens ein Kompromiß gesucht werden müsse. Die beiden Bertelsmann-Chefs Reinhard Mohn und Mark Wössner sowie die G+J-Vorstandsmitglieder und Journalisten aus dem vorläufigen Redaktionsbeirat des „Stern" trafen sich am späten Dienstagabend zu einer weiteren Verhandlungsrunde, die bis gestern morgen um fünf Uhr dauerte und gegen zehn Uhr vormittags wiederaufgenommen wurde.

Rolf Gillhausen, nach dem Rücktritt seiner beiden Kollegen Peter Koch und Felix Schmidt gegenwärtig das einzige im Amt befindliche Mitglied der Chefredaktion, beantragte unterdessen beim Hamburger Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung gegen den Verlag, um damit den Einzug von Peter Scholl-Latour und Johannes Gross in die Leitung der Illustrierten zu verhindern. Das Gericht wird darüber am 26. Mai entscheiden. Gillhausen beruft sich dem Vernehmen nach auf einen Passus in seinem Dienstvertrag, nach dem er bei der Besetzung der Chefredaktion gehört werden müsse. Dies sei im Falle Scholl-Latour und Gross nicht geschehen. Gillhausen lag in der fraglichen Zeit im Krankenhaus.

Offenbar ohne Mitwirkung der Chefredaktion hat die „Stern"-Redaktion die Hintergründe um die gefälschten Hitler-Tagebücher in der heute erscheinenden Ausgabe des Blattes aufzuhellen versucht. In diesem Report unter dem Titel „Das Wind-Ei" erklären die Redakteure, sie müßten sich auf die Schilderungen des Kriminalfalles dieser Fälschung beschränken, solange nicht alle Fakten – dies gelte auch und gerade für die Vorgänge im Verlag und in der Redaktion – lückenlos geklärt seien. Der Bericht beziehe sich auf den Informationsstand vom vergangenen Sonntag und basiere weitgehend auf den Aussagen des entlassenen „Stern"-Reporters Gerd Heidemann. Aus den Auszügen eines internen „Sonderkontos 0960" geht hervor, daß der Verlag insgesamt 9,34 Millionen Mark für die Beschaffung der angeblichen Hitler-Schriften bezahlt hat – ohne die Provision von rund 1,5 Millionen Mark, die Heidemann erhielt. Bis zum 29. Mai 1981 hat der damalige G + J-Vorstandsvorsitzende Manfred Fischer diese Zahlungen mit dem Kürzel MF abgezeichnet, vom 1. Juli 1981 an sein Nachfolger Schulte-Hillen mit dem Kürzel S-H. Ungeklärt ist bislang, ob der Vermittler der Falsifikate, der in Hamburg weiterhin in Untersuchungshaft sitzende Stuttgarter Händler Konrad Kujau, die insgesamt über das Konto geflossene Summe erhielt.

Deutscher Medienexport in die Dritte Welt

Ein Danaer-Geschenk?

Eine Tagung über Fragen des Medienexports in die Dritte Welt veranstaltete jetzt die Evangelische Akademie in Bad Boll zusammen mit dem Evangelischen Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit und der Deutschen Welle.

Filme – und um die ging es – exportiert aus Deutschland hauptsächlich die „Non-Profit-Organisation" TransTel, die, behördlich finanziert, mit der ARD, dem ZDF und der Deutschen Welle eng zusammenarbeitet. Entweder werden Sendungen der beiden Fernsehanstalten übernommen, oder die Deutsche Welle wird mit der Herstellung von Fernsehsendungen beauftragt. Die TransTel figuriert dabei mehr oder weniger als Distributionsstelle. Sie bietet die Filme den Programmverantwortlichen der Länder in der Dritten Welt billig an – dies ist auch eine Form des Exports.

Dabei verfolgt man natürlich auch Absichten. Und die wurden auf der Tagung heftig diskutiert. Denn die Hauptaufgabe der Deutschen Welle ist es, ein informatives Deutschlandbild im Ausland zu verbreiten. Darauf abgestimmt sind denn auch die von der TransTel exportierten Filme. Gleichzeitig will man mit dieser Einrichtung aber auch Entwicklungshilfe leisten. Beides miteinander einigermaßen stimmig zu verbinden, hat von jeher die Gemüter und also auch die bei dieser Tagung anwesenden Experten erregt.

Während die einen in der Arbeit von TransTel hauptsächlich humanistische Wohltätigkeit sehen wollen, geben andere zu, daß es darum gehe, die deutsche Sache, wenn vielleicht auch nur indirekt, in diesen Ländern zu propagieren. Auch auf der Tagung standen sich also wieder diese zwei Meinungen gegenüber, besonders als es galt, Ausschnitte der von TransTel exportierten Filme zu diskutieren: Die einen sahen unumwunden im Hintergrund des Medien-Exports eine Art Ideologieverbreitung, andere – um ja nicht das übel beleumdete Wort „Propaganda" in den *Mund zu nehmen* – sprachen von „Sympathiewerbung". Und natürlich fielen auch so sattsam bekannte Schlagwörter wie Eliteinteressen, Kulturimperialismus, Geschäft ohne Grenzen und ähnliches mehr. Anstatt sich in die Rolle eines Helfers zur Entwicklung einer wie immer gearteten Kultur zu versetzen, spielten sie sich zu Beschützern fremder Kulturen auf.

Letztlich diskutierte man im luftleeren Raum der Abstraktion. War doch niemand in Bad Boll in der Lage, Fakten über die Resonanz auf all diese exportierten Filme zu nennen. Denn die Frage, wie diese Ware in den unterschiedlichsten Ländern ankommt, blieb mangels Kenntnis über die Akzeptanz im Ausland ungestellt. Und darauf käme es doch eigentlich an, auch wenn es darum geht, auf Verlangen der zuständigen Kulturpolitiker deutsche Bezüge in die zu exportierenden Filme einzubauen.

Natürlich ist es nicht einfach, von Deutschland aus entsprechende Untersuchungen in den Ländern der Dritten Welt anzustellen. Indes, es kann und muß geschehen, will man sich mit diesem Medienexport nicht in einem Vakuum der Unkenntnis und möglicherweise sogar der Uneffektivität bewegen. Darüber zu diskutieren und dazu methodische Konzepte zu entwerfen, wäre nutzbringender gewesen als idealistische und wirklichkeitsfremde Vorstellungen zu entwerfen.

ALPHONS SILBERMANN

KRITIK

Ohne verlogenes Pathos

Eine zwanzigjährige Türkin, die seit acht Jahren in der Bundesrepublik lebt und perfekt Deutsch mit Berliner Tonfall spricht, pfeift als geprüfte Schiedsrichterin Fußballspiele. Ihre männlichen Landsleute pöbeln sie deshalb an.

Türken im Alter von 16 oder 17 Jahren, die vor einem Jahr zu ihren Familien in die Bundesrepublik gekommen sind, werden in Förderkursen mit handwerklichen Techniken und in deutscher Sprache unterrichtet. Ihre Chancen sind, besonders bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit, minimal. Sie fühlen sich fremd.

Dies sind zwei Schlüsselszenen aus **„Spätere Rückkehr nicht ausgeschlossen"**. Türkische Jugendliche in der Bundesrepublik (ZDF). Ohne das sonst übliche verlogene Pathos versuchten Arno Schmuckler und Feridun Yücedine, in 45 Minuten *eine Problematik darzu*stellen, die sich allen schnellen Lösungen entzieht. Und dabei wurde deutlich: Dort, wo es Kontakte gibt, etwa beim Sport, gibt es auch Ansätze zu einem befriedigenden Leben für die jungen Menschen. Dort aber – und das gilt besonders für die Mädchen –, wo man noch in zwei diametral entgegengesetzten Welten lebt, wo Eltern anatolische Normen durchsetzen wollen, sind Generationskonflikte bis hin zum Selbstmordversuch schon angelegt.

Die Zahl der nachziehenden Kinder hat in letzter Zeit rapide abgenommen, Zeichen für die Zu*kunftsunsicherheit der Türken.* Daß diese Menschen Anspruch auf unser Verständnis über Wortgeklingel und Pathos hinaus haben, zeigte dieser Film in eindrucksvoller Nüchternheit.

HENK OHNESORGE

Auch Grafen haben Probleme

Grafen sind auch Menschen, das mußte einmal gesagt und es mußte einmal in einem Fernsehspiel vorgeführt werden. **„Ein Mord liegt auf der Hand" (ZDF)** von Ralf Gregan war wie geschaffen dafür. Das wissen wir nun: Auch Grafen haben kein Geld, auch sie würden gern die Zukunft voraus wissen, auch sie sind deshalb abergläubisch.

Wenn das Horoskop in der Morgenzeitung nicht ausreicht und sie andere Zukunftsinformanten aufsuchen heißt, dann werden sie erpreßbar. Immer unter der Minimalvoraussetzung allerdings, sie bringen jenen Mord fertig, den der erpressungswillige Schwindlerprophet voraussagt. Auch Grafen haben darin keinerlei Übung, und unter Zeitdruck wird derlei erst recht ein bißchen schwierig.

Es läßt sich nicht leugnen: Gregan hat daraus eine amüsante Geschichte gemacht und als Regisseur sie nicht minder amüsant realisiert; obwohl er die Sache recht nah am Schwank angesiedelt hat – so wie man hierzulande fälschlich Georg Kaiser spielt, so daß Gregan sich allenfalls auf „Motive von Oscar Wilde" berufen konnte, auf diesen selbst nicht.

So etwas gelingt allerdings nur, wenn man brillante Schauspieler hat. Das gilt vor allem für Brigitte Horney, die zeigen konnte, wie subtil differenziert sie eine Figur zu zeichnen vermag; was man auch Rudolf Platte gewünscht hätte, der mehr kann, als nur diesen Diener zu spielen. Uwe Friedrichsen als *Graf dagegen* scheint durch seine vielen Auftritte in der „Sesamstraße" ein wenig von der Fähigkeit verloren zu haben, sich in andere Gestalten zu verwandeln. Früher gelang ihm das immer.

KATHRIN BERGMANN

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Das Versprechen
12.00 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

08.55 Tagesschau
08.58 Aus dem Bundestag
Debatte zur Enquête-Kommission: Jugendprotest im demokratischen Staat
16.10 Tagesschau
16.15 Sie – er – Es
Frauen im Dritten Reich
Die Naziherren waren sich einig: Die deutsche Frau hatte die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zu kriegen. Das Mutterkreuz war ihre höchste Auszeichnung. Was vielen Frauen als längst fällige Anerkennung ihrer Tätigkeit als Hausfrau und Mutter erschien, war eine Entmündigung, eine Reduzierung der Frau.
17.00 Lebendige Wildnis
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Der 7. Sinn
20.18 Die Fernseh-Diskussion
Die Zukunft unserer Jugend
Leitung: Rudolf Mühlfenzl
21.15 Chris Howland präsentiert ...
21.45 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner von Henry Slesar
23.15 Silicon-Valley
Tal der Talente
Der amerikanische Traum von den unbegrenzten Möglichkeiten erlebt eine Renaissance: Wo vor wenigen Jahren Obstbäume und Weingärten allein die Landschaft südlich von San Francisco prägten, leuchten heute die Glasfassaden zahlreicher Elektronikkonzerne wie die Kuppeln von Weltraumschiffen, bringt ein neuer Industriezweig ständig *neue* Millionäre hervor. Im Silicon Valley wird hochmoderne Technologie erdacht und produziert: Mikroprozessoren höchster Leistung.
0.00 Nacht und Träume
Regie: Samuel Beckett
0.10 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Wir Europäer
8. Unser Selbstverständnis
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Mumins
Letzte Folge: Besuch vom Mars
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der Bürgermeister
Brunnberg ist nicht Mallorca
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Patienten gibt's
Fernsehserie in 10 Folgen:
Appendix
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 heute-journal
21.20 Bürger fragen Bundespräsident Carstens
Ein Dialog mit Katholiken und Protestanten im Lutherjahr
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
Live aus dem Dom zu Worms
„Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir. Amen". Diesen Satz schleuderte Martin Luther im Jahr 1521 dem Kaiser auf dem Reichskonzil in Worms entgegen. Nur wenige Meter von dem Ort, an dem Luther diese Worte sprach, lädt Chefredakteur Reinhard Appel Bundespräsident Karl Carstens in den Dom zu Worms zu einer Bürgersendung ein. 120 Bürger aus den katholischen und evangelischen Kirchengemeinden der Lutherstadt werden aus Anlaß des 500. Geburtstages des Reformators mit dem Bundespräsidenten diskutieren.
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Der Preis
Mit Günter Zister, Christiane Carstens u. a.
Regie: Lutz Heering
23.55 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Westworld
21.40 Demnächst ...
21.45 Landesspiegel
22.15 Geschichte im Dritten
23.30 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Mein Vater, mein Herr
22.00 Kultur kontrovers
22.45 5. Rock- und Klassik-Nacht
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

19.15 Zug um Zug – Schach für jedermann
19.50 Ikonen in Deutschland (4)
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
22.15 Drei aktuell
22.30 Kulturkalender
23.00 Das Brücke-Museum Berlin
23.45 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Krönung der Poppea
Nur für Baden-Württemberg
22.15 Kunst-Stück im Dritten
22.30 zu Gast:
Was wurde aus der Gemeindereform?
Nur für Rheinland-Pfalz
22.15 Gebrüder Hannong
Nur für das Saarland
22.15 Aufgegriffen:

BAYERN

19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Nebel
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
21.45 Der Sportstammtisch
22.30 Dallas (2)
23.15 Rundschau

Unerklärliche Abstinenz

Mk. – Bei den vielen Stellungnahmen zu den jüngsten Agrarpreisbeschlüssen der EG fällt besonders das Fehlen eines Urteils aus dem Außenhandel auf. Und das, obwohl der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) eigentlich nur ins eigene Archiv hätte greifen müssen. Denn vor Jahren zählte gerade dieser Verband zu den fundierten Warnern. Mehr noch: Er hat die Fehlentwicklung, die wachsenden Überschüsse mit ihren handelspolitischen Konsequenzen schon frühzeitig prognostiziert.

Daß der Verband zu seinen früheren Auffassungen nicht mehr steht, läßt sich nicht belegen. Immerhin wird auf Seite 37 seiner „Vorschläge und Beiträge" für die zehnte Legislaturperiode des Deutschen Bundestages jetzt noch einmal die Reformbedürftigkeit der *EG-Agrarpolitik* beschworen. Offiziell wird die Vermutung, die Abstinenz lasse sich damit erklären, daß sich die Firmen im EG-Verordnungsdschungel schon eingerichtet haben, zwar zurückgewiesen. Aber überzeugende Gegenargumente werden nicht nachgeliefert.

Das Schweigen ist zudem unverständlich. Denn das, was sich im Agrarbereich abspielt, widerspricht den Prinzipien eines freien Welthandels. Eine Auseinandersetzung mit konkreten Ereignissen müßte daher für einen Verband wohl lohnend sein. Sonst entsteht in der Öffentlichkeit ein schiefes Bild.

Hamburger Kehrtwendung

Von JAN BRECH

Die Hauptversammlung des Jahres dürfte am 23. Juni in Hamburg stattfinden. An diesem Tag plant die Freie und Hansestadt Hamburg ihre Mehrheitsbeteiligung von 72 Prozent zu nutzen, um das Energieversorgungsunternehmen HEW unter „Staatsaufsicht" zu stellen. Die zur Wiederwahl anstehenden Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner-Seite sollen ausschließlich durch Personen ersetzt werden, die „energiepolitisch in die gleiche Richtung denken" wie die in Hamburg mit absoluter *Mehrheit regierende SPD.*

Auf der Strecke bleiben nach diesem Plan hochkarätige Banker, Industriemanager sowie Staatssekretäre der Nachbarländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Sie haben bislang die Unternehmenspolitik der HEW, die sich besonders in Fragen der Kernenergie nicht mit der Senatsmeinung deckt, einhellig gebilligt. Den Widerspruch, *die Mehrheit* bei dem Versorgungsunternehmen zu halten, aber nicht bestimmen zu können, will der Hamburger Senat auflösen, indem das nach dem Aktienrecht organisierte und selbständige *Unternehmen HEW zu einer Art* Stadtwerk umfunktioniert wird.

Die Beteuerungen des Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi und seines Energiesenators Jörg Kuhbier, daß an eine „totale Machtergreifung" bei HEW nicht gedacht sei, sondern daß es nur um die zügige Verwirklichung des energiepolitischen Konzepts des Senats gehe, sind nicht sonderlich überzeugend. Wenn dem so wäre, brauchte Hamburg diesen Kraftakt nicht vorzuführen. Nach wie vor gilt, was Dohnanyi vor einem Jahr mit dem HEW-Vorstand ausgehandelt hat. Die HEW bleiben vorerst am Bau des Kernkraftwerks Brokdorf beteiligt, unterstützen jedoch uneingeschränkt das Wärme-Kraft-Koppelungskonzept des Senats. Auf längere Sicht soll das Fernwärmesystem so ausgebaut werden, *daß Hamburg* durch den Einsatz von Heizkraftwerken „von der Stromversorgung aus Brokdorf unabhängig wird".

Diesen energiepolitischen Burgfrieden hat Dohnanyi nun ohne Not aufgekündigt. Offenkundig zwingt der Druck von der Basis die Rathaus-Partei zu einer energiepolitischen Kehrtwendung. Es scheint, als solle die Hansestadt, eine der wenigen zur Zeit noch vorhandenen sozialdemokratischen Bastionen, energiepolitischen Modellcharakter mit bundesweiter Ausstrahlung erhalten. Der Ausstieg aus Brokdorf hätte Symbolwert, der Vorrang für Blockheizkraftwerke entspricht schönsten grünen Träumen vom Wärmemarkt.

Das Ziel so nah vor Augen, übersehen Hamburgs Energiepolitiker, daß es am Ende mehr Verlierer denn Sieger geben wird. Da sind einmal die freien Aktionäre, darunter viele Belegschaftsmitglieder der HEW, die durch den Kurssturz schon jetzt viel Geld verloren haben und weiter verlieren werden. *Das HEW-Papier führt schon seit* Jahren den Beinamen „die rote Aktie", nicht zuletzt, weil das Unternehmen vor allem in der Strompreispolitik stets politischen Eingriffen ausgesetzt war, die sich in *jüngster Zeit* verstärkt haben.

Unabsehbar sind zum anderen die Schäden für das Unternehmen selbst. Der vom noch amtierenden Aufsichtsrat abgewiesene Wunsch des Senats, den Termin der HV zu verschieben, deutet das Kernproblem an. Der Senat hat es schwer, einen fachlich auch nur annähernd gleichwertigen AR zu präsentieren. Ungelöst ist ferner die Frage, wie die Vertreter der Landesregierungen von Kiel und Hannover zum Verzicht auf ihr traditionelles Mandat bewegt werden könnten. Ihre ersatzlose Abwahl widerspricht den Interessen Hamburgs. *Immerhin betreibt HEW die größten* Kraftwerke auf deren Boden und ist in der Entsorgung von ihrer Kooperation abhängig.

Eine nur noch verwaltete, von politischen Strömungen abhängige und auf die Strom- und Wärmeversorgung des Stadtstaats fixierte HEW fiele schließlich als Partner für den norddeutschen Energieverbund, von dem auch Hamburg lebt, aus. Die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK), die mit HEW alle Kernkraftwerke gemeinsam betreibt und baut, wird sich künftig kaum noch auf Gemeinschaftsprojekte mit einem so *strukturierten Hamburger Partner* einlassen.

Eine ausschließlich für den Stadtstaat konzipierte Energiepolitik, die die HEW völlig dem Dispositionsrecht Hamburgs unterstellt, schafft dauerhaften Konfliktstoff mit den Nachbarländern. Es gibt Anzeichen, daß inzwischen auch von Dohnanyi die offene Konfrontation vermeiden will und nach Kompromissen sucht. Für die Stadt und für die Region wäre die Rückkehr zu wirtschaftlicher Vernunft ein Segen.

BUNDESBANK / Jede zweite Mark fließt durch die öffentlichen Kassen

Belastung durch Steuern und Abgaben hemmt den Leistungs- und Sparwillen

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Belastung der Einkommen mit Steuern und parafiskalischen Abgaben hat mittlerweile ein Niveau erreicht, das nicht nur leistungshemmend wirkt, sondern auch die Sparfähigkeit und die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis negativ beeinflußt, kritisiert die Bundesbank. Der Staat kassiert fast jede zweite Mark vom nominalen Bruttosozialprodukt in Form von *Steuern, Abgaben und sonstigen Verwaltungsabgaben und damit* ungefähr ein Viertel mehr als im Durchschnitt der siebziger Jahre.

In ihrem Monatsbericht beklagt die Bundesbank, daß der Staat einen steigenden Teil der von den privaten Haushalten und der Wirtschaft gebildeten Ersparnis auf dem Kreditweg für laufende konsumtive Ausgaben beansprucht. Im letzten Jahr waren das 24 Milliarden Mark oder 1,7 Prozent des Nettosozialprodukts, während der Staat in den sechziger Jahren nicht nur seine Investitionen durch eigene Ersparnis deckte, sondern teilweise auch noch zur Finanzierung privater Investitionen beitrug.

Erstmals seit 1978 war die gesamtwirtschaftliche Ersparnis im letzten Jahr mit 138,4 Milliarden Mark wieder größer als die Nettoinvestitionen in Anlagen und Vorräten, die infolge geschrumpfter *privater und öffentlicher Investitionen* um 16 auf 133,5 Milliarden Mark zurückgingen.

Nach Berechnungen der Bundesbank haben die Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft und *Finanzinstitutionen*) 1982 *brutto* 174,4 (Vorjahr: 178,7) Milliarden Mark in Anlagen und 5,4 Milliarden Mark in Vorräte investiert, die 1981 noch um 1,4 Milliarden Mark abgebaut worden waren. Die Spuren ungenügender Erträge und unausgelasteter Kapazitäten waren also noch deutlich zu sehen. Gebessert *hat sich allerdings die Selbstfinanzierungsquote* von 75 auf 84,5 Prozent, so daß das Finanzierungsdefizit von 44 auf 28 Milliarden Mark sank. Aber darin erblickt die Bundesbank das Ergebnis einer defensiven *Unternehmensstrategie* und nicht eine wirkliche Erholung der angespannten Finanzlage.

An der gesamten Außenfinanzierung der Unternehmen (69 Milliarden Mark) waren Aktien nur mit 4,5 Milliarden beteiligt. Die Bundesbank spricht sich für eine künftig stärkere Nutzung dieses Finanzierungsinstruments aus und appelliert an den Gesetzgeber, die steuerliche Diskriminierung der Aktie abzubauen und Aktien in die geplante „Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer" aufzunehmen. Aktien waren denn auch bei der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte, die 1982 bei *nur noch geringfügig gestiegenen* Einkommen von 129,1 auf 128,3 Milliarden Mark zurückging, mit gerade einer halben Milliarde das Schlußlicht. Auf Platz eins in der Sparergunst rangierten Spareinlagen mit 36,2 (Vorjahr: minus 2,6) Milliarden, auf Platz zwei Anlagen bei Versicherungen mit 31,8 Milliarden. In festverzinslichen Wertpapieren, 1981 mit 48,8 Milliarden noch der große Hit, wurden nur gut 19 Milliarden Mark angelegt.

Die gesamten Geldvermögen der *privaten Haushalte gibt die Bundesbank* per Ende 1982 mit rund 1760 Milliarden Mark an, wobei Wertpapiere zu Tageskursen bewertet wurden. Nach Abzug der um neun auf 157 Milliarden Mark im letzten Jahr mit der Zinsverbilligung wieder etwas stärker gestiegenen Konsumkredite verfügten die Privathaushalte über 1600 Milliarden Mark Nettovermögen, was gut dem Anderthalbfachen ihrer 1982 erzielten verfügbaren Einkommen entsprach.

Die privaten Geldvermögen sind inzwischen zu einer zusätzlichen Einkommensquelle geworden, die erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Sie warfen im letzten Jahr nach Berechnung der Bundesbank knapp 90 Milliarden Mark Erträge ab, 9,5 Milliarden mehr als im Jahr zuvor. Und diese Geldvermögenserträge erreichen schon rund 8½ Prozent der verfügbaren privaten Haushaltseinkommen. Die privaten Geldvermögen haben allerdings einen Schönheitsfehler: Sie bestehen zu einem erheblichen Teil aus direkten oder indirekten Ansprüchen an den Staat. Eine stärkere „Reprivatisierung" der Verwendung der Mittel zur Stärkung unternehmerischer Investitionen, so die Bundesbank, wäre nur bei Verringerung der Staatsdefizite möglich.

APOTHEKER

Der Existenzdruck wird von mehreren Seiten stärker

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Im Lager der Apotheker gärt es. Stagnierender Umsatz gepaart mit sinkender Rendite, Schwierigkeiten mit den Reimporten und Druck der gesetzlichen Krankenversicherungen, die auf eine weitere Kostensenkung drängen, summieren sich nach Ansicht der Apotheker*organisation zu einem Angriff auf* die Existenz der Apotheker und die Rahmenbedingungen ihrer Berufsausübung.

Für das vergangene Jahr weisen die 16 438 (plus 1,7 Prozent) deutschen öffentlichen Apotheken ein Umsatzplus von drei Prozent auf 19,2 Milliarden Mark aus, das ist bei einer Preissteigerung für Erzeugnisse aus Apotheken um 2,6 Prozent real ein stagnierender Umsatz, in den sich aber wieder mehr Apotheken als im Vorjahr teilen müssen. Inzwischen kommt auf unter 4000 Einwohner eine Apotheke. Daß sich bei dieser Entwicklung die durchschnittliche Rendite weiter verringert hat, liegt auf der Hand. Nach strenger betriebswirtschaftlicher Berechnungsweise schreiben nach Ansicht der berufsständischen Spitzenorganisation Apotheken mit einem Jahresumsatz unter einer Million Mark (das sind 50 Prozent aller Apotheken) rote Zahlen.

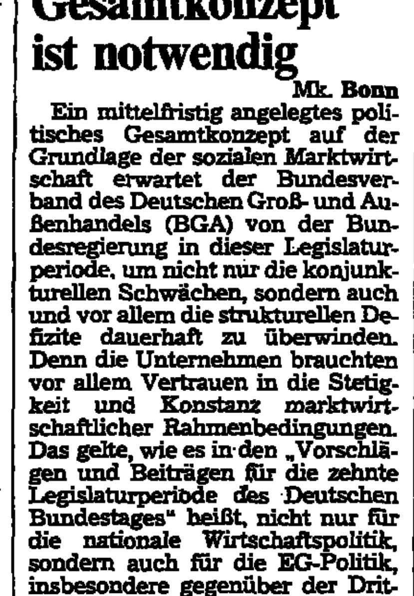
Die zurückhaltende Verschreibungspraxis der Kassenärzte (sie verordneten im vergangenen Jahr je Versicherten 6,3 Prozent weniger Arzneimittel) und die Herausnahme einiger Medikamente aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen („Negativliste") läßt die Apotheker Böses für ihren Umsatz ahnen: Angesichts des stagnierenden Pharmaabsatzes im Inland werde die Pharmaindustrie versuchen, an den Apotheken vorbei „Umsatz zu machen".

Ein immer größerer Teil von Gesundheitsmitteln wandere aus Apotheken ab in die Regale von *Kaufhäusern und Selbstbedienungsmärkten*; eine Entwicklung, die die Apotheken als Angriff auf ihre Existenz sehen. Mit einem Teil der Pharmaindustrie auf Kriegsfuß stehen die Apotheker auch wegen der *Reimporte aus dem europäischen* Ausland, die durch unterschiedliche Preisgestaltung der Industrie (zum Teil allerdings durch administrative Maßnahmen in den jeweiligen Ländern erzwungen) *erst interessant werden.*

Die Chance, durch Reimport identischer Medikamente, wie ihn vor allem die Firma Eurimpharm in München betreibt, Geld zu sparen, läßt ihrerseits die gesetzlichen Krankenkassen Druck auf die Apotheken ausüben, diese Medikamente auch statt der deutschen Produkte abzugeben.

Der mit einstweiligen Verfügungen, Klagen und Widerklagen schwelende Streit aller Beteiligten untereinander ist lange noch nicht ausgestanden, grundsätzlich sind nach EG-Recht Reimporte nicht verboten. Auch die Apotheker wollen *sich nicht grundsätzlich der* Preissenkung qua Import entziehen, sehen jedoch die im Arzneimittelgesetz hochgehaltenen Grundsätze der Arzneimittelsicherheit gefährdet.

AUF EIN WORT



„Langfristige Unternehmensstrategien mit exakten Zielen für Umsatz, Wachstum und Ertrag sind in der bisherigen Weise nicht mehr möglich. Eine Folge wird sein, daß die Wachstumsschwäche unserer Wirtschaft bis etwa Ende der 80er Jahre anhalten wird. Wer das, was wir seit einigen Jahren erleben, für eine vorübergehende Krise hält, irrt mit großer Wahrscheinlichkeit."

Roland Dorschner, Vorstandsvorsitzender der Hutschenreuther AG, Selb.

FOTO: DIE WELT

GROSSHANDEL

Gesamtkonzept ist notwendig

Mk. Bonn

Ein mittelfristig angelegtes politisches Gesamtkonzept auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft erwartet der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) von der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode, um nicht nur die konjunkturellen Schwächen, sondern auch und vor allem die strukturellen Defizite dauerhaft zu überwinden. Denn die Unternehmen brauchten vor allem Vertrauen in die Stetigkeit und Konstanz *marktwirtschaftlicher* Rahmenbedingungen. Das gelte, wie es in den „Vorschlägen und Beiträgen für die zehnte Legislaturperiode des Deutschen Bundestages" heißt, nicht nur für die nationale Wirtschaftspolitik, sondern auch für die EG-Politik, insbesondere gegenüber der Dritten und Vierten Welt.

In einem stetigen Prozeß müßten die Haushalte konsolidiert und das Steuersystem leistungs- und investitionsfreundlicher gestaltet werden. „Der Staat nimmt nicht zu wenig ein, er gibt zu viel aus", meint der BGA. Die Besteuerung habe im Groß- und Außenhandel dazu geführt, daß die Eigenkapitalbildung von 23,4 Prozent 1965 auf 15,5 Prozent 1981 gesunken ist. In diesem Bereich sei eine Wende dringend notwendig. Dazu gehöre vor *allem eine praxisnahe* Abschreibungsmöglichkeit bei der Warenlagerbewertung.

FRANKREICH

Preisanstieg hat sich verstärkt

J. Sch. Paris

Die französische Inflation hat sich im April stärker als erwartet beschleunigt. Nach noch vorläufigen Angaben des statistischen Amtes (Insee) zog der amtliche Lebenshaltungskosten-Index um 1,4 Prozent an. Er übertraf damit seinen Vorjahresstand um 9,2 Prozent. Im Vormonat waren die Konsumentenpreise um 0,9 bzw. neun Prozent gestiegen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres erreichte damit der Preisauftrieb 3,9 Prozent, was einer tendenziellen *Inflationsrate* von 11,7 Prozent entsprach, im Vergleich zu nur 1,2 Prozent in der Bundesrepublik. Das Inflationsgefälle zwischen den beiden Ländern hat sich damit wieder beträchtlich vergrößert.

Wirtschaftsminister Delors macht für den schlechten April-Index ausschließlich die zur Sanierung der Staatsfinanzen beschlossene Erhöhung der Strom-, Gas-, Eisenbahn- und Telefontarife (um acht Prozent) und die neue Alkoholsteuer verantwortlich. Dadurch allein sei der Index mit 0,5 Punkten belastet worden. Das Regierungsziel, die Inflationsrate in diesem Jahr auf acht Prozent zu begrenzen, ist nach Delors nicht gefährdet.

Beim Insee ist man weniger optimistisch. Dort erwartet man jetzt für das 1. Halbjahr einen Preisanstieg von 5,2 Prozent. Allgemein wird befürchtet, daß es nach den Sommerferien zu Lohnnachforderungen der Gewerkschaften kommt.

KONJUNKTUR

DIW: Derzeitige Erholung nur leicht, aber dauerhaft

PETER WEERTZ, **Berlin**

Mit einer leichten, aber dauerhaften Belebung der Konjunktur rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in den nächsten Monaten. „Die augenblickliche Konjunkturerholung ist kein Strohfeuer", meinen die Berliner *Konjunkturforscher.* Dabei stützt sich das Institut vor allem auf die Auftragseingänge in der Industrie. Weitere Impulse für den konjunkturellen Aufschwung sieht das Berliner Institut in der Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen, der Exporte und in der besseren Auftragslage im Wohnungsbau.

Weniger günstig wird freilich die Entwicklung des privaten Verbrauchs beurteilt: „Angesichts weiter steigender Arbeitslosenzahlen und nur geringer Tariflohnerhöhungen wäre Stagnation hier schon als Erfolg zu werten." Aufgrund der weltweiten *Investitionsschwäche* erwartet das Institut bei den Exporten vorerst noch keine nachhaltige Belebung.

Der Rückgang des realen Bruttosozialprodukts sei schon im letzten Vierteljahr des Vorjahres zum Stillstand gekommen. Dieser positive Trend habe sich zu Jahresbeginn fortgesetzt. Dabei ist im ersten Quartal dieses Jahres das saison- und arbeitstäglich bereinigte reale Bruttosozialprodukt um 0,5 Prozent gewachsen; damit wurde das Vorjahresniveau nur noch gering unterschritten. Für das zweite Vierteljahr dieses Jahres hält das Berliner Institut eine Zunahme um 0,5 bis ein Prozent für möglich.

UNCTAD / Bundesregierung bereitet Verhandlungsleitlinien vor

Konflikte mit den USA erwartet

HEINZ HECK, BONN

Bei der 6. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad VI), die vom 6. bis 30. Juni in Belgrad stattfindet, könnte es wieder zu Konflikten zwischen der Eu*ropäischen Gemeinschaft und den* USA sowie innerhalb einzelner EG-Mitglieder kommen. Damit rechnet zumindest die Bundesregierung, die jetzt die Verhandlungsleitlinien für die deutsche Delegation *in Belgrad* erörtert hat.

Grund für die Erwartung interner Konflikte innerhalb wichtiger Industrieländer hat der bisherige Verlauf der Koordinierungssitzungen der westlichen Länder geliefert. Während die deutsche Delegation sich aufgeschlossen zu Forderungen der Dritten Welt nach Öffnung der Märkte und Eindämmung des Protektionismus zeigt, nehmen die USA hier eine sehr restriktive Haltung ein. Frankreich und die EG-Kommission zeigen hingegen Bereitschaft, der Dritten Welt in alten Streitfragen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern noch weiter entgegenzukommen. Dies gilt zum Beispiel für die *Kompetenz bestimmter Sonderorganisationen* wie Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und Gatt. Der deutschen Delegation fällt dabei im Rahmen der EG-Präsidentschaft, die turnusmäßig *am 30. Juni endet, eine schwierige* Rolle zu.

Die Bonner Verhandlungslinien halten mit Nachdruck daran fest, die Integrität und Kompetenz des IWF als einer *unabhängigen* Sonderorganisation zu wahren. Währungspolitische Aussagen in Unctad-Resolutionen dürfen folglich keinen präjudizierenden Charakter haben. Ähnliches gilt für die Weltbank. Auch deren Autonomie und Funktionsfähigkeit sollen gestärkt und nicht durch mit Mehrheitsentscheid zustande gekommene Unctad-Resolutionen (ein Land – eine Stimme) beeinträchtigt werden.

Von Festlegungen über das Aus*maß* der öffentlichen Entwicklungshilfe will Bonn endgültig nichts mehr wissen. Solche Zusagen hatten seit der ersten Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt 1969 *immer wieder Stoff für innen- und* außenpolitische Auseinandersetzungen geliefert. Ungeachtet dessen will Bonn Bereitschaft bekunden, die öffentliche Hilfe zu steigern. Ähnliches gilt für Umschuldungsfragen. Je nach *Lage* des Einzelfalles soll über eine deutsche Teilnahme an Umschuldungsregelungen entschieden, generelle Maßnahmen sowie die Schaffung neuer Einrichtungen hierfür allerdings abgelehnt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Rabobank will Adca-Bank demnächst übernehmen

Hannover (dos) – Die Rabobank Nederland, mit einem Bilanzvolumen von 110 Milliarden Gulden und über 3000 Geschäftsstellen eine der größten Banken Hollands, dürfte in absehbarer Zeit die Adca-Bank, Frankfurt, übernehmen. Die Norddeutsche Landesbank, die erst kürz*lich den Erwerb der Adca-Anteile* von der Bank of Montreal und von Wells Fargo bekanntgab und inzwischen rund 90 Prozent des Adca-Kapitals hält, bestätigte entsprechende Verhandlungen mit der Rabobank. Vor der Übernahme, so heißt es in der Mitteilung, sollen die 22 norddeutschen Adca-Geschäftsstellen in Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst und Oldenburg an die Vereins- und Westbank AG, Hamburg, veräußert werden. Rabobank wolle mit dem Adca-Erwerb „einen weiteren Schritt im Ausbau ihres Auslandsgeschäfts vollziehen".

Hohe Bilanzkorrekturen

Frankfurt (cd.) – Rund zehn Milliarden Mark haben die Kreditinstitute im Dezember 1982 und im ersten Quartal dieses Jahres als Abschreibungen und Wertberichtigungen von Forderungen abgesetzt, schätzt die Bundesbank. Das ist etwa doppelt soviel wie vor einem Jahr. Davon dürften etwa vier Fünftel Bilanzkorrekturen bei Inlandskrediten und ein Fünftel Auslandskredite betreffen. Die Bundesbank weist darauf hin, daß die Kreditexpansion der Banken in diesem Jahr bisher wesentlich stärker war, wenn man die konsolidierten Bankbilanzen um den Zehnmilliardenbeitrag bereinigt.

Preussag: 8 Mark Dividende

Hannover (dos) – Eine unveränderte Dividende von acht Mark je 50-Mark-Aktie wird die Verwaltung der Preussag AG, Hannover, der Hauptversammlung am 6. Juli vorschlagen. Der vom Aufsichtsrat verabschiedete Jahresabschluß weist einen Bilanzgewinn von 56 (50,4) Millionen Mark aus, der die Bedienung des auf 350 (315) Millionen Mark erhöhten Grundkapitals zuläßt.

IWF-Auflagen nicht erfüllt

Washington (Sbt.) – Österreichs größtes Geldinstitut, die Creditanstalt-Bankverein, hat bei der Wiederauffüllung der kurzfristigen Bankdepositen in den Filialen bra*silianischer Auslandsbanken die* Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nur zur Hälfte erfüllt. Das hat der Vorstandsvorsitzende und frühere österreichische Finanzminister Hannes Androsch in Washington bestätigt. Er begründete die Entscheidung damit, daß der IWF die ökonomischen Zielgrößen unrealistisch hoch angesetzt habe. Da sich auch andere Banken so verhalten haben, fehlen Brasilien jetzt *rund* 1,5 Milliarden Dollar. Laut Androsch müssen im Falle Brasiliens auch die Kredite mit längerfristigen Laufzeiten angepackt werden, weil sonst „eine Krise nach der anderen" drohe.

Renault-Anleihe

Frankfurt (VWD) – Die 150-Millionen-Mark-Anleihe der Renault Acceptance B. V. hat einen Kupon von acht *Prozent* und wird zu pari begeben, bestätigt die Deutsche Bank AG als Konsortialführerin. Das Emissionskonsortium wird mitgeführt von Banque Nationale de Paris, Bayerische Vereinsbank AG, Commerzbank *AG*, Crédit Lyonnais, Crédit Suisse First Boston Ltd, Dresdner Bank AG, Société Générale, Société Générale de Banque S. A. und Union Bank of Switzerland (Securities) Ltd. Die von der Régie Nationale des Usines Renault unbedingt und unwiderruflich garantierten Teilschuldverschreibungen werden am 1. Juni 1990 in einem Betrag zum Nennwert zurückgezahlt. Es ist beabsichtigt, die Anleihe an der Frankfurter Wertpapierbörse einzuführen.

Importerleichterungen

Tokio (dpa/VWD) – Das japanische Parlament hat am Mittwoch das Gesetzespaket der Regierung zur Reform des Importsystems verabschiedet. Mit diesen Gesetzen soll ausländischen Firmen der Zugang zum japanischen Markt erleichtert und die Benachteiligung von ausländischen Herstellern gegenüber japanischen Firmen bei Produktnormen und Zulassungsverfahren aufgehoben werden. Die ausländischen Anbieter von Autos, elektrischen Geräten, Pharmazeutika und anderen Produkten werden bei den Prüfverfahren und Normenvorschriften mit den japanischen Unternehmen gleichgestellt. Die Vorschrift, wonach ausländische Firmen die Zulassung ihrer Waren nur über japanische Importeure beantragen können, entfällt.

Wochenausweis

	15. 5.	7. 5.	15. 4.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	70,4	70,2	76,2
Kredite an Banken	60,6	60,4	54,0
Wertpapiere	6,1	6,1	6,0
Bargeldumlauf	98,7	99,2	97,2
Einl. v. Banken	45,8	43,7	43,1
Einl. v. öffentl. Haushalten	1,1	0,6	3,6

FRANKREICH / Kritik des Notenbankchefs

Stabilitätspolitik gefordert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Was Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem deutsch-französischen Gipfel in Paris François Mitterrand nicht ausdrücklich nahelegen wollte, hat jetzt der Gouverneur der Banque de France, Renauld de la Genière, offen gefordert. In seinem Begleitschreiben zum Notenbankbericht für 1982 an den Präsidenten der Republik hält er eine „Akzentuierung der eingeleiteten Stabilisierungsaktion" für notwendig. Gefordert wird insbesondere die Begrenzung des Geldmengenwachstums auf zehn Prozent in diesem Jahr. 1982 hatte es zwölf Prozent betragen. Daß damit das Geldmengenziel der Regierung eingehalten wurde, lag nach Auffassung des Gouverneurs vor allem an den hohen Devisenverlusten, die Frankreich infolge seines Leistungsbilanzdefizits und der Franc-Stützung verbuchen mußte.

Um eine Reduktion der Geldmengenexpansion und damit auch der Inflation zu erreichen, bedarf es nach Ansicht des Gouverneurs einer weiteren Verminderung der öffentlichen Defizite sowie einer restriktiveren Kreditpolitik. Andererseits sollte den Marktkräften im Kreditbereich größerer Spielraum für Zinssenkungen eingeräumt werden. Voraussetzung dafür seien überzeugende Erfolge bei der Inflationsbekämpfung, der Franc-Stabilisierung und der Entwicklung zu einer stabilen Ersparnisbildung, heißt es in dem Schreiben des Notenbankgouverneurs.

In Pariser Finanzkreisen weist man aber darauf hin, daß der inzwischen voll verstaatlichte Kreditapparat keine genügend flexible Zinspolitik erlaubt. Außerdem hat man nicht den Eindruck, daß Frankreich an der Währungsfront von den USA und an der Außenhandelsfront von der Bundesrepublik Schützenhilfe erwarten kann. Die von Wirtschafts- und Finanzminister Delors zur Erholung der französischen Exporte in die Bundesrepublik – dem größten Auslandskunden – gewünschte expansivere deutsche Konjunkturpolitik hatte Bundeskanzler Kohl auf dem Gipfel ziemlich kühl abgelehnt.

Diesen Punkt hat der frühere Premierminister Raimond Barre aufgegriffen: Es nütze nichts, die Verantwortung für die französischen Schwierigkeiten dem Dollar-Kurs und den amerikanischen Zinsen zuzuschreiben. Die Zukunft Frankreichs hänge von der internen wirtschaftlichen und sozialen Stabilität, von der industriellen Kreativität und von einer starken Beteiligung am Welthandel ab.

Hypobank erwartet Ertragssteigerung

cd. München

Eine nochmalige Verbesserung des Ergebnisses nach Risikovorsorge hält der Vorstand der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, München, für möglich. Zu dieser Aussage, die jedoch kein Versprechen einer Erhöhung der Dividende (18 DM) beinhaltet, fühlte sich Vorstandssprecher Wilhelm Arendts auf der gestrigen Hauptversammlung durch die günstige Ertragsentwicklung in den ersten vier Monaten dieses Jahres bestärkt.

Der Zinsüberschuß ist bei einer im Bankgeschäft von 2,60 auf 3,17 Prozent gestiegenen Zinsspanne im Tertialdurchschnitt weiter gewachsen. Allerdings rechnet Arendts in der zweiten Jahreshälfte mit einem Rückgang der Zinsmarge. Gestiegen sind auch der Provisionsüberschuß und – besonders deutlich – der Eigenhandelsgewinn, während der Verwaltungsaufwand nur unterproportional zunimmt. Höher als 1982 werde, so Arendts, die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft ausfallen.

Industrieproduktion leicht gefallen

fu. London

Der Optimismus der konservativen britischen Regierung kurz vor den Parlamentswahlen am 9. Juni, der einsetzende Konjunktur-Aufschwung werde sich verstärken, hat zunächst einen nicht unempfindlichen Rückschlag erlitten. Jetzt veröffentlichten Statistiken zufolge ist die Industrieproduktion in Großbritannien im März gegenüber dem Vormonat leicht gefallen. Zwar zeigen die ersten drei Monate dieses Jahres immer noch einen Anstieg der Industrieproduktion, aber der Rückgang um 0,9 Prozent im März unterstreicht, wie schwach ausgeprägt sich die Konjunktur-Erholung vorerst erweist. Wenn auch dieser Rückgang zum großen Teil auf eine geringere Nordseeöl-Förderung zurückzuführen ist, gibt es doch einige Bereiche in der verarbeitenden Industrie, bei denen von einer Verbesserung noch keine Rede sein kann. Auch die Einzelhandels-Umsätze dämpfen den Optimismus ein wenig. Sie sind im April gegenüber März nur noch um 0,1 Prozent gestiegen.

KONZERNBILANZEN / Nach fünf Jahren Einigung auf einheitliche EG-Richtlinien

Das Ziel ist eine bessere Übersicht

WILHELM HADLER, Brüssel

Für einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zu einem einheitlichen europäischen Gesellschaftsrecht halten EG-Experten die Einigung der Finanzminister über die geplante Konzernbilanz-Richtlinie der Gemeinschaft. Der Text wird voraussichtlich in einer der nächsten Ratssitzungen formell verabschiedet werden können. Fast fünf Jahre waren nötig, um die mit der Harmonisierung verbundenen Schwierigkeiten auszuräumen.

Die „siebente Richtlinie", die jetzt in nationales Recht umgesetzt werden muß, schreibt für alle EG-Mitgliedsländer von 1990 an unter bestimmten Voraussetzungen die Erstellung konsolidierter, also zusammengefaßter Konzernabschlüsse vor. Aktionäre, Gläubiger und Arbeitnehmer sollen dadurch in die Lage versetzt werden, sich ein den „tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragsverhältnisse" des Konzerns zu machen.

Weder der Abschluß der Konzernmutter noch die Summe der in den Konzernabschluß einbezogenen Einzelabschlüsse ermöglichen eine klare Übersicht über die wirtschaftlichen Daten, da konzerninterne Geschäfte und Beziehungen zum Beispiel Lieferungen und Darlehen, das Bild verfälschen. Künftig muß der Konzernabschluß daher in allen Mitgliedsländern so aufgestellt werden, wie wenn es sich um ein einziges Unternehmen handeln würde.

Die neue Richtlinie stellt eine notwendige Ergänzung der bereits 1978 verabschiedeten „vierten Richtlinie" zur Harmonisierung des europäischen Gesellschaftsrechts dar. Für Konzernbilanzen bestehen gegenwärtig gesetzliche Regelungen nur in Großbritannien, der Bundesrepublik, Irland und Dänemark; sie gehen zum Teil erheblich auseinander.

Die EG-Richtlinie geht davon aus, daß eine Konsolidierungspflicht dann begründet ist, wenn eine Stimmrechtsmehrheit über ein Tochterunternehmen vorliegt, die Muttergesellschaft das Recht hat, mehrheitlich die Leitungsorgane eines Tochterunternehmens zu besetzen oder auf andere Weise ein beherrschender Einfluß gegeben ist. Wie die „vierte Richtlinie" richtet sich auch die neue an Kapitalgesellschaften. Muttergesellschaften, die ihre Haftung nicht beschränken, brauchen also keine konsolidierte Bilanz aufzustellen.

Berücksichtigt wird darüber hinaus auch die Konzerngröße: Erst von einer gewissen Schwelle an müssen die Mitgliedsstaaten den konsolidierten Abschluß vorschreiben. Kleinkonzerne mit weniger als 4 Millionen Ecu (8,96 Millionen Mark) Bilanzsumme, 8 Millionen Ecu (17,93 Millionen Mark) Umsatz und 250 Arbeitnehmern bleiben befreit, soweit jeweils zwei dieser Kriterien gegeben sind. Auf deutschen Wunsch hin können die Mitgliedsländer bis zum Jahre 2000 auch vorübergehend eine höhere Schwelle (10 Millionen Ecu Bilanzsumme, 20 Millionen Ecu Umsatz und 500 Arbeitskräfte) vorsehen.

Beschränkt worden ist auch die Möglichkeit, Teil-Konsolidierungsabschlüsse zu fordern. Besitzt das Mutterunternehmen sämtliche Anteile an der Tochter oder 90 Prozent und stimmen die übrigen Aktionäre zu, so hat der Abschluß der Mutter befreiende Wirkung für die Konzerntochter. Von dieser darf also, wenn sie ihrerseits Mutterunternehmen ist, kein Konzernabschluß verlangt werden.

Eine weitere Einschränkung wird dadurch geschaffen, daß die Mitgliedsländer die Wahl erhalten, reine Finanzbeteiligungs-Gesellschaften von der Verpflichtung freizustellen; dafür besteht künftig grundsätzlich eine Bekanntgabepflicht von Mehrheitsbeteiligung beim Einzelabschluß.

DER / Reisebüros spüren Rezession

Die Rendite wird magerer

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Auswirkungen der Rezession auf das Winter- und Frühjahrsgeschäft sind unverkennbar, berichtet das Deutsche Reisebüro (DER), Frankfurt, in seinem jüngsten „Reisebüro-Spiegel". Nach den für die Umsatzentwicklung in lizenzierten Fachreisebüros repräsentativen Zahlen blieb der Gesamtumsatz in den ersten vier Monaten dieses Jahres um durchschnittlich gut ein Prozent unter den Werten der entsprechenden Vorjahreszeit.

Am stärksten fielen dabei mit minus neun Prozent die Umsätze im Bahngeschäft, beim IATA-Fluggeschäft macht das Minus ein Prozent aus, während vermittelte Pauschalreisen mit 0,7 Prozent ein bescheidenes Plus erzielten. Gut liefen dagegen Hotel-Gutscheine (plus 19,4 Prozent).

Für das Reisejahr 1983 ist zwar noch einiges offen, diese Zahlen signalisieren jedoch, daß auch 1983 ein für die mittelständische Branche schwieriges Jahr werden wird, nachdem sich schon vier Jahre lang die Netto-Umsatzrendite der deutschen Fachreisebüros kontinuierlich nach unten bewegt hat.

Für das vergangene Jahr meldet das DER anhand des von seinem Rechenzentrum erstellten Betriebsvergleichs eine Netto-Umsatzrendite von 0,9 (1,15) Prozent. Das entspricht dem Wert von 1976 und ist weit von den knapp 1,5 Prozent des Spitzenjahres 1978 entfernt. Insgesamt erhöhte sich der Reisebüroumsatz im vergangenen Jahr noch um 2,7 Prozent, was real einem leichten Minus entspricht. (Zum Vergleich: 1979 stieg der Reisebüroumsatz um fast 13 Prozent, 1981 immer noch um gut sechs Prozent an.) Die Umsatzanteile in den wichtigsten Sparten haben sich dabei kaum verschoben (Linienflugbereich knapp 39 Prozent, Vermittlung von Pauschalreisen gut 35 Prozent und DB/DER Geschäft rund 19 Prozent). Im Schnitt kann in diesen Bereichen mit rund zehn Prozent Provision gerechnet werden.

Überproportional angestiegen im Vergleich zu den Gesamterlösen (plus 30 Prozent) sind in den Jahren 1978 bis 1982 die Gesamtkosten in den mittelständischen Reisebüros (plus 40 Prozent), wobei die Personalkosten in der beratungsintensiven Branche mit 62 Prozent Kostenanteil besonders stark zu Buche schlagen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt DER den Reisebüros, grundsätzlich den Ertrag vor den Umsatz zu stellen und das EDV-System START optimal zu nutzen, vor allem auch für die Büroorganisation.

KALI-CHEMIE / Bemühungen um eine Ertragsstärkung waren erfolgreich

Optimistisch für die nächsten Jahre

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die traditionell vorsichtige Beurteilung der Geschäftsaussichten durch den Vorstand der Kali-Chemie AG, Hannover, ist einer zuversichtlicheren Betrachtungsweise gewichen. Cyril van Lierde, Vorstandsvorsitzender des zur belgischen Solvay-Gruppe gehörenden Unternehmens, verweist zwar auf die Unwägbarkeiten in Form von Energiepreisen und DM-Kursentwicklung; dennoch gebe es „berechtigten Anlaß, mit Optimismus in die nächsten Jahre zu sehen". Dabei vertraue Kali-Chemie nicht so sehr auf ein insgesamt günstigeres Umfeld, sondern vielmehr auf die eigene Leistungsfähigkeit.

Die neue Art der Selbsteinschätzung hat ihre Ursache nicht nur in den guten Ergebnissen des Geschäftsjahres 1982, sondern mehr noch in der günstigen Entwicklung des laufenden Jahres. Im ersten Quartal erhöhte sich der AG-Umsatz – bereinigt um das vor Jahresfrist aufgegebene Düngemittelgeschäft – um 12 Prozent und der konsolidierte Gruppenumsatz um 5 Prozent. Weiter verbessert habe sich die Ertragslage.

Zufrieden äußert sich van Lierde zur Entwicklung im Geschäftsjahr 1982, obwohl der vergleichbare Gruppenumsatz um 0,6 Prozent auf 1,34 Mrd. DM zurückging. Für die AG wird ein leichtes Plus (500 nach 496 Mill. DM) ausgewiesen. Der Anteil der Sparte Chemikalien innerhalb der Gruppe liegt bei unverändert 62 Prozent, auf Pharmazeutika entfallen 32 (33) Prozent des Umsatzes und auf die noch jungen Arbeitsgebiete im Bio-Bereich 5(4) Prozent.

Die mit der Umstrukturierung einhergehende Ertragsverbesserung spiegelt sich in allen relevanten Zahlen wider. So erhöhte sich der Gewinn vor Steuern auf 57,8 (40,2) Mill. DM, der Gewinn pro Aktie auf 17,85 (15,88) DM und der Cash-flow auf 92,6 (85,9) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 27,25 (24) Mill. DM werden 8,5 (7) Mill. DM der freien Rücklage zugewiesen.

Der Bilanzgewinn von 18,75 (17) Mill. DM, so der Vorschlag an die Hauptversammlung am 1. Juni, soll zur Ausschüttung einer Dividende von 15 (20) Prozent verwandt werden. Der niedrigere Dividendensatz indes ist vor dem Hintergrund des aus Gesellschaftsmitteln um 40 Mill. DM auf 125 Mill. DM erhöhten Grundkapitals zu sehen, das bereits für 1982 voll bedient wird.

Kali-Chemie	1982	1981
Gruppenumsatz (Mill. DM)	1400	1489
dav. Chemikalien	809	814
Pharma	432	443
Mitarbeiter	6813	7670
AG-Umsatz	500	496
Mitarbeiter	2281	2747
Investitionen	35	40
Abschreibungen	28	33
Offene Rücklagen	67,8	59,3
Jahresüberschuß	27,3	24
Dividendensumme	18,8	17
Dividende (DM)*	7,5	10

* auf 40 Mill. DM erhöhtes Grundkapital

WILLIAMSBURG/Verschuldungskrise wichtiges Thema

„Problem nicht verharmlosen"

H.-A. SIEBERT, Washington

Auf einer „Vor-Williamsburg-Währungskonferenz" in Washington, an der auch US-Außenminister Shultz, die Professoren Haberler, Triffin, Niehans und Laffer sowie der ehemalige Bundesbank-Präsident Emminger teilnahmen, hat Henry Kissinger die westlichen Regierungen vor der Illusion gewarnt, die internationale Verschuldungskrise lasse sich durch von oben verordnete Austerity-Programme lösen. Vielmehr müsse das Schuldenproblem in den Entwicklungsländern in ein Wachstumsproblem transformiert werden. Durch Hinweise auf die Reinigungsfunktion des freien Marktes allein lasse sich die Finanzschwäche vieler Staaten nicht beheben.

„Aus der Sicht eines Politikers ist ein Ende der Krise im Finanzsystem trotz der heldenhaften Bemühungen des Internationalen Währungsfonds keineswegs in Sicht", fuhr Kissinger fort. In Williamsburg komme es darauf an, daß die Staats- und Regierungschefs die Krise nicht noch durch eine Verharmlosung der Gefahren verschärften. Man müsse die politischen Preise abwägen. Wenn alle Schuldnerländer gleichzeitig den Gürtel enger schnallten, drohe der Zusammenbruch des weltwirtschaftlichen Systems, und radikale Regierungen könnten an die Macht kommen. Wenn sie dann noch gemeinsam eine Streichung ihrer Schulden forderten, steckten die Industriestaaten erst richtig in der Klemme.

Einig war man sich in den Diskussionen, daß die Verschuldung der Dritten Welt zusammen mit der wirtschaftlichen Erholung das wichtigste Thema in Williamsburg sein muß. Eine Schlappe erlitten die Veranstalter, die die Konferenz einberufen hatten, um für die Rückkehr zu fixen Wechselkursen – ein zweites Bretton Woods – zu werben. Shultz, Emminger, Haberler und Triffin wiesen die Idee mit dem Hinweis zurück, daß eine Stabilisierung der Paritäten nur durch eine größere Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitiken zu erreichen sei.

KAUFHOF / Positiver Trend in Umsatz und Ertrag hält auch 1983 an

Reicher Lohn aus Kosten-Trimm-Kur

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Die Etablierten sammeln Kostenspeck an, so resümiert Finanzchef Jens Odewald in Vertretung des noch von seinem Reitunfall geplagten Vorstandsvorsitzenden Friedrich Roesch den ständigen „Wandel im Handel" aus der Sicht der Kölner Kaufhof AG. Doch das begünstige nicht nur den preisaggressiven Vormarsch neuer Betriebsformen. Es sei auch, wenn „als abtrimmbar erkannt" eine beträchtliche Chance zur Ertragsverbesserung für die Etablierten.

Eindrucksvoll und vom Durchschnitt seiner Branche abweichend demonstriert der zweitgrößte deutsche Warenhauskonzern seinen 30 000 Aktionären für 1982 den Erfolg solcher Kosten-Trimmkur mit der Dividendenerhöhung auf 6,50 (6) DM (Hauptversammlung am 29. Juni). Eine „eher maßvolle" Erhöhung, meint Odewald, weil dem Anstieg der Dividende um 8,3 Prozent immerhin eine Verbesserung im DVFA-Nettoergebnis je Aktie um 25,3 Prozent zur Seite stehe.

Doch nicht nur deshalb beteuert der Finanzchef schon mit Blick auf 1983: „Wir haben diese Erhöhung nicht gemacht, um sie gleich wieder zurückzunehmen." Bei aller Prognose-Abstinenz des Vorstands wird doch eingeräumt, daß sich Geschäft und Ertrag zumal im Warenhausbereich 1983 bislang besser entwickeln als vor Jahresfrist. Bei einem im ersten Tertial um 0,8 Prozent auf 2,67 Mrd. DM gestiegenen Konzernumsatz schafften die von der AG geführten 86 Kaufhöfe, die 1982 im Umsatz um 2,1 Prozent auf 5,63 Mrd. DM zurückfielen, nun ein Umsatzplus von 3,5 Prozent.

Diesseits solcher Zukunftsmusik ist die 1982 erzielte Ertragsverbesserung, die bei der AG noch 6,1 (10) Mill. DM für die offene Rücklagenstärkung auf 588 Mill. DM übrigließ, vor allem der Rationalisierungs-Roßkur im Personalbereich zuzuschreiben. Die geht, wiederum mit Schwergewicht an den „verkaufsfernen Arbeitsplätzen", 1983 mit voraussichtlich nochmals 2000 weniger „Vollbeschäftigten" ihrem Ende entgegen. Der große sonstige Rationalisierungsschatz, insbesondere die jeweils „betriebswirtschaftlich optimale" Nutzung des großen Immobilienbesitzes, wird nun zwar forciert, aber doch erst über etliche Jahre hinweg gehoben.

Kam denn nicht doch der im extrem schlechten Einzelhandelsjahr 1982 so ansehnliche Ertragsfortschritt auch aus der Bündelung von (preisdrückender) Einkaufsmacht mit dem Metro-Großaktionär? Der Vorstand bietet als Antwort auf diese in der Branche (und beim Kartellamt) brisante Frage erwartungsgemäß nur Nebulöses.

Bis hin zu dem schon viel zitierten „Hering" habe man nichts gemeinsam eingekauft, nur für Fernost-Importe sich des gleichen Agenten (Gemex/Hongkong) bedient. Knapp unter 25 Prozent liege der Metro-Anteil an 330 Mill. DM Kaufhof-Aktienkapital, dazu „vermutlich" zwischen 20 und weniger als 25 Prozent der Anteil der Schweizerischen Bankgesellschaft. Immerhin soll nun neben Metro-Chef Erwin Conradi (Aufsichtsrats-Vorsitzender) mit Jörn-Dieter Röschmann (für Prof. Kurt Hansen/Bayer) der zweite Metro-Mann in den Aufsichtsrat einziehen.

Das neue Gefühl von Morgenluft im Warenhausgeschäft ändert nichts an der Kaufhof-Investitionsstrategie. Die 1982 mit 1,01 Mill. qm konstant gebliebene Konzern-Verkaufsfläche soll auch 1983 nicht wachsen. Wohin mit dem hohen Cash-flow-Überschuß? Man denke intensiv über neue Strategien in neue Vertriebslinien nach, werde aber frühestens in einem Jahr Konkretes sagen. Reinen Segen hat die bisherige Diversifikationspolitik ohnehin nicht gebracht.

Zwar glänzte zumal die 1980 für circa 150 Mill. DM erworbene 76-Prozent-Beteiligung am Pforzheimer Großversandhaus Wenz weiterhin mit einer Bruttorendite (vor Steuern) von etwa 8 Prozent des 1982 um 1,5 Prozent auf 483 Mill. DM gesunkenen Umsatzes. Aber gut ein Drittel des Umsatzes von 14 Mill. DM mußte der Konzern auch im zweiten „Anlaufjahr" aus seiner 60-Prozent-Beteiligung an der mit belgischem Partner gegründeten Schnellimbißkette „Sam's Quick" aufs Verlustkonto buchen. Mit „Konsolidierungsphase" wird da nun ein Nachdenk-Prozeß schamhaft umschrieben, ob dieses Abenteuer auf offenbar gesättigtem Markt fortgesetzt werden soll.

Kaufhof-Konzern	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)	8 458	– 0,5
in DM/m² ¹)	7 405	– 2,4
in DM/Kopf ¹)	185 805	+ 9,3
Beschäftigte ²)	48 127	– 8,6
Personalaufwand	1 707	– 2,0
Gesamtinvestitionen	92	–38,7
Netto-Cash flow	200	+ 7,3
Nettoergebnis ³)	96	+20,3
Jahresüberschuß	54	– 7,4
Ausschüttung ⁴)	54	+ 4,5

¹) Im stationären Einzelhandel. ²) Umgerechnet auf volle Arbeitszeit. ³) Vorstandsangabe nach DVFA 12,97 (10,35) DM je Aktie plus 10,8 (11,8) Mill. DM für Konzernfremde. ⁴) Davon 10,8 (11,8) Mill. DM für Konzernfremde.

BUDERUS

Wieder Gewinn abgeführt

JOACHIM WEBER, Wetzlar

Die Buderus AG, Wetzlar, erhofft sich für das zweite Halbjahr eine Zunahme der Investitionstätigkeit. Auch im Baubereich sieht der Hersteller von Heizungsanlagen, Gußteilen (vom Rohr bis zum Autoteil) und professionellen Kochgeräten bereits „Anzeichen für eine Überwindung des Tiefstandes". Der milde Winter könne bereits die Voraussetzungen für eine Wende des Bau- und Ausbaubedarfs geschaffen haben, heißt es in einem Vorstandsbericht.

Angesichts der Probleme in den wichtigsten Abnehmerbranchen hat Buderus jedoch im vergangenen Jahr nicht schlecht abgeschnitten. Zwar ging der Umsatz um 1 Prozent auf 1,457 (1,471) Mrd. DM zurück. Ohne das 1982 eingestellte Roheisengeschäft ergibt sich sogar ein leichtes Umsatzplus. Geschrumpft ist indessen das Auslandsgeschäft, dessen Umsatzanteil auf 15,6 (16,6) Prozent zurückging.

Entgegen der Tendenz am Bau konnte der Bereich Heizung, Lüftung, Klima seinen Umsatz noch leicht steigern. Bei Bauerzeugnissen und Kundenguß wurde das Vorjahresniveau gehalten, und in der Küchentechnik – insbesondere in der Flugzeugausstattung – kam es zu Rückgängen.

Trotz der Stagnation ist der Flick-Tochter 1982 offenbar eine Verbesserung des Ertrags gelungen. Die Düsseldorfer Muttergesellschaft erhält für das vergangene Jahr eine Gewinnabführung von 6,9 Mill. DM. Für 1981 hatte sie noch einen Verlust von knapp 26 Mill. DM übernehmen müssen, der allerdings überwiegend bei der Buderus angegliederten Krauss-Maffei AG entstanden war.

Auch die Investitionen haben nicht unter der Geschäftslage gelitten. Mit 51,6 (50,9) Mill. DM bei 55,8 (52,6) Mill. DM Abschreibungen hielten sie sich etwa auf Vorjahreshöhe. Die Zahl der Mitarbeiter hingegen ging auch 1982 weiter um gut 6 Prozent auf 10 970 (11 710) zurück.

BOEHRINGER INGELHEIM / Ertragsrückgang

Zuwachs im Ausland geplant

JOACHIM WEBER, Ingelheim

Die Pharma-Gruppe der C. H. Boehringer Sohn, Ingelheim, erwartet in diesem Jahr nur im Auslandsgeschäft nennenswerte Zuwachsraten. Auf dem Inlandsmarkt hat man sich auf stagnierende Umsätze eingestellt. Aber auch das Auslandswachstum werde bei einer Festigung der D-Mark nach der Umrechnung recht mager ausfallen, bei einer Abschwächung von Dollar und Yen sogar in einen Rückgang umschlagen, meint Finanzchef Folkert Bellstedt.

Vorläufig erwartet der Familienkonzern im „Firmenverband" – das sind die deutschen Gesellschaften sowie die Töchter im übrigen Europa, in Afrika, Asien und Australien (bis hierhin „Gruppe" genannt) zuzüglich der in der Publizität äußerst sparsam behandelten kanadischen Pharma Investment Gruppe, die für Nord-, Mittel- und Südamerika sowie Spanien und Portugal – ein Umsatzplus von 4 Prozent. 1982 war der Weltumsatz im Verband nur um 2 Prozent auf 3,52 (3,44) Mrd. DM gestiegen, von denen drei Viertel aufs Ausland entfielen.

Die Gruppe hatte noch schlechter abgeschnitten. Bei verstärktem Inlands- und schwächerem Auslandsgeschäft hatte sie ihren Umsatz nur um 1 Prozent auf 2,32 (2,29) Mrd. DM gesteigert. Hier steht in diesem Jahr ein Zuwachs von 3 Prozent auf dem Plan, der wieder stärker aus dem Ausland (Anteil 1982: 62 nach 63 Prozent) kommen soll.

Beim Ertrag hat sich Bellstedt auf einen weiteren Rückgang eingestellt, der aber nicht wieder das Ausmaß von 1982 erreichen soll. Zwar wird das Gruppenergebnis nach Steuern für das vergangene Jahr mit 58 (60) Mill. DM nur um 4 Prozent niedriger ausgewiesen als im Vorjahr, doch dabei spielen Maßnahmen im außerordentlichen Bereich, in erster Linie Pensionsrückstellungen, eine Rolle, die 1982 weggefallen sind.

Das reine Betriebsergebnis schrumpfte im Gefolge von Währungsverschiebungen, Kostensteigerungen und höheren Abschreibungen um rund 25 Prozent. Die Familien-Gesellschafter kann das eine wie das andere nur indirekt schmerzen: Ausschüttungen gibt es bei Boehringer traditionell nicht.

Die Erholung in diesem Jahr wird erleichtert durch den Wegfall des Stillhalte-Abkommens bei den Arzneimittelpreisen. 1982 hatte Boehringer die Preise für erstattungspflichtige Medikamente gar nicht, die für nicht erstattungspflichtige um 1,3 Prozent erhöht. Sorgen bereiten jetzt die zunehmenden „Parallelimporte" deutscher Pharmaka aus Ländern mit staatlich geregelten Medizin-Märkten. Geschäftsleitungs-Chef Hubertus Liebrecht fürchtet vor allem Auswirkungen auf die Forschungsfähigkeit der deutschen Unternehmen.

Die 15 400-Mitarbeiter-Gruppe wendete 1982 für Forschung und Entwicklung mit 368 Mill. DM 12 Prozent mehr als im Vorjahr auf, der Betrag soll weiter steigen. Allein auf den Pharma-Bereich – 64 Prozent vom Gruppenumsatz, den Rest bringen chemische Industrie- und Verbraucherprodukte – entfallen davon 344 Mill. DM, 19,2 Prozent der Pharma-Umsätze.

Auf dem Gebiet der Interferon-Forschung wollen die Ingelheimer trotz 20jähriger Erfahrung nicht mehr allein weiterarbeiten: Mit dem US-Interferon-Spitzenreiter Genentech wurde jetzt ein Kooperationsabkommen abgeschlossen, das Boehringer die Vertriebsrechte für das amerikanische Gamma-Interferon weltweit, außer für Nordamerika und Japan, sichert.

Auch bei den Investitionen, die 1983 mit 170 (168) Mill. DM wieder die Vorjahreshöhe erreichen soll, steht der Ausbau der Forschungseinrichtungen ganz obenan. Nicht ohne Grund: Die seit 1980 eingeführten Präparate haben mit 180 Mill. DM rund ein Drittel des Wachstums der vergangenen zwei Jahre getragen.

BAYERISCHE LANDESBANK / „Wir sind auf dem richtigen Kurs"

Alte Ertragskraft zurückgewonnen

CLAUS DERTINGER, München

Zuversicht strahlt der Vorstand der Bayerischen Landesbank, München, aus. „Wir sind", so Präsident Ludwig Huber, „auf dem richtigen Kurs. Sofern nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, rechnen wir mit einer weiteren Stärkung der Ertragskraft und einem Ergebnis, das den Vergleich mit den 82er-Zahlen nicht zu scheuen braucht." Die Ertragsentwicklung im ersten Quartal dieses Jahres untermauert den Optimismus in der Vorstandsetage der Bank, die 1982 ihre traditionell gute Ertragskraft wieder zurückgewonnen hat.

Das Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen) übertraf im ersten Quartal mit rund 130 Mill. DM den Quartalsdurchschnitt des Vorjahres um ein Viertel. Und als „deutlich besser" qualifiziert der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Fritz Grasmaier das Eigenhandelsergebnis. Der Ertragsanstieg ist bisher ausschließlich der weiteren Verbesserung der Zinsmarge auf knapp unter ein Prozent zu verdanken, die sich 1982 wieder von knapp 0,7 auf fast 0,9 Prozent normalisiert hatte. Das Neugeschäft ist noch recht schleppend. Das Kreditvolumen (einschließlich Bausparkasse) bildete sich saisonbedingt um 1,4 Prozent auf 65,2 Mrd. DM zurück, die Bilanzsumme sank um 2,2 Prozent auf knapp 94 Mrd. DM. Die um 3,4 auf 38,3 Mrd. DM abgeschmolzenen Fremdgelder wurden durch eine Aufstokkung der eigenen Schuldverschreibungen um 1,8 auf 40 Mrd. DM zum Teil ersetzt.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1982 nimmt sich nach Vorlage des Geschäftsberichts noch um einiges besser aus als damals angekündigt. Das Teilbetriebsergebnis hat sich um 42,9 Prozent (nach einem 81er Minus von 13,5 Prozent) auf 416 Mill. DM verbessert, von dem 110 (Vj: 122) Mill. DM von der Bausparkasse kamen. Weitere rund 80 Mill. DM hat der gegenüber dem Vorjahr verdoppelte Eigenhandelsgewinn – besonders aus dem Effektengeschäft – eingespielt. Ferner fiel ein zweistelliger Millionenbetrag als außerordentlicher Gewinn an, weil nach einer Betriebsprüfung Rückstellungen aufgelöst werden mußten.

Bei diesem einiges über einer halben Milliarde liegenden Gesamtergebnis hatte die Bayernbank keine Mühe, ihren Aufwand für Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen auf gut 250 Mill. DM zu versechsfachen, wovon drei Viertel Inlands- und ein Viertel Auslandsengagements betrafen; damit, so Huber, sei keinesfalls zuviel getan worden. Nach Berücksichtigung der sonstigen Aufwendungen und Erträge blieb freilich nur noch ein Gewinn vor Steuern von 212 (192) Mill. DM übrig, von dem der Fiskus 80 (78) Mill. DM kassierte. Aus dem Jahresüberschuß von 133 (114) Mill. DM wurden die offenen Rücklagen mit 80 (65) Mill. DM bedacht, und 52,5 Mill. DM gingen als wieder siebenprozentige Dividende an die Eigner der Bank, die das Grundkapital zu Beginn dieses Jahres um 50 Mill. DM, wie üblich zu pari, erhöht haben.

Die Verbesserung des Teilbetriebsergebnisses ist vor allem dem 43prozentigen Anstieg des Zinsüberschusses auf bisher nie erreichte 733 Mill. DM zu verdanken, der mit der Normalisierung der Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt möglich wurde. Allein bei der Bank, also ohne LBS, kletterte der Zinsüberschuß um rund 58 Prozent auf 485 Mill. DM, und für das Teilbetriebsergebnis der Bank allein ergibt sich eine Steigerung um rund 80 Prozent auf 305 Mill. DM.

Das Kreditgeschäft konzentrierte sich 1982 auf langfristige Ausleihungen, die allein 2,3 Mill. DM zur Ausweitung des Kreditvolumens um 2,8 auf 66,1 Mrd. DM beisteuerten. Im Ausland war die Bank (ohne Luxemburger Tochter) mit 7 (5,7) Mrd. DM engagiert; bei aller gebotenen Vorsicht im internationalen Kreditgeschäft, so Huber, dürfe es hier für Banken keine „Null-Option" geben.

Gewinnsteigerung bei Hoffmann-La Roche

VWD, Basel

Einen Konzerngewinn von 218 (253) Mill. sfr weist die Hoffmann-La Roche-Gruppe für das Jahr 1982 aus. Der Konzernumsatz stellte sich auf 7100 (6775) Mrd. sfr. Die Dividende für 1982 bleibt bei unverändert 1125 sfr je Aktie. Verwaltungsrats-Präsident F. Gerber bezeichnete das Ergebnis 1982 zwar als befriedigend, die auf plus 14 Prozent verbesserte Umsatzrendite jedoch als noch immer zu niedrig. Man erwarte für das laufende Jahr eine weitere Verbesserung der Ertragskraft. Das Ergebnis im Pflanzenschutzbereich sei hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

In den einzelnen Bereichen kam es 1982 zu folgenden Umsatzsteigerungen: Pharma 8,5, Pflanzenschutz 3,0, Vitamine und Chemikalien 16, Aroma- sowie Riechstoffe 4,0 und Instrumente 23,5 Prozent.

Für das Stammhaus wird bei einem Umsatz von 441 sfr ein Gewinn von 67 Mill. sfr ausgewiesen.

Mönninghoff vor Vergleich bewahrt

VWD, Hattingen

Die vier bei der Mönninghoff GmbH mit 35 Mill. DM engagierten Banken haben sich über die Zukunft des Unternehmens geeinigt. Die WestLB und die Bank für Gemeinwirtschaft übernehmen die Funktion einer Hausbank. Zusammen mit der Stadtsparkasse Bochum und der Dresdner Bank soll ein Sanierungskonzept erarbeitet werden.

Die Mönninghoff GmbH, die durch die Zahlungsschwierigkeiten der Mineralöl-Gruppe Bomin, zu der sie gehört, auch von einem Vergleichsverfahren bedroht war, wird nun ein Umstrukturierungskonzept verwirklichen, das von den 1000 Arbeitsplätzen rund 750 sichert. Die Betriebsstätten werden dazu in Hattingen konzentriert. Das erfordere noch einmal einen Kredit von 20 Mill. DM., für den das Land eine Bürgschaft übernehmen wird.

Die Regierung in Düsseldorf stellte in Aussicht, einen Antrag auf Landesbürgschaft zu unterstützen.

HV DEUTSCHE BANK / Erstklassiger Abschluß und friedfertige Atmosphäre

Kritik, aber wohlwollend, nur an Dividendenpolitik

JAN BRECH, Hamburg

Dank und Anerkennung für Vorstand und Aufsichtsrat bestimmten die Hauptversammlung der Deutschen Bank AG in Hamburg. „Sie haben viel geleistet", rief ein Aktionär der Verwaltung zu, und Kurt Fiebich, ansonsten mehr zu kritischen Bemerkungen aufgelegt, verstieg sich gar zu dem Urteil, *daß die Deutsche wohl die* „beste Bank der Welt" sei.

Kritik, wenn auch sehr wohlwollend, gab es allenfalls an der Dividendenpolitik. Die Erhöhung um eine auf 11 DM sei zwar zu begrüßen, meinte ein Aktionär, doch müßte es eigentlich möglich sein, daß jedes Vorstandsmitglied eine Mark Dividende pro Jahr erwirtschafte. Die Deutsche Bank hat zur *Zeit 12 Vorstandsmitglieder.*

Vor dem Hintergrund eines erstklassigen Abschlusses und einer friedfertigen Atmosphäre war der Aktionärskreis (Präsenz 65,5 Prozent) insgesamt nicht bereit, Nörgeleien und langatmige Ansprachen („Lassen Sie doch das Bla-Bla") zu ertragen. Die Verwunderung des AR-Vorsitzenden Franz Heinrich Ulrich, daß eine Aktionärin trotz massiver Kritik an der Qualität des Service der Deutschen Bank noch deren Kunde sei, dauerte nicht lange. Nachdem Ulrich ihr die Redezeit beschnitten hatte, erklärte sie kurzerhand, ab sofort Konto und Depot aufzulösen.

Die Erläuterungen der Vorstandssprecher F. Wilhelm Christians und Wilfried Guth zur Entwicklung der Bank in den ersten drei Monaten dieses Jahres lassen vermuten, daß das Institut diesen Aderlaß wird verschmerzen können. Nach Angaben von Christians ist das Betriebsergebnis im ersten Quartal wiederum um 19 Prozent gestiegen, wobei der stark ausgeweitete Effekteneigenhandel das Ergebnis besonders günstig beeinflußt habe. Christians bezweifelte allerdings, daß sich die Ertragssteigerung über das ganze Jahr fortsetzen werde. Die letzten Wochen deuteten bereits darauf hin.

Höchste Aufmerksamkeit, so erklärte Guth, schenke die Bank nach wie vor der Risikovorsorge. Wertberichtigungen und Rückstellungen dürften das Volumen des Vorjahres wieder erreichen. Sowohl im In- als auch im Ausland müsse man mit weiteren Belastungen rechnen, zumal erfahrungsgemäß gerade in der Endphase einer Rezession viele Schuldner auf der Strecke bleiben. Das nichtgesicherte Kreditvolumen in den Problemländern, mit denen Umschuldungsabkommen getroffen werden mußten, sollte allerdings nicht überbewertet werden, betonte Guth. Diese Kredite machten bei der Deutschen Bank nur etwa 3 Prozent des gesamten Kreditvolumens aus.

Zu der kürzlich von der Deutschen Bank Luxemburg begebenen Optionsanleihe erklärte Christians, daß man durch die Koppelung von Anleihe und möglicher Kapitalerhöhung das gute Emissionsstanding der Bank und das relativ niedrige Zinsniveau genutzt habe. Die Anleihe sei positiv vom Markt aufgenommen worden, und nach anfänglichen spekulativen Übertreibungen in der Kursentwicklung habe mittlerweile eine mehr nüchterne Betrachtungsweise Platz gegriffen.

Die Abstimmungsergebnisse über Gewinnverwendung, Aufsichtsratswahl und Antrag auf ein genehmigtes Kapital bis zu 400 Mill. DM lagen bei Redaktionsschluß noch *nicht* vor. Zur Besetzung des Aufsichtsrats hatte Fiebich Protest gegen die Wiederwahl von Friedrich Karl Flick angemeldet.

Kölsch-Fölzer stellt Konkursantrag

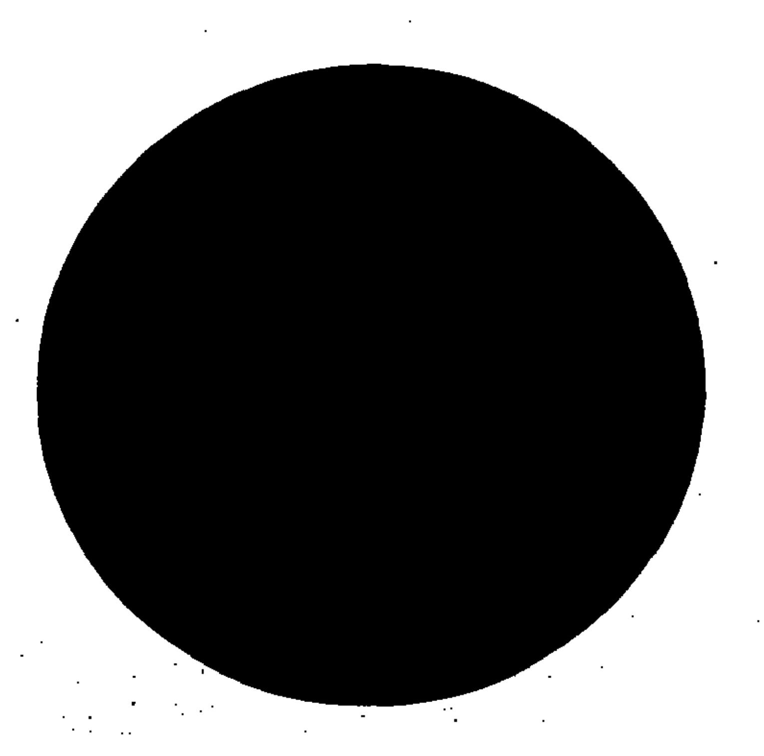
dpa/VWD, Siegen

Die Kölsch-Fölzer-Werke AG, Siegen, hat am Dienstag beim Amtsgericht in Siegen Konkursantrag gestellt. Wie das Unternehmen dazu mitteilte, ist der Auftragseingang im nahezu abgelaufenen Geschäftsjahr 1982/83 (30. Juni) gegenüber den erwarteten 50 bis 60 Mill. DM auf knapp 20 Mill. DM zurückgegangen. Seit Anfang des Jahres habe deshalb Kurzarbeit eingeführt werden müssen. Von dem Konkurs seien rund 380 Arbeitsplätze betroffen.

Das im Maschinen- und Anlagenbau tätige Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 50 bis 60 Mill. DM hatte im 1. Halbjahr 1982/83 einen Verlust von 0,6 Mill. DM hinnehmen müssen. Daraufhin war Anfang des Jahres eine Kapitalsanierung erfolgt. Bei einem regelmäßigen Auftragseingang hätte – so das Unternehmen – die Kapitalbasis gereicht, um die eingeleiteten Maßnahmen, unter anderem Zusammenarbeit mit einem großen Ingenieurbüro, ertragswirksam werden zu lassen.

Kölsch-Fölzer ... Konkursantrag

1.



Erstens ist das neue IBM System /36 ein Computer für alle, die noch keinen haben.

Um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern, muß man in vielen kleineren und mittleren Unternehmen die Leistungsfähigkeit wirksam verbessern. Um die Leistungsfähigkeit wirksam zu verbessern, genügt es nicht mehr, hier und da ein paar Korrekturen anzubringen. Man braucht ein System für die Informationsverarbeitung, *das alle Unternehmensebenen* einschließt und mit dem man wachsen kann. So ein Informationssystem ist das neue IBM System /36. Es macht den Einstieg in die moderne Daten- und Textverarbeitung besonders leicht: Weil man normalerweise keine Computerfachleute braucht, um es zu betreiben. Weil man durch die sogenannten Menü-Funktionen kein Computerfachmann sein muß, um mit ihm zu arbeiten. Weil man von ihm auf Fragen in einer leicht verständlichen Sprache leicht verständliche Antworten bekommt. Weil man von ihm auf Tastendruck Hilfe bekommt, wenn man mal nicht mehr weiter weiß. Weil man mit ihm ohne komplizierte Programme die Datenbestände aktuell halten kann. Weil man es leicht an andere, entfernte Computer anschließen und viele bereits vorhandene Programme darauf anwenden kann. Außerdem kann man durch Farbanzeige komplexe Informationen einfacher und übersichtlicher darstellen und sich durch die Text- und Büroanwendungen von vielen zeitaufwendigen Büroarbeiten entlasten. Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie bitte an die IBM Deutschland GmbH, Abteilung 2155, Postfach 800880, 7000 Stuttgart 80.

IBM

Ich möchte mehr über das neue IBM System/36 (1) wissen.

- ☐ Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Gesprächstermin.
- ☐ Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Vorführtermin.
- ☐ Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- ☐ Ich bin auch *weiterhin an Material* über die *Informationsverarbeitung* interessiert.

Name ______

Firma/Position ______

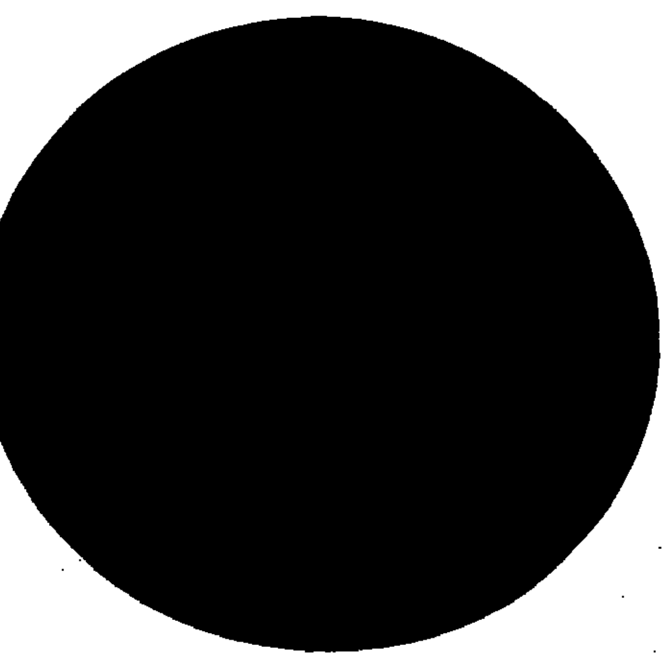
Branche ______

Straße ______

PLZ/Ort ______

Telefon ______

2



Zweitens ist das neue IBM System /36 ein Computer für alle, die schon einen haben.

Um nicht unvorbereitet an die Leistungsgrenze seines Computers zu stoßen, muß man sich rechtzeitig um ein größeres System kümmern. Um ein größeres System zu bekommen, muß man sein jetziges nicht mehr komplett austauschen, sondern kann es mit einem neuen zu einem Informationssystem ausbauen, das mitwächst. Das neue ist das IBM System /36. Es ermöglicht einen unkomplizierten Aufstieg in der Datenverarbeitung und einen unkomplizierten Einstieg in die Textverarbeitung: Weil man oft nicht nur seine bestehenden Programme weiterverwenden kann, sondern auch seine Datenstationen und Anwendungslösungen. Weil man damit seine Datenverarbeitungsanlage schnell, einfach und vor allem kostengünstig ausbauen kann. Weil man durch die größere Verarbeitungsleistung mehr Mitarbeiter damit arbeiten lassen kann. Weil man die Leistung noch einmal durch Magnetbandeinheiten vergrößern kann. Weil man mit der wie in Großcomputern verwendeten Architektur eine Leistung bekommt, die in dieser Computer-Klasse neuartig ist. Weil man durch seine umfassenden Hilfefunktionen jetzt auch Mitarbeiter damit arbeiten lassen kann, die keine Datenverarbeitungs-Kenntnisse haben. Weil man mit ihm durch Farbbildschirme komplexe Informationen übersichtlich und leicht verständlich darstellen kann. Weil verschiedene Benutzer auf verschiedenen Zugriffswegen gleichzeitig zu einem gemeinsamen Datenbestand Zugriff haben. Weil man es „online" programmieren und dadurch die Produktivität erhöhen kann. Weil man es nicht nur für seine Datenverarbeitungsanwendungen einsetzen kann, sondern auch für neue zusätzliche Text- und Büroanwendungen. Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie bitte an die IBM Deutschland GmbH, Abteilung 2155, Postfach 800880, 7000 Stuttgart 80.

IBM

Ich möchte mehr über das neue IBM System/36 (2) wissen.

- ☐ Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Gesprächstermin.
- ☐ Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Vorführtermin.
- ☐ Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- ☐ Ich bin auch weiterhin an Material über die Informationsverarbeitung interessiert.

Name

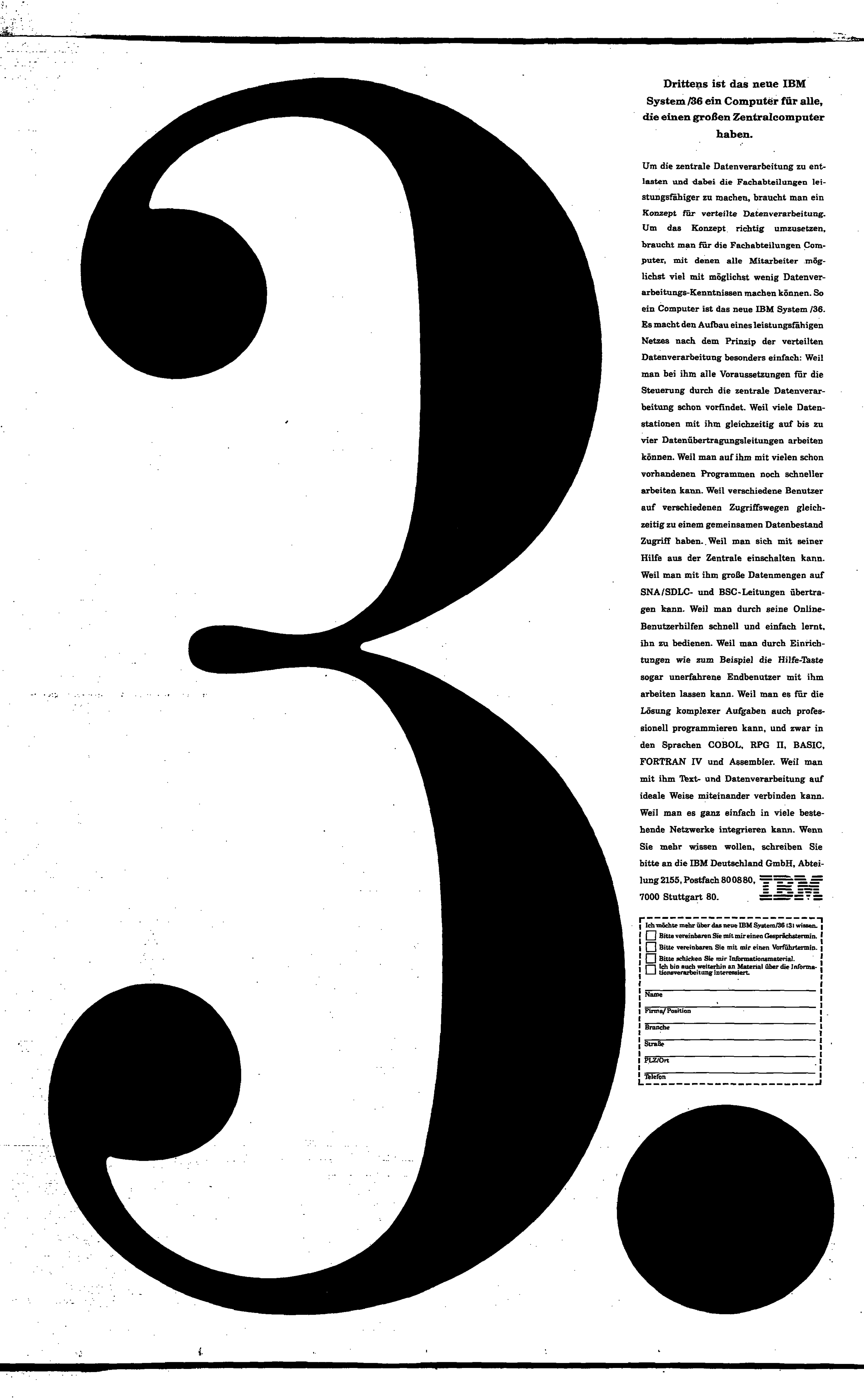
Firma/Position

Branche

Straße

PLZ/Ort

Telefon


3.
Drittens ist das neue IBM System /36 ein Computer für alle, die einen großen Zentralcomputer haben.
Um die zentrale Datenverarbeitung zu entlasten und dabei die Fachabteilungen leistungsfähiger zu machen, braucht man ein Konzept für verteilte Datenverarbeitung. Um das Konzept richtig umzusetzen, braucht man für die Fachabteilungen Computer, mit denen alle Mitarbeiter möglichst viel mit möglichst wenig Datenverarbeitungs-Kenntnissen machen können. So ein Computer ist das neue IBM System /36. Es macht den Aufbau eines leistungsfähigen Netzes nach dem Prinzip der verteilten Datenverarbeitung besonders einfach: Weil man bei ihm alle Voraussetzungen für die Steuerung durch die zentrale Datenverarbeitung schon vorfindet. Weil viele Datenstationen mit ihm gleichzeitig auf bis zu vier Datenübertragungsleitungen arbeiten können. Weil man auf ihm mit vielen schon vorhandenen Programmen noch schneller arbeiten kann. Weil verschiedene Benutzer auf verschiedenen Zugriffswegen gleichzeitig zu einem gemeinsamen Datenbestand Zugriff haben. Weil man sich mit seiner Hilfe aus der Zentrale einschalten kann. Weil man mit ihm große Datenmengen auf SNA/SDLC- und BSC-Leitungen übertragen kann. Weil man durch seine Online-Benutzerhilfen schnell und einfach lernt, ihn zu bedienen. Weil man durch Einrichtungen wie zum Beispiel die Hilfe-Taste sogar unerfahrene Endbenutzer mit ihm arbeiten lassen kann. Weil man es für die Lösung komplexer Aufgaben auch professionell programmieren kann, und zwar in den Sprachen COBOL, RPG II, BASIC, FORTRAN IV und Assembler. Weil man mit ihm Text- und Datenverarbeitung auf ideale Weise miteinander verbinden kann. Weil man es ganz einfach in viele bestehende Netzwerke integrieren kann. Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie bitte an die IBM Deutschland GmbH, Abteilung 2155, Postfach 800880, 7000 Stuttgart 80.
IBM
Ich möchte mehr über das neue IBM System/36 (3) wissen.
Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Gesprächstermin.
Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Vorführtermin.
Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
Ich bin auch weiterhin an Material über die Informationsverarbeitung interessiert.
Name
Firma/Position
Branche
Straße
PLZ/Ort
Telefon

Die Ausländer kamen zurück

Standardaktien bei lebhaften Umsätzen wieder befestigt

DW. – Nach dem reinigenden Gewitter vom Wochenanfang, als die Notierungen vieler Standardaktien um 5 DM und mehr zurückgefallen waren, setzte sich an der Mittwoch-Börse die schon am Vortag begonnene Kurserholung fort. Während am Dienstag in der Hauptsache inländische institutionelle Anleger für den Wiederanstieg gesorgt hatten, traten am Mittwoch verstärkt Ausländer als Käufer auf, darunter auch US-Pensionsfonds. Sie machen sich den nach wie vor festen Dollar zunutze. Im Vordergrund standen Papiere, wie die Aktien der Deutschen Bank, von Siemens, Schering, Daimler und Mercedes.

Bei der Deutschen Bank sorgte der weitere Anstieg des Betriebsergebnisses in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 19 Prozent für zusätzliche Anregungen. Kali + Salz setzten den sprunghaften Anstieg um weitere 10 DM auf 189 DM fort, immer noch angeregt durch die Diskussionen über eine mögliche intensive Walddüngung. Relativ zurückhaltend blieb man gegenüber den Maschinenbauwerten, wo lediglich KHD mit einem Anstieg um 7 DM und IWKH mit einem Plus von 5 DM aus dem Rahmen fielen. Linde, am Vortag deutlich heraufgesetzt, litten unter Glattstellungen und gaben um 6 DM auf 393 DM nach.

Düsseldorf: Biewag verminderten sich um 10 DM auf 200 DM. Deutsche Texaco erhöhten sich um 8 DM auf 288 DM, Didier zogen um 5 DM auf 141 DM an, Gerresheimer Glas konnten sich um 2 DM auf 93,50 DM verbessern und Gildemeister stiegen um 3,50 DM auf 74,50 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte waren bis zu 6 DM verbessert mit dem Schwergewicht bei Siemens (339,10 DM) und Deutsche Bank (340 DM). Von Nebenwerten blieben Cassella 486 DM plus 23 DM. *Adca 117 DM plus 7,20 DM*, der Kurs wird angeregt durch das angebliche Interesse der holländischen Rabobank an den 11 süddeutschen Filialen.

Hamburg: Im Regionalbereich war die Tendenz uneinheitlich. HEW wurden mit 117,50 DM plus 2 DM und NWK Vz. mit 160 DM minus 2,50 DM gehandelt. Conti Gummi verbesserten sich um 1,50 DM auf 92 DM und Phoenix Gummi mußten einen Verlust von 2,50 DM hinnehmen.

München: Agrob St. stiegen um 11 DM auf 320 DM, Audi NSU erhöhten sich um 2,50 DM auf 239 DM, Deckel AG zogen um 3 DM auf 111 DM an, Dywidag befestigten sich um 2 DM auf 265 DM und Süd Chemie konnten sich um 4 DM auf 350 DM verbessern.

Berlin: DeTeWe zogen um *16* DM, DuB-Schultheiss um 10 DM, Herlitz Vorzüge um 7 DM, Herlitz Stämme um 6 DM und Adca um 5 DM an. Scheidemandel und Tempelhofer Feld wurden um je 5 DM und Kempinski um 3 DM höher taxiert.

Nachbörse: zuversichtlich

Junge Aktien

18. 5. 83: BMW 312; Bavaria 208G; Jute-Spinnerei 150T; Philips Komm. 286; VEW 123; RWE St. 168; RWE Vz. 167,5; Reag 380G; Herlitz St. 255; Herlitz Vz. 242.

WELT-Aktienindex vom 18.5.: 137,9 (136,5); WELT-Umsatzindex vom 18. 5.: 2887 (2612).

"Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Ausland

New York

	17. 5.	16. 5.		17. 5.	16. 5.		17. 5.	16. 5.
Alcan Aluminium	32,625	32,125	General Foods	43,25	42,625	Singer	29,75	29,50
Allied Chemical	47,875	48,125	General Motors	69	69,50	Sperry Corp.	37,125	37,375
Alcoa	34,25	34,625	Gen. T. & E.	43,625	44,75	Stand. Oil Calif.	39,125	39,50
AMR Corp.	26,75	28	Getty Oil	71	69,875	Stand. Oil Indiana	48	48,375
Am. Cyanamid	47	45,75	Goodyeartire	33,125	33	Storage Techn.	23,125	21,75
Amax.	29,25	29,125	Goodrich	40,875	38,50	Superior Oil	34,75	33
Am. Express	67,375	66,875	Grace	47,50	47,25	Tandy	63,125	61,75
Am. Motors	9,875	10	Gulf Oil	36,25	36	Teledyne	143,50	142,375
Am. Tel. & Telegr.	66,625	66,625	Halliburton	35,875	35,50	Telex Corp.	22,875	23
Asarco	42,125	41,75	Hewlett Packard	79	78,50	Tesoro	15	15,125
Atlantic Richfield	46,625	47,125	Homestake	34,25	33,50	Texaco	35,375	35,125
Avon Products	33	32,25	Honeywell	119	122	Texas Instrum.	149	148,625
Bally	24,375	23,75	IBM	113,75	115,25	Tosco	10,875	10,50
Bk. of America	24,25	24,125	Int. Harvester	10,375	10,125	Transamerica	30,125	30
Bethlehem Steel	23,375	23,25	Int. Paper	53,50	52,50	Travellers	31,50	30,75
Black & Decker	22,625	22,25	Int. Tel. & Tel.	40	39,625	Trans World Corp.	31,125	31,875
Boeing	37,50	37,375	Int. North. Inc.	30,375	29,625	UAL	35,375	36
Brunswick	33,625	33,75	Jim Walter	45,75	47,375	Union Carbide	66,125	64,625
Burroughs	51,25	51,50	J. P. Morgan	80,75	80,625	Union Oil of Calif.	35,625	35,50
Caterpillar	46,375	46,25	TV Corp.	16,375	15,125	United Technologies	71,75	70,875
Celanese	59,25	59,50	Litton Industries	64,375	63,875	US Steel	25	24,375
City Investing	34,75	34,375	Lockheed Corp.	115,625	113,50	Westinghouse El.	47,125	46,50
Chase Manhattan	59,375	59,50	Loew's Corp.	168	168	Weyerhaeuser	39,625	40,125
Chrysler	27,25	27,25	Lone Star	29,875	30	Whittaker	31,25	31,375
Citicorp	43,50	43	Louisiana Land	30	29,625	Wyly	14,25	14,75
Clorox	31,625	31,625	Mc Dermott	19,625	19,375	Woolworth	32,625	31,875
Coca Cola	52,875	52,75	Mc Donnell Doug.	58,75	58,50	Xerox	45,50	45,25
Colgate	23	22,375	Merck & Co.	88,25	89,25	Zenith Radio	21,875	22,375
Comm. Edison	27,50	27,25	Merrill Lynch	91	92,25	Dow Jones Index	1205,79	1202,98
Comm. Satellite	68,75	66,25	Mesa Petroleum	13,75	13,50	Stand. & Poors	163,71	163,40
Continental Group	42	41,25	MGM (Film)	20,625	19,75			
Control Data	55,375	55,375	Minnesota M.	84,625	85			
CPC Int.	37,375	37,25	Mobil Oil	30,375	30,875			
Curtiss Wright	47,375	47	Monsanto	82,50	81,625			
Deere	38,25	38,125	National Gypsum	31,25	31,125			
Delta Airlines	43,875	44	Nat. Semiconductor	37,125	36,25			
Digital Equipm.	114,125	116,25	National Steel	28,50	27,75			
Dow Chemical	32,125	32	NCR	119,50	116,50			
Du Pont	46,50	46,25	Newmont	56,75	55,50			
Eastern Gas-Fuel	21,50	20,875	PanAm World	6,50	6,375			
Eastman Kodak	74,75	74,125	Pfizer	81,375	81,75			
Exxon	33,875	34	Phibro	72,25	72,25			
Fabergé	21,125	21,25	Phillips Petroleum	34,875	35			
Firestone	22,50	22,25	Philip Morris	64	64			
Fluor	22	22	Pittston	15,50	15,375			
Ford	50,375	50,125	Polaroid	32,375	31,625			
Foster Wheeler	14,50	14,50	Prime Computer	29,75	28,25			
Fruehauf	22,50	33,125	Procter & Gamble	56,625	56,75			
GAF Corp.	17,875	18	RCA	29,625	29			
General Dynamics	49,75	49,625	Revlon	34	34,125			
General Electric	108	109,50	Reynolds Ind.	52,875	53,375			
			Rockwell Int.	55,75	55,625			
			Rorer Group	28,625	28,25			
			Schlumberger	46,625	46			
			Sears, Roebuck	40,75	40,50			
			Shell Oil	43,50	42,625			

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

	17. 5.	16. 5.
Abitibi Paper	23,25	23
Alcan Alu.	40,50	39,50
Bk. of Montreal	31,375	31,125
Bk. of Nova Scotia	43,375	42,75
Bell Canada	27,875	27,875
Bluesky Oil	3,60	3,75
Bow Valley	23,25	22,875
Brenda Mines	16,50	16
Brunswick M. & Sm.	17,25	17,25
Con. Cement	–	–
Cdn. Imperial Bk.	37,125	37,125
Cdn. Pacific Ltd.	46,125	46,25
Cdn. Pacif. Enterpr.	24,575	24,50
Cominco	54,875	55,50
Conseca Res.	4,20	3,90
Denison Mines	40	40
Dome Petroleum	6	5,625
Domtar	27,25	27
Falconbridge Nickel	70	70,50
Great Lakes Paper	79,50	89
Gulf Canada	16,50	16,50

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	217	217
Gösser-Brauerei	326	335
Länderbank Vz.	215	215
Österr. Brau AG	280	288
Perlmooser	370	373
Reininghaus	320	335
Schwechater Br.	187	184
Semperit	112	–
Steyr-Daimler-P.	169	169
Universale Hochtief	235	233
Veitscher Magnesit	252	253
Index	57,56	57,8

Kopenhagen

Den Danske Bank	Unerhältlich	242
Jyske Bank		453
Kopenh. Handelsbk		232,5
Novo Industri		2725
Privatbanken		248,25
Ostasiat. Komp		121,55
Dan. Sukkerfabr.		497,5
For. Bryggerier St.		860
Kgl. Porc. Fabr		529

Brüssel

Arbed	1068	1088
Brux. Lambert	1975	1975
Cockerill Ougrée	116	114
Ebes	2255	2250
Gevaert	2090	2115
Kredietbank	4690	5650
Pétrofina	5490	5470
Soc. Gén. d. Belg	1595	1670
Sofina	4520	4620
Solvay	2710	2740
UCB	3640	3640
Index	–	122,14

Singapur

Cycle + Car.	5,40	5,40
Cold Storage	5,00	5,00
Dev. Bk. of Sing.	9,40	9,50
Fraser + Neave	9,00	9,10
Kl. Kepong	2,52	2,56
Mal. Banking	8,40	8,30
Nat. Iron	7,15	7,20
OCBC	11,20	11,40
Sime Darby	2,64	2,72
Singapur Land	7,70	7,75
Un. Overs. Bank	5,00	5,00

Madrid

	18. 5.	17. 5.
Banco de Bilbao	230	233
Banco Central	297	299
Banco Hisp. Am.	222	224
Banco Popular	238	240
Banco de Santander	256	257
Banco de Urquijo	–	–
Banco de Vizcaya	359	362
Cros	21,5	22
Dragados	147	142
El Aguila	–	71
Fenix	376	–
Fecsa	51,75	52
Galerias Prec.	–	–
Hidroelectr. Esp.	55,75	56
Iberduero	44,25	44,5
S. E. A. T.	76	–
Sevillana de El.	53	53,25
Telefonica	83	83

Optionshandel

Frankfurt: 18. 5.: 680 Optionen, 36 400 (26 450) Aktien, davon 138 Verkaufsoptionen = 7950 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-70/7, 7-75, 7-80/2,90, 10-70/13, 10-75/10,20, 10-80/6, 10-90/2,50, 1-50/29, 1-55/25, 1-70/16, 1-80/11, 1-85/5,50, 1-90/5,40, Siemens 7-330/23,20, 1-340/13, 10-330/27, 10-360/13, 10-370/9, 1-340/31,60, 1-36/21,10, BASF 10-140/12,40, 10-150/5,70, Bayer 7-140/5,50, 10-140/10,10, 10-150/5, 1-160/5, Hoechst 10-150/6, 1-140/15, 1-150/9,85, BMW 10-340/20, VW 7-180/8, 7-190/6, 10-180/15,15, 10-190/9, 10-200/7,80, 1-170/28, Conti 10-95/6, 1-95/10,10, 1-100/8,30, Lufthansa 10-120/8,60, Commerzbank 7-170/9,90, 7-190/5,60, 10-170/18,15, 10-180/15, 10-190/8,60, 10-200/6, 1-170/22, 1-190/11,85, Deutsche Bank 7-330/15,15, 10-340/26, 1-340/28, Dresdner Bank 10-190/*14,60 uns 15, 1-180/30, 1-190/20, 1-200/19,40*, Hoesch 7-55//7, 7-60/3,80, 7-65/2,30, 10-50/15,60, 10-55/11,90, 10-60/7,60, 10-65/5, 10-55/11,90, 10-60/7,60, 10-65/5, 10-70/3,85, 1-60/10, Mannesmann 7-170/6,60, 7-180/3,50, 10-170/7,40, Thyssen 7-80/7, 7-85/4, 10-80/9, 10-85/6,60, 1-65/9, 1-90/7, 1-100/4,10, Bay. Vereinsbank 10-340/25, Deutsche Babcock 7-180/5, 10-190/8, Degussa 10-330/25, GHH 7-170/8, 10-170/15, Harpener 7-270/10,60, Karstadt 10-270/14,60, KHD 7-250/19, Klöckner 7-45/3, 1-45/9, 1-50/6, Metallgesellschaft 10-230/23, RWE 7-180/9, 10-190/7, RWE Vorzüge 7-180/8, 10-180/10,60, 1-180/13, Schering 7-340/31, Alcan 7-85/3, Chrysler 7-70/3, 1-70/11, Sperry Rand 1-95/11, Philips 7-40/2,40, 1-40/6,10, Royal Dutch 10-100/16, Elf Aquitaine 7-55/4,40, 10-50/10,40, 1-55/11,60, Norsk Hydro 1-140/13,40. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-60/0,80, 7-70/2,50, 7-75/4,90, 7-80/10, 10-65/3, 10-70/5,80, 10-75/7,90, 10-80/11, 1-70/7,50, Siemens 10-330/8,60, Veba 10-160/7, BASF 10-140/4,20, Hoechst 7-140/3, 10-140/6, VW 10-170/6, 10-180/9,50, 1-170/7, Conti 10-90/4,70, Lufthansa 10-120/10,40, Commerzbank 10-170/6, Deutsche Bank 7-340/12, Hoesch 10-60/7, 1-60/8,50, Mannesmann 10-180/11,40, Thyssen 7-80/2,40, BBC 7-190/3,50, 1-220/12, Deutsche Babcock 7-160/2,60, 10-170/10,60, Kali+Salz 7-180/7,60, Karstadt 7-270/6,40, Kaufhof 10-250/14, Kloeckner 10-45/5,50, Linde 10-380/14,40, RWE Vorzüge 10-180/10, Schering 7-350/12, Alcan 1-75/5,60, Chrysler 7-65/4,30, 10-60/3,70, 10-65/6,50, 1-60/4, 1-65/7,30, 1-70/12, IBM 1-280/25, Sperry Rand 7-90/2,90, *10-90/3,60*, Philips 10-40/3,30, Royal Dutch 10-110/6.

1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9⅛	4¾–5	4¼–4½
3 Monate	8⅞–9¼	4⅞–5⅛	4⅜–4⅝
6 Monate	8⅞–9¼	5 –5⅛	4⅜–4⅝
12 Monate	9⅛–9⅜	5⅛–5⅜	4⅜–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1325,00	1610,25
10 US-Dollar (Indian)**)	1028,00	1222,62
5 US-Dollar (Liberty)	433,00	585,34
1 £ Sovereign alt	251,00	306,23
1 £ Sovereign Elizabeth II	248,00	302,84
20 belgische Franken	189,00	247,47
10 Rubel Tscherwonez	263,00	325,44
2 südafrikanische Rand	247,00	301,71
Krüger Rand, neu	1098,00	1285,94
Maple Leaf	*1097,00*	*1284,81*
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	325,44
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	272,33
20 franz. Franken „Napoléon"	207,00	262,16
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1023,00	1218,14
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	255,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	137,86
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	472,00	572,91
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	149,16

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

18. 5. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankts.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,4555	2,4635	2,4342	2,41	2,51
London¹)	3,835	3,849	3,791	3,77	3,92
Dublin¹)	3,153	3,167	3,068	3,10	3,25
Montreal³)	1,9935	2,0015	1,9757	1,96	2,05
Amsterd.	88,815	89,035	88,765	88,00	90,00
Zürich	120,030	120,220	120,12	119,25	122,00
Brüssel	4,996	5,016	4,949	4,88	5,10
Paris	33,125	33,285	32,465	32,25	34,25
Kopenh.	28,000	28,120	27,64	27,25	29,25
Oslo	34,500	34,620	33,81	33,75	35,50
Stockh.**)	32,785	32,945	32,365	31,75	33,50
Mailand²) **)	1,675	1,685	1,634	1,65	1,74
Wien	14,189	14,229	14,209	14,10	14,33
Madrid**)	1,785	1,795	1,708	1,72	1,84
Lissabon**)	2,490	2,510	2,26	2,15	3,05
Tokio	1,0555	1,0585	——	1,01	1,07
Helsinki	45,180	45,380	44,36	44,25	46,00
Buen. Air.	——	——	——	——	0,01
Rio	——	——	——	0,25	1,10
Athen*) **)	2,898	2,952	——	2,25	3,25
Frankf.	——	——	——	——	——
Sydney*)	2,164	2,183	——	2,06	2,18
Johannesbg.*)	2,258	2,278	——	1,95	2,30

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Das heutige Marktgeschehen war gekennzeichnet von Positionumschichtungen der D-Mark. Für den US-Dollar wurde am 18. 5. ein amtlicher Mittelkurs von 2,4595 festgestellt, womit er seinen Vortagsgewinn wieder abgeben mußte. Während des Tages pendelte der Dollar zwischen 2,4570 und 2,4610. Mit Ausnahme des Britischen Pfundes und des Japanischen Yen verzeichnete die DM gegenüber den amtlichen Währungen überwiegend Kursgewinne. Das Britische Pfund legte 0,6 Pf auf 3,842 zu und der Japanische Yen erreichte mit 1,0570 einen neuen Höchstkurs seit September 1981. Der sfr verlor weiter an Boden und schwächte sich um 20 Pf auf 120,12 ab. US-Dollar in: Amsterdam 2,7650, Brüssel 49,135; Paris 7,4065; Mailand 1463,95; Wien 17,3130; Zürich 2,0475; Pfund/Dollar 1,5621.

Ostmarkkurs am 18. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,50; Verkauf 24,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Es kam nur zu geringfügigen Veränderungen, da sich das Zinsgefüge am 18. Mai versteifte.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,58/2,48	4,85/4,65
Pfund/Dollar	1,195/0,165	0,49/0,45	0,84/0,79
Pfund/DM	2,50/1,10	5,80/4,40	10,10/8,70
FF/DM	31/15	81/65	182/166

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18. 5.: Tagesgeld 5,0 Prozent; Monatsgeld 5,2–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,25–5,35 Prozent. **Privatdiskontsätze** am 18. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 18. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,98) – 7,00 (5,61) – 7,50 (6,04) – 8,00 (6,38) – 9,00 (6,47). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,66) – 7,50 (6,12) – 8,00 (6,49) – 9,00 (6,90) – 9,00 (7,20) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,16, 2 Jahre 6,12. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,80, Rendite 7,30.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Renten noch unsicher

Am Rentenmarkt hat der große Abgabedruck zwar nachgelassen, doch überwog immer noch das Angebot. Es konzentrierte sich auf die mittleren bis längeren Laufzeiten, wo die Kurse noch einmal bis zu einem Viertelpunkt zurückgesetzt wurden. Unter den gegebenen Umständen tut man sich schwer, bei der Plazierung der 7¾prozentigen Anleihe des Landes Nordrhein-Westfalen. Am Pfandbriefmarkt kommt die Unsicherheit nicht unbedingt in den Kursen zum Ausdruck, aber der Handel gestaltet sich hier nach wie vor schwierig. DM-Auslandsanleihen lagen uneinheitlich.

	18. 5.	17. 5.		18. 5.	17. 5.		18. 5.	17. 5.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	92	92	Br 6½ dgl. Pf 77	94,45	94,45	H 6 Schiffshyp Pf 23	99G	99G
6 dgl. Pf 20	81,5G	81,5G	6 dgl. Pf 42	99,9G	99,9G	7½ dgl Pf 45	101,25G	101,25G
6¾ dgl. Pf. 2	96G	96G	8½ dgl. Pf 47	104G	104G			
7 dgl. Pf 3	95,75bG	96,25G				M 6 Südboden Pf 41	89,5bG	90,5G
			F 5 Pfr. Hypobk. Pf 66	70,5G	70,5G	5½ dgl Pf 57	78,75bG	78,75G
7 dgl. Pf 27	101,1bG	101,25G	5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G	6½ dgl. Pf 143	98,75G	98,75G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G	6 dgl. Pf 79	82G	82	7 dgl Pf 87	94,75bG	95,5bG
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG	6 dgl. Pf 130	93	93T	7½ dgl Pf 104	97,5G	97,5bG
			6½ dgl. Pf 133	88G	88G	7 dgl. KS 49	94,5G	94,5G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121G	121G	10 dgl. Pf 168	101,35G	101,35G	7½ dgl KS 81	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	128,5G	128,5G				8 dgl. KS 133	100,75	100,75
6 dgl. Pf 34	80G	80bG	H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G	8½ dgl. KS 132	103,5G	103,5G
8 dgl. KO Pf 50	100G	100G						

Wandelanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
- Pf = Pfandbriefe
- KO = Kommunalobligationen
- KS = Kommunalschatzanweisungen
- IS = Inhaberschuldverschreibungen
- RS = Rentenschuldverschreibungen
- S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

		18. 5.	17. 5.			18. 5.	17. 5.
F	Kawasaki Steel	1,6T	1,6T	F	US Steel	82,5	80,6
M	Kloof Gold Min.	133,2	129,1	M	Vaal Reefs Expl.	311	305
F	Komatsu	5,35	5,2	D	Vmf-Stork	57,5T	58T
D	KLM	130	131G	D	Volvo A	188B	172G
F	Kubota	3,58	3,58	D	dgl. Nam B	188G	172G
D	Lafarge	–	–	F	Warner Commun.	89,5	89,5
D	Litton Ind.	158	158,5G	F	Warner Lambert	76,1	76bG
F	Lone Star	75	71,5	F	Wells Fargo	90	89
D	LTV	39,5	38	M	Western Deep L.	161	157
M	M.I.M. Hold.	20	19,79	M	Western Mining	10,69	10,45
F	Magneti Marelli	–	–	F	West.-Utrecht H.	105	104,5
D	Manbeni	3,25G	3,25G	D	Xerox Corp.	112,5	112

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prochelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Royer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FINANZANZEIGEN

HYPOBANK

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft
München

Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000 und 802 003

I. Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung vom 18. Mai 1983 hat beschlossen, den im Jahresabschluß 1982 ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 86 040 000,— DM zur Ausschüttung einer Dividende von 9,— DM je 50,— DM *Aktie auf das für das Geschäftsjahr 1982 dividendenberechtigte* Grundkapital von 478 000 000,— DM zu verwenden.

Die Dividende wird unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 40 ausbezahlt. Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 5,06 DM je Aktie zu 50,— DM verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf die Einkommensteuer oder Kör*perschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet oder ggf. ganz* oder teilweise erstattet. Unbeschränkt steuerpflichtigen Aktionären, welche die Aktien im Depot eines Kreditinstituts verwahren lassen, und diesem eine Nicht-Veranlagungs-Bescheinigung ihres Finanzamts vorlegen, wird die Dividende *ohne Abzug* der Kapitalertragsteuer und zuzüglich des Körperschaftsteuer-Guthabens, insgesamt also ein Betrag von 14,06 DM je Aktie gutgeschrieben.

Die Auszahlung erfolgt

ab 19. Mai 1983

bei der Hauptniederlassung München und bei sämtlichen Außenstellen unserer Bank

sowie bei folgenden als Zahlstellen benannten Kreditinstituten:

Algemene Bank Nederland (Deutschland) Aktiengesellschaft, Frankfurt/M.
Bankhaus H. Aufhäuser, München, Frankfurt/M.
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft, Stuttgart
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Berlin
Bayerische Landesbank Girozentrale, München
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft, München, Berlin, Frankfurt/M., Stuttgart
Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg
Berliner Bank Aktiengesellschaft, Berlin
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft, Berlin
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt/M., Berlin, Düsseldorf, Hamburg
Commerzbank Aktiengesellschaft, *Düsseldorf, Frankfurt/M.*, Hamburg, Köln, Stuttgart
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner, Saarbrücken
Delbrück & Co., Berlin, Frankfurt/M., Hamburg, Köln
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt/M., Düsseldorf, Hamburg, Köln, Stuttgart
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft, Berlin
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft, Saarbrücken
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft, Frankfurt/M., Berlin
Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt/M., Düsseldorf, Hamburg, Köln, Stuttgart
August Lenz & Co., München
Bankhaus Maffei & Co. GmbH, München
Merck, Finck & Co., München, Düsseldorf, Frankfurt/M.
Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft, Wien
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft, Oldenburg
Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, Frankfurt/M.
Rauschel & Co., München
Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, Essen, Frankfurt/M.
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft, Hamburg
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg
Westfalenbank Aktiengesellschaft, Bochum, Düsseldorf.

II. Ausgabe neuer Gewinnanteilscheinbogen

Zu den Aktien unserer Bank werden

ab 19. Mai 1983

gegen Einreichung des alten Erneuerungsscheins neue Gewinnanteilscheinbogen mit Gewinnanteilscheinen Nr. 41–60 und Erneuerungsschein *bei einer der unter Ziffer I genannten Banken an die Aktionäre kostenfrei* ausgegeben.

Die alten Erneuerungsscheine bitten wir getrennt nach Nennbeträgen und arithmetisch geordnet mit einem Nummernverzeichnis in dreifacher Ausfertigung bis zum

16. Juni 1983

einzureichen, da die Aktien unserer Bank ab 20. Juni 1983 nur noch mit neuen Bogen börsenmäßig lieferbar sein werden.

München, im Mai 1983 — DER VORSTAND

DYCKERHOFF ZEMENTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Sitz: Wiesbaden
HINWEISBEKANNTMACHUNG

Im Bundesanzeiger Nr. 93 vom 19. Mai 1983 haben wir unsere Aktionäre eingeladen zu der am

Mittwoch, dem 29. Juni 1983, 11.00 Uhr,

in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Mainz-Amöneburg (Stadtkreis Wiesbaden), Biebricher Straße, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung.

Tagesordnung

1. Vorlage des von Vorstand und Aufsichtsrat festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982 mit dem Bericht des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982.
Den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht erhalten die Aktionäre auf Verlangen *über ihre Depotbanken. Aktionäre, die ihre Aktien nicht* bei einer Bank verwahren lassen, können die genannten Unterlagen bie der Gesellschaft anfordern.
2. Beschlußfassung *über die Verwendung des Bilanzgewinns.*
3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Beschlußfassung über die Zustimmung zu einem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Dyckerhoff Zementwerke AG und der Bonner Zementwerk AG, Bonn.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.

Alle Einzelheiten, besonders über die Vorschläge der Verwaltung und die Teilnahme an der ordentliche Hauptversammlung, bitten wir der genannten Bekanntmachung zu entnehmen.

Wiesbaden, im Mai 1983

DYCKERHOFF
Zementwerke AG
DER VORSTAND

Auslosungsbekanntmachung

8½ % Anleihe von 1970 der Freien und Hansestadt Hamburg
– Kenn-Nr. 136 561 – 136 570 –

In der am 16. Mai 1983 vorgenommenen Auslosung ist die

Serie 10 Kenn-Nr. 136 570

gezogen worden. Diese Serie umfaßt folgende Nummern:

Stück 4500 über je DM	100,–	Nr. 040501 – 045000
Stück 3000 über je DM	500,–	Nr. 072001 – 075000
Stück 4500 über je DM	1 000,–	Nr. 115501 – 120000
Stück 390 über je DM	5 000,–	Nr. 123511 – 123900
Stück 160 über je DM	10 000,–	Nr. 125341 – 125500

Als ausgelost gelten sämtliche Schuldverschreibungen der vorstehenden Serie. Die Einlösung der am 16. Mai 1983 ausgelosten Stücke erfolgt vom 1. September 1983 ab zum Nennwert gegen Einreichung der Schuldverschrei*bungen und der noch nicht fälligen Zinsscheine* per 1. März 1984 uff. bei nachstehend verzeichneten Zahlstellen:

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –

Bank für Gemeinwirtschaft AG	*Bank für Handel und* Industrie AG
Joh. Berenberg, Gossler & Co.	Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG	Delbrück & Co.
Deutsche Bank AG	Deutsche Bank Berlin AG
Deutsche Bank Saar AG	Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Conrad Hinrich Donner	Dresdner Bank AG
Hamburger Sparkasse	Marcard & Co.
Norddeutsche Genossenschaftsbank AG	Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Vereins- und Westbank AG	M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Mit Ablauf des 31. August 1983 hört die Verzinsung der zum 1. September 1983 ausgelosten Schuldverschreibungen auf. Der Betrag etwa fehlender Zinsscheine wird von dem Kapitalbetrag gekürzt.

Restanten: Stücke mit der Serie 3 (per 01. 09. 77)
Stücke mit der Serie 6 (per 01. 09. 78)
Stücke mit der Serie 7 (per 01. 09. 79)
Stücke mit der Serie 8 (per 01. 09. 80)
Stücke mit der Serie 5 (per 01. 09. 81)
Stücke mit der Serie 1 (per 01. 09. 82)

Hamburg, den 16. Mai 1983

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde
– Vermögens- und Beteiligungsverwaltung –

Warenpreise – Termine

Zu leichten Preisaufschlägen kam es am Dienstag an der Comex für Gold und Silber, was im Handel mit der Gefahr neuer Auseinandersetzungen in Nahost begründet wird. Die Kupfernotierungen dagegen fielen auch am Dienstag weiter zurück. Uneinheitlich war die Preisentwicklung bei Kaffee. Je nach Termin kam es zu kleinen Preisauf- oder -abschlägen. Kakao schloß auf breiter Front fester.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	17. 5.	16. 5.
Mai	347,00	344,25
Juli	355,50	353,00
Sept.	365,00	363,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	17. 5.	16. 5.
St. Lawrence 1 CW	211,98	238,11
Amber Durum	240,76	240,21
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	120,50	120,00
Juli	123,50	123,20
Sept.	127,70	127,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	95,20	94,10
Juli	93,20	92,00
Sept.	94,90	94,00
Hafer Chicago (c/bush)	17. 5.	16. 5.
Mai	162,25	161,75
Juli	163,50	165,00
Sept.	167,00	168,00
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	306,75	301,50
Juli	306,75	302,50
Sept.	298,50	295,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	17. 5.	16. 5.
Mai	102,80	102,00
Juli	105,20	104,40
Sept.	107,90	107,50
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	17. 5.	16. 5.
Juli	10,32	10,32
Sept.	10,62	10,65
Nov.	10,86	10,87
Jan.	11,11	11,11
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	–	–
Sept.	19,25	19,25

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	17. 5	16. 5.
Terminkontr. Mai	132,00	130,75
Juli	128,60	129,60
Sept.	127,00	127,50
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1959	1995
Juli	2024	1971
Sept.	2045	1999
Umsatz	5125	7400
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,02	9,65
Sept.	10,40	9,98
Okt.	10,65	10,25
Jan.	11,20	10,61
März	11,72	11,29
Umsatz	31 152	15 550
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	17. 5.	16. 5.
	8,86	8,61
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	17. 5.	16. 5.
Kontrakt Mai	2005–2008	2000–2010
Juli	1667–1670	1685–1688
Sept.	1610–1611	1616–1619
Umsatz:	5321	4134
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1331–1335	1306–1308
Juli	1374–1375	1339–1340
Sept.	1387–1388	1350–1351
Umsatz	6962	4577
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	163,75–164,00	154,25–154,50
Okt.	173,00–173,25	163,00–163,25
Dez.	179,75–180,00	170,05–170,15
März	188,00–188,30	177,50–177,65
Mai	192,10–192,75	181,50–181,75
Aug.	–	–
Umsatz	8493	6929

Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	17. 5.	13. 5.
schw. Sarawak spez.	252,50	250,00
weißer Sarawak	350,00	345,00
weißer Muntok	350,00	350,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Mai	120,50	118,50
Juli	115,75	116,40
Sept.	114,50	115,40
Nov.	109,70	111,00
Jan.	103,80	104,25
Umsatz	700	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Südstaaten fob Werk	26,50	26,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,75	22,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,26	19,20
Juli	19,51	19,45
Aug.	19,65	19,61
Sept.	19,80	19,76
Okt.	19,95	19,88
Dez.	20,30	20,26
Jan.	20,45	20,45
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,50	21,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	17,00	17,12
Choise white hog 4% fr. F.	15,625	16,125
Talg		
New York (c/lb)		
top white	16,00	16,00
fancy	15,50	15,50
bleichfähig	15,25	15,25
yellow max. 10% fr. F.	13,25	13,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	51,35	51,87
Juli	51,10	51,65
Aug.	48,05	48,30
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	68,45	69,65
Juli	67,00	67,95
Aug.	64,60	65,60

Häute		
Chicago (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,50	51,50
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	620,50	621,50
Juli	633,00	635,00
Aug.	638,25	641,00
Sept.	644,00	646,00
Nov.	655,50	657,75
Jan.	667,25	670,50
März	680,50	683,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	178,50	179,50
Juli	183,50	184,50
Aug.	185,20	186,00
Sept.	187,50	188,00
Okt.	188,50	189,70
Dez.	193,60	194,70
Jan.	195,80	196,90
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	17. 5.	16. 5.
Mai	290,90	288,20
Juli	296,00	293,30
Okt.	306,40	303,80
Kokosöl		
New York (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Westküste fob Werk	27,75	27,75
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	18. 5.	17. 5.
jegl. Herk. cif	542,50	540,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	420,00	415,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	430,00	435,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	117,50	118,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	610,00	610,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	251,50	248,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	74,40	74,70
Okt.	75,45	75,00
Dez.	75,80	75,40
März	77,00	76,35
Mai	77,40	77,00
Juli	78,15	77,61
Kautschuk New York		
(c/lb): Händlerpreis loco RSS-1	57,25	57,25
Wolle		
Lond. (Neuseel. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	17. 5.	16. 5.
Mai	–	431–440
Aug.	446–448	447–448
Okt.	447–448	444–447
Umsatz:	52	72
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	17. 5.	13. 5.
Mai	43,508	geschl.
Juli	43,85	geschl.
Okt.	44,30	geschl.
Dez.	44,85	geschl.
Umsatz	0	–
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	17. 5.	16. 5.
Mai	564,0–568,0	566,0–568,5
Juli	585,0–587,0	585,0–588,0
Okt.	575,0–577,0	575,0–578,0
Umsatz	17	27
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	17. 5.	16. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	17. 5.	16. 5.
Mai	14 147	14 155
Juni	14 163	14 163
Kautschuk		
London (p/kg)	17. 5.	16. 5.
Nr. 1 RSS loco	76,00–78,00	75,00–76,50
Juni	76,50–78,50	75,50
Juli	77,20–77,50	75,50–76,00
Juli/Sept.	76,00–76,10	75,70–75,80
Tendenz: leicht stetiger		

Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	17. 5.	16. 5.
Nr. 1 RSS loco	239,00–240,00	242,00–243,00
Mai	241,00–242,00	244,50–245,50
Juni	244,50–245,50	247,00–248,00
Nr. 2 RSS Mai	237,00–238,00	239,50–240,50
Nr. 3 RSS Mai	233,50–234,50	236,00–237,00
Nr. 4 RSS Mai	227,00–228,00	229,50–230,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	17. 5.	16. 5.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg. 1 R. – 76 WD – (–): BTC – (–): BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	18. 5.	17. 5.
laufend. Monat	105,85–106,04	106,16–106,26
drittfolg. Monat	110,08–110,18	110,29–110,49
Zink: Basis London		
laufend. Monat	181,48–181,67	180,82–181,01
drittfolg. Monat	186,87–187,06	186,19–186,39
Produz.-Preis	184,76	185,36
Reinzinn 99,9%	3602–3638	3619–3655

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18. 5.	17. 5.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	442,44–444,75	440,98–443,29
Blei in Kabeln	113,50–114,50	113,75–114,75
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	18. 5.	17. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	360–372	359–371
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	401	399–401
MS 63	406–409	405–408

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. 1 kg)	17. 5.	16. 5.
	31,74	30,74

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	18. 5.	17. 5.
Leg. 225	311–318	311–318
Leg. 226	314–320	314–320
Leg. 231	350–351	350–351
Leg. 233	356–366	356–366

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	18. 5.	17. 5.
Platin (DM je g)	38,20	36,958
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 400	35 200
Rücknahmepr.	34 800	34 400
Gold (DM je kg Feingold)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 380	35 130
Rücknahmepr.	34 320	34 080
verarbeitet	37 130	36 870
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 100	34 820
Silber		
(DM je kg Feinsilber)		
(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1074,00	1045,60
Rücknahmepr.	1036,40	1009,00
Verarbeitet	1121,60	1091,90

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	18. 5.	17. 5.
10.30	442,15	437,50
15.00	442,75	440,75
Zürich mittags	441,75–442,25	437,25–437,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	105 100	104 700
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	855,35	834,55
3 Monate	876,95	855,35
6 Monate	898,05	876,00
12 Monate	936,00	913,40
Platin (£-Feinunze)		
London	17. 5.	16. 5.
fr. Markt	289,60	285,30
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	89,20	83,45

New Yorker Preise	17. 5.	16. 5.
Gold H & H Ankauf	440,25	438,25
Silber H & H Ankauf	1351,00	1291,00
Platin fr. Händlerpr.	454,00–457,00	454,00–457,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	130,00–132,00	130,00–132,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	1349,00	1304,20
Juni	1354,00	1309,00
Juli	1365,00	1320,00
Sept.	1387,00	1340,00
Dez.	1418,00	1371,00
Jan.	1425,30	1379,30
März	1448,00	1399,50
Umsatz	27 000	23 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	17. 5.	16. 5.
Mai	79,20	79,70
Juni	79,50	79,80
Juli	80,30	80,10
Sept.	81,75	82,10
Dez.	83,60	83,75
Jan.	84,05	84,30
März	85,20	85,25
Umsatz	12 000	10 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	18. 5.	17. 5.
Kasse	941,00–942,00	945,50–947,50
3 Monate	970,50–971,00	974,50–975,00
Blei (£/t) Kasse	275,00–286,25	277,00–278,00
3 Monate	286,00–286,25	288,00–288,50
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1137,0–1137,5	1135,0–1135,5
3 Monate	1166,0–1166,5	1165,0–1165,5
abends Kasse	–	1143,0–1143,5
3 Monate	–	1172,0–1172,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1101,0–1103,0	1105,0–1107,0
3 Monate	1132,5–1133,5	1137,0–1139,0
Zink (£/t) Kasse	471,50–472,00	471,00–473,00
3 Monate	485,50–486,00	486,00–486,50
Zinn (£/t) Kasse	8590–8595	8610–8615
3 Monate	8725–8728	8717–8718
Quecksilber		
$/Fl.)	–	285–300
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	–	88–91

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine langjährige Freundin

Dr. phil. Ingeborg Brandt

Cavaliere della Repubblica Italiana

geb. 12. 3. 1920 – gest. 17. 5. 1983

nach längerem Leiden zu sich zu nehmen.

In tiefer Trauer
Walter Görlitz

Hamburg, 17. Mai 1983

Die Beisetzung findet in aller Stille im engsten Kreise statt.

Wir trauern um

Dr. Ingeborg Brandt

33 Jahre war sie uns Vorbild und Kollegin.
Wir werden ihr Andenken bewahren.

**Redaktion und Verlag
WELT am SONNTAG**

Am 8. Mai 1983 verstarb unser früherer Mitarbeiter Herr

Paul Herbst

geboren am 9. Dezember 1894

Herr Herbst war 30 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1960 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

**Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse**

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 20. Mai 1983, um 13.45 Uhr auf dem Friedhof Ohlsdorf, Halle C, statt.

Theos Tick fürs Tatt

Mln. – Theo ist ein hübscher Name. Einst stand er gar im Fußballtor, heutzutage aber steht er nicht mehr in den Standesamtsregistern. Ob sich das ändern wird? In Hildesheim scheint ein Anfang gemacht. Jedenfalls kann man dort the. o. besuchen. Vielleicht hat der Kapellmeister des Stadttheaters, Theo Buchner, ein bißchen nachgeholfen. Denn „the. o.", muß man wissen, ist eine Studiobühne, die mit vollem Namen „theater oben" heißt.

Die handliche Kurzformel, die griffige Abkürzung hat uns Deutschen schon immer gelegen. Davor machen auch die Theater nicht halt. So firmiert das Frankfurter Theater am Turm schon seit Jahren unter dem Signum TAT, wahlweise als „Tat" oder als „Te Ah Teh" auszusprechen. Das Landestheater Tübingen kommt mit seinem LTT wie ein schneller Theatertriebwagen daher. Und das DT ist kein Dental-Toxikum, sondern schlicht das Deutsche Theater in Göttingen.

In jüngster Zeit häufen sich die Formelfirmen. Ob im Lüneburger T.NT (Treffpunkt Neues Theater) wirklich Sprengstoff vom Grade des TNT gezündet wird, mag man vor Ort entscheiden. Andernorts hält man es weniger mit doppelsinnigen Insignien. Da tritt TiK gegen kik auf, tif gegen tip, TAM gegen TamS.

Also, damit nicht Theaterbesucher versehentlich aufs Turnfest geraten oder Kickerfreunde ins Parkett (wogegen man ja eigentlich nichts haben sollte): TamS ist kein Turn- und Sportverein, sondern das Münchener Theater am Sozialamt und TAM das Theater am Alten Markt in Bielefeld; tip ist das Theater im Pott (in Oberhausen natürlich) und tif das Theater in Freiburg (im Breisgau natürlich); kik, das sind die Kammerspiele in der Kreissparkasse in Kaiserslautern (das ist gar nicht natürlich) und TiK, das ist das Hamburger Thalia in der Kunsthalle.

Wie sehr so manchem Intendanten sein Signet ans Herz gewachsen ist, zeigt sich z. B. daran, daß der aus Freiburg scheidende Manfred Beilharz sein Markenzeichen gleich mit in den Koffer packt; denn das Kasseler Theater erhält mit der kommenden Spielzeit im Ausstellungsgebäude der „documenta" zwei neue Bühnen. Also: tif heißt fortan „Theater im Fridericianum" und nicht etwa „Theater in Fassel".

„Schola Cantorum Basiliensis" feiert Jubiläum

Paul Sachers Dulzian

Ein Konzertbesucher brachte es auf eine bündige, wenn auch sicherlich überspitzte Formel: „Die französischen Ensembles für alte Musik meinen wenigstens nur, sie seien die besten. Bei den englischen Gruppen ist es schlimmer – sie glauben außerdem noch, sie seien die einzigen." Sein Unmut richtete sich gegen ein mit viel Selbstbewußtsein vorgetragenes, stilistisch jedoch eher anfechtbares Konzert des Londoner „Extempore String Ensemble", das innerhalb des kleinen Musikfestes stattfand, mit dem die Basler „Schola Cantorum" jetzt ihr 50jähriges Bestehen feierte. „Natürlich ist London ein wichtiges Zentrum der Pflege alter Musik", rückte Peter Reidemeister, der Leiter der Schola Cantorum, die Verhältnisse wieder zurecht, „aber als Paul Sacher im Jahre 1933 die Schola gründete, war sie zweifellos weltweit das einzige Institut dieser Art."

Daran hat sich im Grunde nichts geändert. Auch heute noch kann das „Lehr- und Forschungsinstitut für alte Musik", seit 1954 mit dem Basler Konservatorium und der dortigen Musikschule zur „Musik-Akademie der Stadt Basel" vereinigt, Einmaligkeit beanspruchen. In keiner anderen Institution können sich Studenten so umfassend, so konzentriert und so systematisch mit alter Musik beschäftigen. Unterrichtet werden in Basel so ziemlich sämtliche alten Instrumente – von der Traversflöte bis zum Dulzian, von der Viola da Gamba bis zum Hammerklavier; außerdem jene theoretischen Fächer, die sich auf die alte Musikpraxis beziehen: historische Satzlehre etwa, Notationskunde oder Generalbaß.

Vor allem aber: Nirgendwo sonst könnten das Lehrpersonal und die etwa 150 Studenten der Schola ihre spieltechnischen Fertigkeiten, ihr musikgeschichtliches Spezialwissen so direkt in die Praxis umsetzen. Obwohl im Instituts-Namen zwar „Lehre und Forschung", nicht aber Konzert- und Platten-Aktivitäten enthalten sind, nimmt die praktische Arbeit in der Schola breiten Raum ein. Der Konzert-Schwerpunkt liegt naturgemäß auf Ausgrabungen. „Es wäre ziemlich sinnlos", erklärt Peter Reidemeister, „wenn wir zum Beispiel ein weiteres Mal Bachs Brandenburgische Konzerte aufführen würden."

Statt dessen gruben Forscher und Praktiker der Schola kürzlich ein mittelalterliches Passionsspiel aus den Carmina burana aus, das seit vielen hundert Jahren nicht mehr aufgeführt worden war. Reidemeister: „Für solche Aufführungen braucht man eben beide Bereiche: die Wissenschaftler, die die Stücke überhaupt erst mal rekonstruieren und einrichten, und die Praktiker, die das alles dann klanglich umsetzen."

Den ersten Schritt in die Öffentlichkeit unternahm die Schola bereits 1934, ein Jahr nach ihrer Gründung. Paul Sacher, geistiger Vater, Initiator und bis 1969 Direktor des Instituts, versprach sich von den Konzerten zusätzliche Einnahmen – schließlich erhielt die Schola als Privatschule in jenen Jahren keinerlei staatliche Unterstützung.

Inzwischen ist die Öffentlichkeitsarbeit aus dem Schola-Programm nicht mehr wegzudenken. Das Institut veröffentlicht eine eigene wissenschaftliche Buchreihe, das „Basler Jahrbuch für historische Musikpraxis", und arbeitet zusammen mit dem Freiburger Schallplattenverlag harmonia mundi an einer Platten-Dokumentation (Serientitel: Schola Cantorum Basiliensis Documenta), die ähnlich wie die Konzerte fast ausschließlich Raritäten vorstellt. Äußeres Zeichen der Anerkennung: Von den 16 Produktionen, die bisher veröffentlicht wurden, erhielten zwölf den Jahrespreis der deutschen Schallplattenkritik.

Inzwischen bekommt man allerdings auch die Schattenseiten dieser Popularität zu spüren: „Es häufen sich die Anfragen von Konzert-Veranstaltern und Dirigenten, die bei uns ein Barock-Orchester mieten wollen – um dann zusammen mit einem stilistisch völlig ungeschulten und viel zu großen Chor etwa ein Bach-Oratorium aufzuführen."

STEPHAN HOFFMANN

Zum Tode von I. Brandt

Hingerissen vom Golf der Poeten



Vermittlerin italienischer Kultur: Ingeborg Brandt (1920–1983) FOTO: DIE WELT

Sie selbst hat kein Aufhebens davon gemacht, aber die Medien verzeichneten es gebührend, als Ingeborg Brandt im Sommer 1965 eine doppelte Ehrung in Italien entgegennahm: den Internationalen Preis „Riviera della Spezia" und „Il Dattero d'Oro". Die Feuilleton-Redakteurin der „Welt am Sonntag", die jetzt unvermutet im Alter von 63 Jahren in Hamburg gestorben ist, hatte sich damals gegen hochqualifizierte Konkurrenz durchzusetzen. Aus drei Sprachbereichen, dem deutschen, französischen und englischen, lagen der Jury schriftstellerische Arbeiten vor, die sich mit dem literaturträchtigen „Golf der Poeten" an der Bucht von La Spezia beschäftigten.

Die Wahl fiel auf Ingeborg Brandt, weil sie wie kein anderer der Autoren mit fundiertem Wissen und Einfühlsamkeit in die Psyche der Akteure zu schildern verstand, was sich im frühen 19. Jahrhundert in jener berühmten Villa Diodati abspielte, wo Shelley und Byron Residenz genommen hatten und wo Mary Wollstonecraft, die zweite Frau Shelleys, an einem stürmischen Abend aus ihrem eben entstandenen „Frankenstein"-Manuskript las, das seitdem zu einem Dauerbrenner des Films geworden ist.

Ingeborg Brandt hatte das Selbstrühmen nicht nötig. Sie war eine Femme des lettres, mit den Sprachkenntnissen der studierten Romanistin (sie promovierte über Paul Valéry) ebenso im südeuropäischen Raum zu Hause wie in Angelsachsen, dem vielleicht mehr ihr Verstand als ihr Herz gehörte.

Zu ihren bleibenden Verdiensten wird gehören, daß sie moderne italienische Literatur nach Deutschland vermittelte. Ohne sie wäre zum Beispiel Goffredo Parise bei uns nicht denkbar. Sie hat ihn nicht nur übersetzt, sie hat ihn betreut und begleitet.

Als Kollegin war sie generös. Sie nahm sich Zeit für junge „Newcomer" in der Redaktion. Sie reichte ihre Erfahrung weiter. Und sie arbeitete auch dann noch unter Mühen weiter, als ihre schwindende Gesundheit es eigentlich nicht mehr erlaubte.

Die Gedenkmedaille, die ihr 1961 aus Anlaß der einhundertjährigen Einheit Italiens verliehen worden war, trug sie selten zur Schau. Sie war gar nicht darüber erhaben, aus ihrem „Ressortzimmer" an die Schreibtische von Volontären zu gehen, wenn sie dort Auskunft erhoffte. Immer alert, immer überall ihr Wissen bereichernd. Und immer eine Dame von Welt.

ALFRED STARKMANN

Wer allzu viel will, erreicht wenig – Anmerkungen zu den Marburger Feiern der Hl. Elisabeth

Auf Wunder sollte man lieber verzichten

Es sieht zunächst kolossal aus; und das darf man auf keinen Fall verkleinern –, zunächst. Vor zwei Jahren fand in Marburg zum 750. Todestag der heiligen Elisabeth eine Ausstellung statt, die von einem gewichtigen wissenschaftlichen Dokumentarwerk begleitet war. Jetzt haben sich Stadt und Universität, Hessen und beide Kirchen zusammengetan und siebenhundert Jahre nach Einweihung der Elisabethkirche ganze sieben Ausstellungen auf einmal aufgebaut; im Schloß, im Universitätsmuseum für bildende Kunst, im Hessischen Staatsarchiv und in der Universitätsbibliothek. Der achtbändige Katalog ist kein Abklatsch der Arbeiten von 1981.

Da gibt es natürlich einen Führer durch die Kirche selbst, dann eine Dokumentation „Elisabethkirche – Architektur in der Geschichte" mit gut belegten Beispielen der architektonischen Wirkung des Bauwerks bis ins neunzehnte Jahrhundert. Eine weitere Abteilung untersucht „Kult, Kirche, Konfessionen", da Elisabeths totale Hingabe an die Notleidenden sozusagen eine überkonfessionelle Heilige aus ihr macht.

Wieder eine andere Ausstellung zeigt „Elisabeth in der Kunst". Dort findet man einige bedeutende Werke, z. B. von Adam Elsheimer eine 27 mal 19,5 cm große Tafel „Die heilige Elisabeth bei der Krankenpflege", entliehen aus dem Londoner Wellcome Institute for the History of Medicine. Vieles in dieser Ausstellung mußte durch Fotografien belegt werden, und auch die Kirchenfenster aus Münnerstadt mit Elisabeths Werken der Nächstenliebe sind in täuschend ähnlichen maßstabgerechten Farbdias vorhanden. Das vom Universitätsinstitut für Kirchenbau und kirchliche Kunst im Auftrag der evangelischen Kirche veranstaltete Preisausschreiben „Elisabeth aus der Sicht junger Künstler" (unter 35) hat leider keine überzeugenden Ergebnisse hervorgelockt. Eine Arbeit von Dieter Kurt Keller, eine sparsame Grafik mit der Andeutung eines Gesichts auf dem Grundriß der Kirche, hätte eher als andere einen Preis verdient.

Da der Deutsche Orden die Kirche erbaut und Kult und Wallfahrtsbetrieb in seine Obhut genommen hat, findet sich auch eine eigene Abteilung „Der Deutsche Orden in Hessen" mit teils unbekanntem Material. Und da es sich um eine ungarische Königstochter handelt, die hessische Landgräfin geworden war, bedurfte es auch einer eigenen Monografie und Ausstellung „Elisabeth in Hessen".

Wie man sieht, ist das Jubiläum des Kirchenbauwerks nun doch wieder zu einer eindrucksvollen umfassenden Dokumentation geworden, die sich mit möglichst allen Aspekten der Person und Zeit beschäftigt. Sogar das „Hospital im späten Mittelalter" erhält eine eigene Behandlung, da Elisabeth sich im Krankendienst verzehrt hat. Das alles ist, wie gesagt, reich mit Originalwerken und Urkunden, mit Fotos, Abgüssen und Dias belegt, ist sehenswert, und die wissenschaftlichen Arbeiten sind lesenswert, daran kann es keinen Zweifel geben. Und doch hat das Ganze einen Haken.



„Die Hl. Elisabeth speist einen Kranken", Glasfenster um 1320, aus der Marburger Ausstellung FOTO: KATALOG

Hätte man sich dem Anlaß entsprechend damit begnügt, eine Ausstellung über die Elisabethkirche zu veranstalten, dann gäbe es jetzt vielleicht eine großartige Monografie, die weit über den vorliegenden Kirchenführer hinausgewachsen wäre. Das Publikum hätte „sehen" gelernt, daß diese Kirche, neben der Trierer Liebfrauenkirche die erste rein gotische Kirche in Deutschland, eine sehr kühle Außenkonstruktion ist, im Innern aber eine schlank und rein aufstrebende Mittelhalle und zwei ebenso hohe (!), aber schmälere Seitenschiffe hat, die das Gemüt des Eintretenden rätselhaft „erheben". Das Publikum hätte begreifen gelernt, daß dieses früheste Dokument, wie es so oft in der Kunst geschieht, auch schon ein kaum zu übertreffender Höhepunkt ist. Mit anderen Worten: Marburg hätte dem uneingeweihten Publikum und den jüngeren Generationen, die ja stets eine erste Initiation brauchen, dieses einzigartige künstlerische Juwel zum Bewußtsein bringen können. Und das wäre ein reiner Triumph geworden.

Aber man wollte „mehr", und so hat man das ganze Umfeld der „Heiligen" ausgebreitet. Das aber ist angesichts der riesigen, kontroversen Literatur gar nicht möglich. Die Frage, was für eine Heilige denn diese Elisabeth war, ist und bleibt strittig, auch unter Berücksichtigung der damaligen Theologie. Einerseits sind die Beginen, jene klösterlich organisierten, aber ohne Gelübde dienenden Frauen aus höheren Schichten, ein Stichwort für die zeitgenössische Haltung Elisabeths, und das Außerordentliche besteht nur darin, daß sie eine regierende Fürstin war.

Anderseits war ihr Heiligkeitsstreben, das bis zur blutigen Kasteiung und Selbstkasteiung ging, den Zeitgenossen zwar verständlich, aber auch erschreckend. Sie gab nach dem Tod ihres Mannes ihre drei Kinder weg, darunter einen Säugling, baute mit ihrem Erbe ein Hospital in Marburg, leistete als Krankenschwester niederste Dienste und ließ sich von ihrem Seelenführer Konrad von Marburg in grausamster Strenge „führen". Mit 21 begann sie dieses freiwillige Martyrium, mit 24 war sie tot.

Ich sagte Heiligkeits-„Bestreben". Elisabeth gehörte zu jenen Menschen, die unter geistlicher Führung eine Lebensweise wählten, die mit einiger Wahrscheinlichkeit zur Heiligsprechung führte. Dazu gehörten Gelübde, aufopfernde Dienste und Mißhandlung der eigenen Person. Diese Werke-Aufrechnung war auch in der damaligen ernsten Theologie, auch wenn derartiges noch so populär war, unevangelisch. Ein Blick auf das Leben Jesu genügt, um zu sehen, daß es in erster Linie um bedingungslosen Glauben geht, aus dem die Offenheit für den Nächsten von selbst hervorgeht. Von olympiareifen Heiligungsübungen sprach er nie, im Gegenteil, es genügte, daß eine Hure plötzlich erkannte: Dieser ist mein Heil, und schon sagte er: dein Glaube hat dich gerettet.

Während des Heiligsprechungsprozesses fiel das Wort: Auf zweifelhafte Wunder kommt es weniger an als auf ein heiligmäßiges Leben. Das war ja nicht nur das Jahrhundert der humiliatenhaften Exaltierten, es war auch das Jahrhundert des Thomas von Aquin. Es ist nicht anachronistisch zu sagen, Elisabeth, sei ein Opfer zeitgenössischer unevangelischer Exaltiertheiten gewesen.

Zweitens: Magister Konrad, ihr Seelenführer, war ein asketisch lebender Ketzerrichter. Er hat Scharen von Menschen auf den Scheiterhaufen gebracht und ihnen für den Fall, daß sie unschuldig stürben, die Märtyrerkrone versprochen. Er wußte also, daß Aussagen unter der Folter zweideutig bis falsch waren. Und wenn da ein Rechtshistoriker schreibt, die Zeitgenossen hätten nicht ahnen können, daß aus der Inquisition das moderne Strafrechtsverfahren (wo das Gericht von sich aus tätig wird) hervorgegangen sei, so wollen wir über solche Scherze lachen und bisher lieber dem Jubel Verständnis zollen, den einfache Leute und Prälaten äußerten, als Magister Konrad erschlagen wurde.

Daß die arme Elisabeth nicht zu bewundern, sondern zu bedauern ist, wird vermutlich niemals in einer Ausstellung dokumentiert. Daher sollte es hier einmal notiert werden (bis 31. Juli; Katalog-Kassette 35 Mark).

RUDOLF KRÄMER-BADONI

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Communio"

Die Rückkehr der Helden

Die „Internationale Katholische Zeitschrift Communio" (Köln 50, Moselstraße 34) ist eine Zweimonatsschrift, für die es Schwesterzeitschriften des gleichen Namens in Mailand, Zagreb, Washington, Paris, Gent, Madrid, Posen, Rio und Santiago gibt. Linkskatholiken haben deshalb von einem „Kartell der Integristen" gesprochen. Das ist jedoch arg übertrieben.

Eine Zeitschrift, die bei uns von Theologen wie Karl Lehmann und Balthasar, von Laien wie Hans Maier und Otto Roegele herausgegeben wird, nimmt im breiten Meinungsspektrum der katholischen Kirche ungefähr eine Position ein, welche innerhalb der Politik derjenigen der Liberalkonservativen vergleichbar wäre. Für die Integristen auf der kirchlichen Rechten zählt „Communio" schon zu den „Verwässerern" des wahren katholischen Glaubens.

Für denjenigen, der außerhalb dieser Zwistigkeiten steht, ist „Communio" vor allem durch den nichttheologischen Teil interessant, der meist die Hälfte der 60 Seiten starken Hefte ausmacht. Insbesondere über Literatur kann man dort immer wieder Untersuchungen finden, die ohne Rücksicht auf die Tagesmoden erarbeitet sind.

Aus diesem Bereich springt im Heft 3 dieses Jahres vor allem der Aufsatz „Die Wiedererweckung des Helden" ins Auge, der von Paul Diwo, einem Studiendirektor des Jahrganges 1922, geschrieben ist. Es ist gut, wenn ein so tabuisiertes Thema in einer katholischen Zeitschrift angepackt wird – allzu primitive, mit der Vokabel „Held" verbundene Assoziationen sind damit von vornherein ausgeschaltet. Ärgernisse findet der unsere gewohnten Literaturdebatten verfolgende Zeitgenosse noch in Hülle und Fülle in dem Aufsatz.

Das fängt an bei der Kunstauffassung Diwos. Er ist der höchst unzeitgemäßen Auffassung, daß Kunst dazu da sei, dem Menschen die Welt (wenn auch auf besondere Art) zu erschließen. Bei der Erzählkunst – um sie geht es bei Diwo – setzt dies voraus, daß eine Handlung da sein muß, dann ein Held, der stellvertretend für den Leser den Vorstoß in die Wirklichkeit unternimmt, und drittens als Ergebnis dieses Vorstoßes eine „Weltdeutung". Diwo weiß, daß diese Dreiheit in der Moderne seit Joyce und Proust gesprengt ist und durch die aufsplitternden Mittel des Schocks, der Groteske, der Verfremdung und der Wirklichkeitsverzerrung ersetzt wurde. Die gewaltige Aufblähung der Trivialliteratur (die ohne „Helden" ja gar nicht auskommt) sei jedoch ein Zeichen dafür, daß im Menschen nach wie vor ein heftiges Bedürfnis nach jener klassischen Dreiheit vorhanden sei. Und es ist anzunehmen, daß der Studiendirektor gerade von seinen Erfahrungen mit Schülern her zu seiner Schlußfolgerung kommt, daß es arge kulturelle Folgen haben werde, wenn dieses legitime Bedürfnis noch auf kurze Zeit hinaus nicht durch die zeitgenössische Dichtung gestillt werden könne. Daß er sich dabei nicht bloß auf „Konservative" wie Doderer, sondern auch auf einen Andersch stützt, sollte nachdenklich stimmen.

ANTON MADLER

Rauschnings Hitler-Gespräche – eine Fälschung

Wenn Jünger souffliert

In jeder Hitler-Biographie von Rang werden sie zitiert, und die meisten westdeutschen Historiker schätzen sie als Geschichtsquelle: „Die Gespräche mit Hitler", die der ehemalige NS-Senatspräsident von Danzig und langjährige Vorkämpfer des deutschen Volkstums im Osten, Dr. Hermann Rauschning, nach seinem Bruch mit dem Nationalsozialismus und dem Übertritt zu den Alliierten 1939/40 in Frankreich veröffentlichte.

Nun scheint sich herauszustellen, daß dieses „zeithistorische Kronzeugnis" für die angeblichen Langzeitplanungen Hitlers nichts weiter ist als ein erster erfolgreicher Beitrag zur psychologischen Kriegsführung der Franzosen und Anglo-Amerikaner zu Beginn des Zweiten Weltkriegs. Dies wies der Schweizer Geschichtsforscher Wolfgang Hänel auf der diesjährigen Frühjahrstagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) am vergangenen Wochenende nach. Dank jahrelanger Recherchen, Textvergleichen und Befragungen von Zeitzeugen kam er zu dem Ergebnis, daß diese „Gespräche mit Hitler" nicht nur in ihrem Informationswert weit überschätzt werden, sondern so gut wie gar keine Zeugniskraft haben und letztlich einer raffinierten Geschichtsfälschung gleichkommen.

Wie der ZFI-Referent auf dem Ingolstädter Symposium darlegte, resultierten sie keineswegs aus den Gedächtnisprotokollen von „rund hundert Unterredungen" mit dem Diktator, bei denen dieser seinem Gesprächspartner angeblich seine geheimsten Zukunftspläne anvertraute, sondern waren in Wirklichkeit nur wichtigtuerische Aufbauschungen dürftiger Erinnerungsfetzen an höchstens vier oder fünf Begegnungen mit Hitler. Und auch bei diesen Zusammenkünften sprach Hermann Rauschning keineswegs längere Zeit oder unter vier Augen mit dem braunen Führer, sondern befand sich jedesmal nur in der Begleitung höherrangiger Hitler-Besucher in Berlin oder auf dem Obersalzberg, so daß er gar nicht die Gelegenheit hatte, exklusive Eröffnungen aus dem Munde Hitlers zu erfahren, wie er es später in seinem Buche vorgab.

Vielmehr schrieb Hermann Rauschning „Die Gespräche mit Hitler" als Auftragsarbeit rühriger französischer Journalisten und amerikanischer Verleger, die sie damals als werbewirksamen Gag im Propagandakrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland einzusetzen gedachten. Das höchste bislang in Frankreich für ein politisches Buch ausgeworfene Honorar kam dem in wirtschaftlichen Nöten befindlichen Emigranten Rauschning zudem noch überaus gelegen und erhöhte seine Bereitschaft, die von ihm erwarteten Aussagen niederzuschreiben und diese dann noch in der französischen Übersetzung absichtlich übertreiben zu lassen: etwa aus dem Hitler 1932 zugeschriebenen Satz „Den Krieg führe ich" die französische Formulierung „La guerre – c'est moi!" abwandeln zu lassen, obgleich schon die deutsche „Urfassung" alles andere als authentisch ist.

So entstand im Jahre 1940 die französische Version der „Gespräche mit Hitler" unter dem Titel „Hitler m'a dit" („Hitler hat mir gesagt"). Dabei griffen Rauschning & Co. außer auf die mageren Erinnerungsnotizen über tatsächlich stattgefundene Unterredungen mit Hitler, die aber nach den Forschungen Wolfgang Hänels nicht einmal drei Buchseiten, geschweige ein einziges Kapitel gefüllt hätten, einfach auf frühere Rauschning-Veröffentlichungen zurück und formulierten die dort getroffenen Aussagen schlankweg zu Hitler-Äußerungen um. Mit Vorzug legten sie Zitate aus Rauschnings Arbeit „Die Revolution des Nihilismus" Hitler als authentische Redewendungen in den Mund oder unterschoben ihm auch bedenkenlos Worte Jüngers oder Nietzsches, wie Wolfgang Hänel anhand zahlreicher Textstellen und Gegenüberstellungen deutlich machen konnte. Ähnlich wie die „Hitler-Tagebücher"-Fälscher nahm Rauschning in seine „Gespräche" auch Aussagen auf, die sich erst in späteren Hitler-Reden finden, also vor 1935 – dem Fluchtjahr Rauschnings – in den angeführten Wendungen noch gar nicht möglich gewesen sind und auch vom Inhalt her nicht vorstellbar waren.

Über diese Selbstplagiate und zeitlichen Unstimmigkeiten hinaus stellte der ZFI-Referent auch gravierende Unterschiede zwischen den von Rauschning geschilderten Umständen und den tatsächlich belegten Situationen, wie etwa bei einer Besprechung im März 1933 über den Reichstagsbrand in Berlin, fest und erschütterte auch von der geschichtlich-faktischen Seite her die Glaubwürdigkeit dieser „Gespräche". So bleiben von ihnen letztlich nur noch zunehmend mehr Zweifel als historiographisch verwertbare Zeugnisse übrig.

ANDREAS WILD

KULTURNOTIZEN

Papst Johannes Paul II. wird am 21. Mai als erster Papst in der Geschichte die Mailänder Scala besuchen; Riccardo Muti dirigiert Verdis Requiem und Stabat Mater.

André Weiss aus Hagen gewann den zweiten, der Amerikaner C. T. Zerbe den ersten Preis beim Budapester Dirigenten-Wettbewerb.

Die Maler Ulrich Hachulla und *Heidrun Hegewald sowie der* Schauspieler Jörg Gudzuhn erhielten den diesjährigen Kunstpreis der „DDR".

„Englisch" – Formen und Funktionen einer Weltsprache ist Thema einer Ausstellung der Universitätsbibliothek Bamberg (bis Ende Juni, Katalog 15 Mark).

Der Autor Hans Joachim Fröhlich erhält das diesjährige Niedersächsische Künstlerstipendium.

Das „Österreichische Streichquartett" gewann den ersten Preis beim Wettbewerb von Evian.

Maurizio Pollini dirigiert die Oper „La Donna del Lago" zur Eröffnung des diesjährigen Rossini-Festivals von Pesaro (9. 8. bis 15. 9.).

In D'Annunzios Villa „La Versiliana" bei Lucca findet vom 12. 7. bis 24. 8. ein Festival für Tanz und Theater statt.

Zur Weltbiennale der Architekten „Interarch '83" lädt der Architektenverband Bulgarien vom 6. bis 12. Juni nach Sofia ein.

JOURNAL

Die nächste Saison der Deutschen Oper Berlin

gtl. **Berlin**

Die Deutsche Oper Berlin zeigt in der kommenden Spielzeit Bernd Alois Zimmermanns „Die Soldaten" (Dirigent: Lothar Zagrosek/Regie: Hans Neuenfels), Offenbachs „Orpheus in der Unterwelt" (Jesus Lopez Cobos/Götz Friedrich), Beethovens „Fidelio" (David Barenboim/Jean-Pierre Ponnelle), Debussys „Pelléas und Mélisande" (Lopez Cobos/Friedrich), und Verdis „Simone Boccanegra" (Giuseppe Sinopoli/Peter Wood). Im Rahmen der Schwetzinger Festspiele 1984 wird Rudolf Kelterborns „Ophelia" (Tamayo/Moshinsky) uraufgeführt. Valery Panov choreographiert ein Ballett um Wagners Tod in Venedig. Weitere Tanzprojekte basieren auf Mérimées „Carmen" und „Professor Unrat" von Heinrich Mann.

Konzerte mit Neuer Musik in Paris

AFP, **Paris**

Uraufführungen zeitgenössischer Kompositionen stehen im Mai in Paris auf dem Programm. Marius Constant dirigiert das Orchester der Pariser Oper am 25. Mai bei der Premiere seiner „Pelléas et Mélisande-Symphonie" mit der er „in einer einzigen Bewegung" Debussys Oper umspannen und auf einer anderen Ebene realisieren will, „ohne das Wesentliche zu verändern". Eine weitere Neuheit ist „Nebenspiel", wie der Pianist des Ensemble Intercontemporain, der Rumäne Christian Petrescu, seine Kantate für eine Stimme und fünf Instrumente nennt, die heute im Pariser Kulturzentrum Pompidou Premiere hat. Zwei weitere Uraufführungen: „Jardin Baroque" von Etienne Rolin und „Dans le tumulte des flots II" von Jacques Lenot.

Europa-Verband katholischer Buchhändler

dpa, **Bamberg**

Die katholischen Buchhändler der Bundesrepublik, Österreichs und der Schweiz wollen ihre Zusammenarbeit auf europäischer Ebene fortsetzen und intensivieren. Die Hauptversammlung des Verbandes katholischer Verleger und Buchhändler beschloß in Bamberg, das Sekretariat des Drei-Länder-Ausschusses mit der organisatorischen Vorarbeit für die Gründung eines internationalen Verbandes zu beauftragen. Im deutschsprachigen Raum funktioniere die Zusammenarbeit bereits seit 24 Jahren.

Zick-Ausstellung jetzt auf Schloß „Ludwigshöhe"

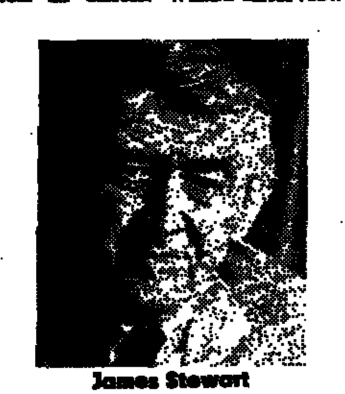
epl. **Edenkoben**

Januarius Zick, in München geboren, hat die längste und wichtigste Zeit seines Lebens in Koblenz als kurtrierischer Hofmaler verbracht; sein Wirken, wie das seines Vaters Johann Zick, ist mit allen Landesteilen von Rheinland-Pfalz verbunden. Folgerichtig wird die Münchner Zick-Ausstellung (s. WELT v. 13. 13. 82) jetzt in Rheinland-Pfalz auf Schloß „Villa Ludwigshöhe" bei Edenkoben gezeigt. Gegenüber München wurde sie um eine Reihe von Werken erweitert (bis 23. 5. 83; Katalog 12 Mark)

James Stewart 75

DW. **Los Angeles**

„Die große Chance des Kinos liegt darin, daß es den Menschen wieder hilft, mehr Freude am Leben zu empfinden. Die Krise des Kinos ist vor allem deshalb entstanden, weil zuviel lebensverneinende, negative, auch brutale und gemeine Filme gedreht worden sind" – das sagte der amerikanische Filmschauspieler James Stewart, der morgen seinen 75. Geburtstag feiert, vor wenigen Monaten in einem WELT-Interview.



James Stewart

Stewart ist an dieser Krise gewiß ganz unschuldig: Seine Leinwandhelden, ob Westerntypen oder Offiziere, Gentlemen oder Provinzler, verkörpern stets auf sympathisch-ungezwungene Art das Gute im Menschen. Er war ein Idol des Kinos – und scheint es mit seinen alten Filmen für die junge Generation wieder zu werden. In den letzten Jahren kaum noch aktiv, plant er jetzt einen Fernsehfilm zusammen mit Bette Davis.

A. Fabre-Luce †

AFP, **Paris**

Im Alter von 84 Jahren ist in Paris der französische Journalist und Schriftsteller Alfred Fabre-Luce gestorben. Fabre-Luce begann nach einem Debüt als Diplomat in den zwanziger Jahren seine publizistische Karriere. Der Autor schrieb für mehrere Presseorgane und gründete 1936 eine eigene Wochenzeitschrift „L'Assaut". Daneben befaßte sich der Essayist mit Sprachforschung und schrieb Biographien, z. B. über Benjamin Constant und Talleyrand.

Der Plan der Bahn geriet aufs Abstellgleis

Bau des Münchner Rangierbahnhofs verzögert sich weiter

PETER SCHMALZ, München

Die Bundesbahn ist mit ihrem Münchner Rangierbahnhof auf dem Richtertisch entgleist. Nach mehr als 40jähriger Planung hat jetzt das Münchner Verwaltungsgericht einer Klage der Stadt München stattgegeben und den Planfeststellungsbeschluß für das Projekt Allach im Norden der bayerischen Landeshauptstadt wegen gravierender Formfehler gestoppt. Der Beschluß ist nach Ansicht des Gerichts „durch eine sachlich unzuständige Behörde" getroffen worden. Der Bau des Rangierbahnhofs, der von der Bahn und der süddeutschen Wirtschaft als vordringlich angesehen wird, ist vorerst um weitere Jahre verzögert.

Schuld daran ist nach Meinung der Münchner Rathaus-Parteien die Sturheit der Bahn, auf einer veralteten Planung zu beharren und keine Alternativen ernsthaft zu prüfen. Als die Bahn 1939 300 Hektar Grund für das schon damals geplante Projekt kaufte, lag das Gelände noch weit außerhalb der Stadt. Eine Bahnlinie wurde gebaut, die alle elf von München ausgehenden Eisenbahnstrecken verbindet, aber der eigentliche Rangierbahnhof wurde immer wieder aufs Wartegleis gestellt.

Inzwischen aber dehnte sich die Stadt aus. Das Olympische Dorf wurde in unmittelbarer Nachbarschaft des Brachlandes hochgezogen. Die neuen Anwohner wehrten sich mit dem Hinweis auf den Lärmschutz gegen das auf rund 700 Millionen Mark geplante Schienenmonster in ihrer Nachbarschaft und fanden im Rathaus lautstarke Unterstützung. Gewiß denkt Münchens Oberbürgermeister Erich Kiesl (CSU) bei seinem Veto gegen den Bahnhof an die zu erwartende Umweltbelastung, aber er hat als Oberhaupt einer Stadt, die wie keine andere Großstadt unter Platzmangel leidet, auch ein begehrliches Auge auf das unbebaute Bahngelände geworfen. 6000 Wohnungen und Betriebsräume für 4500 Arbeitsplätze könnten auf dem Gelände errichtet werden.

Außerdem wurde auch längst ein Alternativ-Standort gefunden: ein wenig weiter westlich an der sogenannten Eschenrieder Spange. Nur 6000 Menschen wohnen hier im Umkreis von 1000 Metern, während es in Allach 40 000 sind. Doch die Bundesbahn beharrte auf ihrer Planung und fühlte sich am längeren Hebel: Aus dem Bundesbahngesetz leitete die Münchner Direktion für sich die Möglichkeit ab, als Bauherr sich selbst den Planfeststellungsbeschluß zu genehmigen.

Das wäre, so die Münchner Verwaltungsrichter, auch rechtens, würde es sich bei dem Rangierbahnhof nur um ein Schienenwerk handeln. Da aber die Gleise von zahlreichen Straßen überquert werden müssen, sei hier das Eisenbahnkreuzungsgesetz anzuwenden. Das bedeutet die Planfeststellung wäre Sache des Bundesverkehrsministers gewesen.

Oberbürgermeister Kiesl sieht sich nun in seiner schon vor 18 Monaten geäußerten Meinung bestätigt. Die Bahn, so hatte er prophezeit, werde auf die Nase fallen und wäre gut beraten, mit der Stadt gemeinsam an einem Alternativstandort zu planen. Jetzt hofft Kiesl auf ein Umdenken bei der Bahn: „Wir sind ja nicht gegen den Rangierbahnhof, sondern gegen den Standort."

Daß der Rangierbahnhof völlig überflüssig wird, hofft dagegen der Münchner Rechtsanwalt Hans-Christian Kopf, der nach dem Prozeß-Erfolg der Stadt nun Klage für 300 Anwohner eingereicht hat. Bis die Bahn, wie angekündigt, so Kopf, durch alle Instanzen gegangen ist und ein neues Planverfahren über die Bühne gebracht hat, würden gut zehn Jahre vergehen. Dann aber interessiere sich auch die Bahn nicht mehr für diese veraltete Verkehrstechnik. Kopf: „Die Zukunft gehört dem Containersystem." Und dafür braucht's keinen Rangierbahnhof dieser Größe.



Lückenfüller

In Frankfurt fotografiert von POLY PRESS

Frankfurts „Dreieck" für moderne Kunst

dg. Frankfurt

Frankfurt wird immer mehr zum Zentrum des Architekturgeschehens in der Bundesrepublik Deutschland. Die Stadt mit den meisten Hochhäusern und den aufsehenerregendsten Rekonstruktionen alter, im Krieg zerstörter Gebäude (Alte Oper, Fachwerkhäuser am Römerberg) wird bald auch die Stadt mit den unkonventionellsten Museumsbauten sein. Das neueste Museum ist das mit dem schwierigsten Grundriß: einem spitzen Dreieck nahe dem Kaiserdom und der Paulskirche, an der stark befahrenen Berliner Straße. Als Wettbewerbssieger unter 98 Teilnehmern wurde gestern der Österreicher Hans Hollein bekanntgegeben, ein unorthodoxer Mann, der mit seinem Museumsneubau in Mönchengladbach gerade erst die Aufmerksamkeit der internationalen Architektenelite auf sich gezogen hat. Der Frankfurter Bau liegt wie ein Fächer exakt im Straßengrundriß und korrespondiert mit den Nachbargebäuden: roter Sandsteinsockel, Arkaden, darüber hohe weiße Putzwände, gläserne Dächer, Glaskanzeln, die sich aus der Fassade wölben. 35 Millionen Mark soll das Museum kosten, mit dem sich Frankfurt künftig auch in die internationale Szene der modernen Kunst einschalten will.

Falschgeld sichergestellt

AP, München

Eine Druckerei, in der falsche 20-US-Dollar-Noten hergestellt wurden, ist in München ausgehoben worden. Zwei Italiener, 63 und 41 Jahre alt, und zwei Deutsche im Alter von 39 und 40 Jahren wurden verhaftet. Die Polizei stellte falsche Dollarnoten im Nennwert von 19 620 US-Dollar, rund 50 000 Mark, sicher.

Selbstmord an der Mauer

AP, Berlin

In vermutlich selbstmörderischer Absicht ist in der Nacht zu gestern ein Mann mit seinem Personenwagen von West-Berlin aus gegen die Mauer gerast. Der Wagen stand sofort in Flammen, und der Fahrer verbrannte.

Tödliches Virus entdeckt?

rtr, Paris

Im französischen Pasteur-Institut ist ein Virus isoliert worden, das möglicherweise mit der sogenannten Homosexuellen-Krankheit AIDS in Verbindung steht. Bei dieser Krankheit kommt es zu einem plötzlich auftretenden Mangel an körpereigenen Abwehrkräften.

Klage gegen Mannesmann

AP, Basel

Das Baseler Chemieunternehmen Hoffmann-La Roche bereitet im Zusammenhang mit den verschwundenen Seveso-Giftfässern eine Klage gegen die Firma Mannesmann vor, die mit dem Abtransport und der Entsorgung der 41 Dioxin-Fässer beauftragt war. Mannesmann soll seine im Vertrag zugesicherte Informationspflicht gegenüber den Behörden verletzt haben.

Ein Hauch von Raumfahrt in Köln-Wahn

K. T. Bonn

Was bisher nur über deutsche Bildschirme flimmerte, ist nun lebensgroß im Anmarsch. Morgen um 16.00 Uhr landet auf dem Köln-Bonner Flughafen Wahn der Space-Shuttle „Enterprise" huckepack auf einer Boeing 747 der Nasa. Bei schönem Wetter wird der Raumgleiter in 600 bis 1000 Meter Höhe eine Ehrenrunde im Raum Köln–Bonn–Remagen ziehen.

Es ist das erste Mal, daß eine Raumfähre außerhalb der USA zu sehen ist. Für Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) ein Beweis für die enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumfahrt mit den Amerikanern. Dienstag früh macht sich das Gespann dann auf den Weg zur Pariser Luftfahrtschau.

Für das Pfingstwochenende von Samstag bis Montag ist der amerikanische Gast – allerdings nur von außen – von 8.00 bis 18.00 Uhr zur allgemeinen Besichtigung freigegeben. Die Flughafendirektion rechnet mit mindestens 150 000 Besuchern, also wenigstens 50 000 pro Tag. Ein Teil des Flughafens, der Flugsteig C, ist für den Shuttle abgesperrt. Passagiere müssen mit Verkehrsstockungen rund um das Flughafengelände rechnen. Kölner Besuchern steht alle zehn Minuten ein kostenloser Zubringer vom Messeparkplatz P 30 und vom Parkplatz Wahner Heide zur Verfügung.

Die „Enterprise" selbst ist niemals im Weltraum gewesen. Auf dem Prototyp der Raumgleiter wurden die Astronauten lediglich ausgebildet. Ihr Transfer vom Edward-Airbaze bei Los Angeles bis zum Ziel Köln-Wahn begann Montag und dauert volle fünf Tage. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei 500 Kilometern pro Stunden, die Reichweite bei 3800 Kilometern. So muß das Gespann bei der Reise über den großen Teich fünf Pausen einlegen.

Ein Beben erschütterte Londons erste Adressen

Hygienekommission fand üble Zustände in Nobelrestaurants

HELMUT VOSS, London

Von einer Serie von gastronomischen Beben sind während der letzten Wochen drei Bastionen der feinen englischen Lebensart in Londons berühmtestem Stadtteil Westminster erschüttert worden. Mit einer großangelegten Hygienekampagne hat der Stadtrat von Westminster, wo sich neben königlichen Palästen und dem Parlament auch alle größeren Klubs, Hotels und Theater der britischen Hauptstadt befinden, auch einmal bekanntere Institutionen unter die Lupe nehmen lassen. Das Ergebnis ist alles andere als appetitanregend.

Das erste Beben erfaßte einen der vornehmsten Londoner Klubs, den über 200 Jahre alten „Brooks's" in der St. James's Street. Bei einer Inspektion der Küche des Klubs, der stolz 13 ehemalige Premierminister zu seinen Mitgliedern zählt und Damen auch heute nur als Dinnergästen Zutritt gewährt, stießen Abgesandte des „Westminster Council" nicht nur auf Kakerlaken, sondern auch tausendfach auf das, was Mäuse als Endprodukt der Nahrungsverarbeitung von sich geben. Erschauernd beschrieben sie schmutzige und schmierige Borde, Wände, Öfen, Eisschränke und Küchengeräte. Während die Klubleitung noch betreten nach Entschuldigungen suchte – ein Verfahren wegen mehrer Verstöße gegen die Hygiene-Bestimmungen läuft noch – machten sich britische Karikaturisten mit Wonne über den Skandal her.

Der Stoff dürfte ihnen so schnell nicht ausgehen. Nach „Brooks's" war die Reihe an dem auch bei deutschen Touristen geschätzten, ehrwürdigen Bristol Hotel am Norfolk Square. Auch hier, wo noch vor kurzem Königin Elizabeth an einem Dinner im Restaurant teilgenommen hatte, ergab eine Kücheninspektion Mäusedreck, Kakerlaken und fettverschmierte Wände, Decken und Fußböden.

Geradezu ins Epizentrum des Bebens geriet jetzt sogar das legendenumwobene „Café Royal" in der Regent Street, eine der wenigen kulinarischen Enklaven in einem Land, in dessen Sprache es weder ein Wort für „Feinschmecker" noch die Aufforderung „guten Appetit" gibt. Das 1865 von einem nach London geflüchteten, royalistischen Pariser Weinhändler gegründete Nobelrestaurant war viele Jahre lang der Treffpunkt von Literaten und Lebemännern an der Themse. Oscar Wilde leitete hier, rosa Sekt nippend, seinen Stammtisch. Auch Edgar Wallace, Dylan Thomas, Evelyn Waugh, Charles Dickens und George Bernard Shaw waren zu ihrer Zeit Stammgäste in dem mit allem Plüsch der viktorianischen Ära geschmückten Restaurant.

Die ganz große Zeit des heute der Restaurant- und Hotelkette „Trusthouse Forte" gehörenden „Café Royal" ist zwar vorbei, aber immer noch kann sich das Restaurant rühmen, eines der beiden britischen Speiselokale zu sein, dem wenigstens die Tester der Automobilklubs AA und RAC die – beste – Note fünf zuerkannt haben.

Jetzt dürfte den 10 000 Gästen, die pro Woche im „Café Royal" bewirtet werden, das Vorgesetzte vorerst nicht mehr munden. Die Inspektoren aus Westminster entdeckten bei einer unangekündigten Überprüfung nicht weniger als 42 Verstöße gegen die Hygienebestimmungen. Neben dem Gesichtsverlust droht der Feinschmecker-Bastion jetzt eine saftige Geldstrafe in Höhe von umgerechnet 30 000 Mark. (SAD)

Macht Kabelfernsehen die Stadt überflüssig?

Ingenieure sagen Revolution im Städtebau voraus

D. GURATZSCH, Frankfurt

Dem Städtebau steht eine Revolution bevor, deren Ausmaße und Folgewirkungen erst zu erahnen sind. Auf dem Deutschen Ingenieurtag '83 in Frankfurt, der auf die Laien im Publikum wie eine Messe erfinderischer Neuheiten wirkte, wurden jetzt in oft noch spekulativ klingenden Andeutungen die Perspektiven beschrieben. Aufsehenerregendste Feststellung: Die neuen Medien werden das Leben in den Verdichtungsräumen tiefgreifend verändern.

Ist in der Nachkriegszeit der lawinenartig anwachsende Verkehr zum mörderischen Schicksal zahlreicher Städte und Gemeinden geworden, so wird er nach Mitteilung der Techniker schon bald schlagartig zurückgehen. Die Mikroelektronik wird es nämlich möglich machen, daß sich die Arbeitsplätze aus den Bürotürmen und Verwaltungszentren zurück in die Wohnungen verlagern. Büroarbeit wird Heimarbeit, denn, so der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, „Informationen und Arbeitsbeziehungen kommen per Kabel ins Haus".

Der Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Albert Probst, sieht das neue Zeitalter schon unmittelbar vor der Tür: „In wenigen Jahren wird es durch die Entwicklung von Zwei-Wege-Kabeln möglich sein, über weite Entfernungen Fernsehbildkonferenzen abzuhalten, die rasch und unkompliziert zu organisieren sind und den hohen Reiseaufwand entscheidend einschränken können. Ein Großteil des geschäftlichen, später auch des privaten Geld- und Bestellverkehrs wird über die neuen Kommunikationstechniken am Bildschirm vom beruflichen oder privaten Schreibtisch aus zu erledigen sein."

Welche Auswirkungen sich für die Bebauung ergeben, läßt sich vorerst nur erahnen. Hatte schon das Automobil zur fortschreitenden Auflösung der kompakten Großstädte europäischer Tradition geführt, so werden die neuen Medien die Stadtzentren noch mehr entlasten. Die Stadt, meint Günther Herion, „wird zum Leben nicht mehr so notwendig gebraucht".

Vielleicht wird das den endgültigen Todesstoß für das Bürohochhaus bedeuten, dessen Bewirtschaftungskosten nach Herion ohnehin „ein Danaergeschenk an unsere Nachkommen darstellen". Wenn sich gleichzeitig der Individualverkehr zurückzieht, kann es zu ausgedehnten Flächen von „Verkehrsbrache" in den Städten kommen. Das lehrt ein Blick auf die „autogerechteste Stadt der Welt", Los Angeles: Hier entfallen heute noch 28 Prozent der Gesamtflächen auf Straßen, 38 Prozent auf Parkplätze und Parkhäuser; zusammen werden also 66 Prozent der Innenstadt vom Auto belegt.

Der Gefahr einer rasanten Verödung der Städte wollen nun auch die Ingenieure mit dem Appell zu mehr Qualität im Städtebau entgegenwirken. Die Architekten, so Herion, müßten „markante Bauwerke, Plätze und Parks schaffen", damit die Stadtlandschaft in echte Konkurrenz zur reichgegliederten Naturlandschaft treten könne. Der Direktor der Verfahrenstechnik an der TU Berlin, Professor Heinz Brauer, forderte darüber hinaus, daß auch technische Großanlagen (Müllverbrennung, Tierkörperverwertung, Kläranlagen) attraktiv gestaltet werden müßten, damit sie nicht als „Saurier der Technik" in der Stadtlandschaft stünden. Technik, so Brauer, dürfe sich nicht in „gröbster Klotzform" präsentieren.

Labour nahm Liverpool seinen Lord Mayor

SIEGFRIED HELM, Liverpool

Seit 800 Jahren gibt es in Liverpool das traditionsreiche Ehrenamt des „Lord Mayor". Kurz nach ihrer Machtübernahme im Stadtparlament hat die Labour-Fraktion jetzt in einer Art Palastrevolution diesem Amt allen Pomp genommen und den Titel „Chairman" durch einen schlichten „Vorsitzenden" ersetzt. Der scheidende Lord Mayor Stanley Airey nahm am Ende seiner letzten Sitzung demonstrativ die goldene Amtskette ab, für die schon ein Platz im Museum reserviert ist. Gleich mit eingemottet werden soll auch die prächtige Kutsche des Lord Mayors.

Vorausgegangen war dieser Entscheidung ein erbitterter Streit. Die konservative Opposition hatte eine Petition mit 7000 Unterschriften vorgelegt, in der die Erhaltung der Amtswürde gefordert wurde. Der örtliche Rundfunksender hatte eine Blitzumfrage veranstaltet, wonach 72 Prozent der Bürger für den Lord Mayor waren, und die Liberalen schließlich hatten ein Referendum gefordert.

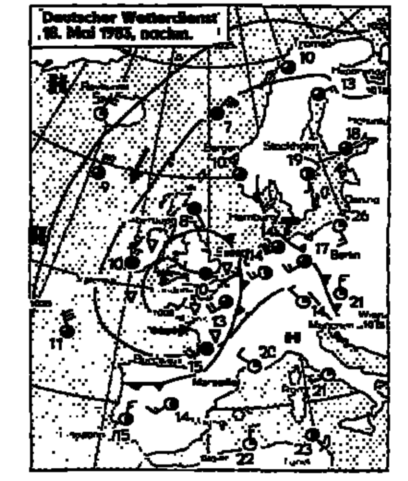
Vergebens. Die Labour-Mehrheit ließ sich nicht erweichen. John Hamilton, Chef der regierenden Labour-Fraktion, rechnete den Stadtverordneten die Kosten vor, die Amt und Würde eines „Lord Mayor" mit sich bringen. So seien die Ausgaben für die Limousinen des Stadtvaters von 20 000 Mark im Jahre 1973 auf 145 000 Mark geklettert, die Aufwendungen für seine Kutsche und die Pferde gar von 16 000 auf 900 000 Mark. Und dann habe er noch eine Aufwandsentschädigung von 122 000 Mark für Verpflichtungen als Gastgeber der Stadt. Auch die wurde gestrichen: Der „Vorsitzende" muß mit 32 000 Mark auskommen. Entsprechend sollen Gäste künftig nur in Ausnahmefällen mit Sherry und Port bewirtet werden. Für den „Normalfall" soll Tee reichen. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Eine tolle Leistung, für die Charlotte viel opfert – Geld, Beruf und Babys." Die „Bild"-Zeitung über die Langstreckenläuferin Charlotte Teske

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: Die Zufuhr frischer Meeresluft von der Biskaya her bleibt erhalten, wobei mitgeführte Schauer das Wetter in Deutschland wechselhaft gestalten.



Vorhersage für Donnerstag:

Ganz Deuschland: Wechsel zwischen sonnigen Abschnitten und starker Bewölkung. Einzelne Schauer, in der zweiten Tageshälfte örtlich auch Gewitter. Temperaturen nachmittags an der See um 15 Grad, sonst 16 bis 19 Grad. Nachts bei 8 Grad. Schwacher bis mäßiger, in Schauernähe böiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Weiterhin wechselhaft. Einzelne Schauer.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	28°
Bonn	16°	Kopenh.	13°
Dresden	17°	Las Palmas	20°
Essen	14°	London	10°
Frankfurt	14°	Madrid	14°
Hamburg	14°	Mailand	19°
List/Sylt	12°	Mallorca	22°
München	14°	Moskau	27°
Stuttgart	14°	Nizza	19°
Algier	22°	Oslo	11°
Amsterdam	14°	Paris	13°
Athen	23°	Prag	16°
Barcelona	17°	Rom	21°
Brüssel	15°	Stockholm	19°
Budapest	27°	Tel Aviv	23°
Bukarest	20°	Tunis	23°
Helsinki	18°	Wien	21°
Istanbul	20°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.25 Uhr, Untergang: 21.13 Uhr. **Mondaufgang:** 13.25 Uhr, Untergang: 3.20 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Amerikas Schrottplätze auf dem Weg zum blitzblanken „business"

ERNST HAUBROCK, New York

Die Bilder gleichen sich in der ganzen Welt: Endlose Reihen verbeulter Karossen hinter grauen Baracken. Halden rostenden Blechs an schlammigen Gassen. Stacheldraht, struppige Hunde-Bestien und Besitzer, die nicht weniger bösartig wirken: Auch in Amerika verschandeln Auto-Schrottplätze Vorstädte und Landschaften. So häßlich wie ihr Äußeres ist auch das Renommee der Branche. Von den mehr als 11 000 Händlern, die zu Schrott gefahrene Automobile aufkaufen, sie ausschlachten und verwertbare Teile an Amateurmechaniker oder Werkstätten wieder verkaufen, standen die meisten bisher im Ruf, nur eine „50/50-Garantie" zu geben, wie es hierzulande heißt: Für 50 Meter oder 50 Sekunden.

Das alles soll sich nun, wie das „Wall Street Journal" kürzlich behauptete, gründlich ändern. Das Wirtschafts- und Finanzblatt stellte auf seiner ersten Seite einen jungen Mann vor, der es als „Junk Yard Dealer" innerhalb weniger Jahre zum Multimillionär gebracht hat. Der 31jährige Gary Blonder erbte von seinem Vater ein Unternehmen der typisch trostlosen Sorte in Hartford (US-Bundesstaat Connecticut). Während der Vater nur ein mageres Auskommen hatte, steht dem Junior heute eine Mini-Flotte von drei eigenen Bell-Jet-Hubschraubern zur Verfügung, um damit zur Versteigerung von Unfall-Autos zu fliegen. Blonder besitzt mehrere Luxuswagen der deutschen und englischen Spitzenklassen, eine Villa, die eher ein Schlößchen ist, eine Hochseejacht und Beteiligungen an anderen Unternehmen. Sein Gesamtvermögen beziffert er auf zwölf Millionen Mark.

Zu seinem ungewöhnlichen Erfolg kam Blonder, weil er neue Methoden einführte: Er ordnete Teile nach Automobil-Typen und -Jahrgängen, säuberte, überholte und legte, sie mit festen Preisen und Garantien versehen, übersichtlich in Regalen wie in einem Supermarkt aus. Kunden können bei sanfter Musikberieselung in Ruhe aussuchen und unbeeinflußt von Überredungsversuchen ihre Entscheidung treffen. Übersicht über seinen Lagerbestand gibt Blonder ein Computersystem, so daß selten ein Kunde vergeblich kommt. Per „hot line" erteilt der Ersatzteilhändler Auskunft in dringenden Fällen.

Günstig für ihn wirkt sich weiter die Tatsache aus, daß neue Ersatzteile ab Werk in den letzten Jahren um mehrere hundert Prozent teurer geworden sind. Bei Blonder gibt es Achsen, Räder, Stoßstangen und alles, was sonst noch zum Auto gehört, zum halben Preis oder noch billiger.

Landesweit gibt es inzwischen Nachahmer. Besonders in Kalifornien ist die Branche dabei, ihr so lange lädiertes Image aufzupolieren. Aus verkommenen Autofriedhöfen werden saubere Lagerhallen, aus Höker-Praktiken seriöses Geschäftsgebaren. Ein gewandeltes Unternehmen dort schickt zur Pflege seines Ansehens die Monteure zum Wrack-Einkauf nur in frischgewaschenen Overalls mit Firmen-Emblem aus.

Gary Blonder aus Connecticut träumt derweil von Größerem: Er denkt an eine landesweite computerkontrollierte Blonder-Kette: Ersatzteile vom Schrottplatz wie Hamburger von McDonalds. (SAD)

LEUTE HEUTE

Churchills Kampfanzug

Winston Churchills Nachfahren eröffneten in New York eine Ausstellung mit 51 Bildern des verstorbenen britischen Kriegspremiers. Nicht die Bilder, ein anderes Ausstellungsstück erregte das größte Interesse: der dunkelgrüne Luftschutzanzug aus Samt, in den Sir Winston immer schlüpfte, wenn draußen die Bomben fielen. „Dieser Anzug, unter dem mein Großvater stets eine Fliege trug, erinnert mich am meisten an ihn", sagte Enkeltochter **Celia Sandys**, die die Ausstellung mit organisiert hat.

Charlie Rivel im Koma

Der als „Akrobat Schööön" in aller Welt bekannte Clown **Charlie Rivel** liegt in einer Klinik Barcelonas im Koma. Er war am Dienstag nach einer Gehirnembolie in das Krankenhaus eingeliefert worden. Die behandelnden Ärzte fürchten um das Leben des 87jährigen, der erst vor einem Jahr die 28 Jahre jüngere **Margarita Camas** geheiratet hatte. Charlie Rivel, der mehr als ein halbes Jahrhundert lang auf den Bühnen der Welt zu Hause war, hatte in den vergangenen fünf Jahren bereits dreimal Gehirnschläge erlitten, sich aber immer wieder gut erholt.



Wette um Rotes

Der britische Thronfolger Prinz **Charles** hat mit Labour-Oppositionsführer **Michael Foot** gewettet, daß es bei den kommenden Unterhauswahlen keinen Sieger, sondern eine Patt-Situation im Parlament geben werde, während Foot auf einen Sieg seiner Partei setzt. Charles, der sich traditionsgemäß aus parteipolitischen Diskussionen heraushält, hat eine Flasche „des besten Claret" (roter Bordeaux) verwettet. Der Buckingham-Palast sah sich veranlaßt, den ungewöhnlichen Vorgang zu veröffentlichen. Entschuldigend meinte ein Sprecher dazu, die Wette sei in einer „beschwingten" Stimmung zustande gekommen.